Montag, 11. November 1985 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 263 - 46.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 140 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 150 Pts, Kanarische Inseln 175 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Lufthansa: Die ÖTV wird ihren angekündigten Streik voraussichtlich in dieser Woche beginnen. Über den Tag schweigt sich die Gewerkschaft aus. Am Wochenende lief der Betrieb der Airline ohne Beeinträchtigung.

Umwelt: Die Schaffung eines Umweltministeriums auf Bundesebene fordert der rheinland-pfälzische Regierungschef Vogel (CDU). (S. 4)

Verweigerer: Eine zunehmende Zahl von Wehrdienstverweigerern, die auch keinen Ersatzdienst leisten wollen, registrieren die Kirchen in der „DDR". Bischof Forck sagte in Ost-Berlin, allein aus dem evangelischen Bereich seien in jüngster Zeit rund 20 junge Männer als „Totalverweigerer" verhaftet worden.

Absage: überraschend hat der sozialistische Regierungschef Griechenlands, Papandreou, seine Zusage zur Teilnahme an der NATO-Sonderkonferenz am 21. November in Brüssel zurückgezogen, auf der Präsident Reagan die Alliierten über den Genfer Gipfel informieren will. Papandreou ist offenbar verärgert, weil ein von ihm gewünschtes privates Treffen mit Reagan auch dort nicht zustande gekommen wäre.

Sowjetunion: Ein ehrgeiziges Wirtschaftsprogramm soll der Parteitag der KPdSU im Februar verabschieden. In nur 15 Jahren sollen die Werktätigen ein Wirtschaftspotential aufbauen, das etwa dem entsprechen würde, was der Staat bisher in seiner ganzen Geschichte geschaffen hat. (S. 10)

Unesco: Trotz harter Auseinandersetzungen konnte auf der 23. Generalkonferenz der UNO-Erziehungsorganisation ein Auseinanderbrechen vorerst abgewendet werden. Fraglich bleibt, ob Großbritannien austritt. (S. 5)

Justizpalast: Bei dem massiven Militäreinsatz gegen den besetzten Justizpalast in Bogotá (Kolumbien) ist der Guerrillaorganisation M-19 ein schwerer Schlag versetzt worden. Fünf prominente Mitglieder kamen ums Leben. Nach Auffassung einiger Diplomaten hat die M-19 aufgehört, als organisierte Guerrillagruppe zu existieren. (S. 5)

Thronfolger: Der Kreis der Eingeladenen war handverlesen. Mit einem Galadinner im Weißen Haus ehrte das amerikanische Präsidentenpaar seine Gäste Prinz Charles und Prinzessin Diana. Washington erlebte das gesellschaftliche Ereignis des Jahres. (S. 3)



Wohltäter der Menschheit, herausragende Sportler, Künstler aus der Glamourwelt des Showbusiness: sie alle werden bewundert, zu Vorbildern gemacht. Welchen Leitbildern jagte die Nachkriegsgeneration nach, welche Idole „vergöttert" die heutige Jugend? Die WELT stellt zum Auftakt einer vierteiligen Serie zwei Idole der Pop-Szene von gestern und heute vor: Elvis Presley und Nena. Seite 7

WIRTSCHAFT

Autoindustrie: Der Konzentrationsprozeß in der internationalen Pkw-Industrie wird nach Auffassung von Daimler-Benz-Chef Breitschwerdt nicht in dem Maße fortschreiten, wie vielfach prognostiziert worden sei. Breitschwerdt: Der Kunde will kein „Allerweltsauto". Nicht die Masse, sondern Klasse werde in Zukunft entscheiden. (S. 9)

Eurogeld: Mit einer Reform des Systems der Mindestreserven, die deutsche Banken auf ausländische Einlagen zinslos bei der Bundesbank unterhalten müssen, sollte der Weg für das Entstehen eines Eurogeldmarktes auf deutschem Boden bereitet werden, empfiehlt der Vorstandssprecher der Dresdner Bank, Röller. (S. 12)

Maschinenbau: Bei den Druck- und Papierverarbeitungsmaschinen ist es 1985 steil bergauf gegangen. Die Kapazitäten sind zu 100 Prozent ausgelastet, die Auftragsbestände reichen bis weit ins nächste Jahr hinein. (S. 9)

US-Aktienmärkte: Der Optimismus sprießt so üppig wie lange nicht mehr. Voraussetzung für eine Fortsetzung der Hausse ist jedoch – darin sind sich Broker und Banker einig – daß die Zinsen in Amerika weiter sinken. (S. 9)

KULTUR

Gasteig: Mit einem Festakt in der neuen Münchner Philharmonie ist gestern das Gasteig-Kulturzentrum eröffnet worden. Bundespräsident von Weizsäcker begrüßte nachdrücklich den vorausgegangenen öffentlichen Streit um das Mammutprojekt. (S. 17)

Covent Garden: Das Orchester im Königlichen Londoner Opernhaus will morgen in einen unbefristeten Streik treten. Verhandlungen mit der Opernleitung über eine Gehaltserhöhung, mehr Urlaub und eine Treueprämie sind gescheitert.

SPORT

Fußball: Der zwölfmalige Nationaltorwart Dieter Burdenski von Werder Bremen wird zum Saisonende seine Laufbahn beenden. Burdenski (34) will Repräsentant einer Sportartikel-Firma werden.

Golf: Die Amerikaner gewannen auf Hawai die erste Team-Weltmeisterschaft. Im entscheidenden Spiel wurde die Europa-Auswahl mit Mannschaftsführer Bernhard Langer mit 10:2 besiegt. (S. 16)

AUS ALLER WELT

Überfall: Auf das Konto der berüchtigten „Mörder von Brabant" geht vermutlich ein Raubüberfall auf einen Supermarkt in Aalst bei Brüssel, bei dem sieben Personen, darunter zwei Kinder, grundlos erschossen wurden. (S. 18)

Keilerei: Eine unplanmäßige Zwischenlandung in London mußte ein Jumbo auf dem Weg von Athen nach New York machen, nachdem an Bord eine wüste Keilerei ausgebrochen war. Der Grund: Ein amerikanischer Passagier wollte partout eine Zigarre rauchen. (S. 18)

Wetter: Trüb, Schauer mit Schnee vermischt. Bis 5 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Gegenüber Kohl schlägt die IG Metall maßvolle Töne an

Mayr sieht beim § 116 deutliche Unterschiede zwischen Union und FDP

gba. **Bonn**

Die IG Metall ist zu weiteren Gesprächen mit dem Bundeskanzler über die Neutralitätspflicht des Staates im Arbeitskampf bereit. In einem Interview mit der WELT sagte der Vorsitzende der größten deutschen Einzelgewerkschaft, Hans Mayr, er gehe davon aus, daß der Bundeskanzler vor der für Dezember angekündigten Entscheidung über die Forderung der FDP nach gesetzlicher Neuregelung des sogenannten „Streikparagraphen" 116 im Arbeitsförderungsgesetz (AFG) noch einmal die Tarifvertragsparteien einladen werde. Der Vorstand der IG Metall habe „zu diesem Gespräch Ja gesagt".

Demgegenüber äußerte der DGB-Vorsitzende Ernst Breit heftige Kritik an der Bundesregierung. Breit kündigte auf einer Gewerkschaftsveranstaltung im schleswig-holsteinischen Büsum an, die Gewerkschaften würden sich „mit allen zu Gebote stehenden Mitteln" gegen die geplante Änderung wehren, die das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit in gefährlicher Weise verschiebe. Die geplante Änderung des Paragraphen 116 des Arbeitsförderungsgesetzes würde die Gewerkschaften finanziell ruinieren und auf Dauer handlungsunfähig machen.

Die Sozialdemokraten kündigten am Wochenende an, sie würden sich einer Änderung des Paragraphen 116 AFG „mit allen Mitteln entgegenstellen". Die Regierungskoalition habe den Gewerkschaften nur aus taktischen Gründen Gespräche dazu angeboten, erklärte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Anke Fuchs.

Im Gegensatz zu Breit unterschied der IG Metall-Vorsitzende Mayr zwischen der Haltung von CDU/CSU

SEITE 8:
Wortlaut des Interviews

und jener der FDP in dieser Frage. Die FDP habe „durch Herrn Bangemann und durch Herrn Lambsdorff erklärt, sie dränge darauf, den Paragraphen 116 so zu fassen, daß mittelbar vom Streik Betroffene in Zukunft keine Unterstützung von seiten der Arbeitsämter mehr bekommen können. Das ist eine Erklärung, die im Namen der Partei abgegeben worden ist. Eine solche Erklärung im Namen der Partei habe ich von Bundeskanzler Kohl noch nicht gehört", sagte Mayr. Der IG Metall-Vorsitzende bescheinigte Bundeskanzler Helmut Kohl, er habe seit seinem Amtsantritt mehr Verständnis für die Belange der Gewerkschaften entwickelt: „Was den Bundeskanzler betrifft, habe ich den Eindruck, daß er schon in verschiedenen Fragen die Sorgen der Gewerkschaften akzeptiert. Und es könnte durchaus sein, daß er auch erkannt hat, was es bedeutet, wenn der Paragraph 116 im Arbeitsförderungsgesetz so geändert würde, wie das die FDP will."

Das Verhältnis zwischen der Regierung „und uns ist immer noch etwas distanziert", sagte Mayr. Das hängt aber mit der Politik der Regierung zusammen. Das hat nichts damit zu tun, daß wir generell sagen würden, mit einer Regierung, die aus CDU/CSU und FDP zusammengesetzt ist, wollen wir nichts zu tun haben. Es kommt darauf an, welche Politik eine Regierung betreibt."

Zur Bewältigung der Massenarbeitslosigkeit empfahl der Gewerkschaftsvorsitzende in dem Interview staatliche Ausgabenprogramme. Zwar habe die Regierung im Bau-Sektor eine Art Beschäftigungsprogramm „en miniature" aufgelegt. „Aber das genügt natürlich nicht; das ist alles noch viel zu zahm."

DER KOMMENTAR

Sanfte Kühle

PETER GILLIES

Es verdient Aufmerksamkeit, wenn der IG-Metall-Vorsitzende Hans Mayr gegenüber dem Bundeskanzler so moderate Töne anschlägt wie jetzt in seinem WELT-Interview. Nach den jüngsten – manchmal artifiziellen – Erregungen ist man fast versucht, von einer Arbeitsatmosphäre zu sprechen. Das täte dem Problem, ob die zur Neutralität verpflichtete Bundesanstalt für Arbeit im Streikfalle Unterstützungen an nicht unmittelbar betroffene Arbeitnehmer zahlen darf, recht gut.

Die Auseinandersetzung leidet an verbal verzerrter Mächtigkeit. Ein Staat hat im Interesse der Machtbalance zwischen den Gruppen dafür zu sorgen, daß die Tarifparteien autonom bleiben, über gleichgewichtige Waffen verfügen, aber auch ihr volles Risiko tragen – das finanzielle eingeschlossen. Die Bundesanstalt ist bereits durch Gesetz zur Neutralität verpflichtet; die von ihr erhobenen Zwangsabgaben dürfen nicht als Streikkasse mißbraucht werden. Dies muß nach den Erfahrungen des Arbeitskampfes 1984 präzisiert werden.

Mithin geht es nicht um die behauptete „Änderung des Streikrechts", sondern nur darum, künftig zu verhindern, daß der Staat eine bestimmte Streiktaktik von Gewerkschaften subventioniert. An Arbeitskämpfen, die aus öffentlichen Kassen finanziert werden, kann er ebensowenig interessiert sein wie an finanziell ruinierten oder kraftlosen (und deswegen unberechenbaren) Gewerkschaften.

Hans Mayr scheint dies zu spüren. Die Koalition darf freilich auch nicht verkennen, daß die Gewerkschaften versucht sein könnten, auf Zeit zu pokern. Bis zum Wahlkampf bleiben nur wenige Monate, um ein Gesetz zu ändern. Wenn der IG Metall-Chef das Verhältnis zur Regierung mit „etwas distanziert" und „ein bißchen kühl" umschreibt, so skizziert er fast einen wünschbaren Zustand im Dreieck Staat-Gewerkschaften-Arbeitgeber. Heiße Zuneigung wäre ebenso von Übel wie ein Dauerkrieg.

Detektive als „freie Mitarbeiter" des BND

Unternehmen gaben Geld für Suche nach Terroristen / Vorgang aus der Amtszeit Schmidts

ms. **Bonn**

Unter der politischen Verantwortung des früheren Kanzlers Schmidt (SPD) und dessen Amtschefs Manfred Schüler haben fünf deutsche Unternehmen und der Bundesnachrichtendienst (BND) im Jahre 1979 mit Hilfe eines renommierten Detektiv-Büros versucht, Informationen über im Ausland lebende deutsche Terroristen zu erhalten. Nach Informationen der WELT gaben die Unternehmen nach einem am 11. August 1979 abgeschlossenen Vertrag für diese Operationen 400 000 Mark. Der Bundesnachrichtendienst, der dann Mitarbeiter des Detektiv-Büros als V-Leute führte, stellte einen Betrag von 250 000 Mark zur Verfügung. Das Konto darüber war bei der Dresdner Bank in München angelegt. Es wurde von einem BND-Angehörigen geführt.

Die Initiative für diese Aktion ging offenkundig von den Unternehmen (darunter war auch der Flick-Konzern) aus. Sie muß im Zusammenhang mit der Situation nach der Ermordung von Schleyer und Ponto durch Terroristen gesehen werden. Nach diesen Verbrechen waren die führenden Köpfe der RAF ins Ausland entwichen. Die Unternehmen, denen an Informationen über den Aufenthaltsort der Terroristen lag, wandten sich an das Detektiv-Büro, das sich zuvor vor allem in heiklen Versicherungsfällen als erfolgreich erwiesen hatte. So waren Mitarbeiter dieses Büros zum Beispiel bei der Beschaffung des gestohlenen Kölner Domschatzes behilflich und außerdem hatten sie die Lagerung der Dioxin-Fässer aus Seveso in Frankreich ausfindig gemacht. Auch Landeskriminalämter hatten sich wiederholt an das Büro gewandt. Der Vertrag wurde für ein Jahr abgeschlossen, nachdem der damalige Präsident des BND, Kinkel, einer solchen Aktion zugestimmt hatte.

Nach vorliegenden Informationen haben sich die Aktivitäten des Detektiv-Büros auf das Ausland beschränkt. Insider erklärten, Erfolge seien „nur in Randbereichen" der Terrorismusbekämpfung erzielt worden. Auch das Bundeskriminalamt (BKA), für die Bekämpfung des Terrorismus zuständig, sei unterrichtet und an solchen Operationen im Ausland interessiert gewesen. Der Bundesnachrichtendienst, so wird versichert, habe dafür „keine Personen" zur Verfügung gestellt. Der Geheimdienst habe die Angehörigen der Detektei als „freie Mitarbeiter" geführt und er sei überdies „nur beratend tätig geworden".

Die Vorgänge aus der Zeit der Regierung Schmidt haben in Bonn Überraschung ausgelöst. Schmidt hat gegenüber der „Bild"-Zeitung erklärt: „Ich weiß davon nichts. Ich hätte das auch nicht zugelassen". Für die Union forderte deren stellvertretender Fraktionsvorsitzende Miltner, die Parlamentarische Kontrollkommission müsse sich mit dem Vorgang befassen. In Regierungskreisen hieß es, der damals eingeschlagene Weg sei, was die Finanzierung betreffe, „ganz und gar ungewöhnlich". Es sei unmöglich, öffentliche Aufgaben und Ausgaben des BND privat finanzieren zu lassen.

Geißler kündigt Beschwerde beim Nobel-Komitee an

Nea. **Rockenhausen**

CDU-Generalsekretär Heiner Geißler wird im Namen der CDU das Friedens-Nobelpreiskomitee brieflich auffordern, die Aushändigung des Preises am 10. Dezember in Oslo an den stellvertretenden sowjetischen Gesundheitsminister Tschasow zu verhindern. Tschasow ist einer der beiden Vorsitzenden der mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichneten Organisation „Internationale Ärzte für die Verhinderung des Atomkrieges". Er betrachte es als eine „Verhöhnung von Millionen von Menschen", sagte Geißler auf dem Landesparteitag der rheinland-pfälzischen CDU, „wenn der Preis einem Mann ausgehändigt würde, der im eigenen Land immer wieder gegen die Menschenrechte eingetreten ist." Die SPD bezeichnete die Äußerungen Geißlers als „Verleumdung" und stellte sich „ausdrücklich", so Parteisprecher Clement, „an die Seite des Osloer Friedensnobelpreis-Komitees und der von diesem Gelehrten" (Tschasow, d.Red.).

Sudan holt sich sowjetische Berater ins Land

SAD, **Kairo**

Das neue Militärregime im Sudan hat sowjetische Waffenexperten ins Land gerufen und die US-Regierung aufgefordert, ein amerikanisches Waffendepot in Port Sudan aufzulösen. Es war bei gemeinsamen Manövern 1982 angelegt worden und sollte der amerikanischen Eingreiftruppe im Krisenfall dienen.

Diese betont anti-amerikanischen Gesten sind mit der ägyptischen Regierung abgesprochen worden. Der sudanesische Militärchef General Suwar el-Dahab war erst Ende Oktober zu Gesprächen in Kairo. Die Ägypter werden altes sowjetisches Kriegsmaterila an den Sudan liefern, das von den Sowjet-Experten in Stand gesetzt wird. Die Sowjets sollen auch versuchen, die nicht mehr einsatzbereiten zehn MiG-21 und MiG-17 sowie zahlreiche Panzer des Typs T-55 der sudanesischen Streitkräfte zu reparieren.

Die politische Wende war schon in August erkennbar, als Sudan eine Teilnahme an den amerikanisch-ägyptischen Manövern verweigerte.

Warschau brüskiert die Bischöfe

Das Regime stellt nur eine begrenzte Amnestie in Aussicht / Ende der Politik des Dialogs?

DW. **Warschau**

Die Absicht der polnischen Regierung, in eine künftige Amnestie nur eine begrenzte Anzahl politischer Gefangener einzubeziehen, deutet auf eine neue Runde des Konflikts mit der katholischen Kirche des Landes hin. Die Bischofskonferenz unter Vorsitz von Primas Kardinal Glemp hatte am Samstag die Führung in Warschau aufgefordert, alle 368 politischen Gefangenen freizulassen. Von den Mitgliedern des Episkopats wurden die Bemühungen nach gesellschaftlicher Stabilisierung ausdrücklich mit dem Problem der politischen Häftlinge verbunden. „Die Lösung dieses Problems sollte durch die Schaffung von Möglichkeiten und Formen für gesellschaftliche Betätigung angestrebt werden, die ein konstruktives Engagement aller Bürger im Wirken für das gemeinsame Wohl zuläßt", formulierten sie.

In ihre Forderungen schlossen die Bischöfe wie selbstverständlich auch die verhafteten „Solidarität"-Mitglieder ein. Amnestiert werden sollen aber nach den Warschauer Plänen nur solche Häftlinge, die nicht als „gesellschaftlich gefährlich" eingestuft werden. Dies wurde in Oppositionskreisen als Hinweis gewertet, daß führende Mitglieder der „Solidarität" weiter in den Gefängnissen bleiben sollen.

Das zeitliche Zusammenfallen der Forderungen der Bischöfe und der Bekanntgabe einer „begrenzten Amnestie" ist ein Indiz dafür, daß die Politik des Dialogs zwischen Staat und Kirche, wie sie insbesondere von Kardinal Glemp vertreten wird, praktisch gescheitert ist. Die bekanntgewordenen Absichten Warschaus sind geradezu eine Brüskierung der Kräfte im Episkopat, die an der Dialog-Politik festhalten.

Eine Stabilisierung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lage in Polen haben die Bischöfe in ihrer Erklärung von einer Verbesserung und Normalisierung zwischen Staat und Kirche abhängig gemacht. „Trotz der Friedenssehnsucht und den Bestrebungen weiter Teile der Gesellschaft zugunsten eines gemeinsamen Einsatzes für die Verbesserung des Schicksals der Nation, stößt der Prozeß zur Überwindung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Krise auf immer größere Schwierigkeiten", heißt es in der Stellungnahme.

Diese Worte der Bischöfe stehen im krassen Gegensatz zur Aussage von General Jaruzelski, der die jüngsten „Wahlen" als ein „Zeichen des fortschreitenden Prozesses der Normalisierung und der Übereinkunft" bezeichnet hatte. Die Bischöfe weisen auch auf die Pressionen hin, die gerade in jüngster Zeit auf katholische Eltern ausgeübt werden.

Geringere Neuverschuldung

HH. **Bonn**

Der Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Seiters, hat bestätigt, daß die Neuverschuldung des Bundes 1986 auf 24 Milliarden Mark verringert werden kann: Die Nettokreditaufnahme in dem Ende November vom Bundestag zu verabschiedenden Haushaltsgesetzentwurf liegt um rund eine Milliarde niedriger als im Regierungsentwurf vom Juli (WELT vom 8. November).

Hauptursachen für das verbesserte Ergebnis sind unter anderem Kürzungen im Verteidigungsetat sowie bei Auslandsbürgschaften und -garantien.

Seiten 2 und 10: Weitere Beiträge

Kasparow jüngster Schach-Weltmeister

dpa/AP, **Moskau**

Der längste Kampf um die Schach-Weltmeisterschaft ist zu Ende: Im Finale, das sich in zwei Etappen über insgesamt 72 Partien erstreckte, nahm Herausforderer Garri Kasparow in Moskau seinem sowjetischen Landsmann Antolij Karpow den Titel ab. Seinen 13:11-Erfolg krönte Kasparow mit einem Sieg in der letzten Partie. Der 1963 in Baku geborene neue Weltmeister, der auf Geheiß des Politbüros einst seinen Geburtsnamen Weinstein russifizieren mußte, ist mit 22 Jahren der jüngste Titelträger aller Zeiten und der 13. Weltmeister seit Wilhelm Steinitz im Jahre 1886.

Seiten 3 und 15: Weitere Beiträge

Streit um Daimler-Tochter in Südafrika

Steinkühler nennt im Aufsichtsrat Kapitalerhöhung eine politische Demonstration

WERNER NEITZEL, **Stuttgart**

Über die Notwendigkeit einer Kapitalerhöhung bei der südafrikanischen Tochter der Daimler-Benz AG, der Mercedes-Benz of South Africa (Pty.), Ltd. Pretoria, ist es auf einer Aufsichtsratssitzung des Stuttgarter Automobilunternehmens Mitte vergangenen Monats – wie erst jetzt bekannt wurde – zu einer klaren Frontstellung zwischen der Kapital- und der Arbeitnehmerseite im Aufsichtsrat gekommen. Gegen die Stimmen der Arbeitnehmerseite ist (ohne Einsatz der Zweitstimme des Aufsichtsratsvorsitzenden) eine Kapitalspritze für die Südafrika-Tochter in der Größenordnung von 160 Millionen DM beschlossen worden.

Von den Arbeitnehmern im Aufsichtsrat, insbesondere von Franz Steinkühler, den stellvertretenden IG-Metall-Vorsitzenden, sei – wie verlautet – argumentiert worden, bei dieser Kapitalerhöhung handele es sich um eine politische Demonstration. Sie sei deshalb abzulehnen. Der Daimler-Benz-Vorstand hatte hingegen die Kapitalaufstockung (bisher belief sich das Kapital dieser Tochter auf umgerechnet 2,5 Millionen DM) damit begründet, es ginge um eine Substanzanreicherung auf Grund aufgelaufener erheblicher Verluste. Ursachen hierfür wären die schlechte Marktverfassung in Südafrika, die Kursentwicklung des Rand sowie die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der relativ hohen Zulieferquote aus den deutschen Werken.

Die Kapitalerhöhung sei erforderlich gewesen, um die Existenz der südafrikanischen Daimler-Benz-Gesellschaft nicht zu gefährden. Die Alternative wäre die Schließung des Unternehmens gewesen, was wiederum aus der Sicht von Daimler-Benz als eine politische Demonstration hätte aufgefaßt werden können. Die Kapitalaufstockung, die im übrigen nicht überraschend auf die Tagesordnung gesetzt worden war, sei aus der Sicht des Vorstandes, der sich auch die Kapitaleignerseite im Aufsichtsrat anschloß, unter den gegebenen Umständen die vernünftigste Lösung. Bekannt geworden ist der im Aufsichtsrat von Daimler-Benz umstrittene Beschluß durch eine Veröffentlichung der in Berlin erscheinenden „Tageszeitung".

Von der Stuttgarter Daimler-Benz-Verwaltung war zu diesem Vorgang keine Stellungnahme zu erhalten. An der Mercedes-Benz of South Africa hält Daimler-Benz die Kapitalmehrheit mit 50,1 Prozent. Weitere Anteilseigner sind die südafrikanische Volkskas-Gruppe (26,5 Prozent) sowie die schweizerische Ernst-Goehner-Stiftung (23,4 Prozent).

G

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Preisträger Tschasow

Von Joachim Neander

Daß die CDU über ihren Generalsekretär Heiner Geißler in Oslo gegen die Überreichung des Friedensnobelpreises an den Sowjetbürger Jewgenij Tschasow protestiert, hat den SPD-Sprecher Clement zu der Erklärung veranlaßt: „Herr Geißler hat sich unter dem Vorwand, ihm gehe es um die Menschenrechte, den Stahlhelm aufgesetzt." Clement sieht nämlich seine Partei involviert: „Um sich für den innenpolitischen Hausgebrauch einen Schlagstock gegen Sozialdemokratie und Friedensbewegung zu verschaffen, glaubte er offensichtlich, den Paukenschlag gegen das Osloer Nobelpreiskomitee führen zu müssen."

Hier geht es allerdings weder um Stahlhelme noch um Schlagstöcke, ja, nicht einmal um die Frage der Ausgewogenheit dieser Ärzte-Organisation. Hier geht es darum, ob man diesen dem Frieden gewidmeten Preis einem Mann aushändigen darf, der in seinem eigenen Lande an wichtiger Stelle daran mitgewirkt hat, daß ein anderer Träger des Friedensnobelpreises, Andrej Sacharow, vor genau zehn Jahren eben diesen Preis nicht entgegennehmen durfte und bis heute, den Menschenrechten (und dem Text der sowjetischen Verfassung) hohnsprechend, in der Verbannung leben muß und bei jeder Gelegenheit von den Machthabern verunglimpft wird.

Wie weit Tschasow, Mitglied des Obersten Sowjet, stellvertretender Gesundheitsminister und mehrfacher Leninpreisträger, mit den international bewiesenen Vorwürfen gegen die sowjetische Psychiatrie in Verbindung gebracht werden muß, ist nicht sicher. Nachweisbar aber hat er sich mehrfach an der durch den KGB in Gang gebrachten Beschimpfungskampagne gegen Sacharow öffentlich beteiligt.

Wenn Clement nunmehr mitteilt: „Die SPD stellt sich gerade in dieser Situation ausdrücklich an die Seite des Osloer Friedensnobelpreiskomitees und der von diesem Geehrten", so muß sie wissen, in welcher Gesellschaft sie sich wohlfühlt. Das Nobelpreiskomitee jedenfalls, das vielleicht den Hintergrund Tschasows nicht kannte, muß darauf hingewiesen werden. Das ist eine Pflicht. Wenn Tschasow den Preis in Empfang nimmt, entwertet das die ganze Institution.

Steuer im Gespräch

Von Heinz Heck

In der Diskussion um die Steuerreform der nächsten Legislaturperiode gehen die Koalitionspartner CDU, CSU und FDP aufeinander zu. Den edlen Wettstreit darüber, ob sie ein Volumen von 35 bis 40 (Stoltenberg), 38 (Streibl) oder gar 50 Milliarden (FDP-Programm) haben wird, verfolgt der progressionsgeschädigte Bürger mit Wohlwollen.

Zur Erinnerung: Die Steuersenkung 1986/88 um rund 20 Milliarden Mark stellt 1988 erst wieder den Belastungszustand des Wendejahres 1982 her. Will man mit den Versprechen über die Rückführung des Staatsanteils Ernst machen, muß die nächste Reform opulenter ausfallen. Alles spricht dafür, sie durch gleichzeitigen beherzten Subventionsabbau anzureichern. Hier hat die Koalition nicht nur erheblichen Nachholbedarf. Sie schafft zugleich zusätzlichen Gestaltungsraum für eine wirkliche Reform.

Wenn man den Grundsatz beherzigen will, daß sich „Leistung wieder lohnen" soll, muß man unten anfangen: beim *Grundfreibetrag. Hier herrscht zumindest im Grundsatz, wenn* auch nicht bis zur letzten Mark, Einigkeit. Erinnert man sich an die Diskussion um die beschlossene Senkung 86/88, so ist dies überraschend. Solange aber Einkommen in Höhe der Sozialhilfe nicht steuerfrei ist, werden Leistungswille erstickt, Schwarzarbeit gefördert und Arbeitslosigkeit perpetuiert.

Um den Grundfreibetrag, der ab 1. Januar 4536/9072 Mark für Ledige/Verheiratete beträgt, im erforderlichen Umfang zu erhöhen – Bangemanns alter Vorschlag 12 000/24 000 ist ein vernünftiger Anhaltspunkt –, wäre allein ein Verzicht auf rund 50 Milliarden Mark Steuereinnahmen erforderlich. Das ist so viel, wie im günstigsten Fall für die nächste Steuerreform insgesamt zur Verfügung steht. Diese Versäumnisse der Vergangenheit sind nur schrittweise aufzuholen.

Kernstück der Reform wird nach übereinstimmender Auffassung der Koalition der gleichmäßig progressive Tarif mit dem leistungsfördernden Ergebnis, daß an jeder Stelle der Progression die Grenzbelastung, also die Besteuerung der zusätzlich verdienten Mark, gleich ist.

Im Drama um die Steuerreform ist es Stoltenberg, der immer wieder daran erinnern muß: Die schönste Reform ist nichts ohne Zustimmung der Ländermehrheit im Bundesrat.

Reagan an die Russen

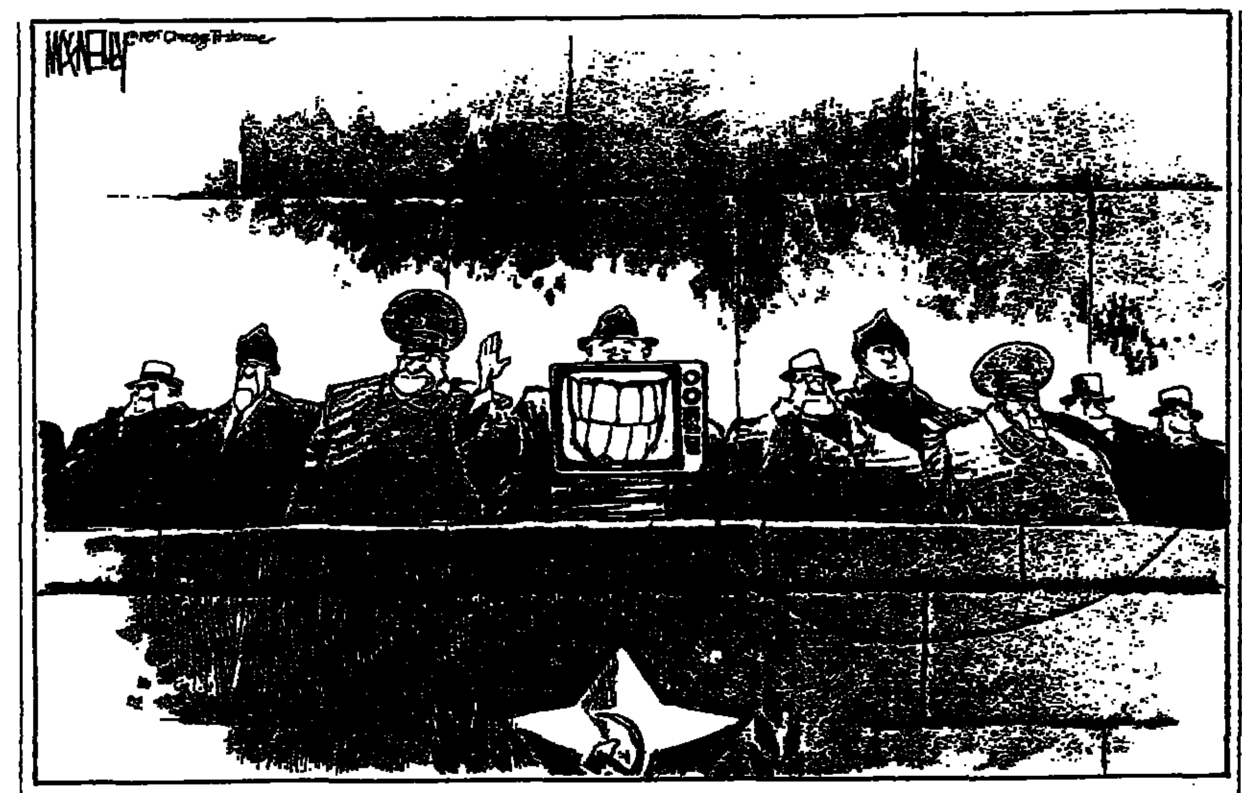
Von Enno v. Loewenstern

Es ist nur folgerichtig: Präsident Reagan hat die Sowjets schon vor Jahren darum gebeten, zum russischen Volk über das sowjetische Fernsehen sprechen zu dürfen. Dafür bot er dem Generalsekretär der KPdSU an, seinerseits zu den Amerikanern sprechen zu dürfen. Der Grundgedanke dahinter ist, daß, wenn man schon von der „Völkerversöhnung" spricht, die Völker selbst die andere Seite hören sollen.

Was bedeuten würde, daß die Völker auch entscheiden sollten. Hier liegt der Haken für das angebliche „Friedenslager". Die sowjetische Seite lehnte einen Fernseh-Auftritt Reagans stets ab. Reagan versuchte es über die Iswestija. Sie gab seine Worte nur verkürzt wieder. Nun wendet der Präsident sich direkt an die Menschen in der UdSSR.

Was sie hören, ist ihnen gewiß nicht neu; man darf den Informationsstand hinter dem Eisernen Vorhang nicht unterschätzen. Sie kennen auch die wirkliche Haltung Reagans und der Regierenden wie der Völker der freien Welt – was immer ihnen die sowjetische Propaganda dazu einhämmern mag. Das Neue und Wichtige an der Sendung des Samstagabend ist, daß den Russen und anderen Völkern des Sowjetblocks erstmals das Gefühl gegeben wird: Wir sind für die im Westen nicht nur Dispositionsmasse, nicht nur Leibeigene, über deren Köpfe hinweg die Machthaber verhandeln. Sie betrachten uns als Menschen, die ein Recht zum Mitreden und Mitbestimmen haben; sie nehmen uns wahr, sie reden mit uns.

Bis jetzt gelang es den Sowjetführern im Namen von „Stabilität", „stiller Diplomatie", „die Sowjets nicht unnötig reizen" usw., westliche Staatsmänner an einer Politik vorbei an den Menschen zu halten; russischsprachige Sendungen der Deutschen Welle, BBC und anderen wurden vom Regime als „Feindpropaganda" diffamiert. So können sie mit einer Ansprache Reagans nicht umspringen. Der amerikanische Präsident spricht also mit den Russen. Nun muß die Sowjetführung notgedrungen auch – darüber – mit den Russen (und den Letten, Georgiern, Tadschiken usw.) sprechen. Das ist ein bedeutsamer Vorgang, zumal dann, wenn er fortgesetzt wird.



MACNELLY/COPYRIGHT THE CHICAGO TRIBUNE

Krieg gegen den Steinfraß

Von Dankwart Guratzsch

Vielleicht sind es wirklich nur „ein paar wildgewordene Architektenfunktionäre", wie am Wochenende in Frankfurt ein Berufskollege auf der Jahrestagung des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz beschwichtigend meinte, die zum neuen Sturm auf die Altbausubstanz in der Bundesrepublik blasen. Damit sechzigtausend Architekten Arbeit finden, so die Botschaft des Architektentages vor einigen Wochen, soll in den Altstädten wieder verstärkt die Abrißbirne in Aktion treten.

Aber selbst wenn diese Botschaft für die deutschen Architekten nicht repräsentativ wäre – sie ordnet sich für das Nationalkomitee ein in einen beunruhigenden Kontext: Die Krise am Bau, die Verlagerung der Bautätigkeit von der grünen Wiese zurück ins Herz der Städte, der Ehrgeiz der Kommunen, Städtebauförderungsmittel einzusetzen – das alles und mehr braut sich zu einer neuen Bedro*hung des durch Krieg und Neubau*wut der Nachkriegszeit wie in keinem anderen Land Europas zusammengeschrumpften historischen Erbes der Bundesrepublik zusammen.

Hinzu kommt der wie das Waldsterben flächenhaft um sich grei*fende Steinfraß, der jetzt selbst in* „Reinluftgebieten" Bauten, Skulpturen, Grabsteine, Inschriften erfaßt. Das in Frankfurt verabschiedete „Notprogramm" des Nationalkomitees ist ein Aufschrei wie seit dem Europäischen Denkmalschutzjahr 1975 nicht mehr – ja, wie *vielleicht noch nie in der* Geschichte von Heimatpflege und Denkmalschutz.

Denkmalpfleger und Archäologen sollen das Steuer herumreißen. Nicht mehr die glanzvolle, farbenprächtige Restaurierung, die den Stolz der Bürger und ganzer Städte ausmacht, und nicht mehr die behutsame entdeckungsfreudige Spurensuche mit Grabungs- und Ortungskolonnen sollen im Vordergrund stehen, sondern Rettung, Bergung, Konservierung des akut Bedrohten.

Es klingt wie ein Kriegsbericht: Räume für die „Bergung" von Kunstgut werden gesucht, denn man kann den Schatz der Jahrhunderte, die Zeugen der deutschen Kultur und Geschichte, nicht mehr draußen im (sauren) Regen stehen lassen. Schutzdächer sollen angebracht, Abgüsse hergestellt werden. Wichtiger als die Freilegung alter Fresken ist die Sicherung der Mauern und Fenster, das Flicken der Dächer. Schon sind ganze Gruppen von Bauten vom Steinfraß in ihrer Statik bedroht. Schon ist so manche Innenstadt und manche Landschaft durch Stadtsanierung, Tagebau, Flurbereinigung, Autobahntrassen und metertiefes Pflügen von allen historischen Spuren leergeräumt.

Niemand hat es bemerkt, denn seit dem Denkmalschutzjahr sind unsere Städte schöner geworden, haben die Bürger mit wachem Bewußtsein, viel persönlichem Einsatz und einem, aufs Ganze gerechnet, *Milliardenaufwand ihre* Altstädte aufgeputzt, renoviert, rekonstruiert. Nun sagt das Nationalkomitee lakonisch: „Die Bemühungen um die Rettung der Kulturdenkmäler sind vergebens, wenn es nicht gelingt, die Umweltverschmutzung zu verringern."

In dieser Situation klingt es fast wie Hohn, daß sich das Nationalkomitee und das Bundesbauministerium auch noch Bestrebungen widersetzen müssen, den gesetzlichen und steuerlichen Schutz der Baudenkmäler zu lockern. Niemandem in den Verwaltungsetagen scheint so recht klar zu sein, was dabei an Vertrauenskapital in den Städten und Gemeinden auf dem Spiel steht.

Noch heute sind die Wunden zu besichtigen, die eine wildgewordene Planungsbürokratie dem Organismus so mancher Stadt und auch dem gesellschaftlichen Zusammenhalt in den sechziger und siebziger Jahren zugefügt hat. Berlin-Kreuzberg, Frankfurter Westend, der Krater von München-Haidhausen, auf dem heute der neue Kulturpalast steht, das alles sind Synonyme für eine Kahlschlagpolitik, die ihre Rechtfertigung nicht aus den Bedürfnissen der Menschen, sondern aus Ideologien und Weltverbesserungsideen bezog.



Im sauren Regen stehen lassen? Arbeit am Kölner Dom FOTO: SVEN SIMON

Es waren die alten Träume des sozialistischen „Arbeitsrates für Kunst" von 1918, die da wieder auferstanden. So wie damals vom Bazillus der Weltrevolution angesteckte Architekten mit den angeblich „morschen" Großstädten die „alte Macht" hinwegfegen wollten, so setzten sie es als alte Männer noch selbst oder ihre Schüler und selbsterwählten Enkel mit Hingebung nach dem Zweiten Weltkrieg um. Es ist kein Zufall, wenn die *Hochzeit jenes Abrißwütens in die* glorreiche Ära der „roten Rathäuser" fällt, als sozialistisch gesinnte Bürgermeister im Verein und im Filz mit dem parastaatlichen Wohnungsmulti Neue Heimat ihre Vorstellung von „sozialistischer Planwirtschaft" durchexerzierten.

Zu vielen konservativen Politikern ist es zu wenig bewußt: Die frühe Bewegung der „Bürger-Initiativen" gegen Wucherungen und Exzesse bürokratischer Baupolitik war vielerorts eine zutiefst bürgerliche Reaktion auf jene Praktiken *sozialistischer Planwirtschaft*, die den Traum der „neuen Heimat" – also der „neuen Gesellschaft" – gegen die „alte Macht" durchzuboxen versuchte. Und es ist vergessen, daß mit jenem Aufstand des Individualismus gegen die Verplanung damals auch die große gesellschaftspolitische „Trendwende" (so sagte man) begann.

Mit der Faszination des Denkmalschutzes für das bedrohte historische Erbe, für „Milieuzonen", ganze Städte und schließlich sogar Landschaften dämmerte vor noch *nicht fünfzehn Jahren auch die* Ära der „schwarzen Rathäuser" herauf – eine Erfahrung, die viel aktueller ist, als manche, die heute wieder an Gesetzen zum „reibungslosen bürokratischen Ablauf" basteln, sich vorzustellen vermögen.

IM GESPRÄCH Hassan Ali Mwinyi

Stiller als Nyerere

Von Achim Remde

Der Generationswechsel ist unter Afrikas Politikern in vollem Gang. Die Zeit der Männer der ersten Stunde läuft ein Vierteljahrhundert nach der Unabhängigkeit aus. Gewaltlose Wechsel sind Glücksfälle.

So war es überraschend, daß Tansanias Julius Nyerere seinen Rücktritt ankündigte, und noch überraschender, daß er Hassan Ali Mwinyi als seinen Nachfolger präsentierte. Erstens ist Mwinyi nur drei Jahre jün*ger als Nyerere – bei einem für alters*bedingt erklärten Rücktritt zumindest ungewöhnlich. Zweitens gab es profiliertere Nachfolgekandidaten als den damaligen Präsidenten der konföderierten Insel Sansibar, der gleichzeitig tansanischer Vizepräsident war und den größten Teil seines Lebens als Lehrer verbracht hat. Das Wort vom „Übergangspräsidenten" machte sogleich die Runde.

Mit ihren „großen" Männern, besonders wenn sie Ideologen waren, hatten es die Menschen im postkolonialen Afrika nicht leicht. Der panafrikanische Visionär Nkrumah ruinierte die Wirtschaft Ghanas, ebenso Sekou Touré in Guinea – „lieber arm und frei als reich und versklavt" –, der mit brutaler Repression eine dritte Möglichkeit einführte: arm und versklavt. Nyereres Traum von der egalitären „Ujamaa"-Gesellschaft hat sich ebenso als Illusion erwiesen, die ein reiches Land mit Armut überzo*gen hat. Nur Hastings Banda in Mala*wi und Houphouët-Boigny in der Elfenbeinküste – beide haben zeitlebens die großtönende Revolutionsparole verschmäht – können als wahrhaft große Afrikaner der ersten postkolonialen Generation und noch amtierende Staatschefs vor dem Urteil der Geschichte bestehen.

Der sechzigjährige Mwinyi, der als bescheiden und geduldig gilt, hat klargestellt, daß er Nyereres Vorherrschaft weiterhin respektieren will. Denn dieser wird noch bis 1987 als Vorsitzender der Einheitspartei amtieren. Doch es besteht begründete Aussicht, daß Nyereres ideologische Vorreiterrolle sich künftig weniger



Vernunft wieder gefragt? Tansanias Mwinyi FOTO: REMDE

stark auf die Praxis auswirkt. Die Mehrheit der Tansanier ist nach der jahrzehntelangen Ideologie-Politik Nyereres an nichts mehr interessiert als an der pragmatischen Politik eines vernünftigen Mannes, der nicht unentwegt mit einem Auge auf seinen Platz in der Galerie der großen Afrikaner schielt.

Mwinyi ist auch Vizepräsident der Partei. Ins erste Glied der tansanischen Politikerszene geriet er erst Anfang 1984, als in Sansibar unter dem Druck zunehmender Radikalisierung der Ruf nach Auflösung der politischen Union mit dem Festland laut wurde. Als Nachfolger des gestürzten Inselpräsidenten Aboud Jumbe rettete er die Situation und verstand es, Sansibar wieder zu integrieren.

Seine politische Karriere hatte er 1964 als stellvertretender Leiter der staatlichen Handelsgesellschaft Sansibars begonnen. Er durchlief so unterschiedliche Ämter wie die des Gesundheits- und des Innenministers und des Botschafters in Ägypten. Auf dem Festland geboren, in Sansibar aufgewachsen, gilt Mwinyi als Sansibari. Damit bringt der Wechsel auch zum ersten Mal einen Mann von der Insel auf den Präsidentenstuhl. Zudem ist er im Gegensatz zum Christen Nyerere ein Muslim.

DIE MEINUNG DER ANDEREN



Das Massenblatt beschäftigt sich mit dem Fall eines pensionierten Stadtdirektors:

Einer spaziert, wir zahlen. Im zarten Alter von 43 Jahren wird der Direktor der Nürnberger Stadtwerke in Pension geschickt; und kriegt 98 000 *Mark Pension im Jahr. Bis zum Tod.* Sein Job wird aufgeteilt, der Stadtdirektor ist überflüssig. Auf dem Posten vielleicht. Aber uns kann kein Mensch einreden, daß nicht irgendwo ein gesunder, intelligenter, junger Verwaltungsfachmann gebraucht wird. Mit 43 auf Kosten der Steuerzahler spazierengehen – das ist eine moralische Veruntreuung von Steuergeldern.

DONAU KURIER

Zu Fassbinders „Müll" heißt es im Ingolstädter Blatt:

Darf, sollte in Deutschland 40 Jahre nach dem industriell organisierten Massenmord an Millionen Juden ohne Rücksicht auf die, ja, auf Kosten der Gefühle, Ängste, Nöte der Überlebenden Theater gemacht werden? Intendant Günther Rühle und seine Claqueure meinen: Ja. Bevor Rühle ans Frankfurter Schauspiel kam, hatten seine Vorgänger die Zuschauer davongejagt. Daß dieses Theater auch unter ihm leer bleiben dürfte, wird Rühle vermutlich nicht stören. Beunruhigt aber muß ihn haben, daß mit seiner publizistischen Schützenhilfe in der Vergangenheit Tabus, wie Pornographie und Dichterverstümmelung, schon gebrochen waren. Aber es gibt doch noch eines: das Tabu des Antisemitismus. Dies zu brechen, hatte der von den Rühles dieser schwülen Welt zum Genie stilisierte Fassbinder überdies schon aufs beste besorgt.

The New York Times

Zur Entscheidung des philippinischen Präsidenten Marcos, Präsidentenwahlen zu halten, schreibt sie:

Wie auch immer sein körperlicher Zustand sein mag, die politischen Instinkte von Präsident Marcos sind nicht beeinträchtigt. Man könnte darauf wetten, daß er für den 17. Januar keine Wahl vorgeschlagen haben würde, wenn er sich nicht sicher wäre, daß er sie gewinnen kann.

il Giornale

Nach Ansicht der Mailänder Zeitung sieht der Wirtschaftsplan der UdSSR einen Ausbau der Militärausgaben vor:

Der sowjetische Wirtschaftsplan *bis zum Jahr 2000* verkündet zwar eine Erhöhung des Verbrauchs und des Pro-Kopf-Einkommens. Bei einer genaueren Analyse stellt sich aber eine starke militärische Komponente heraus, die einen Impuls zu höheren Ausgaben für die Verteidigung bedeutet ... Die Militärindustrie in der Sowjetunion ist in die Schwerindustrie und noch mehr in die elektronische Industrie eingebettet und hat daran einen beträchtlichen Anteil. Solange in diesen Bereichen Prioritäten gesetzt werden, wird gleichzeitig dem militärisch-industriellen Apparat Vorrang gegeben.

Agrarpolitik: Drei Papiere und wenig Hoffnung

Die Wende wird mit Renten und ähnlichem angepeilt / Von Hans Jürgen Mahnke

Wende in der Agrarpolitik? Angesichts der Flut von Veröffentlichungen in diesen Tagen könnte man meinen, wichtige Entscheidungen stünden unmittelbar bevor. Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle spricht von Überlegungen, die SPD von Leitlinien zur Neuausrichtung, die FDP überschreibt ihr Papier mit Perspektiven der Agrarpolitik.

Zwei Dinge sind allen Papieren gemein: Zum einen die Einsicht und das Eingeständnis, so wie bisher könne es nicht weitergehen. Zum anderen die Absicht, den Betroffenen nur nicht auf die Füße zu treten – man sucht also weiter nach Subventionsträgern und Beihilfetatbeständen.

Die Lage hat sich in der Tat zugespitzt. Die Überschüsse schwellen immer stärker an und die EG-Kasse ist so leer, daß die Gemeinschaft nur mit Haushaltstricks über die Runden kommt. Das Export-Ventil, durch das lange Zeit erhebliche Mengen abgeflossen sind, ist verstopft. All dieses wird nicht bestritten. Weitergehende Einigkeit besteht auch über die Ursachen: Die Preissignale wurden unter dem Aspekt der Einkommensverbesserung für die Bauern zu hoch gesetzt. Überdies ist der technische Fortschritt gewaltig. Nicht die Zahl der Kühe ist gestiegen, sondern ihre Milchleistung durch Züchtung und Kraftfutter.

Bei der Therapie scheiden sich die Geister, vor allem in dem zentralen Punkt der Preise. Für Ignaz Kiechle gibt es keinen finanzierbaren Ersatz für Einkommen aus angemessenen Preisen. Daher müßten die Überschüsse beseitigt werden, um Spielraum für neue Preisanhebungen zu gewinnen. Preissenkungen scheiden für ihn aus.

Dagegen plädiert sein Parlamentarischer Staatssekretär Georg Gallus in seinem FDP-Papier für eine „vorsichtige" Preispolitik, die sich an den Überschüssen und der finanziellen Situation der EG orientieren soll. Die SPD spricht von einer stärker marktwirtschaftlich ausgerichteten Preispolitik. Schlagworte, die mehr vernebeln als erhellen. Wer die Überschüsse, den Markt und die Finanzen ins Spiel bringt, der muß doch sinkende Preise fordern. Aber das will man auch nicht sagen, jedenfalls nicht so deutlich. Und schließlich bleibt noch der Hinweis auf die EG-Partner, die so etwas nicht mitmachen würden, obwohl im Gerangel um die Getreidepreise ein anderer Eindruck entstehen mußte.

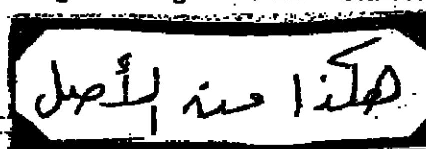
Wer an das Preissignal nicht herangehen will, wer die produktions- und verbrauchslenkende Funktion nicht verstärken will, wer allenfalls bereit ist, die nominalen Preise vorübergehend einzufrieren, der muß in anderen Bereichen nach Ersatz suchen, wenn er angemessene Einkommen für die Bauern – das zentrale Ziel – sichern will. Hoffnungsträger sind einmal die Produkte, die in der EG noch nicht in Übermaß produziert werden, wie Puffbohnen oder andere Eiweißträger. Wenn sie, mit staatlichen Subventionen versehen, dort produziert werden, wo heute Getreide wächst, dann könnte die Getreideproduktion sinken. Aber das wäre nur ein teurer Zeitgewinn angesichts des technischen Fortschritts; wie es ja auch das Milchproblem nie gegeben hätte, hätte der Staat nicht auch noch beim Magermilchpulver eingegriffen.

Propagiert wird auch die Flächenstillegung, schmackhaft gemacht mit ökologischen Überlegungen, wobei der Anreiz zur Hofaufgabe zum Beispiel durch eine Rente vom 55. Lebensjahr an verstärkt werden soll. Sicherlich kann es auch sinnvoll sein, die rechtlichen Hindernisse abzubauen, die – so komisch das Stichwort heute noch klingt – etwa dem Bau von Golfplätzen auf den Feldern entgegenstehen. Aber wenn dieses EG-einheitlich gemacht werden soll, sind die Probleme gewaltig. Eine *Rente, die in Deutschland dem Existenzminimum* entspricht, macht manchen Sizilianer oder Griechen zum Dorf-Krösus. Und: Angesichts der programmierten Produktionssteigerungen dürfte man auch so das Überschußproblem kaum in den Griff bekommen. Mehr als einen Tropfen auf einen warmen Stein sollte niemand versprechen.

Und dann? Es bleibt die stärkere soziale Absicherung, eine Form der direkten Einkommensübertragung, was von der Bundesregierung, ob über höhere Zuschüsse zu den Versicherungen oder über Aufstockung der Hilfen in benachteiligten Gebieten, forciert wurde. Wenn die EG dieses ausbauen würde, ließe sich, kumuliert mit nationalen Maßnahmen, die auch die *Einkommensunterschiede* berücksichtigen könnten, einiges auf die Beine bringen. Dadurch würden keine neuen Produktionsanreize geschaffen.

Die Haupteinnahmequelle bliebe aber doch der Verkauf der Produkte. Und da sind drastische Preissenkungen, entgegen allen Andeutungen, nach wie vor ernsthaft nicht im Gespräch.

Billig würde der Weg der sozialen Absicherung nicht; er ist aber der sinnvollste der bisher gemachten Vorschläge. Überhaupt: Die Agrarpolitik wird, ganz gleich was geschieht, sogar noch teurer. Am *teuersten allerdings*, wenn weiter gewurschtelt wird.



Lady Di, das ist noch viel schöner als Hollywood

Amerika ist hingerissen, doch der Enthusiasmus gilt keiner Institution, keinem Titel und keiner Krone. Er gilt zuerst und vor allem einer 24jährigen Frau: Lady Diana, der Gattin des britischen Thronfolgers Prinz Charles.

Von FRITZ WIRTZ

„Die Briten kommen." Seit Tagen verkünden es die Schlagzeilen, und Washington bemüht sich um dezente britische Gediegenheit. Ronald Reagan holte das Britischste aus seinem Kleiderschrank, was sich finden ließ, und begrüßte den britischen Thronfolger und seine Frau am Samstag morgen um elf vor seinem Haus zum Tee mit einer Jacke im schottischen Tartan-Muster.

Die Windsors sind in der Stadt, und Washington geht in die Knie. Ein wenig verlegen vielleicht und ungelenk, doch in artiger Ehrerbietung. „Hofknickse müssen nicht sein", hatte die britische Botschaft bereits vorher den drohenden Konflikt zwischen amerikanischer Unbekümmertheit und steifer britischer Hofetikette abgewiegelt, doch viele Damen der Washingtoner „High-Society" waren fest entschlossen, darzubieten, was sie seit Tagen vor dem Spiegel übten. Kampfrichter hätten dieses Bemühen, dem Körper völlig unamerikanische Gymnastik abzufordern, mit Noten zwischen drei und vier versehen.

„Die Briten kommen." Sie erschienen im silbergrauen Rolls-Royce. Charles im dunkelblauen gestreiften „Business-Suit", Diana in grellem Rot, der Lieblingsfarbe der First Lady. Sie sagten scheu, zurückhaltend und sichtbar gegen die Reisemüdigkeit ankämpfend, Danke für die Einladung, zogen sich zum Tee und zum halbstündigen Gespräch ins Weiße Haus zurück und hinterließen Staunen bei den zurückgebliebenen amerikanischen Journalisten. „Sie ist größer als Nancy, größer als ihr Mann und größer als der Präsident, Haare eingeschlossen."

„The Brits are coming." Es gab Zeiten, da war diese Ankündigung in Washington kein Signal freudiger Erwartung, sondern ängstlichen Alarms. Beispielsweise vor über 170 Jahren, am 24. August 1814, als ihre Soldaten unter Führung von General Robert Ross in Washington einfielen, sich selbst zum Dinner im Weißen Haus einluden, das eigentlich für Präsident Madison gerichtet war, und dann das Gebäude nebst anderen staatlichen Institutionen wie beispielsweise dem Kapitol in Brand setzten. Eine Episode und ein Krieg, die schließlich am Weihnachtsabend des Jahres 1814 mit dem Frieden von Gent beigelegt wurden, der die bisher letzten Feindseligkeiten zwischen beiden Ländern beendete. Ob Zufall oder geschickte Regie: Bereits sechs Stunden nach seiner Ankunft besichtigte Prinz Charles dieses Dokument im „Octagon House" in Washington.

Britisch-amerikanisches White-House-Dinner, 171 Jahre später: nirgendwo Brandgeruch, doch spürbares Feuer. 38 eingeladene Damen hatten alles, was glitzert und teuer ist, aus den Schmuckkassetten geholt. Nur Prinzessin Diana gab sich mit einem einzigen Schmuckstück zufrieden: einem riesigen Saphir, der von einer siebenreihigen Perlenkette gehalten wurde.

79 Gäste waren eingeladen, unter ihnen Jahrhundertgrößen wie Jonas Salk, der Erfinder des Impfstoffes gegen Kinderlähmung, und vergängliche Eintagsgrößen aus Hollywood wie John Travolta, Tom Sellek und Clint Eastwood erschienen auf ausdrücklichen Wunsch einer einzelnen 24jährigen Dame namens Diana, die sich damit erstaunlich wach gebliebene Teenager-Träume erfüllte.

Es war die Party des Jahres, doch man begnügte sich mit anspruchsloser Nahrung: Maryland-Krabben, glaciertes Huhn, Pfirsich-Sorbet und kalifornischer Champagner. Zum Nachtisch sang die Opernsängerin Leontyne Price Gospels, der Spaßmacher Peter Ustinow drohte an, die Prinzessin zum Tanz zu bitten, der Sänger Neil Diamond schwieg, und Unterwasserforscher Jacques Cousteau gab der Sache irgendwie allegorischen Tiefgang.

Die einzigen Pannen: Zwei Damen erschienen im gleichen Kleid, der Präsident redete beim Toast seine Nachbarin Diana mit „Prinzessin David" an, was den amerikanischen Journalisten für den Rest dieses Jahres Stoff für tiefenpsychologische Analysen geben wird, und Prinz *Charles hielt trotz „Jet-Lags"* eine freihändige Rede aus dem Stand, vergaß aber den Toast auf seine Gastgeber.

Man spürte schnell: Dies ist nicht sein Auftritt. Sie kamen zu zweit nach Washington, doch Charles, der „King in waiting", erkannte bald, daß er der uninteressantere Teil dieser Aufführung war. Amerika hatte aus diesem Paarlauf zum höheren Nutzen britischer Exporte und Handelsbilanzen sehr schnell ein „Diana-Festival" gemacht. Titel: „The King and I."

„Di we love you", jauchzten ein paar tausend Amerikaner dem neuen Darling der Nation schon am Flughafen zu. Und da ihrem Auftritt das Gerücht voranflatterte, sie trage ein drittes „Königskind in waiting" mit sich, das beharrlich alle straffen und resoluten höfischen Dementis zumindest für die Dauer dieses Besuches überlebte, mischte sich in den Jubel auch noch ein Hauch von Mutterglück-Spekulation. Hollywood – verhülle dein Haupt.

Charles, der Juniorchef der Windsors, war irgendwie abgemeldet und spielte neben der königlichen Schönheit an seiner Seite eher jene Rolle, die zeit seines Lebens seinem Vater zugefallen ist: stets einen halben Schritt hinter jener Hoheit, die eine auf wundersame Weise plötzlich sehr royalistisch gewordene Nation für vier kurze, glanzvolle Tage kurzerhand zu ihrer Queen, zur „Königin von Amerika" gemacht hat.

Er überläßt sie bereitwillig dem Scheinwerferlicht, und sie demonstriert eindrucksvoll die Reife und



Besuch im Altersheim: Zu Ehren für den Gast aus London Blumen und Fähnchen FOTO: AP

den Professionalismus, die sie sich in den letzten vier Jahren in königlicher Umgebung aneignete. Während Amerikas Teenager bis zum Alter von sechzig sie in jene Märchenwelt heben, in der sich eigene Kinderträume erfüllen, sucht die Prinzessin ganz betont und demonstrativ die Begegnung mit dem Alltag, besucht Todgeweihte in einem Altersheim und *spricht mit einem 14jährigen Jungen,* der an Krebs leidet.

Es ist ein erstaunlicher Besuch. „Washington ist ga-ga", sorgte sich die „*Washington Post*", was so viel heißt wie Washington ist „plemplem", und fragte nachdenklich: „Warum verlieren stabile republikanische Amerikaner beim Anblick der Windsors schlicht den Verstand?"

Die simple Erklärung, daß man immer das am heißesten wünscht, was man nicht hat, daß also Besitzerneid im Spiele sei, und die Vermutung, daß hier irgendwo in der amerikanischen Seele noch geheime royalistische Sehnsüchte schlummern – das alles reicht wohl nicht aus. Denn es kommen jährlich ein Dutzend Könige und Kronprinzen in diese Stadt, ohne gleich das Seelenkostüm der Amerikaner zu derangieren.

Nein, dieser Enthusiasmus gilt keiner Institution, keinem Titel und keiner Krone. Er entzündete sich zuerst und vor allem an dieser 24jährigen Frau, die noch so wundersam und rührend neu ist in einer jahrhundertealten Firma, und die außerdem schön ist und scheu.

Das ist schlichtes und schieres „Diana-Fieber", das andere Nationen schon hinter sich haben. Sie aber kam zum ersten Mal in dieses Land, und da der Buckingham-Palast nach wie vor die brillanteste Public-Relations-Institution in der Welt ist, wurde ihr Besuch von den Medien zum gesellschaftlichen Ereignis des Jahrzehnts hochgeschmust („Time": „Dies ist das berühmteste und zauberhafteste Paar der Welt").

Was da zu sehen ist, ist alles sehr viel schöner als Hollywood. Es ist „the real thing", und wer weiß, wie groß in diesem Land der großen Träume die Sehnsucht nach dem „real thing" ist, kann begreifen, daß dieses Ereignis alle Hollywood-Illusionen schlägt.

Der britische Botschafter Sir Oliver Wright hatte am Samstag nachmittag 130 amerikanische Journalisten zu sich in seine Residenz gebeten, um ihnen das „Traumpaar" privat vorzuführen. Die Reporterin der Fernsehgesellschaft NBC kehrte von dieser Mission mit der erregenden Nachricht zurück: „Wir wollten sehen, ob sie wirkliche Menschen sind – und in der Tat, sie sind es."

Doch nicht in jedem Falle hat dieser Besuch Klarheit geschaffen über die Beschaffenheit britischer Aristokraten. So dichtete ein amerikanischer Fernsehreporter vom Flughafen „Andrews Air Force Base", wo die beiden aus Hawaii kommend eintrafen, direkt in die amerikanischen Frühstücksstuben hinein: „Der Himmel über Washington ist tiefblau wie königliches Blut."

Verglichen damit ist der Umgangston der Lady Marjorie Wright, der Frau des britischen Botschafters, unter deren Dach die Windsors für drei Tage in Washington wohnen, von prosaischer und erfrischender Direktheit. Sie hat ihr Haus und ihr Personal mit der altvertrauten britischen Armee-Lösung auf höfischen Zuschnitt getrimmt: „Vor allem, was sich bewegt, wird eine Verbeugung gemacht. Alles, was sich nicht bewegt, wird abgestaubt und weiß angestrichen."

„Abgestaubt und weiß angestrichen" – das etwa drückt aus, wie dieses Nachwuchspaar seit zwei Tagen eine einhundertjährige Institution in diesem Lande, das ihre Vorfahren einst mitbeherrschten, repräsentiert.

In Washington trafen für einige Tage die glanzlose Macht eines neuen Empires und der machtlose Glanz einer verbrauchten Weltmacht aufeinander. Das war es, was dieser Begegnung ihren Reiz und ihre Nostalgie gab. Das Empire schlug nicht zurück. Es sandte schlicht die besten Botschafter, die je hier erschienen.

Die „Brits" sind angekommen.

Eine neue Symbolfigur der nicht-russischen Intelligenz

Der neue Schach-Weltmeister heißt Garri Kasparow. Er gewann nicht nur gegen seinen Rivalen Anatoli Karpow, sondern auch gegen die sowjetische Hierarchie.

Von R.-M. BORNGÄSSER

„Garri, Garri" schallte es unisono durch den hohen weiß-goldenen Tschaikowsky-Saal in *Moskau. Rhythmisches Klatschen* begleitete die erregten Stimmen im Parkett und in den Rängen. Sie prallten ab von den stuckverzierten Wänden, ließen *den gewaltigen Konzert*saal unter der akustischen Woge erzittern. Kasparow-Fans aus Aserbeidschan und Armenien fielen sich in die Arme, verteilten Freudenküsse, hielten Transparente mit seinem Namen hoch und fotografierten einander. Ein älterer Mann blies die Hirtenflöte; Männer und Frauen mit südländischen Gesichtern tanzten. In einem sowjetischen Konzerthaus durchaus unübliche Szenen. Wildfremde fielen sich gegenseitig in die Arme, hatten Tränen in den Augen. Wie erlöst wirkten die Gesichter aller Anwesenden an diesem späten Samstagabend.

Selbst die bisher so steifen Schiedsrichter verwandelten sich in lächelnde menschliche Wesen: Garri Kasparow, der ungestüme 22jährige junge Herausforderer, hatte in dem 24. Spiel gegen den bisherigen Weltmeister im Schachspiel Anatoli Karpow (34) gewonnen. Er, der Halbjude und Armenier wurde damit zum jüngsten Schachweltmeister.

Lachend und weltmännisch nahm er die Glückwünsche des Hauptschiedsrichters entgegen. Sein Gegner Karpow hatte sich nach kurzem, schnellen Händedruck von der Bühne hinter den Vorhang entfernt. Minutenlang stand der junge Sonnyboy aus Baku auf der Bühne im funkelnden Lüsterglanz, hob die Arme in Siegerpose, lächelte, lachte ins Publikum. Alle Anstrengungen der vergangenen Monate waren verschwunden. Er sonnte sich hier oben auf der Bühne in seinem Ruhme. Endgültig hatte er gesiegt, hatte er es den Parteifunktionären und aller Welt gezeigt, endgültig war er am Ziel seiner Wünsche angekommen. Die Schinderei über Jahre und Jahre hinweg hatte sich gelohnt.

Dabei war es gar nicht sicher gewesen, wie dieses Spiel ausgehen würde. Denn bis zum 18. Zug war dieser Kampf zwar spannend, aber durchaus noch offen. Karpow spielte klar und präzise, setzte gemessen Zug um Zug mit den weißen Steinen. Doch dann, im 35. Zug wich das Spiel von der bisherigen Schachroutine ab, oder wie ein russischer Schachspieler erklärte, von der „Dynamik des Gleichgewichts".

Kasparow riskierte, opferte zwei Bauern. Karpow, der Vorsichtige zog nicht gleich nach und Kasparows „Figuren strömten über das Feld". Der monatelange Kampf war beendet.

Hinter diesen vordergründigen Schachzügen auf der Bühne wogten seit Monaten klammheimliche Ränkezüge im Hintergrund. Seit dem Abbruch des ersten Anlaufs Kasparows zur Schachweltmeisterschaft im Februar dieses Jahres, als nach fünf Monaten und 40 Remis von 48 Partien auf jener denkwürdigen Pressekonferenz im Hotel „Cosmos" der Abbruch des Spiels so schnell beschieden wurde, hatten sich das Mißtrauen und die Gerüchte um diese Schachweltmeisterschaft nur vertieft. Denn dieser Abbruch, den der drahtige kleine philippinische Präsident Florencio Campones verkündete, sah zu sehr nach einem Rettungsanker für den kremltreuen Russen Karpow aus. *Denn gerade als der schwarzlockige* Kasparow beim 5:3-Stand dank seiner überlegenen physischen wie psychischen Kraft aufgeholt hatte, also *just, als es zum Duell zu steuern* schien, da griff man von „oben" her ein und beendete den Wettkampf abrupt.

Als dann noch der ungestüme junge Mann vor der internationalen Presse so lauthals gegen diese wortreiche Entscheidung protestierte, glaubte keiner der Anwesenden mehr, daß dieser halbjüdische Armenier je wieder einen Fuß im Schachwettbewerb fassen könnte. In Moskau kursierte seitdem der Witz, daß eine Weltmeisterschaft nicht nur den Sieger, sondern auch seine Nationalität feststellt.

Die neuen Regeln für den zweiten Anlauf dann, ein halbes Jahr später, am 2. September, bestätigten den Verdacht, daß der einstige Breschnew-Günstling und Friedensfondsvorsitzende nach wie vor vom sowjetischen Verband und dem Weltschachbund favorisiert wurde. Denn die Beschränkungsklausel dieses Wettkampfes auf höchstens 24 Partien, in denen Karpow bei Gleichstand 12:12 auch noch seinen Titel behalten würde, war wie maßgeschneidert für den konditionsschwächeren Weltmeister. Doch letztlich wendete sich diese Regelung dann doch gegen den alten Weltmeister.

Der kombinationsfreudige Kasparow, der kein Risiko zu scheuen schien, setzte sich scheinbar ungehemmt über alle landläufigen Regeln dieses königlichen Spiels hinweg. Er spielte immer draufgängerischer. Beendete mitunter ein Spiel trotz seiner offensichtlichen Vorteile. Selbst seine treuen Anhänger machte er mit seiner Risikofreudigkeit leicht konfus, es war als spüre er, daß sein Gegner zum Ende des Turniers immer müder wurde, während er ungebrochene robuste Kraft demonstrierte.

Nichts schien ihn mehr vom Sieg aufzuhalten. Es störte Kasparow scheinbar nicht, daß das kremleigene Presseorgan „Prawda" in seiner Berichterstattung über diese Wettkämpfe klar Partei für den treuen und bewährten Karpow ergriff. Eine Hintertür hatten sich die Journalisten-Funktionäre für den Fall eines Falles immerhin offengehalten. Gleich zu Beginn des Wettkampfes stellte das Parteiblatt fest: „Wer auch immer in diesem Kampf gewinnen wird, es wird ein Sieg der sowjetischen Schachschule sein."

Mit seinen 22 Jahren ist Kasparow für diesen Denksport blutjung, der jüngste Weltmeister in der Geschichte der durchaus nicht armen Schachhistorie. Ursprünglich hieß dieser kecke Spieler Weinstein. Nach dem frühen Tod seines Vaters nahm er unter Druck den Mädchennamen seiner Mutter an. Er studiert am Fremdspracheninstitut in Baku, liest Seneca und Werke römischer Philosophen, und er liebt Jewtuschenko-Gedichte.

Entgegen den Funktionärswünschen siedelte Kasparow auch nicht ins fremde Moskau über, sondern blieb im vertrauten Baku. Und auch sonst ist er kein willfähriger Zeitgenosse. Oft und gerne sagt er Dinge, die nicht in das Konzept des loyalen Sowjetbürgers passen.

Garri Kasparow ist die neue Symbolfigur des nicht-russischen Intelligenzlers, er ist die Hoffnung vieler Menschen im großen Sowjetreich, in dem so viele Nationalitäten leben.



Ein kurzer Händedruck, mehr gab es nie zwischen den erbitterten Rivalen Karpow (l.) und Kasparow FOTO: AP

Denkmalschutz hat für Bonn hohen Stellenwert

Schneider wehrt sich gegen Vorwürfe des Nationalkomitees

gur. Frankfurt

Bundesbauminister Oskar Schneider (CSU) hat sich gegen Vorwürfe verwahrt, das neue Baugesetzbuch gehe zu Lasten des Denkmalschutzes. In einem Brief an die WELT versicherte Schneider am Wochenende, *ein wesentliches Ziel des von der* Bundesregierung derzeit vorbereiteten Entwurfs für ein neues Baugesetzbuch sei es gerade, die Rechtsgrundlagen für die Erhaltung, Erneuerung und Fortentwicklung der gewachsenen Stadtstrukturen zu verbessern. Für das Städtebaurecht habe „die Erhaltung des Stadt-, Orts- und Landschaftsbildes und des Denkmalschutzes hohe Bedeutung".

Schneider nahm damit zu Besorgnissen Stellung, die auf der Jahrestagung des Nationalkomitees für Denkmalschutz in Frankfurt geäußert worden waren. Diese Besorgnisse hatte der Präsident des Komitees, der bayerische Kultusminister Hans Maier, *am Wochenende noch einmal* ausdrücklich so präzisiert: Seit kurzem habe es zwar den Anschein, daß die Verankerung des Denkmalschutzes in der Bauleitplanung und auch bei städtebaulichen Sanierungsmaßnahmen nun doch „ohne Einschränkungen erhalten bleiben soll". Nicht völlig beseitigt seien dagegen die Sorgen des Denkmalschutzes hinsichtlich der Zulässigkeit von Einzelvor*haben in den Innenbereichen.*

Angesichts vieler Prognosen, daß sich das Baugeschehen künftig auf die Stadt- und Ortskerne verlagern werde, müsse man jedoch gerade hier „besonders sorgfältig vorgehen". Darüber hinaus, so Maier, gehe Gefahr für den Denkmalschutz von Bestrebungen aus, die auf eine „Einschränkung der Genehmigungspflicht für Bebauungspläne" hinzielen. Maier: „Die Bitte des Nationalkomitees an Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat ist: Machen Sie das Baugesetzbuch so denkmalfreundlich, wie dies Bundesbaugesetz *und Städtebauförderungsgesetz* schon bisher sind!"

Genau dies nimmt der Bundesbauminister nun in seinem Schreiben an die WELT für das Gesetzeswerk in Anspruch. „Über die Schutzbestimmungen des geltenden Rechts hinaus" *seien „weitere Verbesserungen"* vorgesehen. Im einzelnen zählt Schneider auf:

- Aufnahme der umfassenden Belange des Denkmalschutzes, die von den Gemeinden bei der Bauleitplanung zu berücksichtigen sind;
- Kennzeichnung städtebaulicher Ensembles im Flächennutzungsplan und Übernahme aller unter Denkmalschutz fallenden Anlagen in den Bebauungsplan;
- Beachtlichkeit der Belange des Denkmalschutzes bei Bauvorhaben im Außenbereich;
- im Recht der „Erhaltungssatzung" wird künftig auch die Nutzungsänderung sowie aus stadtgestalterischen Gründen auch die Neuerrichtung baulicher Vorhaben unter Genehmigungsvorbehalt gestellt;
- im Sanierungsrecht sollen erstmals die Erhaltung vorhandener Ortsteile, die Verbesserung der Gestaltung des Orts- und Landschaftsbildes und die Erfordernisse des Denkmalschutzes als Sanierungsziele verankert werden;
- in den durch Zweitwohnungen bedrohten Fremdenverkehrsorten wird außerdem auch das neue Genehmigungserfordernis bei der Begründung von Rechten nach dem Wohnungseigentumsgesetz maßgeblich zur Erhaltung des gewachsenen Ortsbildes beitragen.

Rehberger will bis 1990 an der Saar bleiben

FDP-Chef: Leinen ist eine Belastung für das Saarland

ULRICH REITZ, Wadern

Der saarländische FDP-Chef Horst Rehberger will bei seiner Linie bleiben und den politischen Spielraum der FDP nicht durch eine frühzeitige Koalitionsaussage einengen. Ihre bündnispolitische Strategie wird die Saar-FDP erst nach der Kommunal*wahl 1989 offenlegen, ein Jahr vor der* nächsten Landtagswahl. Rehberger empfahl daher der CDU in einem „persönlichen Wort" auf dem Parteitag der *Freien Demokraten* in Wadern, sich nicht den koalitionspolitischen Kopf der FDP zu zerbrechen.

Unter Bezugnahme auf einen Bericht in der WELT vom 8. November und in Anspielung auf die Probleme der Christdemokraten, einen geeigneten Nachfolger für den verstorbenen Landesvorsitzenden Werner Scherer zu finden, rief Rehberger den 419 Delegierten zu: „Wenn der CDU etwas Kopfschmerzen bereiten muß, dann ist es ihr eigener Zustand." Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher nahm in seiner Rede den Faden auf und erklärte grundsätzlich: „Die FDP ist immer zuerst eine liberale Partei und erst in zweiter Linie eine Koalitionspartei."

Rehberger verneinte jedoch in einem Gespräch mit der WELT die Frage, ob sich die FDP in einer Äquidistanz zwischen CDU und SPD befinde. „Wenn heute darüber entschieden werden müßte, gäbe es nur die Möglichkeit einer Koalitionsaussage zugunsten der CDU". Daß allerdings das CDU-Problem der Scherer-Nachfolge die Freien Demokraten beschäftigt, *die auf eine starke CDU angewiesen sind*, um auf die Regierungsbank zurückkehren zu können, ließ Rehberger auch deutlich werden: „Nur wenn sich die CDU fängt, besteht die Chance, die SPD-Mehrheit 1990 zu brechen."

Vermutungen aus der SPD, der FDP-Chef werde sich auf Dauer nicht mit der Oppositionsrolle im Saarland begnügen und nach einer Schamfrist das kleinste Flächenland wieder verlassen, begegnete Rehberger mit dem Versprechen: „Ich bleibe an der Saar." Gegenüber der WELT präzisierte er diese Aussage. „Wenn die Partei es will, stehe ich 1990 als FDP-*Spitzenkandidat zur Verfügung." Die* saarländische CDU geht davon aus, daß die FDP mit Rehberger an ihrer Spitze keine Kehrtwende zur SPD *vollziehen wird. Der FDP-Chef* kündigte zur Untermauerung an, 1987 nicht für den Bundestag kandidieren zu wollen.

Die Stimmung bei den Freien Demokraten war geprägt von dem unerwartet guten Wahlergebnis, das der FDP am 10. März zehn Prozent der Wählerstimmen beschert hatte. Viel Applaus spendeten die Delegierten ihrem Vorsitzenden für die von *Selbstbewußtsein geprägte* Feststellung: „Wir sind wieder da." Und im Bewußtsein wiedergewonnener Stärke fügte Genscher hinzu, die FDP sei „aus der Opposition heraus zu der führenden geistig-politischen Kraft an der Saar" geworden.

Rehberger zog vor den Delegierten eine negative Bilanz der Regierung Oskar Lafontaines, der er ob „gebrochener Wahlversprechen" einen „Verlust an Glaubwürdigkeit" und ein „Versagen in der Wirtschafts- und Umweltpolitik" vorwarf. Über weite Passagen beschäftigte sich der FDP-Chef mit Umweltminister Jo Leinen, den er für „untragbar" erklärte. Die Schwierigkeiten Leinens, sich „ein*deutig von Verfassungsfeinden zu distanzieren* und andererseits von übelster Brunnenvergiftung nicht zurückzuschrecken, um ihm mißliebige Persönlichkeiten und Institutionen unseres demokratischen Rechtsstaates öffentlich zu diskreditieren", mache ihn *zu einer „für das ganze Saarland un*zumutbaren Belastung".

Schutz des Lebens wichtiger als Technologie

Nea. Rockenhausen

Wichtigstes Thema des Sonderparteitages der rheinland-pfälzischen CDU im nordpfälzischen Kreisstädtchen Rockenhausen sollten eigentlich die „Neuen Technologien" sein. *In der Tat wurde ein entsprechender* Leitantrag des Landesvorstands nach relativ kurzer Debatte bei nur einer Stimmenthaltung schnell verabschiedet. Der *Akzent* der Veranstaltung verschob sich jedoch unversehens auf ein anderes Thema: den Schutz des ungeborenen Lebens.

Demonstrativer Beifall der Delegierten unterbrach schon die Rede des Landesvorsitzenden und Ministerpräsidenten Bernhard Vogel an der Stelle, wo er die Partei zu einer Offensive für eine Bewußtseinsänderung in dieser Frage aufrief: „Ich verlange, daß *die erkrankten Wälder* und die Robben-Babys und die Tierversuche nicht länger und intensiver diskutiert werden als Schutz und Hilfe für das ungeborene menschliche Leben." Auch die Debatten über einen Vorstandsantrag „Offensive für den Schutz des Lebens" (u. a. soll 1986 ein großer Kongreß über dieses Thema stattfinden) zeigten einen bemerkenswerten Stimmungsumschwung innerhalb der Partei.

War noch vor einem Jahr beim Parteitag in Trier eine zwar kleine, aber immerhin sehr entschieden auftretende Gruppe gegen jede neue Diskussion über das Thema Abtreibung gewesen, so wurde diesmal Kritik nur daran geäußert, daß der Vorstandsantrag „zu wenig deutlich und konkret" sei. Der Bundesvorsitzende der Jungen Union, Christoph Böhr, dessen *Organisation in Trier noch* überwiegend kritisch gegen jede Debatte über den Paragraphen 218 aufgetreten war, unterstützte diesmal nicht nur den Leitantrag, sondern sagte auch, man werde angesichts der neuen Entwicklung „möglicherweise *auch über eine Änderung* des Paragraphen 218 reden müssen".

Stoltenberg: Kohl kann sich auf uns verlassen

CDU-Landeschef auf Parteitag im Amt bestätigt

GEORG BAUER, Eckernförde

Die Worte des CDU-Landesvorsitzenden Schleswig-Holsteins, Gerhard Stoltenberg, waren nicht nur für die Ohren des Bundesvorsitzenden der Partei, Bundeskanzler Helmut Kohl, bestimmt. „Unser Bundesvorsitzender kann sich auf die christlichen De*mokraten Schleswig-Holsteins* verlassen", bekundete Stoltenberg auf dem CDU-Landespartei in Eckernförde Loyalität. Und mit diesem Satz machte Stoltenberg, den die Christdemokraten bei nur wenigen Gegenstimmen für die nächsten zwei Jahre in seinem Amt bestätigten, so manchem seiner Parteifreunde nicht nur an der Basis klar: „Die in Schleswig-Holstein bis vor kurzem immer wieder aufgeworfene Frage, ob nicht Stoltenberg der bessere Kanzler sei, stellt sich weder für ihn noch hat sie die Landespartei zu diskutieren."

Auch Kohl *hatte* zuvor in einer grundsätzlich angelegten Rede die Christdemokraten gemahnt. Es gebe nicht nur so manchen, der sich zu profilieren versuche. Zu viele hätten auch in der CDU geglaubt, daß die großen Schwierigkeiten über Nacht hätten gelöst werden können. Mit den Worten, wichtig sei es, an den Zielen festzuhalten, forderte er die Partei zu Stetigkeit und Zielstrebigkeit auf.

Als Beweis für die konsequente Politik der Bundesregierung nannte Kohl die in zwei Stufen beschlossene Steuerreform, die Preisstabilität, die Diskussion um die Verlängerung des Wehrdienstes, das bevorstehende Genfer Gipfelgespräch, *das ohne die klare Haltung Bonns nicht zustande* gekommen wäre und den angestrebten Kulturwandel in der Wirtschaftspolitik.

Er unterstrich, daß die wichtigsten Aufgaben der Zukunft die Reform der Steuern, die Senkung der Lohn*nebenkosten und die Lösung* der Probleme seien, die sich aus dem Bevölkerungsrückgang in der Bundesrepublik Deutschland *ergeben*. Solidarität forderte er für den Bergbau, die Bauern und die Familien.

Als „Skandal" bezeichnete er es, was in der Vergangenheit in der Familienpolitik geschehen sei. Das Jahr zum Kind habe ein Jahr zum sozialen Abstieg *eingeschlossen*. Auch hier machte sich der Kanzler für einen Umdenkungsprozeß stark. Das Jahr zum Kind müsse ein Jahr zur Zukunft sein.

Sein Appell galt aber auch der Jugend. Bei ihr sei die Wende bereits eingetreten. *Außerdem* müsse die Jugend wieder Vorbilder haben und mit Menschen konfrontiert werden, die wieder an die Zukunft glaubten. Unter Hinweis auf die Anstrengungen der Deutschen in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg rief er zu einem ähnlichen Kraftakt in der heutigen Zeit auf. Kohl: „Es gibt keine Wunder, die uns irgendeine höhere Gewalt gebracht haben." Er verband sei*nen Appell mit Angriffen* gegen die Sozialdemokraten, die das „Geschäft mit der Angst machen" wollten.

Auf dem Parteitag, der unter dem Motto „Weiter voran" stand, demonstrierten die Christdemokraten wenige Monate vor der Kommunalwahl am 2. März ihre *Geschlossenheit*. Ziel der CDU ist es, das Ergebnis der jüngsten Kommunalwahl, als sie 50,1 Prozent der Stimmen erzielte, wieder zu erreichen. Einmütig verabschiedeten sie nach kurzer Diskussion ein Programm, das unter dem Stichwort „Le*bendige Städte und Gemeinden* – in gesunder Umwelt wohnen und arbeiten" fünf Punkte enthält: Verantwortung und Partnerschaft, die Sicherung einer leistungsfähigen Wirtschaft und einer gesunden Umwelt, die Gestaltung von Städten und Dörfern und die Bedeutung des Landes als kulturelle Heimat.

Text der Fürbitten politisch „geglättet"

hrk. Berlin

Am ursprünglichen Textentwurf für den gemeinsamen, in den evangelischen Kirchen beider deutscher Staaten gehaltenen „Bittgottesdienst für den Frieden", sind zuletzt Veränderungen vorgenommen worden. Sie sollen angeblich auf eine Intervention liberal-konservativer Kreise um Bischof Hans von Keler in der EKD-Führung zurückgehen. Aus dem Ursprungstext, den der „DDR"-Kirchenbund dann unter Hinweis auf einen „Übermittlungsfehler" durch die neue Fassung ersetzte, sind Begriffe wie „Raketensilos", „tote Wälder" und der auf Rüstungsprogramme der UdSSR und USA gemünzte Hinweis auf den Himmel, den die Menschen „nicht schonen", gestrichen worden.

An diesen Veränderungen, die in kirchlichen Kreisen in Ost und West bekannt waren und an denen öffentlich kein Anstoß genommen wurde, stieß sich jetzt der in Göttingen angesiedelte Zusammenschluß aller kirchlichen Friedensgruppen in der Bundesrepublik. Der Arbeitskreis hielt dem Rat der EKD vor, die gemeinsame Ordnung „einseitig" abgeändert zu haben.

Dieser harte Vorwurf, der gleichsam die nachträgliche Manipulation gemeinsamer Texte durch die westliche Seite behauptet, läßt sich nicht belegen. In einer der WELT vorliegenden Anlage zum gemeinsamen Text heißt es, vom Sekretariat des Kirchenbundes in der Ostberliner Auguststraße formuliert, folgendermaßen: „An die Benutzer – Durch einen Übermittlungsfehler ist in dem vorliegenden *Material* nicht die Endfassung des Fürbittengebetes enthalten. Wir legen darum hiermit die Fassung des Fürbittengebetes vor, die mit dem Rat der EKD vereinbart worden ist und bitten Sie, den Text in den Seiten fünf und sechs anstelle des dort abgedruckten Gebetes einzufügen."

Die erste Fassung der betroffenen Textstelle lautet so: „Wir erschrecken vor dem, was durch menschliche Hände, menschliches Wissen und Wirken aus ihr (der Welt, d. Red.) geworden ist: Superstädte und Flüchtlingszelte, Raketensilos und Müllhalden, Dürrezonen und tote Wälder trägt sie; wir beuten die Erde aus und schonen den Himmel nicht."

Die neue Fassung heißt: „Wir bringen vor dich die Nöte all derer, die auf ihr (der Welt, d. Red.) keine Ruhe und Heimat finden, denen das Nötigste zum Leben fehlt oder die krank werden an einer kranken Welt. Wir bitten dich für die Menschen in den Superstädten und in Flüchtlingszelten, in den Dürrezonen und Überschwemmungsgebieten, für alle, die an Orten leben, in denen die Bäume sterben."

Zwei weitere Passagen sind ebenfalls geändert worden. Zunächst heißt es im selben Fürbittgebet: „Wir können unsere Augen nicht länger davor verschließen, daß unsere Sicherheit und Wohlbefinden den anderen das Brot und die Schale Reis kostet, um die er heute gebetet hat. Unser Mangel an Fantasie und unsere Engherzigkeit verhindern, daß er sein Dankgebet spricht." Jetzt heißt es: „Wir gedenken vor Dir unserer Schwestern und Brüder, die wie wir zu Dir *beten um ihr täglich Brot*, um die Schale Reis und die Decke zum Schlafen – und leer ausgingen. Laß uns erkennen, wo wir versäumt haben, ihnen zu helfen und wo unser Wohlstand schuld ist an ihrem Mangel."

Diepgens Signal an die Juden

hrk. Berlin

Der Senat bemüht sich bei der Bundesregierung, das künftige „Gesamtarchiv der Juden in Deutschland" für Berlin zu gewinnen. Diese Einrichtung soll sich „mit allen Aspekten und Phasen der Geschichte der Juden in Deutschland" beschäftigen, kündigte der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen in einer Feierstunde zum 47. Jahrestag der Progrome in der sogenannten „Reichskristallnacht" 1938 im Haus der größten jüdischen Gemeinde Deutschlands in Berlin an.

Diepgen sagte, die „festen und vertrauensvollen Bindungen" der Stadt zu ihren jüdischen Mitbürgern gehörten zu den „geistigen Grundlagen" der Existenz Berlins: Die jüdische Abteilung des Berlin-Museums und die zahlreichen anderen Ausstellungen zur 750-Jahr-Feier sollen nicht nur den Beitrag der Vergangenheit darstellen, sondern auch, „welche Bedeutung dieser Beitrag bis heute für uns alle hat". Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde, Galinski, sagte, im Hinblick auf die junge Generation wehrten sich die Juden dagegen, die Vergangenheit zu „verdrängen".

Mißtöne beim Thema Altlasten

PETER SCHMALZ, München

Einträchtig lauschten die deutschen Umweltminister in der Münchner Oper Verdis „Othello" und saßen anschließend in der *Residenz* um die festliche Mitternachtstafel. Am nächsten Tag aber war die Gemeinsamkeit vorbei, die 25. Umweltministerkonferenz endete mit Mißtönen. Hatte Bayerns Umweltminister Alfred Dick als Gastgeber im vorbereiteten Papier der Sitzung noch bescheinigt, sie habe gute Arbeit geleistet, so sah er sich genötigt, in der abschließenden Pressekonferenz seinem Hamburger Kollegen, Senator Wolfgang Curilla, vorzuwerfen, was dieser jetzt in aller Öffentlichkeit über die interne Tagung plaudere, sei *schlichtweg „Firlefanz"*.

Der Streit der Minister und Senatoren hatte sich am Tagungsordnungspunkt 14 entzündet: Altlastensanierung. Darunter ist die sachgemäße Beseitigung jenes Sondermülls zu verstehen, der in der Vergangenheit nicht selten fahrlässig auf Deponien gelagert wurde. Die künftig dafür benötigten Kosten werden auf 10 bis 20 Mrd. DM geschätzt. Die besonders betroffenen Gemeinden und Stadtstaaten, so Saarlands Umweltminister Jo Leinen, seien nicht in der Lage, diese Mittel aus eigener Kraft aufzubringen. Die SPD-regierten-Länder regten deshalb einen bundesweiten Altlastenfond an, in dem alle Länder einzuzahlen hätten.

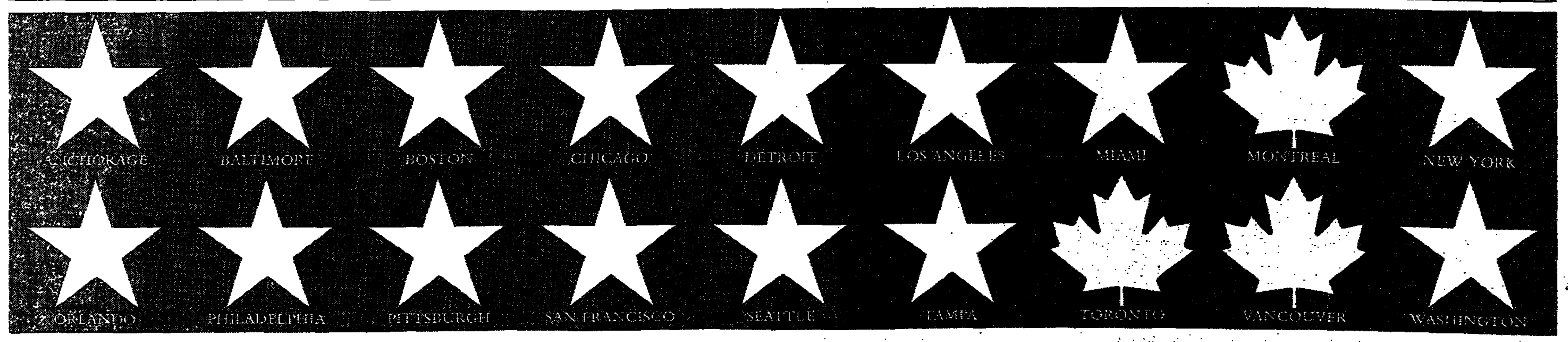
Diesem Modell wollten aber weder der Bundesinnenminister noch die Mehrzahl der Unionsländer zustimmen. Vor allem Gastgeber Dick widersprach energisch. Die Bayern sind nicht gewillt, über einen derartigen *Fond jene Länder wie Hamburg* oder Nordrhein-Westfalen finanziell zu unterstützen und ihnen damit über ihre Versäumnisse der Vergangenheit hinwegzuhelfen. Denn wieder einmal fühlen sich die Bayern als Musterknaben. „Wir haben kein Altlastenpro*blem mehr", meinte ein Mitarbeiter* des Münchner Ministeriums.

Bayern und andere Unionsländer befürworten deshalb eine Regelung, bei der die Länder verpflichtet werden, eigene Altlastenfonds zu errichten und zur Finanzierung zusätzliche *Abgaben bei den Sondermüllerzeugern* einzuziehen. Das Verursacherprinzip sollte doch nicht ganz vergessen werden, hieß es in München.

Da die Konferenz unter dem Zwang der Einstimmigkeit steht, wurde das Problem aufgeschoben: Unter dem Vorsitz von Rheinland-Pfalz wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, die eine bundeseinheitliche Regelung prüfen und das Ergebnis im Februar der nächsten Umweltministerkonferenz vorlegen soll.

Aus Zeitgründen wurde das Reiz*thema Tempolimit nicht mehr* aufgerufen, doch vor den Journalisten präsentierte sich die Runde auch hier uneinig. Während ein Antrag von Bremen, Hamburg, Hessen, NRW und Saarland ein Tempolimit forderte, hatten die Unionsländer ein Papier vorgelegt, *in dem ein Abwarten* auf die Ergebnisse des Großversuches angeregt wurde. Wäre das Thema behandelt worden, meinte der Bundesinnenminister, hätte es keine Mehrheit für ein Tempolimit gegeben.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.



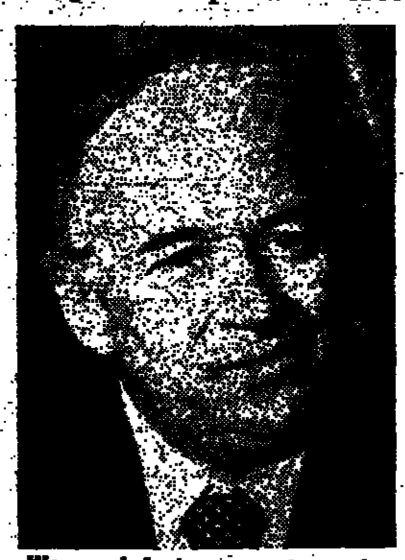


Kolumbiens Volk schart sich um den Präsidenten

Bogotás Gebot der Stunde heißt jetzt Kampf dem Terror

G. FRIEDLÄNDER, Miami

Alfonso Jakin war ein Rechtsanwalt ohne Klientel. Noch vor zehn Tagen stand er vor einem Gericht. Er hatte mit einem Genossen den Überfall auf einen Zug organisiert, der Urlauber zum Besuch der weltberühmten Salzkathedrale nach Zipaquira brachte. Nun bat er im Rahmen der großzügigen Befriedungsmaßnahmen des kolumbianischen Präsidenten Belisario Betancur um Amnestie, die ihm gewährt wurde. Eine Woche später stand er abermals vor kolumbianischen Richtern, diesmal als einer der Führer des Überfalls auf den Justizpalast in Bogotá, wo zwölf Richter die Großzügigkeit ihrer Kollegen, die Jakin begnadigt hatten, mit dem Leben bezahlten. Einer seiner Kumpane an diesem blutigen Tag war der Universitätsprofessor Guillermo Evencio Ruiz, ein Soziologe, der unter anderem das Leben eines Polizisten auf dem Gewissen hatte.



War mehrfach gewarnt worden: Präsident Betancur
FOTO: CAMERA PRESS

Die Zugehörigkeit solcher Männer zur „Bewegung 19. April" (M-19) sagt etwas über diese Gruppe elitärer Revolutionäre aus, die 1974 ins Leben trat. *Ihr erster Schlag* war ein Einbruch in das einstige Landhaus des Befreiers Simon Bolivar, wo sie einen Säbel Bolivars raubten, den sie erst nach der Befreiung Kolumbiens wieder zurückgeben wollen.

Befreiung? Wovon oder von wem? Die M-19 war in ideologischen Fragen nie mitteilsam. Ihr Name weist auf das Datum des Jahres 1970, an dem es dem Diktator General Gustavo Rojas Pinilla nicht gelang, zum Präsidenten gewählt zu werden, was seine Parteigänger Wahlbetrug nannten. Der Diktator und seine Partei verloren jede *Bedeutung im politischen Leben*. Die M-19 aber wuchs und suchte später ihre ideologische Leere mit Anleihen bei Fidel Castros Revolution und im Leninismus zu füllen. Spektakuläre Handstreiche wurden das Kennzeichen der M-19. Die Geiselnahme des nahezu gesamten diplomatischen Korps bei einem Empfang in der dominikanischen Botschaft von Bogotá, ein Bombenüberfall auf den Regierungspalast des Präsidenten, eine Flugzeugentführung, die Geiselnahme von Betancurs Bruder. Ende August 1984 unterschrieb sie einen ein*jährigen Waffenstillstand* mit der Regierung, den sie zehn Monate später kündigte.

Die M-19 rühmt sich ihrer internationalen Verzweigung. Sie unternahm gemeinsame Aktionen mit ecuadorianischen Guerrilleros. Im Lauf des letzten Jahres ist die gesamte Führungsgruppe der M-19 getötet worden, und niemand weiß mit Sicherheit, wer sie heute führt.

Während vergangene Woche das Feuer der Schußwaffen den Justizpalast am „Bolivar Platz" erschütterte, trafen im gegenüber gelegenen Parlamentsgebäude die von ihrem Vorsitzenden *einberufenen Senatoren ein*. Noch nie waren so viele Senatoren zusammengekommen. Sie gaben ihren Sorgen Ausdruck: „Die Guerrilla steht vor der Tür des Parlaments – wohin geht unser Land?" Einige mahnten, daß die sandinistische Revolution mit einem ähnlichen Handstreich in Managua ihre Offensive begann.

Die Tragödie, die an die hundert Menschenleben kostete, hat alle politischen Prioritäten geändert. Gebot der Stunde ist es nun, sich um die Regierung zu sammeln, der nur noch neun Monate Amtszeit bleiben. Das akzeptieren alle, mit der Ausnahme der 30 000 Justizbeamten, die einen Streik gegen Betancur ausriefen, weil er einen neuen Dialog mit der M-19 ablehnt. Das Dilemma des höchsten Gerichtes muß gelöst werden. Es hat *nicht mehr genügend Richter*, um neue Richter zu ernennen. Sodann sind die Archive zu prüfen: Wurden wichtige Akten vernichtet? Sind sie rekonstruierbar?

Manches kann vielleicht nicht in der Frist gelöst werden, in der das Land noch Solidarität mit Betancur zeigt. Der Wahlkampf hat bereits begonnen, und die Diskussion der Ereignisse im Justizpalast wird unvermeidlich diese Solidarität abschwächen, wofür es bereits Anzeichen gibt. Zum Beispiel die an die Regie*rung gerichtete Frage, ob es wahr ist*, daß sie seit vielen Wochen vom Plan der M-19 gegen das oberste Gericht wußte, und warum er dann nicht verhindert wurde.

Zu einer durchgreifenden Reform fehlte der Unesco-Konferenz der Mut

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

Die bulgarische Zeitung „Poglad" ereiferte sich. Der Westen wolle die Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur der Vereinten Nationen (Unesco) für „seine Politik der kulturellen und ideologischen Expansion" ausnutzen und mit der „Übermacht der westlichen Medien imperialistische und neokolonialistische Ziele" verfolgen. Das war der organisationstypische Auftakt zur 23. Generalkonferenz dieser UN-Tochter.

Die Konferenz sollte, nachdem die USA zum 31.12.1984 die Mitgliedschaft *in der Unesco aufgekündigt* hatten, über die weitere Zukunft der rund 2500 Beamten der Unesco und ihre Arbeit entscheiden. Sie endete *am vergangenen Samstag nach sechs* debattierfreudigen Sitzungswochen wie gehabt: Ein bündiges Ergebnis über die Zukunft der in ihrer Verwaltung und politischen Tätigkeit *gleichermaßen schillernden* Organisation kam nicht zustande. Es geht vorerst weiter, noch mit Großbritannien und den anderen *zahlungskräftigen Ländern* im Boot. Und darüber besteht weitgehend, stillschweigend und wahrscheinlich auch klammheimlich Konsens unter den alteingesessenen Führungskadern der Unesco: Mit westlicher Ideologie will man nur soviel zu tun haben, wie nötig ist, damit der Westen weiter die Spesen bezahlt.

Aber wie lange der Unesco-Krug noch Wasser aus dem westlichen Brunnen schöpft, ist völlig offen. Denn der Organisation geht es nicht gut. Seit die USA ausgetreten sind, klafft ein Loch von 25 Prozent (91 Millionen Dollar) im Budget der tapferen Kämpfer gegen Analphabeten*tum und amerikanisch-freiheitliches* Denken. Der in Sofia tagenden Generalkonferenz lagen eine Reihe von Reformvorschlägen vor, wie dieses Defizit behoben werden könnte. Manche hatten den Charakter eines Hutes, der entweder die Blöße bedecken oder gefüllt werden sollte. Andere waren realistischer: Sie operierten mit dem Rotstift. Einige Programme für Frieden und Abrüstung wurden geschmälert. Die Reform der Verwaltung jedoch wurde vertagt.

Unter den mehr als zweitausend Teilnehmern der Mammut-Konferenz, *die aus 160 Ländern kamen* und sechs Wochen lang in feinen Hotels über die mißliche Lage diskutierten, sind gewiß auch gutmeinende Vertreter, *die sich eine weltumspannende* Kulturorganisation ohne die Vereinigten Staaten von Amerika noch nicht so recht vorstellen können.

Auch die Deutschen ergriffen das Wort und pochten auf Reformen, „tatenarm und gedankenvoll", getreu dem Wort Hölderlins „An die Deutschen". Der Bonner Delegierte , Staatssekretär Ruhfus, wies immerhin auf den Druck der öffentlichen Meinung in der Bundesrepublik hin. Man erwarte sachbezogene Arbeit. Die große Debatte über eine neue Weltkommunikations- und Informa*tionsordnung fände ebensowenig* Anklang wie jene über eine neue Weltwirtschaftsordnung. Die abschließende Erklärung der Generalkonferenz geriet gerade in dieser Frage zu einem Kompromißtext. Der Begriff der „neuen Weltwirtschaftsordnung" kam nicht vor. Das lag wohl weniger am deutschen Votum als am britischen. Denn Londons Chefdelegierter hatte in würziger Frische erklärt: „Entweder es kommt zu einer durchgreifenden Reform der Unesco oder wir gehen".

Die Briten sagten sonst nicht viel. Sie haben ihr Handeln angekündigt und werden der Organisation zum Jahresende den Rücken kehren, wenn sich an der ideologischen Einäugigkeit nichts ändert. Dann werden wohl auch Japan und einige an*dere Länder aussteigen, die sich den* Kulturgütern der freien Welt verpflichtet fühlen. Mit den jetzigen Reformen sind die Briten jedenfalls noch *nicht zufrieden. Ihr* Anteil am Budget beträgt knapp fünf Prozent, die Japaner zahlen rund zehn und Bonn 8,44 Prozent.

Jüngste Personalentscheidungen und Veranstaltungen deuten in der Tat darauf hin, daß sich am bisherigen Zustand wenig ändern wird. Israel wurde, wie gehabt, verurteilt und die Sowjetunion verherrlicht. Nur die Kritik an Washington ist kleinlauter geworden – die neuen Medienverstärker sind noch nicht bezahlt, sprich die Budgetentwürfe noch nicht finanziert. Darüber helfen auch *die 332 verabschiedeten Resolutionen* nicht hinweg.

Reagan erinnert Kreml an Menschenrechte

Rundfunkrede für sowjetische Hörer / Hinweis auf die Streichungen in der „Iswestija"

DW. Washington

US-Präsident Reagan hat die sowjetische Bevölkerung mit Aspekten seiner Politik vertraut gemacht, die in den Moskauer Medien geflissentlich unterschlagen werden. In seiner über die „Stimme Amerikas" verbreiteten Rede an die Menschen im Machtbereich des Kreml erinnerte Reagan daran, daß auch Moskau 1975 die KSZE-Schlußakte unterzeichnet und sich darin zur Wahrung der Menschenrechte verpflichtet habe. Der Präsident wiederholte die Aufforde*rung an die Sowjets, mit den USA* zusammen eine friedliche Lösung für regionale Konflikte zu suchen. Er nannte die Lage in Afrika, Lateinamerika und Afghanistan.

Die Rede wurde in Russisch, Ukrainisch, Litauisch, Albanisch, Englisch, Arabisch, Spanisch, Farsi und Kusuaheli verbreitet, Sendungen in 33 weiteren Sprachen sollen folgen. US-Diplomaten in Moskau berichteten, sie hätten den Beitrag in russischer Sprache auf zwei, vielleicht drei Frequenzen klar empfangen können. Auf 15 weiteren Frequenzen seien je*doch Störsender tätig gewesen*. Für die Sowjetunion bestimmte amerikanische Rundfunksendungen werden von Moskau mit Unterbrechungen seit Februar *1948* gestört. Mitte der 60er Jahre und von September 1973 bis August 1980 verzichtete die UdSSR auf den Einsatz der Störsender.

Reagan bedauerte in seinem direkten Wort an die Hörer in der Sowjetunion, daß aus seinem Interview mit der „Iswestija" einige Darlegungen herausgestrichen worden seien. Vieles, was dabei ausgelassen worden sei, sei für ihn, Reagan, von großer Wichtigkeit gewesen. In der gegenwärtigen Situation müßten sich die beiden Supermächte der Aufgabe stellen, die Atomwaffen zu beseitigen. „Ich bete zu Gott, daß wir die Welt von diesen gefährlichen Waffen befreien können", sagte Reagan. Das könne teilweise dadurch geschehen, daß ein zuverlässiges Abwehrsystem gegen diese Waffen gefunden werde. *Die bis zum 18. Januar 1986 ausge*setzten Genfer Verhandlungen seien kompliziert. Zufriedenstellende Ergebnisse erforderten noch viel langwierige und harte Arbeit. Der Präsident wies seine Zuhörer in der UdSSR darauf hin, daß auch die Sowjetunion an der Entwicklung eines Raketenabwehrsystems im Weltraum arbeite.

In einem Interview mit „US News and World Report" schlug Reagan vor, künftige Gipfeltreffen sollten nicht mehr in einem neutralen Land (wie demnächst in der Schweiz zwischen ihm und Gorbatschow), sondern wechselseitig in den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion stattfinden.

Washingtoner Regierungskreise äußerten sich pessimistisch über die Chance auf konkrete Ergebnisse bei der Zusammenkunft in Genf.

Wie die UNO offiziell den Antisemitismus einführte

Vor zehn Jahren: Die Resolution 3379 und ihre Mehrheit

GITTA BAUER, New York

„Das ist die Kristallnacht der Vereinten Nationen." *Mit diesen Worten* zerriß Chaim Herzog die Resolution 3379 der UNO-Vollversammlung. Der jetzige Staatspräsident Israels war damals Botschafter seines Landes bei der Völkerversammlung. Diese hatte soeben, am 10. November 1975, beschlossen, den Zionismus, eine aus Jahrhunderten der Unterdrückung geborene Bewegung der Juden zur Rückkehr in das Land ihrer Väter, als „eine Form der Rassendiskriminierung" zu verurteilen.

Mit 72 gegen 35 Stimmen bei 32 Stimmenthaltungen hatte die Generalversammlung das „Dokument der Lüge, des Hasses und der Arroganz", so Herzog, angenommen, das der Menschenrechtsausschuß auf einen kubanischen Antrag hin beschlossen und der Vollversammlung überwiesen hatte.

„Hitler hätte sich in diesem Forum während der Debatte über den Zionismus sehr wohl gefühlt", sagte Herzog. US-Botschafter Daniel Patrick Moynihan sprach von einem „infa*men Akt, den die Vereinigten Staaten* niemals anerkennen. gutheißen oder mit Schweigen übergehen werden". Beide legten den Finger auf das eigentliche *Dilemma der Abstimmung*: „Das Problem heißt nicht Israel und nicht Zionismus. Das Problem ist die Existenz dieser Organisation, die von einer Koalition von Despoten und Rassisten auf den tiefsten Stand ihrer Glaubwürdigkeit gezerrt worden ist."

Seit diesem 10. November sehen nicht nur Juden in der Weltorganisation in New York ein Forum des damit international sanktionierten Antisemitismus, eine Situation, der sich einige Jasager von damals durchaus nicht durchgehend bewußt waren.

Eine politische Bewegung

Der Zionismus ist eine politische Bewegung, die einen jüdischen Staat in Palästina errichten wollte und durch den Beschluß der UNO-Vollversammlung von 1947 über die Teilung Palästinas Wirklichkeit wurde. *Diese Idee sagt nichts über Rasse aus.* Rasse war ein Begriff, mit dem sich die Juden nie identifiziert haben, wohl aber mit Religion, der Bindung an Israel und – verschärft durch die Hitlerischen Rassentheorien und -gesetze – mit einer Zuflucht vor Antisemitismus und Naziterror.

Der Botschafter Sri Lankas hatte 1975 die Rassismus-Resolution eingebracht. Fünf Jahre später sagte er der „New York Times": „Da waren unsere arabischen Freunde und sagten, der Zionismus habe rassistische Züge. Wir Blockfreien respektieren die *Ansichten der verschiedenen Gruppen*, besonders in Angelegenheiten, die sie betreffen. Es tut mir leid, aber *ich habe mir nicht die Mühe gemacht*, das zu analysieren."

Ähnlich drückte sich der Delegierte des bevölkerungsreichsten afrikanischen Staates, Nigeria, aus. Er räumte zudem ein, daß sich die Afrikaner damit die arabische Unterstützung für ihren Kampf gegen Südafrika sichern wollten. Brasiliens Vertreter sprach handfest von arabischem Öl, das sein in dieser Hinsicht abhängiges Land so dringend benötige. Dafür müsse ein politischer Preis gezahlt werden.

Das Prinzip der Blöcke

Aber nicht einmal das arabische Lager zeigte sich geschlossen. Der tunesische Delegierte, der die Sicherheitsresolution 242 und damit das Recht Israels auf sichere Grenzen unterstützte, sah in der Annahme der *Zionismus-Resolution „ein Zeichen* der Frustration der UNO wegen der Palästina-Araber".

Die Antworten zeigen deutlich, wie die UNO funktioniert: Nach dem Prinzip „do ut des" unterstützen die Blöcke der „Blockfreien", der 50 Afrikaner und der 20 Araber einander. Die 20 kommunistischen Stimmen erbringen mühelos jede gewünschte Mehrheit.

Die Formel „*Zionismus gleich Rassismus*" ist seitdem von der Vollversammlung nicht mehr oft wiederholt worden, wenngleich eine Bezugnah*me auf die Resolution 3379 immer* wieder vorkommt. Schlimmer ist, daß die Nebenorganisationen, wie vor allem die Unesco (Organisation für internationale Zusammenarbeit in Erziehung, Wissenschaft und Kultur), die ILO (Internationale Arbeitsorganisation) und selbst die IAEO (Internationale Atomenergie-Organisation), sie zum Bestandteil ihrer Politik gemacht haben.

Der UNO selbst hat die Resolution keinen Nutzen gebracht. Ihr Ruf als „ein Ort, an dem ungestraft gelogen wird", wie Moynihan es ausdrückte, *hat ihr geschadet. Das Aufgebot von* mehr als 60 Staats- und Regierungschefs zu ihrem 40. Geburtstag hat das Interesse an ihr nur kurze Zeit aufflackern lassen. Kurt Waldheim, der sonst sehr vorsichtige damalige UNO-Generalsekretär, hatte recht, als er von einer „tiefen und bitteren Spaltung" sprach. Der Botschafter der Bundesrepublik, Rüdiger von Wechmar, der damals „stolz auf unsere Nein-Stimme" war, sah „*einen gefährlichen Weg*" für die UNO voraus. Sie hat ihn beschritten und damit ihren Rang als Hoffnung der Menschheit verloren. (SAD)

„Jäger 90" – taktisches Manöver Mitterrands?

Französische Beteiligung bleibt offen / Offerte aus Paris

RÜDIGER MONIAC, **Bonn**

Auf die Berichte über eine angeblich bereits jetzt doch noch fest vereinbarte französische Beteiligung am neuen *Jagdflugzeug* („Jäger 90") nach dem jüngsten Treffen zwischen Staatspräsident Mitterrand und Bundeskanzler Kohl haben informierte Bonner Kreise über das Wochenende mit einiger Skepsis reagiert. Danach steht die französische Beteiligung am „Jäger 90" nicht fest. Vielmehr ist nach der 46. deutsch-französischen Konsultation von Bonn lediglich klar, daß Frankreich den vier Entwicklungspartnern für das neue Jagdflugzeug, Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien, Italien und Spanien, ein konkretes Angebot unterbreiten will, aus *dem hervorgeht*, wie Paris sich eine Beteiligung vorstellt. Mitterrand hatte in Bonn nach dem Abschluß der Konsultationen davon gesprochen, Frankreich denke daran, sich mit fünf bis zehn Prozent der Kosten an dem Projekt ohne weitere Bedingungen zu beteiligen.

Diese Äußerung gab allerdings nicht den genauen Stand der internen Verabredungen wieder. Danach, so sieht man es in Bonn, hat die französische Seite mit einem geschickten Schachzug versucht, die eigene Verhandlungs-Niederlage um den Euro-Jäger, die mit der Einigung der vier Länder endete und Frankreich außen vor ließ, doch noch in einen Erfolg umzuwandeln. *Die französische Seite* akzeptiert nun, daß die vier Länder Zelle und Triebwerk des neuen Flugzeuges ohne französische Mitwirkung entwickeln. Bei allen anderen Komponenten des Flugzeuges aber, der sogenannten Avionik also, möchte *Frankreich dabei sein. Umgekehrt* hat Paris den vier Ländern angeboten, sie könnten sich auf vergleichbare Weise an der Entwicklung des französischen Jagdbombers „Rafale" beteiligen. Wie diese „Beteiligung über Kreuz" schließlich aussehen könnte, ist gegenwärtig völlig offen. Sie könnte sich, wie es hieß, auf eine finanzielle Beteiligung beschränken. Dies schwebte Mitterrand wohl mit seiner Bemerkung in der Pressekonferenz vor. Das Engagement könnte aber auch technischer Art sein und die Kooperation in der Komponentenentwicklung beinhalten. Jedenfalls ist der französischen Seite in Bonn sofort klar gemacht worden, daß die nun wieder einsetzende Suche nach einer französischen Beteiligung am Euro-Jäger das Projekt nach der Verabredung der Vier weder in seiner Gestalt noch in seiner Terminplanung verändern dürfe.

In ähnlichen recht vorläufigen Verabredungen bewegen sich die weiteren jüngsten deutsch-französischen Absprachen auf sicherheitspolitischem Gebiet. Sie zielen unter anderem auf Gepräche der zuständigen Stellen, die die möglichen sich gemeinsam stellenden militärischen Aufgaben für die Streitkräfte beider *Länder definieren sollen und daraus* abgeleitet bestimmen. Dabei soll besprochen werden, welche Ausrüstung und Waffen in zwanzig Jahren vielleicht gemeinsam entwickelt und beschafft werden können. Diese „perspektische Bedarfsbestimmung", so hieß es in Bonn, sei aber nur möglich, wenn der französische Staat auf die eigene wehrtechnische Industrie einwirke und sie bewege, vor der Entwicklung neuer militärischer Geräte bereits die Zusammenarbeit mit der deutschen Seite zur konzeptionellen Bedarfsbestimmung suche.

Als Forum für diese Arbeiten erscheint beiden Seiten wohl die sogenannte „Unabhängige Europäische Programm-Gruppe" (mit der englischen Abkürzung IEPG) geeignet, in der alle europäischen NATO-Staaten vertreten sind. In ihr sollen nach Möglichkeit die rund 50 bereits bilateral oder zusammen mit anderen Partnerstaaten laufenden konkreten *Rüstungsprojekte weiter harmonisiert* werden.

Eindeutig unterstrichen wurden *bei den jüngsten Konsulationen in* Bonn die bereits bestehenden Planungen für ein großes deutsch-französisches Manöver auf Korpsebene im nächsten Jahr und die Beteiligung der „Schnellen Eingreiftruppe" (FAR) Frankreichs, die noch in Aufstellung begriffen ist, 1987 an einem Manöver auf deutschem Boden. Damit konkretisiert Paris die Absicht, Teile der FAR zur Unterstützung der NATO-Vorneverteidigung vorzusehen. Schließlich greifen nun Überlegungen Platz, wie die Bundeswehr und die französischen Streitkräfte die Ausbildung ihrer Offiziere für den Generalstabsdienst zumindest streckenweise harmonisieren können.

Frankreich: Wehrbudget für vier Monate?

A. GRAF KAGENECK, **Paris**

Vor leerem Haus hat die französische Nationalversammlung am Wochenende den Wehrhaushalt 1986 des sozialistischen Verteidigungsministers Paul Quilès gebilligt. Die Opposition machte indes deutlich, daß sie nach einem Wahlsieg im kommenden Jahr die Schwerpunkte des Rüstungsprogramms anders setzen und die Ausgaben für die Streitkräfte wesentlich erhöhen werde. Dies müsse vor allem für die konventionellen Streitkräfte gelten, deren veraltete und mangelnde Ausrüstung in letzter Zeit wiederholt von hohen Militärs kritisiert worden war. Das lange Wo*chenende des 11. November* (Nationalfeiertag) war indes nur einer der Gründe für das mangelnde Interesse. Öffentlichkeit und Parteien scheinen davon auszugehen, daß der amtierende Verteidigungsminister Quilès nur noch vier Monate lang im Amt ist.

Mit 148 Milliarden Franc für 1986 steigt der Wehrhaushalt um real 5,6 Prozent und damit um mehr als der aller anderen Ressorts. Dies werde, so Quilès, der französischen Gesamtabschreckung aus atomaren und klassischen Mitteln auch 1986 die Glaubwürdigkeit erhalten. Zwar werde mit etwas über einem Drittel der atomaren Komponente wieder der Löwenanteil der Kredite zugewiesen. Aber auch die anderen Teilstreitkräfte würden mit neuen Systemen auf den modernsten Stand gebracht.

Dies bestritt energisch der Opposi*tionssprecher Jean-Marie Daillet*, Berichterstatter seiner Partei(UDF) im Verteidigungsausschuß. Frankreich werde infolge reduzierter Mittel weder die längst fälligen amerikanischen fliegenden Awacs-Aufklärungssysteme, noch SX-Interkontinentalraketen für die Luftwaffe erwerben können. Außerdem verzichte man auf einen atomaren Flugzeugträger und eine genügend große Zahl von nuklearen Angriffs-U-Booten. Alles Dinge – so Daillet – die im Fünfjahresplan zugesagt worden waren. Daillet sagte für den Fall eines Wahlsieges der Opposition zwei grundlegende Veränderungen in der Verteidigungspolitik Frankreichs voraus: eine englisch-französisch-deutsche Planung für eine gemeinsame atomare und konventionelle Verteidigung Europas, und eine Absprache zwischen diesen drei Staaten über eine gemeinsame Haltung gegenüber den amerikanischen Weltraumplänen.

Moskaus Krieg mit westlichem Know-how

Computer-Spionage, Desinformation und die Bedrohung der freien Welt durch den Totalitarismus / Fachtagung in Bern

Von JÜRGEN LIMINSKI

Militärische Computerprogramme können unbemerkt geändert werden, so daß Raketen beim Start in den Silos explodieren, Exocet-Raketen sich nach dem Abschuß wenden und auf die Abschußstelle *zufliegen, oder die Standorte der stra*tegischen U-Boote plötzlich vom Bildschirm verschwinden. Das ist die Arbeit von Computer-Agenten. Seit ein paar Monaten liegen konkrete Beweise vor, daß die Sowjetunion sich an dieser Arbeit versucht.

Bislang wußte man nur, daß Moskau nach eigenen Angaben pro Jahr wenigstens 640 Millionen US-Dollar an Entwicklung und Forschung „einspart", weil Hunderte von Rechnern und elektronischen Geräten auf den verschlungensten Wegen in die Sowjetunion gelangen, meist illegal. So entdeckten amerikanische Fischer eine sowjetische Horchboje, deren Innereien mit hochmodernen Chips von Texas Instruments ausgestattet waren, Chips, wie sie von den US-Streitkräften noch gar nicht eingeführt waren. Die Schmuggler waren schneller. Oder daß die Sowjets in Afghanistan Raketen einsetzen, deren Lenksysteme mit Mikroprozessoren marktführender Chip-Hersteller der USA zusammengesetzt sind.

Sicherheitspartnerschaft mit dem Osten gibt es nicht

Jay Tuck, der vor einem staunen*den Fachpublikum das* „Spionagethema des Jahrzehnts" aufblätterte, wußte noch mehr: „Die Rote Armee rollte in Lastwagen über die Grenze nach Afghanistan, die mit Hilfe westlicher Großkonzerne gebaut und finanziert worden waren, Generalunternehmer war „Mack Trucks" aus den USA; die Rote Flotte läßt in Wladiwostock Flugzeugträger der Kiew-Klasse in japanischen Trockendocks warten; die sowjetische Luftwaffe übt in Wladimirowka den Abschuß von Cruise Missiles – mit einem Radarsystem aus den USA." Und: „Es war eine Atoll-Rakete, ein Nachbau der NATO-Rakete „Sidewinder", die am 1. September 1983 in eine vollbesetzte Linienmaschine der Korean Airlines einschlug und 269 Zivilisten tötete".

„Westliche Großcomputer koordinieren sowjetische Truppenbewegungen in der DDR; westliche Kleincomputer steuern sowjetische Boden-Luft-Raketen im Nahen Osten; die SS-20-Mittelstreckenraketen fahren auf Transportfahrzeugen, die von IBM-Rechnern entworfen wurden. Sollte der Befehl zum Abschuß jemals kommen, werden ihre nuklearen Sprengköpfe mit Kreiseln in westliche Ziele gelenkt, die mit Hilfe der US-Firma Bryant Grinder hergestellt werden."

ARD-Redakteur Jay Tuck war ei*ner von zehn Referenten*, die jüngst auf der Tagung der „Europäischen Konferenz für Menschenrechte und Selbstbestimmung" und des Schwei*zerischen Ost-Instituts „die politische* Bedrohung von Freiheit und Selbstbestimmung durch den Totalitarismus" an konkreten Beispielen deutlich machten. Oberst von dem Hagen von der Bundeswehr-Schule für psychologische Verteidigung, Euskirchen, erläuterte aus jahrelanger Erfahrung mit östlichen Gesprächspartnern, wie die „Verhandlungsgegner" das militärische Übergewicht als Er*pressungsfaktor* benutzen. Sein Fazit: Es gibt keine systemübergreifende Sicherheitspartnerschaft mit dem Osten. Ein kollektives Sicherheitssystem setze einen „Minimalkonsens in den Werte-Vorstellungen" voraus; jede Art von Entspannungspolitik stoße früher oder später an die Grenzen der Ideologie. Kompromisse seien nur „da möglich gewesen, wo die Ideologie es zuließ".

Der ehemalige *KGB-Offizier My*agkow bot eine Innenansicht der „Elitetruppe, die die reale Politik macht". Rund 16 000 Ost-Agenten gebe es in der Bundesrepublik, mehr oder weniger gesteuert vom KGB. Das KGB arbeite seit Andropow mit Eleganz *und Psychologie. Seine Anwerbeme*thoden seien mit den Jahren immer mehr verfeinert worden, richteten sie sich doch vornehmlich auf „Meinungsführer in allen gesellschaftlich relevanten Gruppen".

Das Anwerben sei in der Bundesrepublik leichter als in anderen großen westeuropäischen Ländern, weil hier der Patriotismus ungleich viel schwächer entwickelt sei als zum Beispiel in Frankreich oder England. Die Männer des KGB hätten keine Angst vor den Medien, wohl aber vor der *Öffentlichkeit. Sie arbeiteten* gern *im* Zwielicht halbseidener Informationen. Mordaktionen und -versuche überließen sie den „Tochtergesellschaften", Bulgariens zum Beispiel.

Konkrete Beispiele der Desinformation und der Sprachmanipulation präsentierte der *CSU-Politiker Hans* Graf Huyn. Ein Teilnehmer schlug vor, statt mit „Krieg der Sterne" es mal mit „Krieg dem ‚Stern'" zu probieren. Der Bonner Hochschuldozent Kurt Klein scheute sich nicht zu sagen: „Für mich ist der ‚Stern' ein Instrument der sowjetischen Desinform-Politik." Auch ein Hamburger Magazin wurde in diesen Zusammenhang gestellt. Huyn zitierte Sir James Goldsmith: „General Sejna, der übergelaufene hochrangige tschechische Nachrichtendienstler, gab zu, daß die vom deutschen Nachrichtenmagazin ‚Der Spiegel' geführte Diskreditierungskampagne gegen Franz Josef Strauß vom KGB orchestriert worden ist". Erst hatte der „Spiegel" gegen die Desinformations-Vorwürfe von Sir James geklagt, dann aber den Vorschlag eines Vergleichs unterbreitet.

Die neue Erscheinung des 20. Jahrhunderts

Computer-Spionage und Desinformation sind nur zwei Elemente des politischen Kriegs der Sowjetunion gegen den Westen. Der Leiter des angesehenen Schweizerischen Ost-Instituts, Peter Sager, wartete mit der prima vista angenehm-faszinierenden These auf, daß der „militärische Krieg erstens kaum mehr geführt werden könne, und zweitens auch nicht mehr geführt werden müsse". Sager: „Wir stehen in der historischen Epoche, *da* der *militärische Krieg* als Mittel (um dem Gegner die eigene Meinung aufzuzwingen, d.V.) ersetzt wird durch den politischen Krieg". Das sei die neue Erscheinung des 20. Jahrhunderts. „Die physische Gewaltanwendung werde ersetzt durch die psychische". Militärische Mittel dienten weitgehend nur noch als Faktor der Drohung und Erpressung. Der ehemalige NATO-General und heutige Leiter des Deutschen Strategie-Forums, Lothar Domröse, schlug die Brücke von der These des Politologen zur Realität der Politik: Die Unterscheidung zwischen Politik und Militär sei künstlich. Jede Regierung, selbst eine diktatorische und totalitäre, habe zunächst eine politische Zielsetzung. Diese werde militärisch abgestützt und durch partielle Anwendung („Nebenkriegsschauplätze") militärischer Gewalt Stück für Stück durchgesetzt, oder auch nicht, je nach Risiko.

Wie auch immer der politische Krieg beschaffen sein mag, was kann der Westen gegen die Bedrohung des Totalitarismus tun? Mit erfreulichem *Realismus widmeten sich* fast alle Referenten dem Versuch einer Antwort. Sager sieht die Überwindung des sowjetischen Totalitarismus zum Teil in der Entwicklung, die dem System von der Arbeitsteilung (Ent-Dezentralisierung) aufgezwungen wird, die der Techno-Kultur im allgemeinen und der Computertechnologie im besonderen innewohnt, zum Teil in der Entwicklungsgeschwindigkeit der westlichen Wirtschaft, die die Sowjets zu *Reformen* zwinge. Graf Huyn plädiert für „die Einforderung der vertraglichen Verpflichtungen", die die Sowjetunion in Sachen *Menschenrechte* und Selbstbestimmungsrecht der Völker in Jalta, Helsinki oder vor den Vereinten Nationen eingegangen ist. Gewiß, Moskau lehne diese Rechte de *facto* ab. Aber „Leitmotiv für die geistige Auseinandersetzung" sollte eben sein, daß der Westen „nicht auf diese Einforderung verzichtet, sondern es der Sowjetunion überläßt, dies immer wieder vor aller Welt ab*zulehnen*".

Einen ganzen Katalog von Maßnahmen bot der Politikwissenschaftler Klein. Da die Voraussetzungen für eine Revolution in der Sowjetunion auf absehbare Zeit nicht gegeben sind, gelte es, im Sinne einer evolutionären Überwindung des Sowjetkommunismus „operative Zwischenziele" zu verfolgen. Zum Beispiel die „Minderung des Ostblock-Einflusses in der Dritten Welt" unter anderem mit den Mitteln der Entwicklungshilfe; die Unterstützung antitotalitärer *Kräfte im Warschauer Pakt durch* persönliche Kontakte, Hilfe für die Christen, Publizität für die Dissidenten und Menschenrechtsgruppen; ferner die Unterstützung der System-Evolution in der UdSSR, beispielsweise mittels einer unter strategi*schen Gesichtspunkten* zu sehenden Handels- und Kreditpolitik.

Voraussetzung für eine politisch-psychologische Strategie zur Überwindung des sowjetischen Totalitarismus sei freilich ein gewisser antitotalitärer ethischer Konsens der freien Welt. Leute wie Brandt und Bahr stünden für ihn, Klein, „auf der gleichen Stufe wie Hugenberg, weil sie auch ein totalitäres System verharmlosen". Klein: Warum immer in der Defensive verharren, „operieren wir doch mit den Kategorien der Moral!"



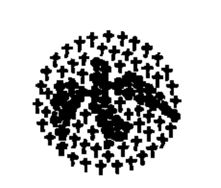


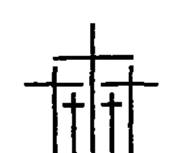
DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

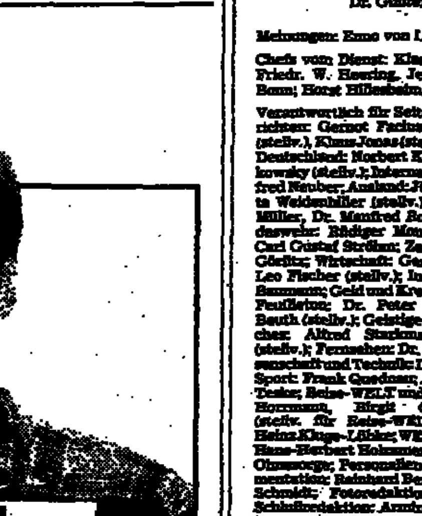
Herausgeber:
Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure:
Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur:
Dr. Günter Zehm









Jede Zeit produziert ihre Idole. Jedes Idol ist ein Produkt seiner Zeit. Nachdem in der der „antiautoritären" Phase der sechziger und siebziger Jahre die althergebrachten Idole vom Sockel gestürzt worden waren (um sofort anderen Platz zu machen), sind sie jetzt wieder modern. Vorbilder werden überall gesucht – und gefunden: bei den Sportlern, den Politikern, unter den Stars des Showbusiness, aber auch bei jenen Idealisten, die sich unspektakulär der praktischen Nächstenliebe widmen. Jede Generation schafft sich ihre Vorbilder, mögen sie Elvis Presley oder Nena, Max Schmeling oder Boris Becker heißen. Das Phänomen bleibt das gleiche. Was bewundert man an diesen Menschen? Warum stehen sie im Mittelpunkt von Massenbegeisterung? Was bringt es dem Fan, wenn er sich mit seinem Idol identifiziert? Gibt es einleuchtende Gründe für die Elvis-Hysterie damals, für die Nena-Begeisterung heute?

Zwei Anwälte für die unterdrückten Jugend-Sehnsüchte

Von RAINER NOLDEN

Im Reiche des Wassers" heißt das Lokal in der Ruhrstadt Schwerte, in dem vor einigen Jahren ein etwas schüchternes Mädchen eine Stelle als Aushilfskellnerin suchte. Um diese Job-Suche ranken sich bereits die Legenden. Version 1: Die Aussicht auf eine Stelle in der Szene-Kneipe sei schlecht gewesen, da man schon genug Personal gehabt habe, das sich um das Wohl der Gäste kümmerte. Version 2 (nach Meinung von Insidern die wahrscheinlichere): Dem Besitzer der Kneipe sei das Mädchen „zu unbedarft" erschienen; deshalb habe er sie nicht in Brot und Lohn genommen. Welche Fassung auch immer richtig sein mag: Die Stellensuche verlief erfolglos, und so zog Gabriele Susanne Kerner unverrichteter Dinge wieder ab.

Kurze Zeit später sah der Besitzer des Etablissements den schlaksigen Teenager wieder, und zwar auf dem Bildschirm. Er hatte inzwischen als „Nena" Karriere gemacht und war – nach Stippvisiten bei einer Hagener Rockband – über Berlin und Jim Rakete, den Manager neudeutscher Rockstars, in den Ruhm katapultiert worden. Mit ein paar harmlosen, teilweise gar nicht einmal schlecht gemachten Liedchen, die für ihren begrenzten Stimmumfang geschrieben sind, riß Nena die Kinder der Republik zu Begeisterungsstürmen hin. Ihr jüngster Fan ist gerade viereinhalb Jahre; nach oben gibt es keine Altersgrenze. Nena ist nämlich der Typ, mit dem auch ältere Herren sich nicht langweilen würden: sauber, sexy, süß. Ein bißchen ausgeflippt, natürlich, und wenn sie wirklich so redet, wie sie von einer Jugendzeitung andauernd zitiert wird, kann sie einem schon auf die Nerven gehen. Aber Hand aufs Herz: Es gibt schlimmere (Schwieger-)Töchter.

Und so waren sich bald auch die mehr oder minder seriösen Illustrierten und Zeitschriften im Lande nicht zu fein für große Berichte über das Stimmchen aus dem Sauerland, führten lange Interviews mit ihr, begleiteten sie auf ihren Tourneen, rezensierten ihre Konzerte. Das kleine, mokante Lächeln im Mundwinkel der Fragenden wich allmählich der Verblüffung ob ihres Erfolges, zumal ihr Ruhm mittlerweile über den großen Teich und sogar bis nach Japan gedrungen war. Da mochte auch die altgediente Datensammelstelle namens „Munzinger" nicht zurückstehen: der Lehrerstochter Susi Kerner widmeten sie im Jahrgang 1985 unter dem Stichwort *„NENA, deutsche Popsängerin"* anderthalb Blatt.

„Toll, was aus dem Ex-Goldschmiedelehrling Gabriele Susanne Kerner geworden ist", staunte „Bravo" im März 1984. In diesem scheinbar belanglosen Satz steckt das ganze Geheimnis von Nenas Erfolg. Abgebrochene Schule, abgebrochene Lehre – wie viele ihrer Altersgenossen haben nicht eine ähnlich „kaputte" Vergangenheit? Und trotzdem ist aus dem Mädchen noch etwas geworden. Genau damit erfüllt sie eine der Voraussetzungen, die für eine Idolisierung obligatorisch sind: Ihr Leben ist ohne weiteres nachzuvollziehen, wenn nicht sogar imitabel. So wie Nena könnte es vielen ergehen.

Und dabei ist sie das einfache Mädchen geblieben: zu Weihnachten kriegt sie Spielzeug für ihren Kater und Salz- und Pfefferstreuer geschenkt. So wird Nena mediengerecht für eine Altersgruppe aufbereitet, deren Kritiklosigkeit in klingende Münze umgesetzt werden muß. Nena – ein Artefakt für infantile Wünsche. Und die singt sie ihren Zuhörern ganz aus dem Herzen: ein bißchen verschämte Liebe, eine Prise pubertären Weltschmerz und ein wenig Angst, die der an die Brust gedrückte Teddy rasch vertreiben kann – das sind ihre Themen. Ihre harmlosen Träume werden überall geträumt, und die 99 Luftballons, die die abstrakte Angst vor dem Krieg be-*greif*bar machen, sind für die Jungteens viel glaubwürdiger als beschwichtigende Politikerworte.





Erotische Stimmen und Gesten: Elvis verkörperte zu seiner Zeit die Revolte gegen das Establishment, Nena heute den Sex der Kindfrau
FOTOS: KEYSTONE/TEUTOPRESS

Die Psychologin Martina Christlieb erklärt das „Phänomen Nena" folgendermaßen: „Nena strahlt eine lustvolle, ungestüme Form von Sexualität aus. Sie hält sich nicht vornehm zurück, sagt – wie in ihren Liedern – was sie will, welche Bedürfnisse sie hat. Sie gehört zu einer Mädchengeneration, die sehr viel selbstbewußter geworden ist. Ihre direkte, freche Art kommt einfach gut an."

Zu Nenas Lieblingen gehören die Rolling Stones, verrät sie ihren Lesern. Aber mit den Bürgerschrecks der sechziger Jahre hat sie soviel gemein wie eine Taschenlampenbatterie mit einer Starkstromleitung. „Let's spend the night together", forderte Mick Jagger seine Zuhörerinnen in eindeutiger Absicht auf; Nena dagegen wird „verrückt, wenn's heut' passiert" – wobei geschickterweise offen bleibt, ob überhaupt etwas passiert: Mütter, macht euch keine Sorgen; denn so schlimm sind eure Töchter ja gar nicht.

Jedenfalls nicht so schlimm wie die Mütter und Väter der Nena-Fans, die zwanzig Jahre zuvor für einen GI schwärmten, der 1935 in Tupelo geboren worden war. Der gebärdete sich immerhin um einiges wilder als die brave Nena, was die bis dahin wohlerzogenen Teenager zur Verzückung und die „Moral Majority" zur Verzweiflung trieb. Elvis Presley schlug ein wie eine Bombe in die wohlgeordnete Welt säuberlich gemähter Rasenflächen, abgezirkelter Vorgärten und schmucker Häuser mit gutbürgerlichen Einrichtungen. Abends um sieben war die Welt nicht mehr in Ordnung, wenn die „boys and girls next door" sich fertigmachten, um zum Elvis-Konzert zu gehen, oder wenn er, noch schlimmer, gar in der braven Ed-Sullivan-Show die Katze aus dem Sack ließ. „Die Zeit ist reif für eine Revolution", hatte die Filmzeitschrift „Modern Screen" bereits 1955 erkannt. In Elvis hatte sie ihren Aufrührer und Anführer gefunden.

Die Faszination des Unanständigen festigte seinen Ruf zwischen Boston und Santa Barbara. „Er erschien lüstern und zuckend, die Haare bis in die Augen, aus dem linken Mundwinkel grinsend. Er machte einen spitzen Mund und einen Buckel und schlurfte mit schlotternden Beinen über die Bühne." Nicht zufällig hört sich das an wie eine Szenenbeschreibung aus einem Horrorfilm. „Sobald die Musik einsetzte, wurde er zum Berserker. Krämpfe schüttelten ihn am ganzen Körper, als ob er wie seine Gitarre an eine Stromquelle angeschlossen wäre. Seine Hüften begannen zu zucken, und die Beine vibrierten wie Preßlufthämmer." Als sie dies das erste Mal taten, lag es übrigens weniger am beabsichtigten Sex-Appeal als an einer nervösen Überreaktion des von Lampenfieber geschüttelten Knaben. Da die meisten Zuschauer das Zittern jedoch für obszöne Bewegungen hielten und entsprechend empört reagierten, wurde es von findigen Managern sofort zu einem Markenzeichen Presleys gemacht.

P wie Presley oder Protest: Der Sänger – „ein Bündel von Komplexen und Widersprüchen", wie er von einem Biographen beschrieben wird – stachelte die erste Nachkriegsgeneration zur Revolte gegen das „Establishment" an. Durch ihn wurde die amerikanische Jugend – und später auch die in anderen Ländern – „körperbewußt". Der Sänger aus Tupelo steht am Anfang einer Entwicklung, die in den 67er Jahren im Hippie-Kult gipfelte, als die freie Liebe und die Abkehr vom bürgerlichen Leben propagiert und lustvoll befolgt wurden. Elvis war zum „Anwalt unterdrückter Sehnsüchte" geworden; Sehnsüchte, die die Mädchen mit den luftigen Petticoats und die Jungen in den Röhren-Nietenhosen (das Wort „Jeans" kam hierzulande erst ein paar Jahre später in Mode) im Herzen trugen und nicht zu äußern wagten. Der Junge mit dem verschlafenen Blick, der Entenschwanz-Frisur und dem Baby-Face wurde zum Anführer der ersten Teenager-Revolution in der Geschichte der Neuzeit.

Der mutter-fixierte, nie erwachsen gewordene Star war längst zum willigen Werkzeug in den Händen gewiefter Geschäftemacher geworden: allen voran jener ominöse „Colonel" Tom Parker, ohne dessen Einwilligung Elvis keinen Schritt gehen durfte. Doch was kümmerte das die Jugend, die zum Rock'n'Roll – auch dies *im Ursprung kein stubenreiner* Begriff – über das Parkett der Schulaulen und Stadthallen in den Provinznestern tobten?

„Das Leben bestand aus dem täglichen Rumprobieren, mit möglichst wenig Mut viele Wünsche einzulösen. Es gab ja genügend Barrieren, gegen die man verstoßen konnte. Was verboten war, *machte uns gerade* scharf", erklärte Horst Königstein, Autor eines Elvis-Films, die Begeisterung der 50er-Jahre-Jugend für den Sänger. Man habe legitime Wünsche gehabt – nach mehr Gerechtigkeit, Gemeinsamkeit und Zärtlichkeit. „Nicht zuletzt die Musik hat solche Wünsche aufgenommen und in ihren Rock'n'Roll-Elementen den Anspruch auf Verwirklichung festgehalten." Und in einem Leserbrief an die WELT hieß es: „Wie dankbar müssen alle jugendlichen Anhänger ihrem Idol sein, daß er sie von allem kulturellen Erbe befreit hat und sie so richtig wie Nashörner stampfen läßt."

Presley ist ein Idol mit Langzeitwirkung. Die Fans, von denen viele bereits den Grauschimmer im Haar bekämpfen müssen, vergaßen seine Pionierarbeit nicht. Deshalb hielten sie ihm auch dann noch die Treue, als er, drogenabhängig und unansehnlich geworden, seine Konzerte kaum noch durchstehen konnte: dieser fettleibige, schwitzende Bulle, der sich in lächerlichen Glitzeranzügen seinem Publikum präsentierte, war an seiner eigenen Legende zugrundegegangen. „Er gab uns das Gefühl, Gott ist im Himmel, alles ist o.k.", bekannte eine Anhängerin.

Er hat seinen Fans erspart, ihn länger als 42 Jahre verfallen zu sehen. Und dafür sind sie ihm noch heute dankbar.

Morgen: Albert Schweitzer und Mutter Teresa.

Mayr: Regierung soll Gerichtsurteile abwarten

IG Metall lehnt Änderung des Paragraphen 116 ab / Forderung nach staatlichem Beschäftigungsprogramm / WELT-Interview

DW. Bonn

Vor dem für Dezember in Aussicht gestellten Gespräch der Tarifvertragsparteien bei Bundeskanzler Kohl beschreibt der Vorsitzende der IG Metall, Hans Mayr, in einem Interview mit der WELT das Verhältnis der Gewerkschaften zu den Regierungsparteien. Vor allem geht er auf den Streit um den Paragraphen 116 des Arbeitsförderungsgesetzes ein. Die Fragen stellte Günther Bading.

WELT: Dem Bundesarbeitsminister haben Sie in Sachen Paragraphen 116 AFG Gesprächsbereitschaft signalisiert. Gilt das nur für einen Dialog mit dem Arbeitsminister über dieses Sachproblem? Wie stehen Sie zu einem weiteren Dialog mit der Regierung und zu künftigen Dreiergesprächen mit den Arbeitgebern?

Mayr: Wir haben im DGB Übereinstimmung darüber erzielt, daß wir jetzt, was konkret Paragraphen 116 betrifft, mit der Regierung Gespräche führen wollen. Generell ist es so, daß das Verhältnis zwischen Regierung und uns ein bißchen kühl ist. Aber diese Regierung ist gewollt von den Wählern, wir müssen uns mit ihr auseinandersetzen, und dazu gehören von Fall zu Fall, je nach Situation, sicherlich auch Gespräche. Es gibt keine Beschlüsse oder Überlegungen, mit dieser Regierung generell nicht zu sprechen.

WELT: Im Verhältnis zwischen Regierung und dem DGB und seinen Gewerkschaften scheint sich etwas verändert zu haben. Die ersten Kontakte mit dem Bundeskanzler schienen nur dem Kennenlernen zu dienen. Im Januar dieses Jahres wurden Arbeitsgruppen zu konkreten Themen eingesetzt. Diese haben etwas bewirkt, zum Beispiel die Qualifizierungsoffensive der Bundesregierung. Sie haben danach dem lange abgelehnten Gespräch mit Arbeitgebern und Regierung an einem Tisch zugestimmt. Wie ist Ihre Bilanz der Entwicklung des Verhältnisses zwischen dieser Regierung und den Gewerkschaften?

Mayr: Die Wähler in Nordrhein-Westfalen, Hessen und im Saarland haben dem Interesse der Regierung an Gesprächen mit den Gewerkschaften kräftig auf die Sprünge geholfen. Allerdings: Das Verhältnis zwischen *der Regierung und uns ist immer* noch etwas distanziert. Das hängt aber zusammen mit der Politik der Regierung. Das hat nichts damit zu tun, daß wir generell sagen würden, mit einer Regierung, die aus CDU/CSU und FDP zusammengesetzt ist, wollen wir nichts zu tun haben. Es kommt darauf an, welche Politik eine Regierung betreibt. Das Gespräch mit der Regierung und mit den Arbeitgebern hat für alle Beteiligten in einer Reihe von Fragen Klarheit geschaffen und auch sicher zum Denken angeregt. Was den Bundeskanzler betrifft, habe ich den Eindruck, daß er schon in verschiedenen Fragen die Sorgen der Gewerkschaften akzeptiert. Und es könnte durchaus sein, daß er auch erkannt hat, was es bedeutet, wenn der Paragraphen 116 im Arbeitsförderungsgesetz so geändert würde, wie das die FDP will.

WELT: Ihre Gewerkschaft bekennt sich zum Gedanken der Einheitsgewerkschaft, also der parteipolitischen Ungebundenheit. Sie sind Sozialdemokrat. Wirkt sich das nicht doch auf den Umgang mit der christlich-liberalen Regierung aus?

Mayr: *Wenn die CDU/CSU/FDP eine* andere Politik machen würde, eine Politik, die auch die Gewerkschaften *mehr akzeptieren könnten*, wäre das Verhältnis sicher besser. Aber generell ist es so, daß die IG Metall Einheitsgewerkschaft ist, und ich selbst bin Einheitsgewerkschafter. Das heißt: parteipolitische Unabhängigkeit, nicht Neutralität. Und so verhalten wir uns auch.

WELT: Wir werden im nächsten Jahr Wahlkampf haben. Auch im nächsten Jahr sind öffentliche Aktionen Ihrer Gewerkschaft gegen die Regierung zu erwarten. Hat das nicht den Beigeschmack der Wahlhilfe für die SPD?

Mayr: Erstens steht noch gar nicht fest, ob wir im nächsten Jahr etwas tun, das in Zusammenhang mit der Bundestagswahl steht. Zweitens haben die Gewerkschaften – gerade als Einheitsgewerkschaften – das Recht und sogar die Pflicht, ihre Mitglieder darauf aufmerksam zu machen, welche Programme die Parteien haben, inwieweit in diesen Programmen die Auffassungen der Gewerkschaften berücksichtigt sind. Das ist eine ganz legitime Angelegenheit und macht uns nicht zu Wahlhelfern der SPD.

WELT: Sie fordern seit Jahren zur Bewältigung des Hauptproblems der Politik, der Massenarbeitslosigkeit, staatliche Ausgabenprogramme. Die Regierung, die im Januar 1987 für weitere vier Jahre bestätigt werden kann, lehnt solche Programme ab. Ist es nicht an der Zeit, daß die Gewerkschaften versuchen, einen politisch auch realisierbaren Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit zu leisten ?



Der IG Metall-Vorsitzende Hans Mayr bescheinigt dem Kanzler Verständnis für die Belange der Gewerkschaften FOTO: POLY-PRESS

Mayr: Wir gehen davon aus – leider ist *das so –, daß uns die Massenarbeitslosigkeit* noch lange Zeit begleiten wird aus verschiedenen Gründen, *gerade weil zum* Beispiel *keine* Beschäftigungsprogramme aufgelegt werden. Die Regierung hat jetzt im Bausektor etwas getan „en miniature", was eigentlich in die Richtung geht, die die Gewerkschaften wollen. Aber das genügt natürlich nicht; das ist alles noch viel zu zahm. Ich muß mich überhaupt wundern, daß auf der einen Seite die Regierung und auch die Arbeitgeber das, was in Amerika vor sich gegangen ist, als Beschäftigungswunder bezeichnen – das ja nur entstanden ist durch eine geradezu riesige Staatsverschuldung mit Riesendefiziten – und dieselbe Regierung bei uns nicht einmal bereit ist, über ein Beschäftigungsprogramm zu reden oder es in Gang zu setzen. Hier sehe ich einen ganz gro*ßen Widerspruch*. Wir sind *nicht* für eine Riesenstaatsverschuldung, bei der alles aus den Nähten platzt. Aber ich kann mir eine Politik, die Massenarbeitslosigkeit wirklich beseitigen will, nicht vorstellen, ohne die Bereitschaft, in gewissen Zeiten auch Beschäftigungsprogramme aufzulegen. Ich sehe nicht irgendeine dirigistische Wirtschaft oder eine Planwirtschaft, wenn der Staat in Zeiten, wie wir sie heute haben, anstatt sich aus *der Wirtschaftspolitik abzumelden* richtig Wirtschaftspolitik macht und mit entsprechenden Programmen da*für sorgt, daß die Wirtschaft wieder* angekurbelt wird.

WELT: Sie haben vor der Bundesfrauenkonferenz Ihrer Gewerkschaft erklärt, jetzt komme es auf die umfassende Mobilisierung Ihrer Mitglieder an gegen die Pläne zur Veränderung des im Volks*mund „Streikparagraphen"* genannten 116 AFG. Und Sie haben den Bundeskanzler aufgefordert, *das Streikrecht vor den Angriffen* der FDP zu schützen. Können Sie erläutern, wie Sie das meinen?

Mayr: Die FDP hat durch Herrn Bangemann und durch Herrn Lambsdorff erklärt, sie dränge darauf, den Paragraphen 116 so zu fassen, daß mittelbar vom Streik Betroffene in Zukunft keine *Unterstützung* von seiten der Arbeitsämter mehr bekommen können. Das ist eine Erklärung, die im Namen der Partei abgegeben worden ist. Eine solche Erklärung im Namen der Partei habe ich von Bundeskanzler Kohl noch nicht gehört. Deshalb habe ich so dezidiert die FDP angeführt.

WELT: Bedeutet die von Ihnen angesprochene umfassende Mobilisierung neue Aktionswochen?

Mayr: *Wir wollen unsere Mitglieder* eindringlich darauf hinweisen, was auf die IG Metall und auf die Gewerkschaften insgesamt zukommen würde, wenn die Pläne der FDP und eines Teils der CDU/CSU Wirklichkeit werden. Es ist das legitime Recht der Gewerkschaften, gegen eine geplante Gesetzgebung zu protestieren, die ihre Existenzberechtigung ins Mark trifft. Andere Verbände, zum Beispiel Bauernverbände, haben oft genug *ganz massiv* gegen die Regierung opponiert. Warum soll das den Gewerkschaften nicht erlaubt sein?

WELT: Der Bundeskanzler *will eine* Entscheidung erst im Dezember treffen. Er hat die Tarifvertragspar*teien aufgefordert, bis dahin* selber eine Lösung zu suchen. Ist solch eine Konsenslösung überhaupt möglich?

Mayr: Der Paragraph 116 und die Anordnung dazu müssen nicht geändert werden. Wir haben in der Vergangenheit mit diesem Paragraphen und mit der Anordnung leben müssen und haben damit gelebt – seit elf Jahren. Ich sehe überhaupt nicht ein, daß da eine Änderung notwendig ist. Im übrigen gibt es eine ganze Reihe von namhaften Persönlichkeiten, die unseren Standpunkt vertreten, vielleicht nicht lupenrein, aber in der Tendenz auf jeden Fall. Ich erinnere daran, was Herr Wannagat gesagt hat oder was Herr Benda erklärt hat oder was Herr Herschel gesagt hat. Das mündet alles erst *einmal in den Rat, so etwas nicht* übers Knie zu brechen. Es laufen auch Gerichtsverfahren. Ich weiß sowieso *nicht*, warum die Regierung nicht abwartet, bis die Gerichte hier Recht gesprochen haben. Sonst hat man es ja auch nicht so eilig.

WELT: Ist die Frist im Vorschlag des Kanzlers zu kurz bemessen?

Mayr: So, wie ich Herrn Kohl verstanden habe bei dem vergangenen Gespräch zwischen Regierung, Arbeitgebern und Gewerkschaften, will zunächst er noch einmal die Parteien einladen.

Wallmann für Absage der Uraufführung

Oberbürgermeister nennt Fassbinder-Stück antisemitisch

MANFRED SCHELL, Frankfurt

Der Frankfurter Oberbürgermeister Walter Wallmann (CDU) hat das umstrittene Fassbinder-Stück „Der Müll, die Stadt und der Tod" als „antisemitisch" charakterisiert und gestern Intendant Rühle erneut aufgefordert, auf die Aufführung dieses Stückes zu verzichten. In einem WELT-Gespräch sagte Wallmann, er spreche diesem Stück auch „jeden künstlerischen Rang" ab. Wallmann: „Wenn der Autor nicht Fassbinder hieße, kein deutscher Intendant, Schriftsteller oder Journalist käme auf die Idee, diesem Stück künstlerische *Qualität zuzusprechen*."

Der Frankfurter Oberbürgermeister sagte, er habe von der Absicht, das Stück *aufzuführen*, zuerst „aus der Presse" erfahren. Er habe noch am vergangenen Mittwoch Intendant Rühle im Beisein des Kulturdezernenten der Stadt „dringend nahegelegt", von „seiner Verantwortung heraus nicht auf der Aufführung des Stückes zu bestehen, sondern angesichts der verhängnisvollen Folgen *auf die Aufführung zu verzichten*". Wallmann: „Ich habe ihm vorausgesagt, welche schlimmen Reaktionen entstehen. Ich habe ihm vorausgesagt, daß die Aufführung dieses Stückes zu Angst bei den jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern führt, daß sie Unverständnis in der Welt verbreiten wird und daß nicht nur das Schauspiel, sondern die ganze Stadt und nicht zuletzt die politisch Verantwortlichen in den Verdacht der antisemitischen Haltung, deren Unterstützung oder zumindest deren Duldung geraten könnten."

Wallmann verwies darauf, daß er Intendant Rühle mitberufen und ihm damit auch sein Vertrauen geschenkt habe. „Ich bitte Herrn Rühle, die Ängste und Nöte vieler Menschen in *unserer Stadt, vor allem der* jüdischen Mitbürger, höher zu achten als den Anspruch auf Aufführung dieses Stückes." *Es könne auch nicht darum* gehen, die „Art der Darstellung dieses Stückes anstelle seines Inhalts zum Maßstab unseres Urteils zu machen". Wallmann: „Dieses Stück ist und bleibt antisemitisch, weil sein Inhalt antisemitisch ist."

Wallmann verwies in dem WELT-Gespräch aber zugleich darauf, daß der Intendant „in künstlerischen Angelegenheiten nicht an Weisungen gebunden ist. Er allein entscheidet über den Spielplan und unser Grundgesetz stellt *fest, daß die Kunst frei ist und* es Zensur nicht geben darf". Er, Wallmann, bekenne sich zu diesem bindenden Recht. Deshalb *könne* er „nicht billigen", daß die Aufführung des Stücks durch Mitglieder der jüdischen *Gemeinde* verhindert worden sei, „aber ich kann es verstehen".

Er habe als Oberbürgermeister aber *nicht* nur das „Zensurverbot" zu achten, „ich habe auch alles zu tun, den inneren Frieden in unserer Stadt zu wahren. Diese Aufgabe habe ich gegenüber jedermann zu erfüllen. Gegenüber den jüdischen Mitbürgern, *die trotz des Holocaust mit ihrer* Bürgerschaft in Frankfurt am Main und damit in der Bundesrepublik *Deutschland mehr als alle* anderen Bürger ihr Vertrauen zu unserer gesellschaftlichen, politischen und *rechtsstaatlichen Ordnung* ausgedrückt haben, trage ich besondere Verantwortung", sagte Wallmann. „*Deshalb sage ich, sollten Gefahren* für Leib und Leben der Betroffenen entstehen, dann muß ich nach Maß*gabe des geltenden Rechts handeln*. Und dieser Aufgabe werde ich mich nicht entziehen".

AP, Frankfurt

Der Frankfurter Oberbürgermeister Walter Wallmann hat am Sonntag nachdrücklich an die Verantwortlichen der Städtischen Bühnen appelliert, auf die Uraufführung des von ihm als „*antisemitisch*" bezeichneten Dramas „Der Müll, die Stadt und der Tod" von Rainer Werner Fassbinder zu verzichten. Auf einer völlig vom Streit um das Stück überschatteten Gedenkfeier der Jüdischen Gemeinde zum 47. Jahrestag der sogenannten Reichskristallnacht lehnte es Wallmann in der Frankfurter Synagoge aber zugleich ab, die jetzt für kommenden Mittwoch geplante Uraufführung per Weisung an Schauspielintendant Günther Rühle vom Spielplan des Kammerspiels abzusetzen. *Ein solcher Eingriff* wäre verfassungswidrig und mit dem grundgesetzlich verbrieften Zensurverbot nicht zu vereinbaren, sagte der CDU-Politiker, worauf mehrere Mitglieder der Jüdischen Gemeinde unter Protest den Saal verließen.

Der hessische Kultusminister Karl Schneider hatte sich zuvor ganz auf die Seite der Demonstranten gegen das Stück gestellt und dafür starken Applaus der Anwesenden erhalten.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Theater-Skandal

„Ohne Angst gehen wir Juden friedlich auf die Straße": WELT vom 2. November

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlichen Dank für Ihre ausführliche Berichterstattung. „*Ohne Angst* gehen wir Juden friedlich auf die Straße ..." – diese Äußerung eines jüdischen Bürgers stellt den Kernpunkt der ganzen Auseinandersetzung um das Stück „Der Müll, die Stadt und der Tod" dar. Denn sie zeigt uns und läßt uns hoffen, daß es doch ein „normales Verhältnis" zwischen Juden und Deutschen gibt, zumindest soweit sie in Deutschland leben.

Wer ist Herr Rainer Maria Fassbinder? Allenfalls ein Stückeschreiber, der Müll (sprich Dreck) auf die Bühne schleudert. Was hat das mit „Freiheit der Meinungsäußerung" und mit „Freiheit der Kunst" zu tun? Intendant Rühle und seine Mitstreiter sollten ein wenig Nachhilfeunterricht in staatsbürgerlicher Bildung nehmen, dann würden sie den Unterschied erkennen.

Ein solches Stück ist nicht eine Beleidigung der jüdischen, sondern aller deutschen Bürger! Und deshalb kann Herr Rühle nicht das Recht des „Hausherrn" für sich in Anspruch nehmen. Der Souverän in Fragen des Grundgesetzes ist das Volk – und das deutsche Volk will ein für allemal nicht mehr, daß solcher Müll (sprich Dreck) auf deutsche Bühnen gelangt.

Mit freundlichen Grüßen
Hanspeter Schlesiger,
Hamburg 55

*

Der Skandal ist ein wirklicher Skandal. *Wie konnte es passieren*, daß zivilisierte Menschen, denen man immerhin ein gewisses geistiges Ni*veau unterstellen muß*, *derart* entgleisen?

Eine Protestgruppe, die in ein *Theater eindringt*, begeht *schlicht* Hausfriedensbruch. Die Verhinderung einer Aufführung ist Nötigung.

Denjenigen, die sich vor dem Theater stundenlang gegenseitig anbrüllten, muß man jegliche Vernunft absprechen. *Wie soll man Ausrufe wie:* „Wir lassen uns nicht vergasen", „Wir gehen nicht nach Auschwitz" oder: „Judenpack raus", anders charakterisieren als Perversion?

Zur Sache: Eine fundierte Diskussion kann nur dann stattfinden, wenn alle Beteiligten das Stück gesehen und sich eine eigene Meinung gebildet haben. Mindestens der eine oder andere sollte auch das Buch gelesen haben. – Ist das schon zuviel verlangt?

Wenn einer „Jude" sagt, begeht er schon eine Entgleisung. „Reicher Jude" ist noch schlimmer. Es gibt Hebräer, Israelis, Zionisten. All dies sind die Juden in Deutschland – zumindest *mehrheitlich – nicht*. Was sollen wir sagen?

Es gibt im Sprachgebrauch die Scheiß-Germanen, die Bolschewiken, die häßlichen Amerikaner, die Sau-Juden usw. usw. Derartige Titulierungen sind nicht angebracht, aber dabei denkt keiner gleich an „Vernichtung".

Zur Geschichte: Die Historie lehrt uns über Jahrhunderte hinweg, daß überall auf der Welt das Eindringen Fremder in eine Völkerschaft nicht gern gesehen wird. Treten sie vereinzelt auf, passen sie sich an und werden freundlich geduldet. Wenn sie Gruppen bilden, werden sie beargwöhnt. Massiv auftretende Minderheiten lösen Abwehr und Konfrontation aus. Diese Gesetzmäßigkeit ist noch *niemals* und wird auch niemals durchbrochen werden, wer auch immer davon betroffen ist.

Zur Erkenntnis: Die Nazis haben diese Entwicklung ad absurdum geführt und nicht mehr wieder gutzu*machendes Unheil angerichtet*. Wir, die übriggebliebenen Deutschen, haben dieses Erbe angetreten und sind gewillt, die *Hypothek zu tilgen. Dazu* gehört allerdings nicht einer, sondern zwei. Einer, der sich redlich bemüht, der andere, der dies erkennt und versteht. Der sich ebenfalls ehrlich bemüht und verzeiht. Das ist ein langer Weg, der durch *nichts* abgekürzt oder umgangen werden kann.

Karl F. Koller,
Mönchengladbach 2

*

Vor 45 Jahren bekam ich als 16jähriger Häftling des KZs Fünfteichen im Kreis Breslau die Nummer 24170 gelb, damit verlor ich meinen Namen, meine Identität, wurde zur jüdischen Nummer degradiert. Heute, fast ein halbes Jahrhundert später muß ich nun erleben, daß wieder von einem „Juden", diesmal von einem „Reichen Juden" gesprochen wird. Hat sich eigentlich seither hierzulande nichts geändert?

Natürlich, die Herren Rühle, Fassbinder und Zwerenz haben mit dem Stück über den „Reichen Juden" nur das „Beste" für die Juden im Auge gehabt.

Sie wollten die Probleme aufzeigen, die sich unter anderem durch die „jüdischen Bodenspekulanten" in *Frankfurt für Deutsche und Juden* ergeben. Fürwahr, ein gravierendes wirtschaftliches und gesellschaftliches Phänomen, *diese* „*jüdischen Bodenspekulanten und Baulöwen*", sind sie doch an weniger als ein Promill der *Immobiliengeschäfte in dieser* Stadt beteiligt.

Wie gesagt, es sind „Juden", „Reiche Juden" oder wie es oftmals vornehmer, aber nicht weniger deutlich ausgedrückt wird, „Mitbürger mosaiischen Glaubens". Weiß einer dieser kritischen Künstler und Journalisten, welcher Religion die Herren Kaußen oder Schörghuber angehören bzw. angehörten?

Hat sich niemand gefragt, welche Bedeutung deren Religion für ihre Geschäfte hatte? Nein, denn mit Recht käme niemand auf einen derartig absurden Gedanken. Heißt jedoch der betreffende „Spekulant" – Gott behüte – Cohn oder Levi, dann wird die Sache plötzlich interessant und sei es unter dem scheinheiligen Vorwand der Bekämpfung antisemitischer Vorurteile oder der Normalisierung des deutsch-jüdischen Verhältnisses.

Vor der Aufklärung (!) wies man uns Juden bestimmte Berufe – unter anderen den des Geldverleihers – zu, der uns zwangsläufig dem Haß der Bevölkerung aussetzte. Heute, in der aufgeklärten, demokratischen Bundesrepublik, haben „kritische Zeitgenossen" noch immer ein wachsames Auge, ob wir nicht Berufe ausüben, die sie nicht goutieren können.

Wir Juden haben einfach genug davon, daß andere vorgeben, daß Beste für uns zu wollen, wesentlich besser zu wissen, „was gut für die Juden ist", sich dabei „klammheimlich" profilieren oder bereichern und unserer Identität berauben, uns zur bloßen Nummer degradieren wollen.

Mit freundlichen Grüßen
F. Brauner,
München

Wort des Tages

» Idealist sein heißt: Kraft haben für andere. «

Friedrich Freiherr von Hardenberg, genannt Novalis, deutscher Dichter (1772–1801)

„Gelernte"

„Die Kirche und der ‚Absolutismus' des Rechtsstaats": WELT vom 8. November

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist schon erschreckend und stimmt mich mehr als nachdenklich, wenn ich immer wieder zur Kenntnis nehmen muß, daß besonders „große Teile" der evangelischen Kirche nicht mehr das Evangelium, sondern betont „ihr politisches Wirken" in den Vordergrund und in den Dienst der Kirche stellen.

Ich muß mich daher fragen, ob diese Kirche nicht zu viele „gelernte" und zu wenig gläubige Christen in „Amt und Würde" aufzuweisen hat?

Unter dieser Voraussetzung ist es mir nicht möglich, Gott zu dienen und gleichzeitig der Kirche treu zu sein.

Mit freundlichen Grüßen
Günter Podjadtke,
Heilbronn

Zellbrei

„Pankraz, B. Vollmert und die fade Ursuppe"; WELT vom 21. Oktober

Verehrter Herr Pankraz,

die wohl treffendste Darstellung vom „Ursprung des Lebens" ist die von Professor François Jacob – Nobelpreisträger – in seinem Buch „Die Logik des Lebenden" mit einem Vorwort von Professor C. F. von Weizsäcker, (S. Fischer-Verlag). Danach haben alle Spekulationen den Fehler, daß bei der Erforschung der molekularen Evolution primär die chemischen Wandlungen betrachtet, jedoch die bioenergetischen Einflüsse, durch welche die Chemie überhaupt erst gesteuert *wird, ausgeklammert werden*.

Weshalb es in den Retortensüppchen der Chemiker nicht krabbeln *will, dürfte wohl daran liegen, daß* bei dieser Nachahmung der Faktor Zeit nicht gerafft werden kann. Daß sich *nun aus atomaren Elementen in Wassermolekülen molekulare Verbindungen* evolutiv entwickelt haben, ist *nun mal eine reale Erkenntnis*.

Das dürre Nein zu den sich so gebildeten Nukleotiden ist eben zu dürr. Freilich ist die aus einem Zellbrei bestehende Ursuppe leblos gewesen. Mit Hilfe von Sonnenenergie synthetisierte der Zellbrei seinen Stoffwechsel autotroph durch Gärung. Erst als unter Einfluß von Nukleinsäure sich aus der Zellmasse mehrzellige Organismen zu Zellverbänden formierten, begannen unter *Einfluß von Sauerstoff* aus der zugleich aufgetretenen Photosynthese die Zellorganismen ihre bisherige *anaerobe Energiegewinnung in eine* aerobe heterotrophe umzustellen. Dies war der Anfang des organischen Lebens und der *Artenentwicklung* und deren Evolution.

Wollte man von der Ursuppe Abschied nehmen, dann *müßte man* alle Erkenntnisse der heutigen Molekularbiologie an den Nagel hängen. In der tragenden Rolle der Bioenergetik liegt auch der Schlüssel für die Zellentartung, „Krebs" genannt. Denn Zellen, die aus Sauerstoffmangel ersticken, schlagen wieder in die archaische anaerobe autotrophe Gärung um.

Die mosaische, nur auf den Menschen bezogene Lebensphilosophie ist antiquiert, sie kann auch nicht durch eine Mixtur von Glauben und Chemie modernisiert werden.

Mit freundlichen Grüßen
Rudolf Wurm,
Feuchtwangen

Personalien

AUSWÄRTIGES Amt

Hans-Werner Loeck, Ministerialdirigent und seit 1982 *zuständig für* Außenhandelsfragen in der Wirtschaftsabteilung des AA, wird Botschafter in Venezuela. Loeck, *1925* geboren, Jurist, ist seit 1956 im auswärtigen Dienst tätig. Er war in Ecuador und an der deutschen Botschaft in Belgrad tätig, wurde 1973 Referatsleiter in der Wirtschaftsabteilung des AA und gehört von 1975 bis 1978 der außenpolitischen Abteilung des Bundeskanzleramtes an. Danach ging er als Botschafter nach Peru. Seit 1982 ist er Unterabteilungsleiter in der Wirtschaftsabteilung des Auswärtigen Amtes. Sein spezieller Bereich: Außenhandelsfragen.

AUSZEICHNUNGEN

Auf Vorschlag einer unabhängigen Jury wird der Bischof von Essen, Dr. **Franz Hengsbach**, am 11. Januar 1986, den Heinrich-Brauns-Preis 1985 an zwei Persönlichkeiten aus dem Bereich des Bergbaus vergeben: **Rudi Nickels**, ehemaliges Mitglied des Geschäftsführenden Hauptvorstandes der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie, und dem früheren Direktor auf dem Bergwerk Walsum, Dr. **Friedrich-Karl Bassier**. Durch die Wahl dieser beiden Preisträger soll ausgedrückt werden, „daß gerade im Steinkohlenbergbau das Zusammenwirken von verantwortungsbewußten Gewerkschaften und Unternehmern notwendig und selbstverständlich ist". Der Heinrich-Brauns-Preis wird in Erinnerung an den Priester und Sozialpolitiker **Heinrich Brauns** vergeben, der von 1920 bis 1928 als Reichsarbeitsminister die Gesellschaftspolitik in der Weimarer Republik mitgeprägt hat.

*

Den Brüder-Grimm-Preis der Stadt Hanau erhielt die Schriftstellerin **Waltraud Anna Mitgutsch** für ihren Roman „Die Züchtigung". Der Preis ist mit 10 000 Mark dotiert und wurde gestern im Comoedienhaus in Wilhelmsbad zum *zweiten Mal* vergeben. Die Laudatio hielt der Präsident der Akademie für Sprache und *Dichtung* in Darmstadt, der Frankfurter Schriftsteller **Herbert Heckmann**.

*

Der niedersächsische Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, **Gerhard Glup**, hat in Hannover dem Präsidenten des Genossenschaftsverbandes Niedersachsen, **Karl-Heinz Warnecke**, das ihm vom niedersächsischen Ministerpräsidenten **Ernst Albrecht** verliehene Große Verdienstkreuz des Niedersächsischen Verdienstordens überreicht. Karl-Heinz Warnecke, der in Bredenbeck am Deister im Landkreis Hannover einen landwirtschaftlichen Betrieb mit Kornbrennerei bewirtschaftet, setzt sich seit vielen Jahren tatkräftig und uneigennützig für die Belange der Allgemeinheit wie auch seiner Berufskollegen ein.

*

Die technische Vereinigung der Großkraftwerksbetreiber (VGB) in Essen, hat dem 34jährigen Abteilungsleiter der Vereinigten Elektrizitätswerke *Westfalen (VEW)*, Dr. **Waldemar Schulz**, den mit 10 000 Mark dotieren Heinrich-Mandel-Preis *für „herausragende Leistungen"* in der Kraftwerkstechnik verliehen.

*

EHRUNG

Der französische Kulturminister **Jack Lang** hat dem Komponisten **Karlheinz Stockhausen** die Auszeichnung eines „Commandeur



Karlheinz Stockhausen

dans l'Ordre des Arts et des Lettres" für seine besonderen kulturellen Leistungen verliehen. Der 1928 geborene Komponist und Dirigent lebt in Köln und ist dort an der Musikhochschule Professor für Kompositionen.

VERNISSAGE

Mit ihren Bronzeplastiken wurde sie im In- und Ausland berühmt: **Eva de Maizière**. Eine Ausstellung ihrer Werke in ihrem *Haus* auf dem Heiderhof in Bad Godesberg führte einen internationalen Gästekreis zusammen. *Die Bildhauerin* und Malerin, ursprünglich Autodidaktin, Mutter von vier erwachsenen Kindern, *hatte aus ihrem* Hobby, *das* sie auf der Volkshochschule erlernte, eines Tages einen Beruf gemacht. Sie holte sich berühmte Lehrer, unter ihnen **Gerhard Marx**, und besuchte Meisterkurse auf der Hochschule in Salzburg, ehe sie internationale Ausstellungen bestückt hat. Ihre Werke sind inzwischen in Italien, in Frankreich und auch in Österreich bekanntgeworden. Der österreichische Bundespräsident **Rudolf Kirchschläger** übrigens war von ihren Arbeiten so begeistert, daß er Eva de Maizière mit dem Orden für Kunst und Wissenschaft seinerzeit ausgezeichnet hat. Die Kleinplastiken von Eva de Maizière zeichnen sich durch besondere Fröhlichkeit aus.

UNIVERSITÄT

Die Amtsperiode des Universitätspräsidenten der Ludwig-Maximilians-Universität München, Professor Dr. **Wulf Steinmann**, endet satzungsgemäß am 30. September 1986. Die Münchner Universität hat jetzt das Verfahren für die nächste Präsidentenwahl eröffnet. Bewerbungen für die Stelle des Präsidenten müssen bis bis 9. Dezember dieses Jahres bei der Hochschulleitung eingegangen sein.

*

Dr. **Heinz-Günther Stobbe**, bisher Privatdozent am Katholisch-Ökumenischen Institut der Universität Münster, wurde auf den Lehrstuhl für das Fach „Theologische Propädeutik" an der Universität Münster berufen.

WAHL

Professor Dr. **Hans-Hermann Hartwich** vom Institut für Politische Wissenschaft in Hamburg ist als Vorsitzender der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft auf dem 16. Wissenschaftlichen Kongreß der Vereinigung in Bochum für eine zweite Wahlperiode (bis 1988) wiedergewählt worden.

Rechtsanwalt **Fritz Kempfler** (CSU), Mitglied des Deutschen Bundestages von 1957 bis 1976, ist im Alter von 80 Jahren in Eggenfelden/Bayern verstorben. Kempfler wurde mehrmals direkt im Wahlkreis 217 (Pfarrkirchen) gewählt. Er *gehörte* außerdem der Beratenden Versammlung des Europarates und der Versammlung der Westeuropäischen Union (WEU) an, hier leitete er von 1966 bis 1969 und von 1974 bis 1977 den Geschäftsordnungsausschuß.

*

Wenige Monate nach Vollendung seines 80. Lebensjahres ist Sportjournalist **Willi Wieczorek** gestorben. Der gebürtige Oberschlesier *wirkte* viele Jahre in Berlin, später in München und Frankfurt am Main als Ressortleiter bei der „Neuen Zei*tung*" und in den letzten Jahren im Rheinland. Von seinem Wohnort Pulheim aus war er vor allem im Motorsport mit vielen in- und ausländischen Zeitungen verbunden.

Der WDR sendet die deutsche Fassung des Stückes „Billy Bishop steigt auf“

Ein leiser Held bei der Air Force

Zu den „Paradiesvögeln“ im Showgeschäft gehört er nicht, auch als Senkrechtstarter oder Partylöwe gibt er so gar nichts her. Ist so ganz der leise Held, den er in dem *Fernsehspiel „Billy Bishop steigt auf“* spielt.

In diesem Film, der nach dem Bühnenstück eines kanadischen Autorenteams gedreht wurde, geht es um einen Kavallerie-Offizier im Ersten Weltkrieg, der wenig Lust verspürte, sich in den „Schützengräben verheizen“ zu lassen. Daß er sich freiwillig zur britischen Air Force meldet, ebnet ihm den Weg zu einer fast grotesken Karriere und liefert dem Fernsehen Stoff für eine Ein-Mann-Show frei nach dem Motto: „Oh, what a lovely war“.

Der wahre Billy Bishop wird der erfolgreichste sagenumwobene Jagdflieger Seiner Majestät, der die meisten gegnerischen Flugzeuge abschießt. Der historische Billy Bishop, der 1956 in Florida starb, geistert in Kanada noch heute als Nationalheld durch die unvermeidlichen Kriegslegenden. In den 21 Jahren Frieden zwischen den Weltkriegen bildete er die kanadischen Kampfflieger der Zukunft aus, und im Zweiten Weltkrieg mischte er auf kanadischer Seite als Air Marshal mit.

Eine Karriere, die sich sehen lassen kann, und die dem Protagonisten des Fernsehspiels, Hans-Peter Korff, eine Chance in die Hand spielt, nach der sich alle Schauspieler „die Finger lecken“.

Wenn der legendäre Alec Guinness in „Adel verpflichtet“ mit acht Rollen „kleckert“, dann darf Hans-Peter Korff in der Kriegssatire mit deren zwölf „klotzen“. Vom englischen „Tommy“ im Schützengraben über *Stabsarzt und Oberst bis zum General* spielt er allein vier militärische Chargen durch. Als „Albert Hall“ stellt er Billy Bishops einzigen ernstzunehmenden Konkurrenten im Wettlauf mit den Abschüssen dar, brilliert – das mußte ja kommen – als feine Lady, ist Butler, Bordmechaniker und „La belle Hélène“, eine verruchte *Chansonette. Ranghöchstes Tüpfelchen* auf dem „i“ dieses Rollendefilés ist „König Georg“.

Gelegenheit genug für Hans-Peter Korff, zeigen zu können, was Theaterfreunde, die ihn als klassischen Bühnenschauspieler kennen, längst wissen: es steckt mehr in ihm, als der kantenlose Vater Drombusch, der mit Familie und „midlife-crisis“ kämpft, und mehr als der „tüttelige“ Briefträger Heini aus der Serie „Uhlenbusch“, den alle Kinder lieben und der so rührend wirkt, wenn er verwegen erscheinen will.

Garanten für eine witzig-bissige Behandlung des Stoffes, die herausfallen soll aus dem Klischee der „Kriegserinnerungen“, sind die vielbeschäftigten, vielfach preisgekrönten Autoren, die als Darsteller, Musiker und Autoren in Personalunion seit der Uraufführung ihres Stückes 1978 in Kanada großen Erfolg hatten.

Regie führen Norman McCandlish, der für das ZDF die Sendung „Orwell auf Jura“, drehte und Peter Meincke, der sogar militärisch sachkundig ist, weil er seine Ausbildung beim Militär-Rundfunk-Bataillon der Bundeswehr erhielt und inzwischen verschiedene Ausbildungsfilme für das Verteidigungsministerium gedreht hat.

Hans Magnus Enzensberger, der die deutsche Fassung des Drehbuches so ausgelegt hat, daß aus dem Heldenlied aus dem Ersten Weltkrieg nur ja keine Arie werden kann, hat die eigentliche Spielhandlung – höchst aktuell – in einem sogenannten „Friedensmagazin“ angesiedelt, einer Fernsehsendung, in der ein geschickter Interviewer Billy Bishop zu Erinnerungen und Meditationen über den Krieg von gestern und Verteidigung von morgen anregt.

Wer sich von dem Fernsehspiel leichte Kost in Sachen Kriegserinnerung erwartet, wird sicher enttäuscht sein. Wer bereit ist, bissige Parolen und freche Balladen näher zu beleuchten und darin auch eine Mahnung zu erkennen, kommt sicher voll auf seine Kosten.

GISELA CARRASCO

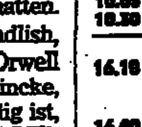
KRITIK

Kleines Rüchlein Ironie

Wenn man sich – zu Recht – fragt, warum die Familie Millowitsch die Farcen und Klamotten der Autorenfilmer Arnold und Bach hegt und mit heller Freude auf die Bühne bringt, so fällt einem nur dies ein, das aber sehr heftig: Wo gibt es in der heutigen Trivialtheater-Literatur solche Schwänke wie zum Beispiel **„Adel verpflichtet zu nichts“** (ARD)? Wo gibt es das noch, daß einer daher geht und Dialoge schreibt, in denen jedes Wort das nächste provoziert, wo die Verwicklungen, die ja eines Schwankes Kreislauf sind, sich so handwerklich gelernt aufrollen und abwickeln, daß man ins Lachen gerät und sei es unter dem eigenen Niveau! Die Stärke solcher Klamotten liegt eben darin, daß sie nichts vorspiegeln, und daß sie sich selbst überschlagen und auf den Arm nehmen. Dann nämlich kommt das kleine Rüchlein Ironie ins Spiel und diese würzt und salzt das alte welke Gemüse, daß es schmeckt, als hätten wir es nicht anders gewollt.

Freilich geht solches nur mit einem alten erfahrenen Fuhrmann wie Willy Millowitsch der mit seiner strotzenden Vitalität die Lücken und Macken der Handlung einfach überlacht, sie hüpfend, stolpernd und krächzend aussitzt.

VALENTIN POLCUCH



STUDIO

Sechsteilig und live ist das **„Zauberfernsehen“** angelegt, ein elektronisches Märchenspiel mit außergewöhnlichem technischen Aufwand, mit dem das österreichische Fernsehen ORF und das ZDF ein neues Kapitel in der Geschichte des Fernsehens aufschlagen möchte: Vor und nach Weihnachten sollen Kinder im Studio und die Zuschauer vor den Bildschirmen mitbestimmen können, wie es mit den Erlebnissen des Barometermachers Quecksilber auf der Zauberinsel weitergehen wird.

(Jeweils sonntags 18.00 bis 19.00 Uhr im ZDF- und ORF-Programm).

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ARD-Ratgeber
10.00 Tagesschau
10.05 Bocuse à la carte
10.30 Die Schwarzwaldklinik
11.15 Kunstturn-WM
11.15 Kunstturn-Weltmeisterschaften
12.15 Weltspiegel
13.00 Tagesschau

ARD

16.10 Höchste Zeit
Ein Magazin: schnell, gedankenlos, unheimlich
16.40 Chic
Trends und Tips
von und mit Marie Louise Steinbauer
Was der Winter modisch Neues bringt, national und international, das zeigt diese neue Ausgabe: neue Linien, neue Stoffe, Sportliches für die Skisaison.
17.20 Die Märchenbraut
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Die Republik und ihre Armee
Sondersendung zum 30jährigen Bestehen der Bundeswehr
21.45 Rund um Big Ben
Von Wolf von Lojewski
Wenn man vom Piccadilly Circus die Shaftesbury Avenue hinaufgeht, liegt Soho gleich links. Für Briten ist dieser Londoner Stadtteil der Inbegriff erotischer Sünden. *Der Tourist verbindet mit diesem Namen ganze Serien aufsehenerregender Morde.*
22.30 Tagesthemen
23.00 Das Nacht-Studio
Die Frau des Fährmanns
Chinesischer Spielfilm (1984)
0.25 Tagesschau
0.30 Nachtgedanken
Späte Einsichten mit Hans-Joachim Kulenkampff

ZDF

16.00 heute
16.04 Die Zukunft im Visier
Rüdiger Proske im Gespräch mit Professor Pedro Waloschek, Deutsches Elektronen-Synchroton DESY Hamburg
1964 wurde in Hamburg der Teilchenbeschleuniger DESY in Betrieb genommen. Das Deutsche *Elektronen-Sychroton ist mittlerweile Bestandteil* eines bedeutenden Hochenergie-Forschungszentrums.
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Im Reich der wilden Tiere
Das Land des Steinbocks
Mit Marlin Perkins
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Ein Colt für alle Fälle
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Reportage am Montag
Tagesbefehl: Weitermachen!
Die Bundeswehr nach 30 Jahren
20.15 Diese Drombuschs
7. Teil: Das kalkulierbare Risiko
21.15 Modespaß im Schnee
21.45 heute-journal
22.05 Klassik aktuell
Neuheiten vom Plattenmarkt
Film von Friedrich Müller
22.35 Torquato Tasso
Von Johann Wolfgang Goethe
Aufzeichnung einer Aufführung aus dem Schauspielhaus Bochum
1.15 heute

Zum 30jährigen Bestehen der Bundeswehr strahlen die beiden ersten Fernsehanstalten Sondersendungen aus: Das ZDF um 19.30 Uhr, die ARD um 20.15 Uhr.
FOTO: DEFD

III.

WEST
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Gesucht – Gefunden
21.45 Landesspiegel
Sandstein aus den Baumbergen
22.15 Billy Bishop steigt auf
23.45 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Die Sprechstunde
19.15 Streng geheim! (1)
Wissenschaft im Zweiten Weltkrieg
20.00 Tagesschau
20.15 Schauplatz
Ein Fest für jedermann
Der Hamburger Dom
21.00 Das Montagsthema
22.00 Die Mündung vor Augen
Amerikanischer Spielfilm (1950)
23.20 Die Spielverderber
Deutscher Spielfilm (1984)
0.00 Nachrichten

HESSEN
19.05 Drei – D spezial
Von wem geht *Gewalt* aus?
Live-Diskussion
20.00 Überleben hinter Stacheldraht
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Drei aktuell
21.45 Magnum
Tropischer Wahn
22.30 Duke Ellington
The Musik Lives On

SÜDWEST
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Bonanza
Wer ist Ben Cartwright?
20.15 Gerichtstag in Karlsruhe
Abtreibung auf fremde Rechnung?
21.10 Flash Gordons Flug zum Mars
21.25 Rückblende
Vor 90 Jahren: Erste Kinovorstellung in Deutschland
21.40 Tattoo
Panoptikum tätowierter Menschen
22.55 Jazz am Montagabend
Mit dem Trio „Azimuth“
23.30 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Live aus dem Alabama
20.45 Krebssignale
Fehlgesteuerte Gene erzeugen das Chaos
Bericht von Margit Lendzian
21.30 Rundschau
21.45 Blickpunkt Sport
22.45 Z. E. N.
Bilder japanischer Gärten
22.50 Element „D“
Schweizer Kriminalserie
3. Villa Siegerwald
23.45 Rundschau

SAT 1

13.30 Kimba, der weiße Löwe
Die Tierfänger
14.00 Tarzan
Tarzan und die Sträflinge
15.00 Muggsy
Die Schulfreundin
15.30 Musicbox
16.30 Bill Cosby
Die Not des Langstreckenläufers
17.00 Ufo
Töten Sie Straker
18.00 Westlich von Santa Fé
Freds erste Liebe
Oder: Regionalprogramm
18.30 APF blick
Nachrichten und Reise-Quiz
18.45 Marie Antoinette
Glückliche Tage in Trianon
Anschließend: Wetterbericht
20.30 WM – Das Wirtschaftsmagazin
21.00 Galerie Buecher
Familien-Serie
21.30 APF blick
Aktuelles, Show und Künstler, Sport und Wetter
22.15 Der Wahlk(r)ampf
Englischer Spielfilm (1959)
Mit Ian Carmichael u. a.
Regie: Sidney Gilliat
Die Konservativen stehen mitten im Wahlkampf. Aber es mangelt an geeigneten Kandidaten mit populären Namen, die die Wähler in ihren Bann ziehen könnten ...
(In zwei Teilen – dazwischen Programmvorschau und Werbung)
23.50 APF blick
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Löwenzahn
46. Mit Nadel und Faden
Kompaß
19.00 heute
19.30 Sportreport
mit „Sport am Montag“ aus Österreich
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Faßbinder und die Juden
Gastgeber: Hubert Feichtlbauer
Gäste: Ignatz Bubis, Vorstandsvorsitzender der Jüdischen Gemeinde Frankfurt, Daniel Cohn-Bendit, Publizist, Heiko Holefleisch, Dramaturg am Schauspielhaus Frankfurt, Alphons Silbermann, Professor für Soziologie und Komunikationsforschung
23.30 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

18.35 Hallo RTL
18.53 7 vor 7 – Newsshow
19.20 Karlchen
19.30 Knight Rider
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Fahrstuhl zum Schafott
Französischer Spielfilm (1957)
22.05 RTL-Spiel
22.10 Das Kind im Manne
22.40 Horoskop
22.45 Betthupferl

In Bonn positive Resonanz auf Streibls „Tarif 90"

Lambsdorff: Koalition will Steuersenkung schon 1988

HEINZ HECK/DW. Bonn

Der bayerische Finanzminister Max Streibl (CSU) hat in einem Zeitungsinterview vom Wochenende erneut eine Diskussion um die Steuerreform der nächsten Legislaturperiode ausgelöst. Sein Vorschlag einer Gesamtentlastung um rund 38 Milliarden Mark ist bei den Bonner Koalitionspartnern CDU und FDP auf positive Resonanz gestoßen.

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg erklärte am Rande des schleswig-holsteinischen Landesparteitags der CDU in Eckernförde, Streibls „sehr detailliertes Konzept" enthalte Übereinstimmungen mit seinen eigenen Vorschlägen. Stoltenberg hatte bei früherer Gelegenheit das erforderliche Volumen auf 35 bis 40 Milliarden Mark beziffert, allerdings – wie jetzt in Eckernförde – von der Notwendigkeit des Subventionsabbaus und der Erhöhung bestimmter Verbrauchsteuern wie zum Beispiel der Tabak-, nicht aber unbedingt der Mehrwertsteuer, gesprochen. Die Unterschiede zwischen den Vorstellungen der CDU und CSU in einigen Details bedürften einer „sorgfältigen Prüfung", betonte er.

Wirtschaftsminister Martin Bangemann (FDP) hatte sich am Freitag vor der Steuerberaterkammer Nordbaden in Karlsruhe ebenfalls zur künftigen Steuerreform geäußert und dabei in etwa die gleiche Linie verfolgt wie Streibl (WELT vom 9. November). Bereits im Sommer hatte das FDP-Präsidium ein Grundsatzpapier beschlossen, das sogar eine Steuerentlastung um 50 Milliarden Mark vorsieht.

Der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion und frühere Bundeswirtschaftsminister, Otto Graf Lambsdorff, sprach jetzt zwar in einem Interview des „Express" von einer „deutlichen Übereinstimmung" in der Bonner Koalition über die wichtigsten Punkte der nächsten Reform. Er verlangte jedoch zugleich ein Inkrafttreten bereits zum 1. Januar 1988. „Sonst würde die mangelnde Entschlußfähigkeit des Herrn Stoltenberg bei der gegenwärtigen Steuerentlastung Aufschwung, Arbeitsplätze und erneuten Wahlsieg der Koalition gefährden." Die FDP hatte in der Vergangenheit – in Übereinstimmung mit der CSU – immer wieder gefordert, daß die jetzt beschlossene zweistufige Steuersenkung 1986/88 um rund 20 Milliarden Mark in einem Schritt schon 1986 wirksam werden sollte.

Nach Darstellung Lambsdorffs besteht in der Koalition dennoch Einigkeit *darüber, daß die Bürger 1988* „gut 40 Milliarden Mark weniger Steuern zahlen" werden. Mindesteinkommen für Ledige von 15 000 Mark brutto sollen als Grundfreibetrag unversteuert bleiben. (Das fordert auch Streibl.) Die Steuerprogression soll linear ansteigen und der Spitzensteuersatz (derzeit 56 Prozent) gesenkt, die Gewerbe- und Vermögensteuer abgeschafft werden. Lambsdorff plädiert dafür, die Einnahmeausfälle nicht durch Erhöhung der Verbrauchsteuern, sondern durch drastischen Abbau der „zahllosen Steuervergünstigungen und Subventionen" zu bezahlen.

Streibl hatte am Wochenende unter dem Titel „Tarif 90" eine Senkung des sogenannten Eingangssteuersatzes (untere Proportionalzone) von 22 auf 20 Prozent und des Spitzensteuersatzes (obere Proportionalzone) von 56 auf 50 oder sogar 49 Prozent vorgeschlagen. Einen zeitweilig von der FDP, aber auch von einigen CDU-Politikern geforderten Spitzensatz von 35 Prozent hält Streibl für „irreal". Hinzu kommen in seinem Konzept wesentliche Erleichterungen bei der Unternehmensbesteuerung. Die Ausfälle sollen aus wachstumsbedingten Steuermehreinnahmen und durch strengere Ausgabendisziplin finanziert werden.

Der Grundfreibetrag, der am 1. Januar 1986 von 4212/8424 auf 4536/9072 Mark für Ledige/Verheiratete erhöht wird, soll nach Streibls Vorschlag in der „Süddeutschen Zeitung" dann weiter auf 5040/10 080 Mark steigen, „so daß ein Existenzminimum von rund 15 000 DM Bruttoeinkommen im Jahr, das sind 1200 DM monatlich, steuerfrei bleibt".

Bei der Unternehmensbesteuerung plädiert Streibl für eine Senkung des Körperschaftsteuersatzes von 56 auf unter 50 Prozent sowie für verbesserte Abschreibungsbedingungen für den Mittelstand.

Neuer Fünfjahresplan läßt Moskau genug Spielraum für Militärausgaben

Kreml will Nationaleinkommen und Industrieproduktion bis zum Jahr 2000 verdoppeln

RMB, Moskau

Mag sein, daß der Appell des amerikanischen Präsidenten Reagan, den Bedürfnissen der sowjetischen Bevölkerung mehr Beachtung zu schenken, von den Kreml-Oberen beherzigt worden ist. Denn ganz offensichtlich will man in Moskau nun doch ein wenig mehr auf die Wünsche und *Bedürfnisse der Sowjetbürger* eingehen: Der Lebensstandard in der Sowjetunion soll angehoben werden, der Monatsverdienst um 13 bis 15 Prozent auf 215 bis 220 Rubel gesteigert werden. Dies jedenfalls geht aus dem neuen sowjetischen Fünfjahresplan hervor, der bis 1990 gelten wird. Die sowjetische Führung ließ den Plan am Wochenende auf sechs engbedruckten Seiten in den Moskauer Zeitungen veröffentlichen.

Landesweite Diskussion

„Hauptrichtungen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der UdSSR für 1986–1990 und für den Zeitraum bis 2000" ist dieses umfang*reiche Papier überschrieben, das nun* landesweit in Arbeiterkollektiven, Militäreinheiten und Parteiorganisationen diskutiert wird. Endgültig gebilligt werden soll der Entwurf auf dem 27. Parteikongreß, der für den 25. Februar 1986 einberufen wird.

Der neue Plan enthält keine großen Überraschungen und er sieht auch keine einschneidenden Kursänderungen in der sowjetischen Wirtschaftspolitik vor. Im Vergleich zu den damals kühnen Zielen der Chruschtschow-Pläne kann man jetzt eher eine realistische Einschätzung der sowjetischen Wirtschaftskraft feststellen: geringe Wachsumtsraten, Lohnerhöhungen, technische Umrüstungen und Sparsamkeitsappelle sind die ins Auge fallenden Kennzeichen dieses Fünfjahresplans.

„Tempo und Effektivität" sind denn auch in diesem Papier häufig benutzte Vokabeln von KP-Chef Gorbatschow. Die Hauptaufgabe, so heißt es in dem Entwurf, bestehe in der Steigerung des Tempos und der Effektivität der Entwicklung der Wirtschaft und der Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts sowie der technischen Umrüstung und Umgestaltung „zur weiteren Steigerung des Wohlstands der Sowjetbevölkerung".

Ehrgeizig klingt es, wenn man liest, daß das Nationaleinkommen um 19 Prozent gesteigert werden soll, die Industrieproduktion um 21 bis 24 Prozent. Bis zum Jahr 2000 wird in beiden Bereichen sogar eine Verdoppelung angestrebt.

Die Ankurbelung in der Wirtschaft soll durch die Umrüstung der Betriebe erreicht werden, mehr *als* ein *Drittel* der technischen Ausrüstung will man erneuern. Ein Schwergewicht wird auch auf die Einsparung von Roh- und Brennstoffen gelegt. Kernkraftwerke, einschließlich „schneller Brüter", sollen bis Mitte der 90er Jahre ein Drittel des sowjetischen Bedarfs decken.

Der Stand der Automatisierung in der Industrie sowie die Produktion durch rechnergesteuerte Fertigungsabläufe will man ebenfalls stark vorantreiben. Auffällig, im Gegensatz zum auslaufenden Fünfjahresplan, gibt der neue Entwurf der Konsumgüterindustrie Vorrang vor den Invenstitionsgütern. Vielversprechend lautet die Formel: der Beitrag der Branchen der Schwer- und Verteidigungsindustrie zur Versorgung der Bevölkerung mit hoch qualitativen Industrieerzeugnissen soll „bedeutend" erhöht werden. Auch die kulturellen Erzeugnisse und Alltagsbedarf, *darunter versteht man Radios (1,3 bis* 1,4fache Steigerung), Tonbandgeräte (1,3), Farbfernseher (1,6) und Nähmaschinen (1,6), sollen häufiger im sowjetischen Alltag zu finden sein.

Umd die gravierenden Lücken bei *der Versorgung der Bevölkerung mit* Grundnahrungsmittel – Fleisch und Milchproduktion – zu schließen, die Fleischproduktion bis 1990 auf 21 Millionen Tonnen (letzter Fünfjahresplan 17 Millionen Tonnen, tatsächlich erreicht 10 Millionen Tonnen) steigen.

Technologie gefragt

Das Ziel für die Getreideernte wird mit jährlich 250 bis 255 Millionen Tonnen angesetzt. Diese Zahl wird als utopisch betrachtet. Um sie zu erreichen, müßte die Künstdüngermisere beseitigt werden und es müßten Rekordernten eingefahren werden. In diesem Jahr wurden wieder nur 185 Millionen Tonnen Getreide geerntet. Da nützt es auch wenig, den Landarbeitern als besonderen Anreiz ihre Löhne um 18-20 Prozent zu erhöhen.

Die neue eingeleitete Kampagne gegen Alkohol findet in dem Fünfjahresplan-Entwurf ebenfalls ihren Niederschlag: so sollen die Schnaps- und Weinbrennereien „umprofiliert" werden auf die Produktion von Nahrungsmitteln, die die Bevölkerung braucht.

Ein Hauptziel der Moskauer Planer für die *90er Jahre ist die Expansion* des Außenhandels, vor allem mit westlichen Technologie-Lieferanten.

Viele Ziele verfehlt

Mit dem Entwurf des neuen Fünfjahresplans bis 1990 wurde den Sowjetbürgern sogleich auch die Bilanz des abgelaufenen Planes präsientiert. Die meisten Quoten wurden nicht erreicht: So blieb die Nahrungsmittelproduktion nur bei sechs Prozent Steigerung, vorgesehen waren bis zu 14 Prozent. Die Fleischproduktion konnte nur um zehn Prozent erhöht werden – bis 18 Prozent wollte man erreichen. Der durchschnittliche Arbeitslohn würde um 13 Prozent gesteigert, erhofft hatte man sich 16 Prozent.

Stolz wird vermerkt, daß in der Industrie, Landwirtschaft und anderen Branchen Wirtschaftsexperimente verwirklicht wurden, die auf den Ausbau der wirtschaftlichen Selbständigkeit von Vereinigungen und Betrieben sowie auf die Erreichung höherer Endresultate gerichtet sind. Dann aber folgt ernsthafte Kritik: In der Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR wurde das Tempo verlangsamt. Die Einführung von neuen Techniken und Technologien wurde ungenügend verwirklicht, das technische Niveau litt darunter, die Qualität der Erzeugnisse entsprach nicht den Anforderungen.

Außerdem bekennen die Planer, daß es Schwierigkeiten bei der Versorgung der Bevölkerung auf dem Nahrungsmittelsektor gibt. Als Entschuldigung wird nachgeschoben, daß die UdSSR durch die Verschärfung der internationalen Lage gezwungen wurde, zusätzliche Anstrengungen für ihre Verteidigungsmacht zu unternehmen, um dem Volk das friedliche Leben zu gewährleisten. Der Spielraum für größere Anstrengungen im Interesse einer gewaltigen Rüstungsindustrie bleibt also weiter offen.

Junta-Mitglied empfiehlt den Weg zum Dialog

Umbesetzung in der Führung Chiles / „Schwebezustand"

WERNER THOMAS, Miami

Die chilenische Hauptstadt Santiago bebte wieder unter einer Welle der Gewalt. Die Sicherheitskräfte setzten Schußwaffen, Schlagstöcke, Tränengas und Wasserwerfer ein. Demonstranten warfen mit Steinen und Flaschen; linke Terroristen legten Bomben. In der Nacht zum Freitag war ein Sprengstoffpaket vor der „Nationalen Informationzentrale" (CNI) explodiert, dem Gebäude der Geheimpolizei. Sirenengeheul bildete eine ohrenbetäubende Geräuschkulisse. Die blutige Bilanz: Vier Todesopfer und 80 Verletzte. Nahezu 1000 Personen wurden festgenommen.

Die 48stündige Protestaktion der Gewerkschafts-Dachorganisation für sechs ihrer inhaftierten Führer provozierte die schlimmsten Zwischenfälle der letzten Monate. Die marxistischen Untergrundgruppen „Bewegung der revolutionären Linken" (MIR) und „Partiotische Front Manuel Rodiguez" eskalieren ihren Kampf gegen die Militär-Regierung.

Im dreizehnten Jahr der Herrschaft *des Generals Augusto Pinochet* befindet sich Chile in einer Situation, die ein diplomatischer Beobachter als „Schwebezustand" bezeichnete. Das Land schwebt zwischen Hoffnung und Frustration. Die letzten Tage waren symptomatisch.

Die Ausschreitungen der Protestaktion hatten bei vielen Chilenen eine Befürchtung ausgelöst, die Regierung werde mit harten Bandagen regieren. Überraschenderweise erklärte jedoch der Admiral José Toribomerino, ältester und dienstältester Junta-Vertreter, ein neuer Belagerungszustand bringe die Nation nicht weiter. Er empfahl zum ersten Mal öffentlich den Weg des Dialogs. Der Marine-Kommandeur wurde bisher als kompromißloser Falke der Streitkräfte eingestuft. Dann, am Ende der ereignisreichen Woche, folgte eine Entscheidung, die wiederum Verwirrung stiftete:

Pinochet, gerade von einer Grippe genesen, enthob den Armeegeneral Raul Cesar Benavides, 65, seines Amtes als Mitglied der Junta. Für ihn rückte der bisherige Vizekommandeur der Bodenstreitkräfte, General Julio Canessa, 60, in das Führungsgremium, dem noch die Befehlshaber der Marine, der Luftwaffe (General Fernando Matthei) und der Carabinero-Polizei (General Rodolfo Stange) angehören. Nachfolger Canessas wurde der bisherige Generalsekretär des Präsidialamtes, General Santiago Sinclair, 58.

Obgleich Gerüchte kursieren, daß Benavides an einer Krebskrankheit leide, glauben viele Analytiker an ein politisches Manöver Pinochets. Der Präsident, trotz seiner 69 Jahre noch Armee-Kommandeur, habe seine Position innerhalb der Junta durch den energischeren Canessa stärken wollen. Sein Vertrauter Sinclair, die graue Eminenz der Militärregierung, könne zudem als Vizekommandeur die *Interessen Pinochets* besser verteidigen.

Niemand weiß, ob Pinochet nach Ablauf seiner gegenwärtigen Amtsperiode (1989) tatsächlich noch weitere acht Jahre regieren möchte, eine *Möglichkeit, die ihm die Verfassung* eröffnet. Solche Absichten wären jedoch von der Junta und dem Ergebnis einer Volksabstimmung abhängig. Auch Anhänger des Generals sehen verhängnisvolle Folgen, wenn Pinochet an der Macht bleiben will.

Seit September herrschte eine Stimmung der Hoffnung. 21 nichtmarxistische Parteien hatten sich, einer Initiative des Kardinals Juan Francisco Fresno folgend, auf eine gemeinsame Strategie zur Rückkehr in eine demokratische Ära geeinigt. Sie forderten nicht den sofortigen Rücktritt Pinochets. Pinochet äußerte sich zwar skeptisch aber nicht ablehnend. Luftwaffenchef Matthei sprach sogar von einen „wichtigen Schritt vorwärts", vorausgesetzt allerdings, die „nachgewiesen anti-demokratischen Parteien" würden von der Aktionsgemeinschaft ausgeschlossen bleiben.

Die marxistischen Untergrundbewegungen verschärften darauf ihren Terrorkrieg. Fast täglich melden die Medien Bombenanschläge und Attentate. Die Regierung unterstellt den Rebellen intensive Auslandskontakte. Die Sicherheitskräfte glauben, daß sie via Bolivien Nachschub erhalten. Die sowjetischen und polnischen Frachter vor der langen Küste Chiles werden verdächtigt, zweckfremde Aufgaben zu erfüllen. KP-Chef Luis Corvalan predigte über Radio Moskau und den Geheimsender Radio Magallanes den „Volkskrieg".

(SAD)

Montag, 11. November 1985
Nr. 263 - DIE WELT

WELT DER WIRTSCHAFT

Ohne Emotionen?

hg – Eine „emotionsfreie" Diskussion in Sachen Ladenschlußgesetz wünscht sich der Wirtschaftsrat der CDU. Recht so, denn was da seit nunmehr zwanzig Jahren zwischen Gegnern und Befürwortern ausgetauscht wird, sind keine Argumente mehr, sondern Glaubensbekenntnisse. Ob der Wunsch wohl in Erfüllung geht?

Der sich anbahnende Streit pro oder contra Großversuch spricht eher dagegen. Dabei ist nicht einmal entscheidend, daß die Gegner jeglicher Liberalisierung ihn nicht wollen. Das war schließlich nicht anders zu erwarten. Viel schwerer wiegen die Argumente derjenigen, die das Experiment als „Umgehung einer notwendigen politischen Entscheidung" ablehnen.

Da ist was dran. Eine generelle Lösung wäre sicher die elegantere Methode, aber ist sie auch praktikabel? Die Politiker hatten ja zwanzig Jahre Zeit, darüber nachzudenken, daß die Bürger der Bundesrepublik Deutschland die einzigen in Europa sind, die an keinem Abend in der Woche in Ruhe einkaufen können. Besteht nicht die Gefahr, daß sie noch weitere zehn brauchen, bis sie sich tatsächlich an den gesetzlich verordneten Feierabend im Handel herantrauen?

Es gibt nur zwei Möglichkeiten, das Verfahren zu beschleunigen: Erstens ein Großversuch, denn aller Voraussicht nach werden sich die Schleusen nicht mehr schließen lassen, wenn sie einmal geöffnet sind. Oder zweitens: Alle Politiker werden verpflichtet, künftig selbst einzukaufen anstatt einkaufen zu lassen. *Wenn sie dann durch die Läden hecheln, werden ihnen die Emotionen schon vergehen.*

Krokodile

ha (Brüssel) – Um den Schlaf gebracht wurde der belgische Europa-Abgeordnete Luc Beyer durch Pläne der Stadtverwaltung von Ballène (Rhone), eine Anlage zur Aufzucht von 10 000 Krokodilen zu bauen. Die Tiere sollen nämlich – als seien sie nicht schon gefährlich genug – durch die Abwässer eines Kernkraftwerks mit warmem Wasser versorgt werden. Der Volksvertreter sah sich zu einer doppelten Anfrage an die EG-Kommission veranlaßt: Einerseits möge sie doch in Erfahrung bringen, ob die Käufer der Waren, die aus Häuten dieser Krokodile hergestellt würden, einer nuklearen Verseuchung ausgesetzt seien, andererseits klären, ob die Tiere nicht „ausschwärmen" könnten, ohne daß die Bevölkerung in der Umgebung informiert werde. Die Kommission versicherte, für die Krokodile bestehe keine Gefahr, da das Wasser in den betreffenden Becken nicht mit radioaktiven Stoffen in Berührung komme. Und für die Gefahren eines „Ausschwärmens" seien natürlich die nationalen Behörden zuständig.

DRUCK- UND PAPIERMASCHINENBAU / 1985 bringt Rekordproduktion

Die internationale Spitzenposition wurde durch Innovation gesichert

JOACHIM WEBER, Wiesbaden

Die deutschen Hersteller von Maschinen für die Papierherstellung und -verarbeitung sowie für die Druckindustrie haben allen Grund zum Optimismus: Ihre Kapazitäten sind zu 100 Prozent ausgelastet, die Auftragsbestände reichen weit bis ins Jahr 1986 hinein, und schon das Jahr 1985 wird mit einer Rekordproduktion von 8 (6,8) Milliarden Mark abschließen.

Insbesondere bei den Druck- und Papierverarbeitungsmaschinen ist es 1985 steil bergauf gegangen. Die Auftragseingänge dieser beiden Bereiche nahmen in den ersten neun Monaten preisbereinigt (!) um 27 Prozent zu. Ein Minus von vier Prozent bei den Papiermaschinen ist kein Grund zur Sorge – hier war schon 1984 besonders gut ausgefallen.

Die Auftragsbücher waren schon im Juni dick genug, um die Beschäftigung für 9,4 Monate zu sichern, eine Ziffer, die seit 1975 nicht mehr erreicht wurde und „die auf der Zunge zergeht", wie der Fachgemeinschaftsvorsitzende Wolfgang Zimmermann (Heidelberger Druckmaschinen AG) findet. Mit ihr stehen die Maschinenbauer „rund ums Papier" auch gegenüber dem übrigen Maschinenbau hervorragend da – er kam zur Jahresmitte „nur" auf Auftragsbestände mit einer Reichweite von 6,2 (5,5) Monaten.

Dickster Brocken der Druck- und Papiertechnik sind die Druckmaschinen. Sie machen 52 Prozent der Produktion aus, gefolgt von den Verarbeitungsmaschinen mit knapp 18 Prozent, den Papierproduktionsmaschinen mit rund einem Sechstel sowie der Satz- und Reprotechnik mit 13,5 Prozent.

Etwa 28 000 der rund 40 000 Beschäftigten der Teilbranche arbeiten für das Ausland – die Exportquote, 1984 sogar bei 72 Prozent, soll auch 1985 „weit über 70 Prozent" liegen. Wichtigstes Abnehmerland sind die USA mit einem Exportanteil im ersten Halbjahr 1985 von 20,3 Prozent, gefolgt von Großbritannien mit 9,3, Frankreich mit 7,1 und Japan mit 5,4 Prozent. „Es gibt kaum eine zweite Branche, die einen so hohen Japan-Anteil ausweisen kann", freut sich Zimmermann.

Und ohne falsche Bescheidenheit: „Auf dem Weltmarkt sind wir nach wie vor führend." Am gesamten Branchenexport der westlichen Welt sind die deutschen Hersteller von Papierherstellungs- und -zurichtungsmaschinen mit 26 Prozent, von Papierverarbeitungsmaschinen mit fast 33 Prozent und von Druckmaschinen mit 38 Prozent beteiligt.

In allen drei Produktgruppen exportierte die Bundesrepublik 1984 jeweils mehr als doppelt soviel wie der nächste Konkurrent (bei Papiermaschinen: Schweden, bei Druck- und Verarbeitungsmaschinen: USA). Mit dem Blick auf jene 84 Prozent der Exporte, die in die westlichen Industrieländer gehen, stellt Zimmermann die beruhigende Prognose: „Wir erwarten, daß das international gute Investitionsklima anhält."

Dabei kann auch ein Rückgang des *Dollar-Kurses nicht schrecken*, jedenfalls, „solange er nicht in die Unterbewertung absackt". Denn: „Unsere Exporterfolge werden letztlich nicht durch niedrigere Preise, sondern durch Produktinnovation und andere qualitative Faktoren abgesichert."

Was sie auf diesem Gebiet zu bieten haben, wollen die Maschinenbauer im Frühjahr 1986 wieder zeigen, auf der Drupa, der Internationalen Fachmesse Druck und Papier in Düsseldorf. „Die Drupa 1986 bringt den Durchbruch zur Automation, sie ist deshalb besonders wichtig", kündigt Drupa-Präsident Kurt Werner (Goebel, Darmstadt) den Neuheiten-Termin an, der „den Stand der Technik der folgenden Jahre markiert".

Trotz der gerade im Augenblick besonders hohen Innovationsgeschwindigkeit auch in der Druck- und Papiermaschinenindustrie wollen die Unternehmen, bei denen 30 Prozent der Werbeausgaben auf Messen entfallen, von 1990 an etwas kürzer treten. Statt wie bis dahin noch alle vier Jahre soll die Drupa dann im Fünfjahresrhythmus stattfinden. Kleine Entschädigung für die Messegesellschaft: Für den Packstoff- und Packmittelbereich, bisher Teil der Vierjahresschau, wird noch eine eigene Messe dazwischengeschoben, die erstmals 1988 stattfinden soll.

US-AKTIENMÄRKTE

Neue Kursgewinne hängen von sinkenden Zinsen ab

H.-A. SIEBERT, Washington

An den US-Aktienmärkten herrscht Jubelstimmung, so, als habe sich Santa Claus im Datum geirrt und verteile schon jetzt die Weihnachtsgeschenke. Der Optimismus sprießt so üppig wie schon lange nicht mehr, nachdem der populäre Dow-Jones-Industrie-Index gehalten, was er versprochen hat: Am Freitag erreichte er mit 1404,36 Punkten ein neues Hoch, das dritte in der vergangenen Woche. Das Plus betrug 4,82 und an den fünf Börsentagen netto 14,11 Punkte. Der breitere Nyse-Index zog um 0,64 und 1,40 auf 1119,95 Punkte an, was zeigt, daß Standardwerte nun vom Höhenflug der „Blue Chips" profitieren.

Wie es aussieht, hat der „Dow" einen soliden Brückenkopf jenseits der 1400-Marke gebildet, von wo aus es weiter nach oben gehen kann. Ernst zu nehmende Broker sehen die Zahl 1450 am nahen Horizont, bevor die übliche Konsolidierung einsetzt. Danach soll sich die Hausse erneut verstärken; laut Prudential-Bache und Sherson Lehman kann das Edelbarometer in Halbjahresfrist auf 1500 und mehr Punkte steigen. Als Renner unter den Aktien gelten Brauereien, alkoholfreie Getränke, Freizeitartikel, Pharmazeutika, Elektronikkonzerne wie General Electric, RCA und Westinghouse sowie Chrysler und zinsabhängige Papiere wie Versicherungsunternehmen und Banken.

Dieses prächtige Zukunftsbild setzt jedoch voraus, daß die Zinsen in Amerika, die schon bisher für die Kursgewinne sorgten, weiter sinken. Nach Ansicht der Wall Street sind die Weichen dafür gestellt; wie es heißt, bleibt *der US-Notenbank nun* wirklich keine andere Wahl, nachdem die Oktoberumsätze der Warenhausketten enttäuschend ausgefallen sind. Außerdem zeigt eine nüchternere Analyse der jüngsten Beschäftigungszahlen, daß die 415 000 neuen Jobs am untersten Ende der Lohnskala gschaffen wurden, der Einkommenseffekt also gering ist. Besonders bestätigt fühlt man sich in Manhattan aber durch eine kritische McGraw-Hill-Umfrage.

Danach kürzen die amerikanischen Unternehmen im kommenden Jahr ihre betrieblichen Investitionen nominal um ein Prozent, und zwar in allen Wirtschaftsbereichen. Unterstellt wird eine Inflationsrate bei Kapitalgütern von 4,7 Prozent, so daß das reale Minus 5,4 Prozent erreichen würde. Der Abwärtstrend, wenn auch nicht so steil, ist auch schon vom US-Handelsministerium signalisiert worden. Es wäre das erste *Mal* in drei Jahrzehnten, daß die US-Firmen außerhalb einer rezessiven Phase zurückstecken würden.

Vor diesem Hintergrund sagt nicht nur *Henry Kaufman, Chefvolkswirt* bei Salomon Brothers, eine Herabsetzung des Diskonts von 7,4 auf sieben oder sogar 6,5 Prozent voraus.

Reisebüros im Schatten

Von GERD BRÜGGEMANN

Das deutlich verbesserte wirtschaftliche Klima in der Bundesrepublik hat im Jahre 1985 auch dem Reisegeschäft wieder neuen Schub gegeben. Wie aus ersten Unternehmensberichten hervorgeht, darf mit einem Umsatzzuwachs zwischen sechs und zehn Prozent, je nach Geschäftsstruktur gerechnet werden.

Diese ansehnliche Wachstumsrate dürfte auch den rund 5000 Reisebüros in der Bundesrepublik wieder etwas Auftrieb geben, die in den Jahren der Stagnation zum Teil in arge wirtschaftliche Bedrängnis geraten waren. Die Netto-Umsatzrendite, die 1978 mit knapp 1,5 Prozent ihren bisher *höchsten* Stand *erreicht* hatte, verfiel bis 1983 auf 0,67 Prozent. Zwar konnte sie sich 1984 wieder auf 0,94 erholen, aber sie bleibt doch deutlich unter der Marge, die als auskömmlich angesehen wird.

In absehbarer Zeit darf wohl auch keine Wende zum wirklich Besseren erwartet werden; selbst dann nicht, wenn die Dienstleistungsproduzenten, die ihre Produkte über Reisebüros verkaufen – neben den Tourismusunternehmen sind das in erster Linie die Bundesbahn und die Fluggesellschaften – künftig wieder Wachstum erzielen, womit sie rechnen. Neben einer anhaltenden Verschlechterung des Erlös-Kostenverhältnisses trägt dazu vor allem eine regelrechte Inflation von Vertriebsstellen bei. So erhöhte sich beispielsweise im Verlaufe der letzten Jahre die Zahl der Verkaufsstellen für touristische Angebote um fast 20 Prozent, *obwohl die Reiseveranstalter im gleichen* Zeitraum nur einen geringen Kundenzuwachs erzielten.

Hinzu kommt, daß die kostspielige Beratungsbedürftigkeit des Reisebürosortiments erheblich zugenommen hat. Hier ist vor allem die Deutsche Bundesbahn zu nennen, die mit ihren zahlreichen Sonderaktionen zusätzlichen Beratungsbedarf hervorrief. Aber auch die Flugtarife zeichnen sich nicht eben durch Übersichtlichkeit aus, ohne daß die Provisionshöhe der erforderlichen Erklärungsbedürftigkeit gerecht würde.

Natürlich verbergen sich hinter einer so allgemeinen Darstellung höchst unterschiedliche Entwicklungen bei den einzelnen Unternehmen der Branche. Es gibt darunter höchst leistungsfähige und ertragsstarke Großunternehmen, die sich wie selbstverständlich aller elektronischen Hilfsmittel bedienen und andere, die nur so eben überleben. Gemeinsam ist ihnen die Abhängigkeit von den Provisionen der Leistungsträger, deren Angebote sie verkaufen. Zum Teil versuchen sie solcher Abhängigkeit zu entkommen, indem sie selbst Angebote erstellen. Aber das ist nur den größeren Unternehmen möglich.

Es kann deswegen kaum überraschen, daß auf den Mitgliederversammlungen des Deutschen Reisebüro Verbandes (DRV) die besorgten Stimmen überwiegen, obwohl die gut 2000 DRV-Mitglieder eher noch den leistungsfähigeren Teil der Branche darstellen. Das wird auch in Hamburg kaum anders sein, wo der Verband heute und morgen seine Jahrestagung 1985 veranstaltet.

Mit Hamburg hat der Verband nach einigen Jahren wieder einen inländischen Tagungsort gewählt. Im kommenden Jahr soll die Veranstaltung in Budapest stattfinden. In den vergangenen zehn Jahren wurden sieben DRV-Mitgliederversammlungen im Ausland durchgeführt. Solche Reiselust hat natürlich mit den Geschäften der Verbandsmitglieder zu tun. Sie offenbart aber auch ein Stück Branchen-Psychologie. Im Ausland sind der DRV und seine Mitglieder hoch willkommen. Ihre Kundschaft bringt Devisen und Arbeitsplätze in die Länder.

Ganz anders hierzulande. Die Reisebranche steht eher auf der Schattenseite des Sozialprestiges. Sie ist merkwürdigerweise nicht anerkannt als ein Wirtschaftszweig, der für Millionen Bürger preiswerten und sicheren Urlaub in fernen Ländern produziert. Im Gegenteil. Die Politik legte die Branche, angetrieben von Mißtrauen und Unkenntnis gar an die Kette eines speziellen Gesetzes. Immer noch werden einzelne Fehlentwicklungen einer ganzen Branche angelastet. Dabei darf man alles in allem getrost behaupten, daß es kein Land gibt, das über eine so leistungsfähige Tourismusindustrie und über so gut organisierte Reisebüros verfügt, wie die Bundesrepublik.

Warum aber bleibt es dann bei dem beklagenswerten Mangel an Ansehen? Auch das ist ein Stück Branchen-Psychologie. Sie beschäftigt sich am liebsten mit sich selbst.

AUF EIN WORT

„Die Öffnung der Märkte erhöht den Wohlstand für alle und erleichtert damit den Ländern mit hoher Verschuldung, eigene Leistungen im Ausland abzusetzen. Damit wird Tendenzen zu protektionistischer Abschottung entgegengewirkt."

Prof. Claus Köhler, Mitglied des Direktoriums der Deutschen Bundesbank
FOTO: SVEN SIMON

VIER-MEGABIT-SPEICHER

Noch kein endgültiges Ja zur Förderung des Projekts

HEINZ HECK, Bonn

Forschungsminister Riesenhuber hat noch nicht entschieden, ob Bonn sich mit bis zu 320 Millionen Mark an der Entwicklung eines 4-Megabit-Speichers durch die Firmen Siemens und Philips beteiligt. Mit der Verabschiedung des Forschungsetats erhält er zwar grünes Licht für die ersten Bewilligungsbescheide über rund 50 Millionen Mark 1986. Jedoch sind noch nicht alle Fragen geklärt.

Ziel des Vorhabens ist es, bei der Entwicklung von höchstintegrierten Speicherbausteinen mit den weltweit führenden Japanern gleichzuziehen. Wegen des hohen Aufwands wollen Siemens und Philips (mit der deutschen Tochter Valvo) ihre Kapazitäten zusammenfassen. Die deutsche und die niederländische Regierung haben eine gemeinsame Förderung vereinbart. Von Juli 1984 bis März 1985 wurde eine detaillierte Arbeitsplanung erstellt und vom Forschungsministerium (BMFT) mit 7,9 Millionen Mark gefördert.

Der Gesamtaufwand für Forschung und Entwicklung wird auf 1,36 Milliarden beziffert. Die holländische Regierung will sich mit etwa 160, das BMFT mit bis zu 320 Millionen (40 Prozent Förderquote) beteiligen. Bonner Bedingung ist, daß drei Produktionsanlagen (eine in Holland, eine bei Valvo in Hamburg und eine bei Siemens in Regensburg) errichtet werden. Eine komplette Halbleiterfabrik erfordert rund 500 Millionen Mark Investitionen.

Im Juli hat Siemens mit der japanischen Toshiba einen Kooperationsvertrag über das Fertigungs-Knowhow für einen 1-Megabit-Speicher geschlossen. Im BMFT muß jetzt noch geklärt werden, ob die Bonner Förderung damit nicht zumindest zum Teil obsolet ist.

Bereits 100 US-Bankpleiten

Sbt. Washington

In den USA sind in diesem Jahr *bereits 100 Banken* wegen *Zahlungsunfähigkeit* geschlossen worden – die größte Zahl seit dem Katastrophenjahr 1933, als mehr als 4000 Institute untergingen. 1984 wurden 79 Pleiten registriert: Bis Ende dieses Jahres rechnet die Federal Deposit Insurance Corp. in Washington mit weiteren 20 Konkursen. Dichtgemacht hat die Behörde jetzt die Auburn Savings Bank in Auburn, Iowa (Bilanzsumme: 6,8 Mill. Dollar, 1900 Konten) und die Northshore Bank in Houston, Texas (39,2 Mill. Dollar, 8600 Konten). Beide Institute werden von anderen Banken übernommen.

WÄHRUNGSTAGUNG IN WASHINGTON

Der Dollar und verschärfte Interventionen als Themen

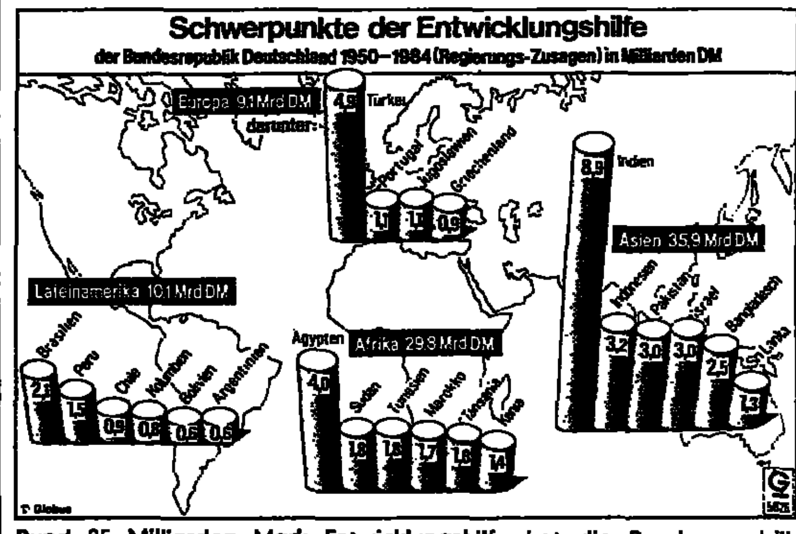
Sbt, Washington

In der US-Hauptstadt beginnt morgen eine zweitägige Veranstaltung, die den offiziellen Titel „Gipfeltreffen des Kongresses der Vereinigten Staaten über Wechselkurse und den Dollar" trägt. Eingeladen haben dazu der republikanische Abgeordnete Jack Kemp und der demokratische Senator Bill Bradley, denen beiden Präsidentschaftsambitionen für die Wahlen im November 1988 nachgesagt werden. Was zunächst in die Annalen als eine der vielen Washingtoner obskuren Konferenzen einzugehen drohte, hat inzwischen durch beachtenswerte Zusagen einen gewichtigen Anstrich erhalten.

So ist die Bundesrepublik durch den Vizepräsidenten der Bundesbank, Helmut Schlesinger, und die Bundestagsabgeordneten Uldall, von Wartenberg und Wieczorek vertreten. Aus Frankreich kommen der frühere Staatspräsident Valery Giscard d'Estaing und Mitterrands Chefberater Jacques Attali. Aus Neuseeland hat sich der ehemalige Ministerpräsident Robert Muldoon angesagt. Auf der Gästeliste stehen ferner Banker, Finanzexperten und Professoren. Überraschend stark beteiligt sich die Reagan-Administration, die bisher jedes Ansinnen, über „Reformen" zu sprechen, als verfrüht abgelehnt hat.

Kemp, der aggressivste Angebotspolitiker im Kongreß, möchte sein Lieblingsthema in den Mittelpunkt der Tagung rücken: Unmittelbar bevor steht ein Kollaps des Floatingsystems, zu retten ist die westliche Währungsordnung nur durch eine Rückkehr zum goldgedeckten Dollar. Bradley wünscht sich verschärfte Interventionen. Beides ist für die meisten Teilnehmer tabu.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Rund 85 Milliarden Mark Entwicklungshilfe hat die Bundesrepublik Deutschland seit 1950 an über 100 Länder auf allen Kontinenten überwiesen oder zugesagt. Regionaler Schwerpunkt der deutschen Hilfe war Asien (35,9 Milliarden Mark) mit Indien an der Spitze, das 8,9 Milliarden erhielt. Es folgte Afrika mit rund 30 Milliarden Mark. QUELLE: GLOBUS

Geringes Plus im Handel

Wiesbaden (dpa/VWD) – Der deutsche Einzelhandel hat in den ersten neun Monaten dieses Jahres 2,0 Prozent mehr umgesetzt als im gleichen Vorjahreszeitraum. Unter Abzug der Preissteigerungen ist nach Auskunft des Statistischen Bundesamtes, Wiesbaden ein Plus von 0,2 Prozent übriggeblieben. Im September hat der Handel 0,4 Prozent mehr in die Kassen bekommen als im September 1984. Real setzte er 1,4 Prozent weniger um.

Variable Verzinsung

Amsterdam (VWD) – Nach der Bundesrepublik Deutschland wollen auch die Niederlande ihren Kapitalmarkt liberalisieren. Ein Regierungsbeamter bestätigte am Wochenende, daß ein Bericht der Wirtschaftszeitung „Het Financieele Dagblad" über solche Pläne „im Kern" richtig ist. Das Blatt hatte am Samstag gemeldet, mit Wirkung vom 1. Januar nächsten Jahres an sei eine „vollständige" Liberalisierung des Kapitalmarktes geplant. Nach Angaben der Zeitung soll es künftig unter anderem erlaubt sein, Anleihen mit variabler Verzinsung (Floating Rate Notes) und Null-Kupon-Anleihen (Zero-bonds) in den Niederlanden zu emittieren und zu handeln.

Alternative Bank

Berlin (dpa/VWD) – Die Alternativen wollen am 22. November in Berlin anläßlich einer Fachtagung über alternative Finanzierungsprojekte die erste eigene Bank gründen. Bereits seit zwei Jahren liefen Gespräche und Verhandlungen zwischen den „STATTwerken" – einem Beratungsprojekt für selbstverwaltete Betriebe – sowie Banken, Behörden und Senat. Die erste alternative „Bürgschaftsbank" *soll nun mit einer* Eigenkapitalausstattung von zunächst einer Million Mark nach teilweise „zähen Verhandlungen" ihren Dienst aufnehmen.

Kein Handlungsbedarf

Pforzheim (dpa/VWD) – Mit der wachsenden Integration der Weltwirtschaft gewinnt die internationale Politik auch zunehmend Einfluß auf unternehmerische Entscheidungen, erklärte F. Wilhelm Christians, Vorstandssprecher der Deutsche Bank AG, Frankfurt, in einem Vortrag in Pforzheim. Obwohl angesichts des mittlerweile „selbsttragenden" Konjunkturaufschwungs kein aktueller Handlungsbedarf bestehe, sei laut Christians zur Verstetigung des Wachstums eine finanzpolitische Aktion „per Termin" denkbar, das heißt ein Vorziehen der zweiten Stufe der Steuerreform von Anfang 1988 auf Anfang 1987.

UPI vor dem Verkauf?

Washington (dpa/UPI) – Die in finanzielle Bedrängnis geratene amerikanische Nachrichtenagentur United Press International (UPI) scheint vor letzten Sondierungsverhandlungen bei dem geplanten Verkauf des Unternehmens zu stehen. Das Unternehmen hatte Ende April 1985 die Eröffnung eines Vergleichsverfahrens beantragt. *Nach Angaben* des UPI-Vorsitzenden und Sprechers des Direktoriums, Luis Nogales, wird er den Gläubigern heute einen Verkaufsplan vorlegen. Unter den möglichen Käufern sind der größte Zei*tungsverleger Mexikos, Mario* Vazquez-Rana, Joe Russo, Grundstücksmakler aus Houston, und eine Gruppe von sieben Investoren unter Führung der Kabelfernsehgesellschaft News Network Inc.

Diesel stark gefragt

Hamburg (dpa/VWD) – In der Bundesrepublik ist zur Zeit jeder fünfte neu zugelassene Pkw mit einem Dieselmotor ausgerüstet. Im Zeitraum *Januar bis August* dieses Jahres wurden insgesamt 1,576 Millionen Pkw erstmals zugelassen, davon mehr als 318 000 Diesel. 1982 war der bisherige Höchststand mit 15 Prozent Anteil erreicht worden, da damals der Preis für Diesel im Vergleich zum Benzin vorübergehend einen besonderen Kaufanreiz bot. Inzwischen hat sich das Preisverhältnis wieder eingependelt. 1984 erreichte der Dieselanteil an den Pkw-Neuzulassungen 13 Prozent.

Londoner Kassapreise

	8.11.	1.11.
Kupfer(£/t)	960,00	950,00
Blei(£/t)	275,25	282,50
Zink(£/t)	413,00	407,00
Zinn(£/t)	–	–
Gold($/Unze)	322,25	324,75
Silber(p/Unze)	426,25	421,40
Kakao[1](£/t)	1667,50	1701,50
Kaffee[2](£/t)	1851,00	1993,00
Zucker(£/t)	138,00	143,00
Kautschuk(p/kg)	56,50	56,00
Wolle(p/kg)	396,00	408,00
Baumwolle[3](cts/lb)	48,00	48,15

[1])Abladung Dezember; [2])Abladung Januar;
[3])A-Index-Preis Liverpool

LOHNSTEIGERUNGEN

Geiger warnt vor zu hohen und undifferenzierten Abschlüssen

rtr. Köln

Die Lohnerhöhungen in der neuen Tarifrunde dürfen nach Ansicht des Präsidenten des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes Helmut Geiger nicht wesentlich über der für dieses und das nächste Jahr zu erwartenden Inflationsrate von zwei Prozent liegen. Höhere Lohnsteigerungen würden Wirtschaftsaufschwung und Arbeitsplätze wieder gefährden, sagte Geiger in einem Interview.

Die Wirtschaft könne nur das verteilen, was sie an Mehrleistungem erbringe, sagte Geiger weiter. Dieser Produktivitätszuwachs liege bei etwa zweieinhalb Prozent. Der Spielraum für Lohnsteigerungen sei allerdings von Branche zu Branche unterschiedlich. Er reiche bei den exportorientierten Industriebereichen wie Automobil- und Maschinenbau, Chemie und Elektronik über diesen Rahmen hinaus. Dagegen könnten Textil, Stahl, Bergbau und die Bauwirtschaft „allenfalls ganz geringe Lohnsteigerungen verkraften", sagte Geiger.

Der öffentliche Dienst sollte nach Geigers Ansicht bei den Einkommensverbesserungen „im Mittelfeld liegen". Dies gelte auch für Renten und Pensionen. Geiger räumte ein, daß dann bei einer Inflationsrate von zwei Prozent nur eine reale Lohnsteigerung um knapp ein Prozent möglich sein werde. Dies sei aber „immer noch besser als ein Anheizen der Inflation durch zu hohe Lohnabschlüsse".

Er wandte sich gegen weitere Arbeitszeitverkürzungen *im nächsten* Jahr. Die Produktivitätssteigerung müsse vielmehr in vollem Umfang als Lohnerhöhung ausgeschüttet werden, um die Kaufkraft der Arbeitnehmer zu sichern und zu vergrößern.

AUTOMOBILINDUSTRIE / Breitschwerdt: Die Wachstumskraft ist entscheidend

„Allerweltswagen" nicht gefragt

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Nicht die Masse, sondern die Klasse entscheide über die Zukunft der deutschen Automobilindustrie. Für Werner Breitschwerdt, Vorstandsvorsitzender der Daimler-Benz AG, steht fest, daß der Konzentrationsprozeß in der internationalen Pkw-Industrie nicht in dem Maße fortschreiten werde, wie man dies vielfach prognostiziere. Seine Begründung: Der Kunde will kein „Allerweltsauto".

Die geforderte große Variantenvielfalt, kleine und mittlere Pkw-Serien, können aufgrund der heute verfügbaren flexiblen Produktionseinrichtungen genauso hochmechanisiert und damit wirtschaftlich hergestellt werden wie große Serien. Deshalb wird für den einzelnen Hersteller die Überlebensfrage nicht eine Frage der Größe, sondern der Innovationskraft sein. Und hier billigt er der deutschen Autoindustrie gute Chancen zu.

Unter diesem Aspekt interessieren Breitschwerdts Argumente, wie er sie vor der American Chamber of Commerce in Germany in Stuttgart zum verstärkten Einstieg des Unternehmens in zusätzliche Bereiche der Hochtechnologie (Engagements bei MTU, Dornier und AEG) formulierte: Das Konzept von Daimler-Benz ziele *darauf ab, das Automobilgeschäft* um weitere Felder der Hochtechnologie mit überdurchschnittlichen Wachstumschancen zu ergänzen. Schwerpunkte dieser Verbreiterung seien Luft- und Raumfahrt, angewandte Elektronik sowie Kommunikations- und Informationstechnik. Hier sieht der Daimler-Benz-Chef vor allem „technologisch interessante Berührungspunkte zum Automobilbau".

Zwar sei das Auto in seinem technischen Grundkonzept ausgereift, doch enthalte es mit Blick auf den Einsatz neuer Technologien ein nach wie vor hohes Innovationspotential. Breitschwerdt: „Das Auto gehört nach meiner festen Überzeugung zu den größten Wachstumsbereichen für moderne *Elektronik.*" Als *Beispiele* nennt er den Airbag und das Antiblockiersystem. Weitere Perspektiven seien die automatische Zielführung des Fahrers, Diagnosesysteme oder die EDV-Steuerung von Güter*transporten. Alles in allem handele es* sich um eine langfristig orientierte Strukturanpassung.

Dem Auto attestiert Breitschwerdt „zweifellos eine positive Zukunft". Es gebe keine annähernd gleichwertige Alternative. Die größte Gefahr für die deutschen Autobauer sieht er indessen darin, „daß sich jene Kräfte durchsetzen, die der Restriktion in der Benutzung des Autos Vorrang vor weiterem technischen Fortschritt einräumen wollen". Die Notwendigkeit für ein generelles Tempolimit bestehe weder aus Gründen der Sicherheit oder der Energieeinsparung noch aus Gründen der Umweltschonung.

ÖSTERREICH / Geld für Credit Anstalt-Konzern

Parlament beschließt Hilfen

frei. Wien

Letztlich doch noch einstimmig beschlossen wurde *im Parlament* in Wien die Finanzhilfe aus öffentlichen Geldern in Höhe von mehr als sieben Mrd. Schilling (eine Mrd. DM) für drei Unternehmungen des Industriekonzerns der Credit Anstalt (CA). Vorangegangen war eine monatelange Diskussion in der Öffentlichkeit um diese Gelder. Die oppositionelle Volkspartei (ÖVP) hatte zunächst ihre Zustimmung verweigert und gefordert, die CA müsse eine höhere Eigenleistung für ihre Unternehmen erbringen.

Von den nun beschlossenen Geldern gehen 2,8 Mrd. Schilling an den Fahrzeugkonzern Steyr-Daimler-Puch, 3,8 Mrd. Schilling an die Maschinenfabrik *Andritz und* 550 Mill. Schilling an die Maschinenfabrik Heid.

Nach Darstellung von CA-Generaldirektor Hannes Androsch würden damit direkt und indirekt (für Zulieferbetriebe) rund 60 000 Arbeitsplätze gestützt. Die CA habe während der letzten zehn Jahre bereits rund 10 Mrd. Schilling zur Erhaltung einzelner Betriebsstätten in dem Konzern aufgewendet und werde weitere drei Mrd. aus eigenen Mitteln zuschießen. konterte Androsch die Forderungen nach Eigenleistung der CA. Und im Hinblick auf die Reprivatisierungswünsche der ÖVP betonte Androsch, daß jetzt im Zuge der Hausse an der Wiener Börse nicht nur namhafte Aktienpakete der Papierfabrik Leykam und der Chemiefaserfabrik Lenzing verkauft wurden, sondern auch 22 Prozent der Heid AG. Im übrigen werde der CA-Konzern in diesem Jahr einen Überschuß von rund einer Milliarde Schilling erwirtschaften.

Die Credit Anstalt selber wird in diesem Jahr im Bankgeschäft ein gegenüber dem Vorjahr um etwa ein Drittel verbessertes Ergebnis erwirtschaften. Diese Ertragssteigerung resultiert aus einem verbesserten Zinssaldo im Fremdwährungsgeschäft und aus Erträgen im Aktienhandel und auch aus dem übrigen Wertpapiergeschäft.

Die CA wird demnächst zum zweiten Male 1985 ihr Eigenkapital durch Ausgabe junger Aktien im Nominalwert von 300 Mill. Schilling zu einem Kurs von 200 aufstocken. Dies ist Teil einer bis 1988 geplanten und bereits genehmigten schrittweisen Erhöhung des Grundkapitals von derzeit 2,4 auf dann 3,6 Mrd. Schilling. Die CA-Mehrheit hält der Staat.

SPANIEN / Elektronik-Industrie will bei mehreren Eureka-Projekten mitarbeiten

Staat am Kreditrisiko beteiligt

ROLF GÖRTZ, Madrid

Die rein spanischen Unternehmen die auf dem Gebiet der Technologie, der Informatik, Computerproduktion usw. arbeiten, erhöhten ihr Kapital in den letzten fünf Jahren von umgerechnet 25 Mill. DM auf 142 Mill. DM. 200 Unternehmen verfügen nach Ansicht des Industrieministeriums über die Voraussetzungen, um an Projekten beteiligt zu werden wie sie in Hannover auf dem Eureka-Kongreß vorgestellt wurden. Die Hälfte davon sind kleinere Betriebe mit Belegschaften zwischen 25 und 50 Arbeitskräften. Zwölf Betriebe, davon mehrere staatliche, beschäftigen über tausend Arbeitskräfte. Darüber hinaus existieren in Spanien eine Reihe Tochtergesellschaften der großen Weltunternehmen.

Wie der Generaldirektor für Innovation und Technologie im Ministerium für Industrie und Energie der WELT mitteilte, wird sich Spanien an den zehn Eureka-Projekten, die jetzt in Hannover gebilligt wurden, auf drei Gebieten beteiligen. Erstens bei der Entwicklung von hochleistungsfähigen Lasersystemen, zweitens beim europäischen Forschungsnetz und drittens einem Diagnostiksystem mit Hilfe von monoklonalen Antikörpern. Bei dem Medizinprojekt wird die katalanische Biokit S. A. 71 Prozent des mit 1,5 Mill. Pfund veranschlagten Projektes übernehmen. Der Minderheitspartner ist die britische P. A. Technology.

Außerdem beteiligt sich Spanien an den bereits laufenden Eureka-Projekten, unter anderem an der Ausarbeitung eines neuen elektronischen Steuerungssystems. Hier übernehmen Inisel (Spanien), Eurosoft (Frankreich) und CSEA (Italien) gleiche Anteile. Das Projekt „Famos" gilt der Entwicklung einer vollautomatischen flexiblen Robotfabrik, bei der die spanische Ikerlan mit der deutschen KFK zusammenarbeitet. Das Projekt beläuft sich über 1 Mrd. DM. Den führenden Anteil von 70 Prozent übernimmt die baskische ETXE-TAR bei der Entwicklung computergesteuerter Werkzeugmaschinen. Den Minderheitsanteil dabei trägt die deutsche Indramat GmbH. Zusammen mit großen Unternehmen der Bundesrepublik und Frankreichs beteiligt sich die spanische Sofemasa an einer europäischen Software-Fabrik. Weitere Projekte, an denen spanische Unternehmen maßgeblich beteiligt sind betreffen Medizin, Seefischzucht und Bio-Engeneering.

Der spanische Staat unterstützt Forschung und Ausführung von Vorhaben auf diesen Gebieten im Rahmen eines „Zentrums für die Entwicklung der industriellen Technologie" (CDTI), das nach europäischem Vorbild wie ein Privatunternehmen geführt wird. Bei den projektgebundenen Vorzugskrediten übernimmt der Staat gegebenenfalls die Hälfte des Risikos. Möglich sind auch Minderheitsbeteiligungen. CDTI, an der die Ministerien für Industrie, Verteidigung, Landwirtschaft und Gesundheit beteiligt sind, will sich aber nicht als eine neue staatliche Holding betätigen. Die spanische Werftindustrie will entsprechend der Bedeutung der spanischen Fischerei die führende Position bei der Entwicklung des „Trawler 90" mit elektronischen Fischlupen so wie ferngesteuerten Fang- und Verarbeitungsautomaten übernehmen.

ITALIEN / Investment-Fonds stützen den Markt

Zahl der Sparer verzehnfacht

ds, Mailand

Die glänzende Performance der Mailänder Börse, an der in den ersten *zehn Monaten dieses Jahres* die Kurse um durchschnittlich 70 Prozent, der Wertumsatz um 156 Prozent auf 18 306 Mrd. Lire (umgerechnet rund 27 Mill. DM) und die Zahl der gehandelten Titel um 34 Prozent auf 7,15 Mrd. zugenommen haben ist vor allem der Aktivität der italienischen Investment-Fonds zu verdanken, die im Laufe des vergangenen Jahres vom Gesetzgeber zugelassen wurden.

Die 39 derzeit bestehenden italienischen Investment-Fonds, von denen der erste vor 16 Monaten und der bisher letzte vor einem Monat seine Tätigkeit aufnahm, hatten Ende Oktober ein Fondvermögen von 15 607 Mrd. Lire. Davon entfallen 4253 Mrd. Lire auf die reinen Aktienfonds deren Vermögen Ende 1984 erst 239 Mrd. Lire betrug. Ihr Anteil an dem Gesamtvermögen der Fonds hat sich in zehn Monaten von 20,5 auf 27,2 Prozent erhöht mit weiter steigender Tendenz. Ebenfalls verzehnfacht hat sich die Zahl der Fondsparer: nämlich auf 576 000 Ende Oktober, so daß Experten jetzt damit rechnen die 0,6 Millionen-Grenze spätestens bis zum Jahresende erreichen zu können.

Die größte italienische Fond-Betriebsgesellschaft ist die zu dem staatlichen Finanzierungsinstitut IMI gehörende Imigest mit zwei Investment-Fonds, Imicapital und Imirend, die ein Fondvermögen von zusammen 3364 Mrd. Lire haben. Der erfolgreichste Fond in den ersten sechs Monaten dieses Jahres war Fondersel mit einer Zunahme von 31,4 Prozent, während Imicapital mit 26,8 Prozent im Mittelfeld lag.

Während auf der Seite der Nachfrage noch kein Nachlassen des Wachstums zu erkennen ist, haben die Fonds zunehmend Probleme mit dem Angebot. Als einzige in Westeuropa unterliegen die italienischen Fonds einer Beschränkung ihrer Auslandsinvestitionen. Eine weitere Beschränkung betrifft die Auflage, daß der Kauf von Aktien und Wandelobligationen ausländischer Banken und Versicherungen vorher von dem italienischen Devisenamt genehmigt werden muß.

Ein weiteres Handikap für die italienischen Fonds besteht in der Marktenge der Börse. An der Mailänder Wertpapierbörse, auf die rund 90 Prozent aller an den zehn italienischen Börsenplätzen getätigten Umsätze entfallen, sind bisher erst 146 Gesellschaften mit zusammen 213 Titeln notiert.

WELTHANDEL / Haferkamp für Stärkung des Gatt

Protektionismus erschweren

mk. Bonn

Das Hauptziel einer neuen Liberalisierungsrunde für den Welthandel sollte die Stärkung des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt) als Institution sein. Nach Ansicht Wilhelm Haferkamps, der als langjähriger Vizepräsident der EG-Kommission für die Außenbeziehungen zuständig war und die letzte Welthandelsrunde mit zum Abschluß gebracht hatte – er leitet jetzt das Hamburger Büro in Brüssel – kommt es dabei vor allem auf die Änderung der Schutzklausel und der Kompensationen an.

Haferkamps Vorschlag: Welches Land Schutzmaßnahmen einführt oder im Gatt Verhandlungen darüber verlangt, muß sofort ein adäquates Angebot über handelspolitische Erleichterungen bei anderen Erzeugnissen auf den Tisch legen. Würde dies auch innerhalb eines Landes für jeden Wirtschaftszweig gelten, dann würden protektionistische Forderungen seltener erhoben werden. Dann müßte eine Branche, die für ihre Erzeugnisse auf höhere Zölle drängt, sich mit anderen darüber einigen, daß für deren Produkte Importschranken abgebaut werden.

Um die protektionistische Hemmschwelle weiter zu erhöhen, sollte das Gatt auch Sanktionen verhängen können. Wird heute in Verhandlungen ein Verstoß gegen den Gatt-Vertrag festgestellt, dann beginnen erst die Gespräche über Ausgleichsmaßnahmen. Würden sofort Gegenmaßnahmen verhängt, würden die Gatt-Regeln stärker beachtet.

Für notwendig hält es Haferkamp, daß die Regeln des Gatt auch auf Gebiete ausgedehnt werden, die bisher von dem Vertrag gar nicht oder nur teilweise erfaßt werden. Dies gelte nicht nur für den Dienstleistungsbereich und die Hochtechnologie, sondern auch für die Landwirtschaft.

INVESTITIONSGÜTER / Binnennachfrage belebt

Französische Exporte sinken

J.Sch. Paris

Nach fünf Rezessionsjahren schöpft die französische Ausrüstungsgüterindustrie wieder Mut. In den Bereichen Baumaschinen, Fördertechnik, Materialbearbeitung und thermische Anlagen sowie Anlagen für die Stahlindustrie und die Gießereien, war der Umsatz nach Angaben des Branchenverbands MTPS im ersten Halbjahr 1985 um 2,8 Prozent auf 6,1 Mrd. Franc (2 Mrd. DM) gestiegen, wobei der Inlandsabsatz gegenüber der Vorjahreszeit um 32,4 Prozent auf 2,4 Mrd. Franc zunahm.

Verbandspräsident Bataille sieht bei der Binnennachfrage einen Tendenzumschwung aufgrund der wiederbelebten Investitionstätigkeit. Aber vom Beginn einer neuen Expansion könne noch nicht gesprochen werden. Auch enthalte die derzeitige französische Wirtschaftspolitik keine die Branche ermutigenden Elemente. Vor allem macht sich Bataille um den Export der Branche Sorgen. Er war im ersten Halbjahr um 10,3 Prozent auf 3,7 Milliarden Franc zurückgegangen, dabei um 12,5 Prozent auf 0,53 Mrd. Franc in die Bundesrepublik, die damit vom ersten auf den dritten Platz (nach den USA und Großbritannien) rutschte. Der wichtigste Grund für den Einbruch war laut Bataille die zunehmende Unterbewertung der D-Mark gegenüber dem Franc, die inzwischen sechs bis acht Prozent erreicht habe.

Dazu kam die Stärke der deutschen Konkurrenz, die sich auf dem französischen Markt in einem Importanstieg um 12,9 Prozent auf 1,04 Mrd. Franc im ersten Halbjahr 85 niederschlug, während die Importe insgesamt um 15,8 Prozent auf 1,6 Mrd. Franc zurückgingen. Die USA rückten als Lieferanten mit 390 Mill. Franc (plus 3,9 Prozent) vom dritten auf den zweiten Platz – allerdings hat Frankreich seinen Export in die USA um 57,6 Prozent auf 632 Mill. Franc gesteigert.

Als besonderes Handikap gegenüber allen Auslandskunden, insbesondere aber gegenüber den deutschen, sieht die französische Industrie, daß sie relativ kleine Werke betreibt.

NAMEN

Frau Dr. **Monika Scheller**, seit neun Jahren im Executive Search Business tätig, ist als Partnerin in die Beratungssozietät Dieter E. Neumaier, Wiesbaden, eingetreten.

Frank Bär (54), Vorsitzender der Geschäftsführung der Rheinmetall GmbH und in Personalunion Vorstandsmitglied der Rheinmetall Berlin AG, verläßt zum 15. Dezember 1985 in beiderseitigem Einvernehmen die Rheinmetall-Gruppe. **Raimund Germershausen** (50), stellvertretender Vorsitzender der Geschäftsführung der Rheinmetall GmbH, ist als sein Nachfolger vorgesehen. Nachfolger von **Klaus Bax** (51), der am 1. Oktober 1985 aus der Geschäftsführung der Rheinmetall GmbH in den Vorstand der Thyssen Industrie AG übergewechselt ist, wird Dr. **Ernst-Otto Krämer** (46), bisher Vorstandsmitglied der Jagenberg AG, der zum 1. Januar 1986 in die Geschäftsführung der Rheinmetall GmbH eintreten wird.

Frau Dr. **Gabriele Willner** ist als Executive-Search-Berater in die Partnerschaft der TASA/Consulting Partner GmbH, Frankfurt, eingetreten.

RENTENMARKT / Impulse aus den USA

Zinsen weiter gesunken

Der Zinsrückgang, der schon im Laufe der Vorwoche begonnen hatte, hat sich bei lebhaftem Geschäft weiter fortgesetzt. Die Erholung war bei Pfandbriefen und Kommunalobligationen ausgeprägter als bei den Bundestiteln. Impulse gingen nicht nur von der Einschätzung aus, daß die mehrwöchige Zinserhöhungsphase nun endgültig überwunden ist, sondern auch von der Erwartung, daß die bereits eingesetzte Zinssenkung in den USA, mit der die Dollarinterventionen geldpolitisch flankiert werden soll, weiter anhält. Die für Anfang dieser Woche erwartete Hessenanleihe dürfte den Markt nicht belasten, sofern die Konditionen nicht so falsch festgesetzt werden wie bei den letzten Länderanleihen. (cd.)

Emissionen	7.11. 85	1.11. 85	28.12. 84	30.12. 83	30.12. 82
Anleihen von Bund, Bahn und Post	6,19	6,19	6,58	7,88	7,45
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	6,38	6,50	6,72	7,72	7,04
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	6,27	6,41	6,56	7,83	7,61
Schuldverschreibungen der Industrie	6,25	6,35	6,94	8,29	8,24
Schuldverschreibungen öffentl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	6,23	6,42	6,65	7,90	7,65
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	5,86	6,04	6,34	7,64	7,43
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,93	7,09	7,14	8,30	7,94
Inländische Emittenten insgesamt	6,23	6,40	6,64	7,89	7,63
DM-Auslandsanleihen	6,94	7,02	7,20	8,08	8,45

KREDITPOLITIK / Weg für Eurogeldmarkt auf deutschem Boden wird vorbereitet

Disput über die Mindestreserve

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Mit einer Reform der Mindestreserven, die deutsche Banken auf ausländische Einlagen zinslos bei der Bundesbank unterhalten müssen, sollte der Weg für das Entstehen eines Eurogeldmarktes auf deutschem Boden bereitet werden. Als ersten „ungefährlichen" Schritt, dem später weitere folgen könnten, empfahl der Vorstandssprecher der Dresdner Bank, Wolfgang Röller, auf der „Kreditpolitischen Tagung" der Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, die Aufrechenbarkeit aller Forderungen an Gebietsfremde in allen Währungen einschließlich der Mark mit Verbindlichkeiten gegenüber Gebietsfremden.

Darüber hinaus dürfe nur noch der danach verbleibende Passivüberhang von der Mindestreserve erfaßt werden. Nach Röllers Einschätzung bestünde kaum die Gefahr, daß mit einer solchen Kompensierbarkeit neue Umgehungsmöglichkeiten eröffnet würden oder daß gar das Instrument der Mindestreserve an Griffigkeit verliere.

Als Alternative zur jetzigen Mindestreserveregelung regte der Bankier die Einführung von zwei Reservearten an: Eine unverzinsliche Mindestreserve wie bisher und eine in festverzinslichen Wertpapieranlagen. Eine solche Neuregelung, die mit Blick *auf etwaige turbulente Zeiten* reversibel gestaltet werden könnte, erhielte die Flexibilität der Geldpolitik und würde den Banken Zinserträge bringen, für deren Weitergabe an die Kundschaft der intensive Wettbewerb in der Kreditwirtschaft schon sorgen würde.

Die von Röller geforderte Kompensation von Auslandsguthaben und Auslandsverbindlichkeiten, die von den im internationalen Geldgeschäft aktiven deutschen Banken voll unterstützt wird, ist ein Thema, das seit längerem auch in der Bundesbank diskutiert wird, und zwar im Zuge der Bemühungen, die Bundesrepublik als internationalen Finanzplatz und die D-Mark als international genutzte Währung zu stärken. Prof. Claus Köhler vom Direktorium ließ auf der gleichen Veranstaltung deutlich durchblicken, daß er nichts von den Kompensationsforderungen der Banken hält. Da es aber im Zentralbankrat auch Befürworter gibt und das Thema nicht endgültig ausdiskutiert ist, sind Köhlers Äußerungen nicht als definitive Absage der Bundesbank zu werten.

Köhler befürchtet, die Chance, bei der Kompensation die zinslose Mindestreserve zu sparen, könnte die Banken zu Geschäften verleiten, die letztlich die Liquidität und den Kreditschöpfungsspielraum erhöhen, womit bei unerwünschter monetärer Expansion eine Verlängerung des geldpolitischen Bremsweges verbunden sei. Überdies, meint Köhler, müßten in einem solchen Fall die Zinsen stärker als früher bei ähnlichen Situationen erhöht werden, damit die private Kreditnachfrage zurückgedrängt werden kann.

Die Mindestreserve könnte so gespart werden: Deutsche Banken nehmen Geld im Ausland auf und legen es bei ihren Auslandstöchtern, zum Beispiel in Luxemburg, an, die daraus ihrerseits Kredite an Inlandskunden der deutschen Mütter geben. Durch die Schaffung *kompensationsfähiger* Auslandsforderungen bleibt das im Ausland aufgenommene Geld mindestreservefrei.

Wochenschlußkurse

New York

	8.11.	1.11.
Adv. Micro Dev.	24,5	24,125
Aetna Life	51,125	49
Alcan Aluminium	25,125	24,5
Alcoa	33,5	32,5
Allied Chemical	43,875	44,125
AMR Corp.	41,75	39,875
Amax	12,25	11,125
Am. Cyanamid	54,5	54,25
Am. Express	45,625	45,5
Am. Motors	2,75	2,75
Am. Tel. & Telegr.	21	21,25
Amoco Corp.	65,25	67
Asarco	15,75	16,75
Atlantic Richfield	62,875	65,25
Avon Products	27,875	26,625
Bally	15,5	15,625
Bk. of America	14,5	14,75
Bethlehem Steel	14	12,75
Black & Decker	20,375	19,875
Boeing	47	45,75
Brunswick	39	39,25
Burroughs	57,25	56,625
Caterpillar	37,625	36
Celanese	131	130
Chase Manhattan	58,5	59,75
Chrysler	41,5	40,5
Citicorp	45,875	44
City Investing	–	–
Clorox	45	45,25
Coca-Cola	75,25	72,875
Colgate	31	30,125
Commodore	9,625	9,875
Comwlth. Edison	28,625	28
Comm. Satellite	31,375	31
Control Data	18	16,75
CPC Int.	49,25	48,125
Curtiss Wright	35,5	35,5
Deere	25,5	24,5
Delta Airlines	40,125	38,25
Digital Equipm.	114,75	113,25
Dow Chemical	38	37
Du Pont	61,5	65
Eastern Gas-Fuel	24	24
Eastman Kodak	44,875	43,375
Exxon	52,875	53,625
Firestone	18,75	18,75
Fluor	14,125	14,375
Ford	47,375	47,25
Foster Wheeler	11,25	11,25
Fruehauf	21,5	22,5
GAF Corp.	42,25	40
General Dynamics	67	65,125
General Electric	61,25	59,875
General Foods	–	117,875
General Motors	67,125	67,5
Gen. T. & E.	41,25	40,375
Goodrich	32	31,125
Goodyear	27,125	26,625
Grace	39,25	37,875
Halliburton	25,75	25,125
Heinz	38,5	38,625
Hewlett Packard	32	38
Homestake	22,375	25,125
Honeywell	64,375	62,875
IBM	132,5	130,875
Int. Tel. & Tel.	33,625	33
Int. Harvester	7,875	7,625
Int. Paper	46	45,5
Int. North. Inc.	47,25	41
Jim Walter	37,375	36,875
Litton Industries	83,25	83,75
Lockheed Corp.	48,375	46,375
Loew's Corp.	48,875	47,5
Lone Star	29,5	27,875
Louisiana Land	35,5	35,125
LTV Corp.	5,875	5,875
Mc Dermott	20,125	19
Mc Donnel Doug.	68,75	65,25
Merck & Co.	119,25	117,625
Merrill Lynch	31,125	30,375
Mesa Petroleum	14,625	14,875
MGM (Film)	26	25,75
Minnesota M.	79,25	79
Mobil Oil	30,25	31,5
Monsanto	44,5	44,75
Morgan J.P.	53,625	52,875
Nat. Semiconductor	11,375	11
National Steel	–	–
NCR	35,25	35,375
Newmont	44,75	48,125
PanAm World	8,5	8,125
Pfizer	48,75	47,25
Phibro	39,5	38,5
Philip Morris	75,875	73,375
Phillips Petroleum	13,375	12,25
Pittston	12,375	13,5
Polaroid	38,375	37,5
Prime Computer	19	18,5
Procter & Gamble	66,875	64,125
RCA	47,25	47
Revlon	57,5	58
Reynolds Ind.	25,375	25,5
Rockwell Int.	34,625	34,625
Rorer Group	39,25	41,25
Schlumberger	34,75	34
Sears, Roebuck	35,875	34,625
Singer	38,75	38,5
Sperry Corp.	44,875	47,25
Stand. Oil Calif.	37,5	38,75
Storage Techn.	1,75	1,75
Tandy	37,25	37,75
Teledyne	287,875	284,125
Telex Corp.	51,375	45,75
Tesoro	10,5	10,875
Texaco	38,625	38,625
Texas Instrum.	95,625	90
Tosco	4,625	4,125
Trans World Corp.	39,75	48
Transamerica	32,75	31,875
Travelers	46,375	44,875
UAL	51	48,375
Ucal Corp.	13,5	15,125
Union Carbide	59,875	40
Union Oil of Calif.	28,75	29,125
US Gypsum	39,625	39,75
US Steel	26,25	27,5
United Technologies	40,625	40
Walt Disney	95	92
Warner Comm.	35,25	34,625
Westinghouse El.	43	43,625
Weyerhaeuser	28,375	27
Whittaker	19,875	19,125
Woolworth	52,25	52,125
Xerox	54,375	51,75
Zenith Radio	17,625	16,375
Dow Jones Index	1404,56	1390,25
Stand. & Poors	193,72	191,55

Toronto

	8.11.	1.11.
Abitibi-Price	17,5	17,5
Alcan Alu.	34,75	33,375
Bk. of Montreal	32,875	31,375
Bk. of Nova Scotia	13,875	13,875
Bell Cda Enterprises	42,25	42,375
[illegible] Oil	5,46	3,5
Bow Valley Ind.	15,375	14,875
Brenda Mines	8,25	8
Brunswick M & Sm.	12,75	12,375
Cdn. Imperial Bk.	40	39,25
Cdn. Pacif. Enterpr.	28,375	27,5
Cdn. Pacific Ltd.	17,375	16,625
Cominco	–	–
[illegible] Res.	2,48	2,45
Denison Mines	12,5	15,75
Dome Petroleum	2,71	2,55
[illegible]	18,5	18,875
Falconbridge Ltd.	17,25	16,625
Great Lakes Forest	17,875	18,25
Gulf Canada	20,575	20,125
Gulfstream Res.	1,2	1,35
Hiram Walker Res.	36,125	37,875
Hudson Bay Mng. Sm.	4,625	4,125
Husky Oil	9,375	9,875
Imperial Oil -A-	52,875	50,875
Inco	14,125	14,875
Inter City Gas Ltd.	16,875	15,875
Interprov. Pipeline	44,625	44,375
Kerr Addison	15,75	14,75
Lac Minerals	32,625	33,25
Massey Ferguson	3,1	3,15
Moore Corp.	27	26,625
Noranda Mines	14	13,75
Norcen Energy Res.	15,5	14,75
Northgate Expl.	4,25	4
Northern Telecom.	44,25	44,625
Nova An Alberta "A"	6,25	6,125
Nu West Group	0,38	0,37
Oakwood Petrol	8,375	8,875
Placer Development	22	22,125
Provigo Inc.	13	25,125
Ranger Oil	5,875	6
Revenue Properties	2	2,15
Rio Algom	22,5	21,5
Royal Bk. of Can.	32,325	32,5
Seagram	58,875	61
Shell Canada	24	25,25
Sherritt Gordon	7,25	7,25
Stelco -A-	21	20,5
TransCdn. Pipelines	22,5	22,375
Westcoast Transm.	16,875	17
Index TSE 300	2748,39	2705,40

Tokio

	8.11.	2.11.
Alps	1480	1500
Bank of Tokyo	751	755
Banyu Pharma	707	707
Bridgestone Tire	542	535
Canon	1140	1140
Daikin Kogyo	643	631
Daiwa House	918	925
Daiwa Sec.	804	802
Eisai	1270	1250
Fuji Bank	1470	1510
Fuji Photo	1990	2010
Fuji Radio	2810	–
Hitachi	690	710
Honda	1140	1120
Ikegai Iron	256	247
Isetan	735	760
Ito Yokado	3150	–
Japan Air	4000	4465
Japan Mer.	346	–
Japan Syn. Rubber	359	357
Kajima	489	516
Kansai Elec.P.	1890	1890
Kao Soap	958	952
Kawasaki H	149	–
Kawasaki S	158	142
Kirin Brewery	772	760
Komatsu	528	549
Kubota Iron	353	357
Kyocera	3939	4140
Makita El.	964	940
Marui	1530	1550
Matsushita El. Ind.	1190	1180
Matsushita El. Wks.	912	904
Mitsubishi CP	594	585
Mitsubishi El.	338	341
Mitsubishi Estate	1180	1190
Mitsubishi Heavy I.	374	386
Mitsui Co. Ltd	417	425
Mitsukoshi	615	635
Mitsumi El	700	750
Nichicon	746	–
Nihon Cement	508	517
Nikko Sec.	763	766
Nippon El.	1120	–
Nippon Kokan	135	135
Nippon Oil	776	786
Nippon St.	158	162
Nippon Yusen	378	342
Nissan Motor	590	580
Nomura Sec.	1870	1090
Olympus	991	1050
Penta-Ocean	350	–
Pioneer	1400	1450
Renown	747	765
Ricoh	1080	1120
Sankyo	1140	1090
Seiyu Stores	750	–
Sekisui Pref.	859	–
Sharp	836	841
Shiseido	1250	1300
Sony	3790	3880
Sumitomo Bank	1680	1710
Taisei Corp.	333	349
[illegible] Marine	565	–
Takeda Chem.	900	877
Teijin	505	510
[illegible]	1160	1150
Tokyo Gas	298	317
Tokio Marine	952	925
Tokyo El. Power	2580	2670
Toray Ind.	522	518
Toshiba Elec.	355	361
Toto	890	–
Toyo Kogyo	405	–
Toyota Motor	1130	1130
Yamaichi	721	748
Yamanouchi	3300	3270
Yamaha	647	663
Yamazaki	910	–
Index	13012,80	–

ZINN / Rohstoff wurde viel zu teuer

Abkommen nicht zu retten

Von WILHELM FURLER

Krisen haben eine gute Seite: Aus ihnen darf gelernt werden. Ganz gleich, ob die 22 Mitgliedsländer des Internationalen Zinnrats nun bereit sein sollten, ihre Schulden gegenüber Banken und Metallhändlern in Höhe von geschätzten drei Milliarden Mark umgehend zu begleichen – zu retten ist das Zinnabkommen in seiner bisherigen Form gottlob wohl nicht mehr.

Mit Hilfe eines Ausgleichsfonds, dem Bufferstock, hatte eine internationale Organisation aus Regierungen von Produzenten- und Verbraucherländern versucht, den Preis in politisch vereinbarten Bandbreiten zu kontrollieren. Dies ist genau das System, das bereits vor bald 15 Jahren im Währungsbereich aufgegeben worden war, weil es nicht funktionierte. In einer Zeit immer rascherer wirtschaftlicher Schwankungen und Preisfluktuationen mußte das Währungssystem von Bretton Woods unter anderem deshalb zusammenbrechen, weil Regierungen ihre eigenen Währungen unrealistisch einschätzten.

Nicht anders verhält es sich beim Internationalen Zinnrat. Das letzte, sechste Zinnabkommen von Ende 1981 wurde wie schon die vorausgegangenen von den Produzentenländern dominiert, in erster Linie Malaysia, Indonesien und Thailand, die – wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten – einen weit überhöhten Zinnpreis beanspruchten. Die Verbraucherländer, darunter Deutschland, setzten aus entwicklungspolitischer Rücksichtnahme auch diesmal wenig Druck entgegen. Zinn war zu dem mit Abstand teuersten NE-Metall geworden.

USA verließen Kartell

Die Amerikaner als der Welt größte Verarbeiter von Zinn verabschiedeten sich damals aus dem Zinnkartell, wohl wissend, was eines nicht zu fernen Tages folgen würde. Der Bufferstock-Manager der Zinnorganisation mußte, um die Zinnotierung über dem Mindestpreis der vereinbarten Spanne des letzten Abkommens von 8329 bis 10 826 Pfund je Tonne zu halten, in den letzten Monaten immer häufiger durch Stützungskäufe eingreifen. Noch 1966 hatte die Interventionsspanne nur zwischen 1100 und 1400 Pfund gelegen.

Vielen Zinnabnehmern war der Rohstoff mittlerweile viel zu teuer geworden. Sie bemühten sich zunehmend, den Zinnverbrauch zu reduzieren oder das Metall ganz zu ersetzen. Dies gilt insbesondere für die Weißblech- und Konservendosen-Herstellung. Zwangsläufig wurden darüber hinaus Anbieter außerhalb des Kartells wie Brasilien, dessen Zinnförderung sich seit 1963 mehr als verzehnfacht hat, die Sowjetunion und China ermutigt, den Kartellpreis zu unterbieten und sich größere Anteile am Weltmarkt zu sichern.

Banken machten mit

Was blieb dem Zinnrat anderes übrig, als die preisruinösen Zinnmengen aus den Außenseiterländern aufzukaufen. Als die Gläubigerbanken, über die ein Großteil der Aufkäufe finanziert wurde, realisierten, daß die Rückendeckung der Mitgliedsregierungen für den Zinnrat keinerlei Garantie für eine Fortführung der Interventionen mehr sein konnte, war es schon zu spät.

Besonders fatal sieht jetzt die Lage für die Zinn produzierenden Mitgliedsländer des Abkommens aus. Sie werden schwerlich in der Lage sein, über Nacht den erwarteten Einbruch des Zinnpreises auf möglicherweise nur 4000 Pfund zu verkraften, geschweige denn ihre hohen Anteile an den Außenständen des Zinnrats gegenüber Banken und Metallhändlern in Höhe von vielen hundert Millionen Mark zu begleichen.

Eines der ärmsten Länder, Bolivien, das zwar nicht Mitglied im Zinnrat ist, sich ihm aber anlehnt, bestreitet 40 Prozent seines Außenhandels mit Zinn. Bei Malaysia, dem größten Produzenten, macht Zinn immer noch fast zehn Prozent der Exporte aus. In diesen Fällen ist nicht einfach damit geholfen, daß zur Rückzahlung der Schulden gedrängt, anschließend wieder ein Mindestpreis für Zinn festgesetzt und schließlich zur Tagesordnung übergegangen wird.

Das Ziel muß heißen: Schluß mit allen künstlichen Eingriffen in den Marktmechanismus. Den Entwicklungsländern sollten die jüngsten Vorgänge wieder einmal verdeutlichen, daß realistische, marktorientierte Rohstoffpreise auf längere Sicht nicht nur im Interesse der Verbraucher, sondern auch im eigenen Interesse liegen.

MONHEIM-GRUPPE / Ertrag soll 1986 „deutlich" besser werden – Kooperationsgespräch mit Grace

Alle Verkaufsabsichten energisch dementiert

J. GEHLHOFF, Aachen

Gedanken- und Gestaltungsfreiheit für die Zukunft seiner in Europa größten Süßwaren-Produktionsgruppe schließt er zwar nicht aus. Aber für die Gegenwart dementiert er mit harten Worten („eine Art von Rufmord") alle bereits veröffentlichten Gerüchte, der ertragsschwache und an Schulden reiche, in seinen Anfängen nun schon 128 Jahre alte Familienkonzern stünde insgesamt oder in Teilen zum Verkauf an.

Prof. Peter Ludwig, Aufsichtsratsvorsitzender und nebst Ehefrau (geb. Monheim) sowie Stiftung Hauptaktionär der Aachener Holding Leonhard Monheim AG, deutet aus solcher Gestaltungsfreiheit für die Zukunft immerhin schon Nahes wie Fernes an. Mit dem US-Konzern Grace (wo die Flick-Gruppe 28prozentiger Großaktionär ist) führe man seit Monaten Gespräche zwecks Kooperation in der Produktion von Kakaobutter und -pulver (jeder nimmt fünf bis sieben Prozent der Welt-Kakaoernte von 1,6 bis 1,7 Mill. t ab). Nachdenkenswert bleibe auch weiterhin der Schritt zur Aufnahme von Publikumsaktionären. Peter Witt, dieser Tage vom Sprecher zum Vorsitzenden des AG-Vorstandes befördert, sieht für den Schritt an die Börse unter Umständen auch selbständige Teile des Konzerns als geeigneter an als die über 23 inländische und 13 ausländische Gesellschaften gebietende Aachener Holding.

So oder so hat's mit der Publikumsaktie aber noch gute Weile. Vorweg muß die dürftige Ertragslage besser werden. Aus einem 1984 auf 1,89 (1,67) Mrd. DM gestiegenen Weltumsatz mit 53,8 (48) Prozent Auslandsanteil und 1,54 (1,42) Mrd. DM Umsatz des Inlandskonzerns zeigt die Holding in ihrem Abschluß 1984/85 (30. 6.) nur einen Jahresüberschuß von 4,1 (7) Mill. DM.

Erstmals wurde auf Dividende (zuvor fünf DM) zugunsten der Risikovorsorge verzichtet und außerdem eine Rückstellung von zehn Mill. DM für mögliche Verluste der Inlandsgesellschaften im Jahre 1985 gebildet. Ferner wurden 16 Mill. DM für Risiken zurückgestellt, die 1990 aus der Abfindung der stillen Gesellschafter (100 Mill. DM Einlagen) bei der Berliner Trumpf-Schokoladen- und Kakaofabrik entstehen können. Den Spielraum erhielt die Gruppe hauptsächlich aus ihrem „zufriedenstellenden" Nordamerika-Geschäft.

Auf dem Heimatmarkt hingegen hat die Gruppe im Markenartikelgeschäft (Trumpf, Novesia, Van Houten und Lindt) unverändert hart damit zu ringen, daß Überkapazitäten der Branche alle mühsamen Verkaufspreiserhöhungen weit hinter der Kostensteigerung aus ungewöhnlich lang dauernder Kakaopreis-Hausse zurücklassen. Besagte Hausse, konstatiert Ludwig, bringe dem inländischen Markenartikelgeschäft der Gruppe 1985 weitere 53 (42) Mill. DM nicht voll abwälzbare Zusatzkosten. Dieses Geschäft (der Umsatz wird wegen der da gleichfalls schweigsamen Konkurrenz verschwiegen) habe bis Ende Oktober 1985 bei vier Prozent höheren Preisen ein über dem Branchendurchschnitt liegendes Umsatzplus von sieben Prozent gebracht. Hier wie ohnehin bei Industrieprodukten verspreche nun aber endlich 1986, da auch die Rohstoffpreis-Hausse abbröckele, mit „deutlicher" Ertragsbesserung die Früchte auch jener Rationalisierung zu bringen, mit der die Gruppe ihre Inlandsarbeitsplätze in den letzten fünf Jahren um 2000 auf jetzt noch 5548 abbaute.

Per Ende 1984 zeigt der Inlandskonzern bei 97,3 Mill. DM Holding-Aktienkapital Gesamtschulden von 445 (392) Mill. DM oder weiterhin 63 Prozent der Bilanzsumme.

KAWAG

Erdgasnetz im Ausbau

nl. Stuttgart

Vor allem auf den Ausbau des Erdgasnetzes ist es zurückzuführen, daß die RWE-Tochter Kraftwerk Altwürttemberg AG (Kawag), Ludwigsburg, eines der südwestdeutschen Stromversorgungsunternehmen, weiterhin ein hohes Investitionstempo fährt. Im laufenden Geschäftsjahr 1985/86 (30. 6.) sollen insgesamt 46 Mill. DM investiert werden (davon 13,5 Mill. DM für die Erdgasversorgung) nach 43,6 (1983/84: 37,9) Mill. DM Sachinvestitionen im Berichtsjahr 1984/85. Das Unternehmen hat die nutzbare Stromabgabe um 3,4 Prozent auf 1,27 kWh gesteigert.

Für das laufende Jahr wird mit keinem wesentlichen Zuwachs gerechnet. Das Stromaufkommen wurde zu 98 Prozent aus dem RWE-Netz gedeckt. Die Umsatzerlöse nahmen um 9,1 Prozent auf 263 Mill. DM zu. Zum 1. Juli 1985 hat die Kawag den Strompreis um durchschnittlich 6,9 Prozent angehoben. Obwohl das Betriebsergebnis um über 26 Prozent zurückging, ist man mit der Ertragslage „noch zufrieden". Aus dem auf 3,1 (4,2) Mill. DM verringerten Jahresüberschuß wird eine Dividende von unverändert 14 Prozent (im Vorjahr waren zusätzlich zwei Prozent Bonus gezahlt worden) auf 15,8 Mill. DM Aktienkapital ausgeschüttet.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Brilon: P + K Auto-Zubehör-Shop GmbH; **Celle:** Thiele-GmbH & Co. KG; **Deggendorf:** Reinhard Graf, Plattling; **Freiburg:** Nachl. d. a) Otto Sund, b) Anna Sund geb. Roszyk; **Fürth:** MF Handelsges. f. Förder- u. Vulkanisationstechnik mbH; **Gießen:** Blumen-Corso Import GmbH; **Hamburg:** HRH Heizungs- u. Rohrleitungsbau in Hamburg GmbH; **Hameln:** Nachl. d. Ernst Blech; **Hamm:** COM + Mikrofilm-Service Hamm GmbH; **Hechingen:** Herward Pöll; **Husum:** Alpha-Haus GmbH, Winnert; Heinr. Thomas GmbH & Co. KG, Tönning; Heinr. Thomas GmbH, Tönning; **Krefeld:** Hans Dieter Bock, Willich 3; Nachl. d. Magdalena Küsters geb. Flinterhoff, Nettetal; **Mannheim:** Nachl. d. Hans Wilhelm Hauk; **Neustadt/Wstr.:** Dr. Wolfgang Nicklis; Nachl. d. Peter Paul Heinze, Bad Dürkheim; **Schwäbisch Hall:** Nachl. d. Ruth Peikert-Hinderer, geb. Hinderer, Steuerberaterin.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Nordenham: Heiko Pieperjohanns, Stadland-Kleinensiel; **Wittlich:** Keul GmbH & Co. KG, Bauunternehmung, Kirchweiler.

Vergleich beantragt: Hamburg: J. F. Jens Söhne KG (GmbH & Co.); **Herford:** Heppe GmbH, Spenge; Widukind Grundstücksges. mbH, Enger; **Husum:** Activo-Beteiligungs-GmbH & Co. AN-Mietservice KG; **München:** Lang-Papier AG, Gräfelfing; **Peine:** Dieter Menzel, Lengede; **Schwäbisch-Gmünd:** Wohnbau Fischer GmbH u. Co. KG; Fischer GmbH; Fischer Baubetreuungs-GmbH; **Siegburg:** F P L Hochbau GmbH & Co. KG, Troisdorf-Kriegsdorf.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Bernd Schumacher: Führen durch Beurteilen, Verlag Langen-Müller/Herbig, München 1985, 342 S., 128 Mark

Das innerbetriebliche Beurteilungswesen ist immer noch Vorurteilen ausgesetzt, die seiner erfolgreichen Anwendung im Wege stehen. Vorurteile, die sowohl bei den zu beurteilenden Mitarbeitern als auch im Management anzutreffen sind. Dabei hat die Erfahrung allen Betroffenen gezeigt, daß ein gekonnt angewendetes Beurteilungssystem nur Vorteile erbringen kann. Der Autor kann dies mit beeindruckenden Beispielen aus namhaften Unternehmen belegen. Darüber hinaus schildert er Aufbau und Organisation eines effektiven Beurteilungswesens und zeigt auf, wie latente psychologische Barrieren abgebaut werden können. Organisationsschemata, Fragebögen und Auswertungstabellen erleichtern die Anwendung der Beurteilungskriterien.

Joachim Kath: Angriffsmarketing schlägt Defensivmarketing, Verlag Langen-Müller/Herbig, München 1985, 140 S., 29,80 Mark

Der schwindende Erfolg vieler Firmen ist darauf zurückzuführen, daß keine neue Produkt- und Marketingkonzeption rechtzeitig entwickelt wurde. Nur Unternehmen, die aggressiv geblieben sind oder es wieder werden, können heute im härter gewordenen Wettbewerb bestehen und überleben. Das ist die Grundsituation, von der der Marketing-Experte J. Kath in seinem neuen Buch ausgeht. Er vermittelt nützliche Problemlösungen für Markenartikel, für Gebrauchs- und Investitionsgüter, für Dienstleistungen und den Handel anhand von Beispielen. Ein Buch, das auch kleinen und mittleren Firmen Denkanstöße gibt.

Ulrich Busch: Wege zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit, Erich Schmit Verlag, Berlin 1985, 182 S., 48 Mark

In einer Zeit, in der es darauf ankommt, Marktanteile zu verteidigen, kann die allgemein angestrebte Kostensenkung allein nicht das oberste Ziel der Unternehmen sein. Gefordert ist vielmehr Leistungssteigerung. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde vom Autor – aufbauend auf gemeinkostenwertanalytischen Verfahren – die Produktivitätsanalyse entwickelt. Im Vordergrund dieser Analyse steht die Frage, wie die höchstmögliche Produktivitätssteigerung im Unternehmen erreicht werden kann. Das Buch erläutert das Verfahren der Produktivitätsanalyse ausführlich – beginnend bei der Vorbereitung einschließlich Mitarbeiterschulung über die organisatorische Durchführung bis zur Realisierung der Ergebnisse.

Wolfgang Brötzmann: Info-Markt-Ratgeber Personal Computer, IMV-Verlag, Düsseldorf 1985, 295 S., 79 Mark

Unternehmer und Selbständige sind aus Kostengründen angewiesen, moderne Büromaschinen einzusetzen. Hierzu gehört auch der Einsatz von Personal Computer. Derzeit bemühen sich mehr als 70 Anbieter mit über 200 verschiedenen Modellen, ihre Produkte an den Mann zu bringen. Das vorliegende Buch hat für alle Interessenten eine komplette Übersicht über nahezu alle Geräte, die auf dem deutschen Markt angeboten werden, zusammengestellt und dabei über 200 Modelle ausführlich mit Preisen und technischen Daten beschrieben und fotografisch abgebildet.

FUSSBALL / Csernai, Dortmund und das unverhoffte 1:0 im Münchner Olympiastadion

● München verliert gegen Dortmund im eigenen Stadion. Leverkusen holt auch in Mönchengladbach einen Punkt und stürzt den *Tabellenführer. Werder Bremen steht wieder alleine an der Spitze.* Der Hamburger SV holt auf, und Düsseldorf fällt immer tiefer. Das sind die Schlaglichter des 14. Spieltages der Bundesliga.

● Ein Polizist ist der bisher erfolgreichste Torjäger der Saison. Stefan Kuntz vom VfL Bochum, dessen Vater bereits in der Bundesliga spielte, erzielte in Hannover beide Treffer zum 2:1. In der Torschützenliste führt er jetzt mit 14 Treffern vor dem Mannheimer Remark (12), der am Samstag nur das eigene Tor traf.

● Positives und Negatives des 14. Spieltages: Es gab keinen Platzverweis, dafür aber sind prominente Spieler nach der vierten Verwarnung automatisch für ein Spiel gesperrt: die Nationalspieler Karlheinz Förster und Andreas Brehme. *Und: Es kamen nur* 134 700 Zuschauer, die geringste Zahl dieser Saison.

Ergebnisse

München – Dortmund	0:1	(0:1)
Bremen – Uerdingen	6:1	(3:0)
Köln – Nürnberg	3:1	(1:1)
Hamburg – Düsseldorf	4:0	(3:0)
Saarbrücken – Mannheim	2:1	(1:1)
Hannover – Bochum	1:2	(0:1)
Schalke – Frankfurt	3:1	(3:1)
Stuttgart – K'lautern	2:0	(2:0)
M'gladbach – Leverkusen	2:2	(0:1)

Die Spiele

München – Dortmund 0:1 (0:1)

München: Pfaff – Augenthaler – Pflügler, Eder – Nachtweih, Rummenigge, Lerby, Beierlorzer (69. Hoeneß), Willmer (46. Hartmann) – Wohlfarth, Kögl. – **Dortmund:** Immel – Pagelsdorf – Storck, Hupe – Bittcher, Zorc, Raducanu, Kutowski, Schüler – Wegmann, Hrubesch. – **Schiedsrichter:** Bruch (Bischmisheim). – **Tor:** 0:1 Bittcher (18.). – **Zuschauer:** 15 000. – **Gelbe Karte:** Nachtweih.

Bremen – Uerdingen 6:1 (3:0)

Bremen: Burdenski – Pezzey – Schaaf (77. Wolter), Kutzop – Sidka, Möhlmann, Votava, Meier, Okudera – Ordenewitz (59. Hermann), Neubarth. – **Uerdingen:** Kubik – Herget – Dämgen, Wöhrlin – Bommer, Klinger (43. Gudmundsson), Feilzer, F. Funkel, Buttgereit – Schäfer, Loontiens (32. Edvaldsson). – **Schiedsrichter:** Correll (Heilbronn). – **Tore:** 1:0 Kutzop (29., Foulelfmeter), 2:0 Kutzop (36., Foulelfmeter), 3:0 Neubarth (45.), 4:0 Neubarth (57.), 5:0 Pezzey (62.), 5:1 Dämgen (72.), 6:1 Hermann (77.). – **Zuschauer:** 16 500. – **Gelbe Karten:** Schaaf, Pezzey, Schäfer (2), Bommer (2), Feilzer.

Hamburg – Düsseldorf 4:0 (3:0)

Hamburg: Stein – Plessers – Jakobs (60. Bressem), Kroth – Kaltz, Rolff, Lux, Rusche, Homp – Gründel, von Heesen. – **Düsseldorf:** Schmadtke – Fach – Bunte, Weikl – Bockenfeld, Keim, Zewe, Dusend (46. Holmquist), Kremers (57. Jakobs) – Thiele, Demandt. – **Schiedsrichter:** Föckler (Weisenheim). – **Tore:** 1:0 Jacobs (21.), 2:0 Gründel (34.), 3:0 Lux (44.), 4:0 Gründel (83.). – **Zuschauer:** 12 000.

Schalke – Frankfurt 3:1 (3:1)

Schalke: Junghans – Dietz – Schipper, Roth – Opitz (65. Kruse), Dierßen, Jakobs, Thon, Kleppinger – Hartmann, Täuber (88. Schatzschneider). – **Frankfurt:** Gundelach – Theiss (55. Kwiencien) – Fruck, Körbel, Trieb – Svensson, Sievers, Falkenmayer, Müller – Friz, Sarroca. – **Schiedsrichter:** Osmers (Bremen). – **Tore:** 1:0 Täuber (20.), 2:0 Thon (40.), 2:1 Theiss (43.), 3:1 Thon (44.). – **Zuschauer:** 15 000. – **Gelbe Karte:** Roth (4).

Köln – Nürnberg 3:1 (1:1)

Köln: Schumacher – van de Korput – Prestin (56. Häßler), Steiner – Geilenkirchen, Mennie, Bein, Engels, Geils (46. Lehnhoff) – Littbarski, Dickel. – **Nürnberg:** Grüner – Lieberwirth – Reuter, Gürtler – Philipkowski (67. Nitsche), Brunner, Geyer, Bittorf, Wagner – Andersen, Eckstein (72. Stenzel). – **Schiedsrichter:** Horeis (Buchholz). – **Tore:** 0:1 Eckstein (4.), 1:1 Littbarski (21., Foulelfmeter), 2:1 Littbarski (60.), 3:1 Dickel (63.). – **Zuschauer:** 8000. – **Gelbe Karten:** Geils (4), Mennie (3), Philipkowski (2).

Saarbrücken – Mannheim 2:1 (1:1)

Saarbrücken: Hallmann – Boysen – Kruszynski, Foda, Jambo, Muntubila, Jusufi, Blättel, Berge (80. Hönnscheidt) – D. Müller, Seel. – **Mannheim:** Zimmermann – Sebert – Dickgießer, Tsionanis – Schlindwein, Kohler, Heck (60. Hein), Quaisser, Scholz – Bührer (77. Walter), Remark. – **Schiedsrichter:** Zimmermann (Kiel). – **Tore:** 1:0 Remark (26., Eigentor), 1:1 Tsionanis (43.), 2:1 Jusufi (79.). – **Zuschauer:** 15 000. – **Gelbe Karten:** Muntubila (2), Tsionanis (4/1).

Hannover – Bochum 1:2 (0:1)

Hannover: Raps – Ronge – Vjetrovic, Kuhlmey – Surmann, Hellberg, Thomas (63. Schaub), Giesel, Bauer (63. Reich) – Gue, Gerber. – **Bochum:** Zumdick – Lameck – Oswald, Kree – Woelk, Tenhagen, Benatelli (46. Kempe), Schulz, Wegmann – Leifeld (69. Wielert), Kuntz. – **Schiedsrichter:** Scheuerer (München). – **Tore:** 0:1 Kuntz (42.), 0:2 Kuntz (57., Foulelfmeter), 1:2 Gue (63.). – **Zuschauer:** 20 200. – **Gelbe Karten:** Kempe (2), Benatelli.

Stuttgart – K'lautern 2:0 (2:0)

Stuttgart: Roleder – K.-H. Förster – Buchwald, Schäfer – Hartmann, Allgöwer, Klinsmann (86. Gomminginger), Sigurvinsson, Nushöhr – Reichert (69. Zietsch), Pasic. – **K'lautern:** Ehrmann – Brehme – Melzer, Wolf – Geye (46. Roos), Moser, Dusek, Eilenfeldt, Schupp (54. Klitzmann) – Trunk, Allofs. – **Schiedsrichter:** Broska (Gelsenkirchen). – **Tore:** 1:0 Buchwald (1.), 2:0 Pasic (27.). – **Zuschauer:** 12 500. – **Gelbe Karten:** K.-H. Förster (4), Nushör (4), Klinsmann (3), Brehme (4), Allofs.

M'gladbach – Leverkusen 2:2 (0:1)

M'gladbach: Sude – Bruns – Hannes, Drehsen – Winkhold (46. Krauss), Herlovsen, Rahn, Herbst, Frontzeck – Criens, Mill (77. Lienen). – **Leverkusen:** Vollborn – Hörster – Schreier, Reinhardt – Zechel, Götz, Patzke, Drews, Wojtowicz (37. Geschlecht) – Waas, Tscha (89. Schlegel). – **Schiedsrichter:** Neuner (Leimen). – **Tore:** 0:1 Zechel (39.), 1:1 Drehsen (58.), 2:1 Herbst (70.), 2:2 Tscha (80.). – **Zuschauer:** 22 000. – **Gelbe Karten:** Herlovsen (4), Drehsen (3), Wojtowicz (2), Schreier (3).

VORSCHAU

Dienstag, 19. 11., 20.00 Uhr:

Düsseldorf – Köln	(1:2)
Nürnberg – Uerdingen	(–:–)
Frankfurt – Hannover	(–:–)
Bochum – Saarbrücken	(–:–)
Mannheim – Hamburg	(3:1)

Mittwoch, 20. 11., 15.30 Uhr:

Leverkusen – München	(3:0)
Dortmund – Stuttgart	(4:1)
K'lautern – Schalke	(2:2)
M'gladbach – Bremen	(1:1)

In Klammern die Ergebnisse der letzten Saison.



Das Gesicht des Sieges: Frank Pagelsdorf umarmt seinen Torwart Eike Immel, Dirk Hupe ballt die Faust und schreit seine Freude durch das Stadion. Dortmund darf endlich feiern. FOTO: MÜLLER

Werner Biskup vor dem Rausschmiß? Seine Spieler tricksen ihn aus...

Von ULRICH DOST

Es scheint wirklich nur noch eine Frage der Zeit zu sein, bis die Bundesliga in dieser Saison ihren ersten Trainer-Rauswurf verzeichnen kann. Ort der Handlung und beteiligte Personen dürften schon jetzt feststehen: Das Verhältnis von **Werner Biskup** (43) zu Hannover 96 zerbröckelt immer mehr. Die Stimmung gegen den Trainer nimmt zu, die Stimmen für eine Entlassung werden lauter. Die 1:2-Heimniederlage gegen den VfL Bochum erschwerte das Leben von Werner Biskup ungemein.

Nach der 1:5-Niederlage in der Woche zuvor bei Waldhof Mannheim verbrachten das *Präsidium*, der Trainer und die Spieler eine aufregende Woche. Es begann damit, daß sich Mannschaftsführer **Bastian Hellberg** (24) gegen die Vorwürfe von Biskup wehren wollte, er sei in Mannheim nur im Angriff spazierengegangen, anstatt als Libero die Abwehr zu ordnen. Die Aussprache fand vor der gesamten Mannschaft statt und endete für den Trainer peinlich. Biskup wollte das alles auf der offiziellen Pressekonferenz nicht gesagt haben. So versuchte er Hellberg zu beruhigen. Der Libero aber sagte: „Ich glaube Ihnen das nicht, Trainer. So viele Zitate können nicht erfunden sein." Worauf Biskup sich auf diesen Standpunkt zurückzog: „Dann bin ich wohl ein Arschloch." Sprach's und stellte gleich danach der Mannschaft die Vertrauensfrage.

Zu einer Abstimmung über den Trainer ist es dann aber nicht gekommen, weil die Spieler glaubten, dies sei Sache des Präsidiums. Präsident **Horst-Fredo Henze** (54), der alleine noch den Trainer stützt, weil dem der *langersehnte* Aufstieg *in* die Bundesliga gelang, griff dann auch ein. Am Donnerstag mußte Biskup zum Rapport erscheinen. Danach erhielt er vom Verein eine Abmahnung, die dritte übrigens.

Noch vor vier Wochen standen die Spieler begeistert hinter Biskup. Sie kannten die Macken und die Schwächen des Trainers, der ein volles Glas Wodka nicht gerne stehen läßt. Solange der Erfolg da war, deckten sie alle das Mäntelchen der Barmherzigkeit um ihn. Heute sagen die Spieler hinter vorgehaltener Hand: „Der Mann muß weg." Ihre Namen aber wollen sie – auch sie mündige Profis? – nicht in der Zeitung lesen.

Die Umstände, unter denen Biskup, der einen Assistenten ablehnt (wohl deshalb, weil der ihn kontrollieren könnte), das Training leitet, sind in der Bundesliga wohl einmalig. Ein Beispiel: Am Montag war um 16.00 Uhr ein Nachmittagstraining angesagt. Die Spieler waren pünktlich, nur der Trainer erschien wieder einmal nicht – wie so oft. Also beschäftigten sich die Spieler alleine. Erst 35 Minuten später tauchte Biskup auf. Dann jagte er die Mannschaft 15 Minuten im Sprinttempo über die Tartanbahn, bevor er genug hatte: „Ein Spielchen machen wir heute nicht mehr, es wird ja gleich dunkel. Auf Wiedersehen."

Daß die Autorität des Trainers wirklich nicht mehr vorhanden ist, zeigt dieses Beispiel. Zwei Spieler, die vormittags selbstverständlich beim Training waren, entschuldigten sich nachmittags bei Biskup, sie hätten leider am Vormittagstraining nicht teilnehmen können. Biskup

Fußball-Kulisse
Zahlen, Fakten, Hintergründe

nahm die Entschuldigung an, es fiel ihm nicht mehr ein, daß die beiden ja vormittags doch da gewesen waren. Nur der Streich unzufriedener Spieler?

*

Das Präsidium, bis auf den Präsidenten, brachte der Trainer in dieser Woche auch gegen sich auf. In einem Interview behauptete Werner Biskup: „Bis auf den Präsidenten ist das restliche Präsidium nicht mit aufgestiegen. Sie besitzen Zweitliga-Niveau." Schatzmeister **Karl-Friedrich Brauns** (45) wollte das nicht auf sich sitzen lassen. Er wollte Biskup wegen Rufschädigung verklagen. Abgebracht davon hat ihn schließlich Henze, der befürchtete, das Präsidium würde sich dann entzweien.

Auch Vize-Präsident **Ernst-August Franke** (48) will die Kapriolen des Trainers nicht länger dulden. Als das unsinnige Gerücht aufkam – wie immer es auch entstand – der 1. FC Köln sei an Biskup interessiert, meinte Franke trocken: „Reisende soll man nicht aufhalten." Die Reise des Werner Biskup hat wohl bald die Endstation erreicht.

Erschwerend kam für den Trainer nach dem 1:2 gegen Bochum hinzu, daß in Hannover allmählich auch an seinen fachlichen und taktischen Fähigkeiten gezweifelt wird. Gegen Bochum bot er mit **Franz Gerber** (31) nur einen gelernten Stürmer auf. Er reagierte nicht, als es 0:1 stand. Auch nach dem 0:2 tat sich nichts.

Erst nach dem Anschlußtreffer *zum 1:2 griff Biskup ein. Mit* **Siegfried Reich** (27) und **Fred Schaub** (25) brachte er dann endlich weitere Stürmer, dafür nahm er mit **Wayne Thomas** (27) und **Jürgen Baier** (27) seine wirkungsvollsten Mittelfeldspieler heraus. Aber über fachliche Kompetenz läßt Biskup nicht mit sich streiten. Zu diesem Thema sagt er: „Ich kenne alles im Fußball. Dafür bin ich zu lange dabei."

*

Ebenfalls schon ein paar Jahre im Geschäft ist der Kölner Nationalspieler **Pierre Littbarski** (25). Also kennt er sich aus, also hat er sich auch eine Meinung gebildet. Seine Meinung über die verantwortlichen Herren seines Klubs tat der kleine Dribbelkünstler jetzt einem Millionen-Publikum im „Aktuellen Sportstudio" des ZDF kund. Die Unruhe beim 1. FC Köln, so Littbarski, würde nur vom Präsidenten **Peter Weiand** (65) und Schatzmeister **Karl-Heinz Thielen** (45) hereingetragen. Littbarski: „Die reden sehr, sehr viel." Außerdem will es die Kölner Mannschaft nicht länger hinnehmen, wie unmündige Kinder behandelt zu werden, wenn es um die Personalpolitik geht. Littbarski: „Wir müssen Leistungen bringen. Und unmündige Kinder können keine Leistungen bringen."

Vor drei Jahren hat Pierre Littbarski schon einmal kräftig auf den Putz gehauen. Beim Länderspiel im *Mai 1982 in Oslo gegen* Norwegen wetterte er mit seinem damaligen Mannschaftskollegen **Klaus Fischer** (35) über den damaligen Trainer **Rinus Michels** (52). Als die beiden nach Hause kamen, brummte ihnen der Verein eine Geldstrafe von 2000 Mark auf. Damals hat Littbarski das Klubhaus fast weinerlich verlassen. Jetzt ist er gereifter, Gedanken über eine Strafe macht er sich nicht mehr.

Denn eines ist gewiß: Weiand und Thielen werden die Sache nicht auf sich beruhen lassen. Karl-Heinz Thielen: „Ich kann den Pierre nicht verstehen, wie er so etwas sagen kann." Wahrscheinlich wird ihm Littbarski das im Einzelgespräch näher erklären müssen. Aber so sind und bleiben die Kölner nun einmal: Keiner macht bessere Witze als sie, streiten und Kölsch trinken können sie wie kaum andere, nur mit dem Fußballspielen hapert es von Jahr zu Jahr mehr.

Raducanu als Stratege einer Taktik, die Stück für Stück aufging. Aber der Trainer übt sich in Tiefstapelei

ULFERT SCHRÖDER, München

Nach solchen Spielen ist der Verlierer nicht nur der Verlierer. Er ist auch der Dumme. Gut, der Föhn hatte klebrig-warme Luft in die Stadt geblasen. Man hätte im Biergarten sitzen können. Freilich, die Dortmunder dachten, jetzt werde es nochmal richtig Sommer. Und die Bayern wußten, es war Föhn.

Das erklärt manches, aber nicht alles. Und als die deutsche Nationalelf gegen Portugal spielte, war ja auch kein Föhn. „Genau so haben wir gespielt, in Stuttgart", sagte der Teamchef Franz Beckenbauer, „wie die Bayern. Und die Dortmunder haben sich verhalten wie die Portugiesen." Kann Beckenbauer seinem Kollegen Pal Csernai und den Dortmundern höhere Anerkennung zollen?

Eigentlich sei es ein gutes Spiel gewesen dieses 1:0 der Dortmunder, meinte Beckenbauer. Spannend bis zum Schluß und wirklich schlecht seien die Bayern nicht gewesen. Sie hätten halt den Riegel nicht knacken können. Und die Dortmunder erst. Und dieser Raducanu („Jo mei, der kann spuin"). Freilich, so herumgesehen konnte man sich begeistern.

Pal Csernai jedenfalls meinte, gut sei das Spiel wohl nicht gewesen. Aber um die Optik habe er sich nicht auch noch kümmern können. Er sei nach München gekommen, um einen Punkt zu holen und anders gehe das wohl nicht. Aber bitte, was Csernai sagt, muß man, bevor man's glaubt, abklopfen und auf eine besondere Waage legen.

Pal Csernai zog eine Augenbraue hoch und ließ die andere sinken. „Triumphgefühle? Ach nein, wissen Sie, *das ist so lange her. Ich bin froh, daß* ich nochmal in München sein durfte." Draußen schwiegen die Fans endlich. Sie hatten Csernai mit Unflätigem überschüttet. Der Lautsprecher mahnte sie: „Bedenken Sie doch, welche Erfolge wir mit Herrn Csernai hatten."

Beides, Haß und Komplimente, hörte und überhörte er. Csernai tat, was er so gut, was er exzellent beherrscht: Tiefstapeln, Untertreiben. Der Mann ist ein Meister des Understatements. Seine Dortmunder Leutchen, bisher eher die Hilfsschüler der Bundesliga, hatten Bayern München, den Meister, dümmer ausschauen lassen als die Polizei erlaubt. 1:0 gewinnt der Tabellenletzte beim Meister, wenn das kein Triumph ist.

Was steckte in diesen Borussen? Womit hatte Csernai sie gespeist? Marcel Raducanu hat wahrscheinlich sein bestes Spiel gemacht, seitdem er in Dortmund ist. Er hat gezeigt, daß er alles kann, wenn er nur will. Zuerst hat er geschuftet wie ein Kuli. Am Ende setzte er die gefährlichsten *Konter an, spielte den Strategen einer* Taktik, die Stück für Stück, Sekunde für Sekunde aufgegangen war. Soeren Lerby rannte, als werde er nach Kilometern bezahlt. Aber in Raducanu und Uli Bittcher (er machte das einzige Tor in der 18. Minute per Kopf nach einer Flanke von Wegmann), hatte das Dortmunder Team seine Pole der Ruhe.

Und Pal Csernai stapelte immer tiefer. Ach ja, die Bayern seien natürlich nicht frisch gewesen nach ihrem Europacup-Spiel in Wien. „Die Spritzigkeit, wissen Sie, die hat gefehlt. Und Glück, natürlich, Glück hatten wir auch." Udo Lattek blieb nichts als zu nicken: „Ich kann meinem Kollegen nur zustimmen, mich seinen Ansichten anschließen." Ein fatales Bild: Da ist der Bock geschlachtet worden mit einem Schlag zwischen die Hörner und nach allen Regeln subtilster Metzgerskunst. Aber der Bock muß sagen: „Jawohl, recht so, ich hab's nicht besser verdient."

Und Csernai stapelte weiter tief: „Endlich haben wir 'mal kein Eigentor erzielt. Und dem Gegner nicht den Ball zum Torschuß vorgelegt. Und schon klappt's." Wie er sie dazu gebracht hat, keine Fehler zu machen? „Ach wissen Sie, das ist ein langer Prozeß."

Durch einen kürzeren fand er den Libero. „Ich habe gehört, Pagelsdorf habe in Bielefeld schon 'mal auf diesem Posten gespielt." Donnerstag hat er's dann probiert im Training. Das war nicht berauschend. Er gab Pagelsdorf Bedenkzeit. Der schlief darüber und sagte dann: „Ja, Trainer, ich trau mir das zu." Dieser Frank Pagelsdorf (im zweiten Jahr bei Borussia, 27 Jahre alt, zuletzt in Bielefeld, zuvor in Hannover, *Havelse und Garbsen*, rund 150 Bundesligaspiele), schuf als Libero zusammen mit dem Vorstopper Hupe die Basis für diesen Handstand im Olympiastadion.

Csernai zog beide Augenbrauen hoch und hatte dann diesen süffisanten Zug um die Lippen und diesen näselnden Ton in der Stimme: „Wissen Sie, zu meiner Zeit spielten die Bayern organisiert. Heut' spielen sie emotional." Rational, organisiert, diszipliniert, das ist die Art Fußball, wie Csernai sie lehrt. In Dortmund hatte er bisher kein Transportmittel, kein Medium gefunden für seine Lehren. Vielleicht hat er jetzt eins entdeckt: das Gefühl der Gemeinsamkeit.

Bekanntlich müssen die Borussen, um Geld zu sparen (diesmal achttausend Mark), auch die weiten Reisen im Bus unternehmen. Dem Trainer, mehr Komfort gewöhnt, wollte Borussen-Chef Rauball die sieben Stunden auf der Autobahn ersparen. Er bot ihm den Flug an. Allerdings erst am Samstag, zum ermäßigten Wochenendtarif. Csernai lehnte ab. „Ich will bei der Mannschaft sein." Heimwärts freilich verzichtete er auf die beschwerliche Reise. Er blieb in München. Bei seiner Freundin Elge Maharens, ließ sich statt von einem Autobus von Amors Armen wiegen. Seinen Spielern gab er Warnungen mit auf den Weg. Bloß nicht ausflippen, bloß keine Euphorie. Durch ein Tor und einen Sieg ist nicht alles plötzlich Gold. Die Sorgen seien höchstens eine *Idee geringer geworden. Die* Borussen lachten und tranken sich noch einen. Sie kennen ihren Pal mittlerweile. Er ist ein Tiefstapler, ein perfekter.



Die Jubelgeste eines Mannes, zu dessen Charakter die Tiefstapelei gehört: Pal Csernai in München FOTO: DIETER FRINKE

Der Hamburger SV spielt sich langsam nach vorne

								Heim		Auswärts	
1.	Bremen	14	9	3	2	41:23	21:7	28:8	13:1	13:15	8:6
2.	M'gladbach	14	8	4	2	32:18	20:8	19:4	12:2	13:14	8:6
3.	München	14	8	2	4	25:14	18:10	20:4	12:2	5:10	6:8
4.	Hamburg	14	7	3	4	25:13	17:11	18:5	11:3	7:8	6:8
5.	Leverkusen	14	6	5	3	29:19	17:11	20:9	12:2	9:10	5:9
6.	Stuttgart	14	7	2	5	28:20	16:12	15:6	9:5	13:14	7:7
7.	Mannheim	14	6	4	4	27:21	16:12	21:7	13:1	6:14	3:11
8.	Bochum	14	7	1	6	30:24	15:13	20:11	9:5	10:13	6:8
9.	K'lautern	14	6	2	6	21:20	14:14	15:3	12:2	6:17	2:12
10.	Köln	14	4	6	4	22:23	14:14	17:9	11:3	5:14	3:11
11.	Schalke	14	5	3	6	20:22	13:15	11:6	9:5	9:16	4:10
12.	Uerdingen	14	5	3	6	22:37	13:15	13:15	9:5	9:22	4:10
13.	Saarbrücken	14	3	5	6	18:24	11:17	13:8	10:4	5:16	1:13
14.	Frankfurt	14	2	7	5	12:22	11:17	6:5	8:6	6:17	3:11
15.	Dortmund	14	3	4	7	21:32	10:18	14:13	7:7	7:19	3:11
16.	Hannover	14	3	4	7	22:40	10:18	11:10	7:7	11:30	3:11
17.	Nürnberg	14	3	2	9	19:27	8:20	11:13	5:9	8:14	3:11
18.	Düsseldorf	14	3	2	9	21:36	8:20	16:11	8:6	5:25	0:14

● Am nächsten Wochenende gibt es wegen des WM-Qualifikationsspiels Deutschland – CSSR in München (Sonntag, 17.00 Uhr) keine Bundesligaspiele. Dafür wird mit dem Achtelfinale des Pokals begonnen. Morgen beginnt es mit Mannheim – Hannover, am Mittwoch folgen: Stuttgart – Bremen, Bochum – Bayern München, Aachen – Schalke 04. Samstag: Homburg – Dortmund, Trier – Leverkusen. Sandhausen und Blau-Weiß Berlin spielen am 20. November, Kaiserslautern bei Ulm 46 am 21. Dezember. Eine Pokalrunde in fünf Etappen, sinnvoll kann das nicht sein.

Stefan Kuntz: Als Beckenbauers Anruf kam, ließ er die Spaghetti anbrennen

BERND WEBER, Bochum

Ob ihm des Kaisers neue Kleider schon passen werden, ja ob er sie überhaupt schon tragen darf, wenn die Nationalmannschaft am kommenden Sonntag in München gegen die CSSR ihr letztes Weltmeisterschafts-Qualifikationsspiel für Mexiko bestreiten wird, ist zwar noch die Frage. Für den Bochumer Stefan Kuntz ist sie von zweitrangiger Bedeutung.

Daß ihn Teamchef Franz Beckenbauer zum erstenmal ins vorläufige Aufgebot geholt hat, allein das zählt für ihn – obwohl ihm das Glück so ganz unverhofft nun auch wieder nicht eingeholt hat, wie Stefan Kuntz in einem sehr treffenden Vergleich preisgibt. „Als ich den Anruf vom DFB bekam", sagte der Stürmer zur *WELT*, „*fühlte ich mich* wie ein kleiner Junge, der sich zu Weihnachten eine Carrera-Bahn gewünscht hat. Der im Prinzip auch genau weiß, daß er sie bekommen wird. Aber als es dann ans Auspacken des Geschenkes ging, da wurde ich auf einmal doch aufgeregt." Kuntz war sogar dermaßen durcheinander nach der telefonischen Einladung, daß er die Spaghetti, *die er sich gerade zubereitete*, anbrennen ließ...

Um im Bild zu bleiben: Am Samstag, beim 2:1-Sieg seiner Mannschaft bei Hannover 96, ließ er dafür nichts anbrennen. Von den gegnerischen Abwehrspielern Matthias Kuhlmey und Miroslav Vjetrovic in der Raumdeckung nur unzureichend abgeschirmt, schoß der Bochumer seine Saisontore *13 (mit herrlichem Links*schuß aus 20 Metern Entfernung genau in den Winkel) und 14 (indem er einen von Vjetrovic an ihn verursachten Foulelfmeter unhaltbar verwandelte). Und jetzt führt er die Bundesliga-Torjägerliste ganz alleine an. Zum Vergleich, in der gesamten letzten Saison hat es Kuntz auf elf Treffer gebracht, und das war bis dahin schon seine beste Ausbeute, seitdem er im Juni 1983 vom saarländischen Oberligisten Borussia Neunkirchen zum VfL Bochum wechselte.

„Tore zu schießen, in vorderster Front erfolgreich zu sein", sagt Kuntz, „hat sicherlich sehr viel mit Glück zu tun. Aber für meinen plötzlichen Leistungsaufschwung mache *ich auch ein paar andere Faktoren* verantwortlich."

Da war zum Beispiel sein Trainer Rolf Schafstall, der ihn zu Saisonbeginn an die Seite nahm und sein sehr ernstes Gespräch mit ihm führte. Vom Talent her müsse er einfach mehr bringen als nur Mitläufer zu sein, hat Schafstall von seinem Schützling gefordert. Da war Routinier und Nebenmann *Klaus Fischer*, der seinen Ehrgeiz in besonderer Weise anstachelte, indem er sagte: „Du bringst alle Voraussetzungen mit, um Nationalspieler zu werden. Dir fehlt nur die letzte Bereitschaft, um mit aller Entschlossenheit deine Chancen auch wahr zu nehmen."

Der sanfte Tadel, der hinter diesen Sätzen steckte, hat Kuntz offenbar wachgerüttelt. Der *Mitläufer* wurde zum Leistungsträger, der neuerdings stets bereit ist, Verantwortung zu übernehmen. Und das umso mehr, wenn – wie jetzt in Hannover wieder – Fischer wegen Verletzung ausfiel. Allerdings: „Wenn der Klaus mit seinem totalen Leistungsanspruch neben mir auf dem Platz ist, fühle ich mich immer noch ein wenig sicherer", meint Kuntz, der eine Veränderung im beruflichen Bereich in nicht unerheblicher Weise für seine derzeitige Form mit verantwortlich macht.

Vor kurzem wurde der Polizeihauptwachtmeister vom normalen und zum Teil strapaziösen Streifendienst in eine andere Abteilung versetzt, in die Verkehrserziehung. Seitdem, so macht er geltend, könne er den *Zivilberuf*, den er zumindest vorläufig auf gar keinen Fall aufgeben will, besser mit den angesetzten Trainingszeiten koordinieren. Ob Kuntz noch lange in diesem Fahrwasser schwimmen kann, ist so ganz klar nicht. Am Ende der Saison läuft der Vertrag beim VfL aus. „Ob ich hier bleibe, ist vordringlich keine Frage des neuen Gehaltsangebotes", fixiert *Kuntz, der zur Zeit* etwa 180 000 Mark pro Jahr verdient, seine Zukunft.

In Bochum fühle er sich zwar ungeheuerlich wohl, aber: „Wenn mich beispielsweise Bayern München haben wollte, würde ich wegen der besseren sportlichen Perspektiven sehr wahrscheinlich ja sagen." Nächsten Mittwoch sind die Bayern aber erst einmal Bochums Gegner im Pokal.

2. Liga

Homburg schießt sich an die Tabellenspitze

DW. Bonn

Die zweite Liga hat mit dem FC Homburg (6:1 in Bayreuth) überraschend einen neuen Tabellenführer – nach Minuspunkten gerechnet. Auch wenn sie von der 1:2-Niederlage des bisherigen *Tabellenführers Alemannia* Aachen bei Hessen Kassel profitierten, so ist die derzeit konstante Form des FC Homburg unverkennbar. – Aufwind scheint auch die Berliner Mannschaft von Blau-Weiß 90 bekommen zu haben. Dem 0:3-Auswärtssieg beim Aufstiegs-Aspiaranten Fortuna Köln am Mittwoch ließen die Berliner einen überzeugenden 3:1-Erfolg über den Bundesliga-Absteiger Arminia Bielefeld folgen. Einen weiteren Rückschlag mußte Braunschweig hinnehmen. Beim Karlsruher SC, ebenfalls Bundesliga-Absteiger, gab es mit 1:2 die sechste Saison-Niederlage.

DIE ERGEBNISSE

Aschaffenburg – Freiburg	2:0	(1:0)
Bayreuth – Homburg	1:6	(0:3)
Kassel – Aachen	2:1	(1:0)
BW Berlin – Bielefeld	3:1	(2:0)
Darmstadt – Stuttgart	2:2	(1:1)
Wattensch. – Oberhausen	2:1	(0:1)
Karlsruhe – Braunschweig	*2:1*	*(2:1)*
TB Berlin – Köln	1:3	(1:0)
Osnabrück – Hertha BSC	4:0	(2:0)
Duisburg – Solingen	1:0	(1:0)

DIE TABELLE

1.Köln	17	9	4	4	30:21	22:12
2.Homburg	16	10	1	5	40:20	21:11
3.Aachen	16	7	6	3	26:15	20:12
4.Darmstadt	16	6	7	3	26:16	19:13
5.Bielefeld	16	8	3	5	29:20	19:13
6.Karlsruhe	16	8	3	5	27:20	19:13
7.Stuttgart	16	7	5	4	30:25	19:13
8.Kassel	16	9	0	7	26:23	18:14
9.Wattenscheid	16	8	2	6	26:29	18:14
10.BW Berlin	17	6	6	5	31:24	18:16
11.Osnabrück	16	5	6	5	24:27	16:16
12.Solingen	17	6	4	7	24:31	16:18
13.Braunschweig	16	4	6	6	26:28	14:18
14.Aschaffenb.	16	7	0	9	26:31	14:18
15.Bayreuth	16	6	2	8	23:30	14:18
16.Hertha BSC	17	4	5	8	25:36	13:21
17.Oberhausen	16	4	4	8	20:28	12:20
18.Freiburg	16	4	4	8	19:27	12:20
19.TB Berlin	16	3	5	8	26:32	11:21
20.Duisburg	16	3	3	10	15:29	9:23

Freitag, 15.11., 20 Uhr: Solingen – Osnabrück. – **Samstag, 16.11., 15.30 Uhr:** TB Berlin – BW Berlin (vorgez. Spiel). – **Dienstag, 19.11., 20 Uhr:** Braunschweig – Wattenscheid. – **Mittwoch, 20.11., 14.30 Uhr:** Homburg – Karlsruhe, Stuttgart – Duisburg, Kassel – TB Berlin, Freiburg – Aachen; **15.30 Uhr:** Hertha BSC – Aschaffenburg, Bielefeld – Bayreuth; **18 Uhr:** Oberhausen – Darmstadt.

SCHACH / Garri Kasparow mit einem Sieg in der letzten Partie der jüngste Weltmeister aller Zeiten

Der scharfe Angriff hat sich durchgesetzt

LUDEK PACHMANN, Bonn

Am spannensten waren immer die Schach-Titelkämpfe, in denen Gegner mit grundverschiedenem Spielstil um die WM kämpften. Ähnlich wie in den Wettkämpfen Steinitz gegen Tschigorin, Aljechin gegen Capablanca (1927) und Botwinnik gegen Bronstein (1951) treten auch Karpow und Kasparow als Vertreter zweier grundverschiedener Schachschulen an. Karpow vertritt den ruhigen, positionellen, Kasparow den scharfen, kombinatorischen Stil.

Da Michail Botwinnik der Lehrer des neuen Weltmeisters ist, drängt sich der Vergleich der Entscheidungspartien dieser beiden Titelkämpfe auf. Botwinnik – mit ähnlichem Positionsstil kämpfend wie heutzutage Karpow – mußte damals, vor vierunddreißig Jahren, ebenfalls im Finish gewinnen, um auf diese Weise noch den Titel zu retten. Michail Botwinnik blieb auch in der entscheidenden Turnier-Phase seinem Stil treu: Er spielte seelenruhig ein fast ausgeglichenes Endspiel – und besiegte David Bronstein.

Ganz anders verhielt sich Karpow. Der Titelverteidiger wählte in der alles entscheidenden letzten Partie eine scharfe Spielweise – in der sich sein Gegner viel besser orientieren konnte. Eine schwere Niederlage Anatoli Karpows war die Folge.

Der nun in Moskau beendete Wettkampf hatte ein hohes Niveau, ein weitaus besseres als alle Titelkämpfe der letzten Jahrzehnte – den sogenannten Wettkampf des Jahrhunderts, den Weltmeisterschaftskampf zwischen dem Amerikaner Bobby Fisher gegen Boris Spasski 1972 in Rejkjavik nicht ausgenommen.

Niemals zuvor in der 99jährigen Geschichte der Schach-Weltmeisterschaft wurde so lange und so hart um den Titel gekämpft: 72 Partien, von denen bei 56 Remis Kasparow und Karpow je acht gewannen, waren für eine eine Entscheidung nötig. Die erste Begegnung war für das „Guiness-Buch der Rekorde" würdig: Sie ging über die Rekorddistanz von 154 reinen Spieltagen und 48 Partien, von denen 40 remis ausgingen. Die zweite Etappe währte nur 31 Spieltage. Selten war ein Titelkampf bis zum Schluß so spannend und der Sieg des neuen Weltmeisters so verdient, wie diesmal.

Kasparow, *der schon vor dem Weltmeisterschafts-Sieg* die besseren Turnierresultate als der damalige Weltmeister aufzuweisen hatte, schaffte es diesmal gleich in mehreren Partien, den Gegner in taktisch komplizierten Stellungen zu überrumpeln. Dabei hat er seine kombinatorischen Fähigkeiten – im Gegensatz zum ersten Wettkampf – mit einer tief durchdachten strategischen und taktisch-psychologischen Konzeption verbunden. Zwei seiner Siege mit den schwarzen Steinen in der sizilianischen Verteidigung werden dabei in die Geschichte der Schach-Strategie eingehen – als hervorragende Beispiele für offensive Taktik im Nachzug (16. Partie) und einer fast genialen Öffnung der eingeengten Position (24. und letzte Partie).

Auf den ersten unbeendeten Wettkampf war der Titelverteidiger sichtlich viel besser vorbereitet gewesen als der Herausforderer. Nur dies war die Ursache seiner zuerst scheinbar so überzeugenden 5:0-Führung. Kasparow bewies jedoch in der Pause zwischen beiden Wettkämpfen seine Lernfähigkeit und besiegte diesmal den Weltmeister auch in theoretischer Hinsicht: Auch in den Eröffnungen war er mit wenigen Ausnahmen seinem Gegner überlegen.

Es wäre allerdings ungerecht, Ex-Weltmeister Karpow aufgrund seiner Niederlage nun abqualifizieren zu wollen. Anatoli Karpow bleibt nach *wie vor die unbestrittene Nummer* zwei in der Weltrangliste. Der Revanche-Wettkampf im nächsten Jahr wird schon deshalb besonders spannend werden, und mit großer Wahrscheinlichkeit werden Kasparow und Karpow auch den Titelkampf des Jahres 1988 bestreiten.

Für die westliche Öffentlichkeit könnten die Kämpfe um die Schach-Weltmeisterschaft deshalb viel an Interesse verlieren; schließlich werden sie wohl nunmehr recht lange eine ausschließliche Angelegenheit der sowjetischen Schachspieler bleiben.

t Dennoch sollte für unsere heranwachsende Generation Garri Kasparow mit seinem Kampfgeist, mit seinem gesunden, auf die Leistung gestützten Selbstvertrauen und nicht zuletzt wegen seines Fleißes – einer im westlichen Schach ziemlich seltenen *Eigenschaft – ein Vorbild sein.*

Einen Bauern geopfert, fünften Sieg erkämpft

Anatoli Karpow hätte die 24. und letzte Partie der Schach-Weltmeisterschaft von Moskau gewinnen müssen, um seinen Titel behalten zu können. Er verlor – wegen eines vielleicht entscheidenden taktischen Fehlers. Er kehrte zu seiner Lieblingseröffnung 1.e4 zurück. Und dabei zeigte sich noch einmal, daß komplizierte Positionen der sizilianischen Verteidigung nicht seinem Stil entsprechen. Seine Bilanz mit diesem System ist verheerend: zwei Niederlagen, kein Sieg.

Mit einem ausgezeichneten Bauernopfer im 26. Zug übernahm der neue Weltmeister Garri Kasparow die Initiative und erreichte den fünften Sieg und einen 13:11-Endstand aus den 24 Partien. Außer der letzten gewann Kasparow die erste, elfte, 16. und 19. Partie. Karpow war in der vierten und fünften Partie zweimal hintereinander erfolgreich und wahrte dann seine letzte Chance mit dem dritten Sieg im 22. Spiel.

Das ist die von WELT-Mitarbeiter Ludek Pachmann kommentierte Notation der letzten Partie (Weiß Karpow, Sizilianisch):

1.e4 c5, 2.Sf3 d6, 3.d4 cxd, 4.Sxd4 Sf6, 5.Sc3 a6, 6.Le2 e6, 7.0-0 Le7, 8.f4 0-0, 9.Kh1 Dc7, 10.a4 Sc6, 11.Le3 Te8, 12.Lf3 Tb8, 13.Dd2 Ld7, 14.Sb3 b6, 15.g4 ...

Bisher war der Verlauf der Partie identisch mit dem 18. Spiel. Nun wählt Karpow eine schärfere Fortsetzung als 15.Lf2, die ihm nach Lc8, 16.Lg3 Sd7, 17.Tae1 Lb7, 18.e5 nur einen geringen Raumvorteil, jedoch keine reelle Siegchance gebracht hatte.

15. ... Lc8, 16.g5 Sd7, 17.Df2 Lf8, 18.Lg2 ...

Diesen Aufbau wandte schon der ehemalige Weltmeister Aljechin sehr oft an. Sein Angriffsplan war dabei, den Turm über f3 nach h3 zu führen und im geeigneten Augenblick Dh4 zu spielen.

18. ... Lb7, 19.Tad1 g6, 20.Lc1 Tbc8, 21.Td3 Sb4, 22.Th3 Lg7, 23.Le3 ...

Karpow führt also den Turm nach h3. Im Prinzip der Plan von Aljechin, aber hier mit Zeitverlust verbunden. Natürlich muß Weiß den Punkt c3 nicht verteidigen, nach Lxc3?, 24.bxc3 Dxc3 würde 25.Ld4 Dxc2, 26.Txh7! sofort gewinnen.

23. ... Te7, 24.Kg1 Tce8, 25.Td1 ...

Und nun haben wir die Stellung, die Aljechin stets anstrebte: Beide weißen Türme stehen auf dem richtigen Platz. Inzwischen aber konnte Kasparow seine Figuren wirkungsvoll umgruppieren.

25. ... f5(!),

Jetzt ist klar, wie zweckmäßig die Aufstellung der schwarzen Türme auf e7 und e8 ist: Nach 26.exf5 exf5 wären alle scharzen Figuren aktiviert. Schwarz opfert mit seinem Zug gleichzeitig einen Bauern, übernimmt aber *sofort die Initiative.*

26.gxf e. p. Sxf6, 27.Tg3(!?) ...

Sofort 27.Lxb6 könnte mit Sg4, 28.Lxc7 Sxf2, 29.Kxf2 Txc7, 30.Txd6 Tf8 erwiedert werden – und Schwarz hat starkes Gegenspiel. Auf g3 steht jedoch der weiße Turm ziemlich ungünstig.

27. ... Tf7(!), 28.Lxb6 Db8, 29.Le3 Sh5, 30.Tg4 Sf6, 31.Th4 ...

Bei einem anderen Stand des Wettkampfes würde Karpow mit Sicherheit mit 31.Tg3 die Züge wiederholen, um ein Unentschieden zu erreichen. Er braucht aber einen Sieg, *um Weltmeister zu bleiben.* Deshalb käme die Wiederholung einer Kapitulation gleich.

31. ... g5(!), 32.fxg Sg4, 33.Dd2 Sxe3, 34.Dxe3 Sxc2, 35.Db6 ...

Falls Dh3 folgt ebenfalls sofort La8(!). Zum Beispiel: 36.Se2 Db6+, 37.Kh1 Se3.

35. ... La8(!),

Die Pointe des 31. Zuges. Auch nach dem Damentausch 36.Dxb8 Txb8 wäre Schwarz wegen der Abseitsposition des Turmes h4 im Vorteil. Zum Beispiel: 37.Td2? Se3, 38.Sd4 (38.Sc1 Lxc3, 39.bxc3 Tb1) Lxd4, 39.Txd4 Txb2, oder 37. Sc1 Txb2, 38.Th3 Tc7, 39.S1e2 Lc5 nebst Se3.

36.Txd6(?) ...

Verliert eine Figur ohne ausreichende Kompensation.

36. ... Tb7, 37.Dxa6 Txb3, 38.Txe6 Txb2, 39.Dc4 Kh8, 40.e5(?) ...

Auch sonst gab es hier keine Rettung mehr: Zwar hat Weiß drei Bauern für den Läufer, aber seine schwache Königsstellung muß bei der Aktivität schwarzer Figuren entscheiden.

40. ... Da7+, 41.Kh1 Lxg2+, 42. Kxg2 Sd4+ – Aufgegeben.

SPORT-NACHRICHTEN

Ewald bleibt Präsident

Berlin (dpa) – Manfred Ewald bleibt weiterhin Präsident des Nationalen Olympischen Komitees (NOK) der „DDR". Die Mitgliederversammlung des NOK bestätigte seine Präsidentschaft, um die es wegen einer Erkrankung Ewalds Spekulationen gegeben hatte.

Südafrika ausgeschlossen

London (sid) – Der Segelverband *Südafrikas ist ab sofort von allen* Welt- und Kontinentalmeisterschaften in den Olympischen Segelklassen ausgeschlossen. Das beschloß der Internationale Segelverband (IYRU) auf einer Sitzung in London. Die IYRU reagierte auf die Drohung vieler Verbände, die ihre finanzielle Unterstützung aufgrund der südafrikanischen Apartheid-Politik einstellen wollten.

Knappe Niederlage

Brüssel (sid) – Nach einer knappen 3:4-Finalniederlage gegen Frankreich belegte die Frauen-Mannschaft des Deutschen Judo-Bundes bei der Mannschafts-Europameisterschaft den zweiten Platz. Gabi Ritschel, Regina Siegmund (beide Rüsselsheim) und Petra Wahnsiedler (Frankfurt) erkämpften die drei Siege.

Connors sagte ab

London (sid) – Wegen einer Verletzung wird der Amerikaner Jimmy Connors nicht an dem mit 300 000 Dollar dotierten Grand-Prix-Tennis-Turnier in London teilnehmen. Er wird durch den Jugoslawen Slobodan Zivojinovic ersetzt, der an der Seite von Boris Becker (Leimen) auch im Doppel spielen wird.

Doppelter Erfolg

Saarbrücken (sid) – Der deutsche Tischtennis-Meister ATSV Saarbrükken hat mit seinen beiden Bundesligamannschaften jeweils das Halbfinale des Europapokals erreicht. Im Viertelfinale besiegten die Herren den schwedischen Meister VIF Söderham mit 5:2, die Frauen bezwangen den jugoslawischen Titelträger Mladost Zagreb mit 5:3. Zwei Überraschungen gab es im Pokalwettbewerb des Deutschen Tischtennis-Bundes: Der zweimalige Europacupsieger SSV Reutlingen schied mit 4:5 beim TTC Grenzau aus und der TTC Jülich scheiterte mit 4:5 am abstiegsgefährdeten TuS Vahr Bremen.

Boykott-Diskussion?

Hanoi (sid) – Die Sportminister der sozialistischen Länder werden vom 13. bis 15. November in der nordvietnamesischen Hauptstadt Hanoi eine Konferenz abhalten, deren Hauptthema das gemeinsame Vorgehen während der Olympischen Sommerspiele 1988 in Seoul ist. Es wird nicht ausgeschlossen, daß auch ein eventueller Boykott diskutiert wird.

Neue Ausländer-Regelung

Frankfurt (sid) – Eine neue Regelung des Startrechts für Ausländer wird am 1. Januar 1986 in der ersten und zweiten Ringer-Bundesliga in Kraft treten. Danach erhält jeder Verein nur noch drei Lizenzen für Ausländer und darf bei einem Mannschaftskampf nur noch einen statt bisher zwei Ausländer einsetzen. Der Präsident des Deutschen Ringerbundes (DRB), Hermann Schwindling, wurde bei seiner fünften Kandidatur erstmals ohne Gegenstimme für vier Jahre wiedergewählt.

24 Rowdys verhaftet

London (sid) – Nach Ausschreitungen während eines Fußballspiels der zweiten englischen Division zwischen dem FC Millwall und Leeds United wurden 24 Rowdys verhaftet.

Erste Niederlage

London (sid) – Am 16. Spieltag der ersten englischen Fußball-Division erlitt Tabellenführer Manchester United die erste Saisonniederlage. Manchester unterlag mit 0:1 beim Tabellendritten Sheffield Wednesday, führt aber *immer noch mit* 7 Punkten Vorsprung. Auch in der spanischen Meisterschaft mußte der Tabellenführer die erste Saisonniederlage hinnehmen. Real Madrid unterlag dem Meister FC Barcelona mit 0:2, wobei Bernd Schuster beide Tore vorbereitete.

Vier Weltrekorde

Monte Carlo (dpa) – Zwei bulgarische Gewichtheber stellten beim sechsten „World-Cup" in Monte Carlo vier Weltrekorde auf. Alexander Warbanov bewältigte im Stoßen des *Mittelgewichts das Gewicht von 212* kg, während Naim Schalamanov im Federgewicht drei von ihm selbst gehaltene Rekorde verbesserte. Seine Leistungen: 186 Kg im Stoßen, 145 Kg im Reißen und 330 Kg im Zweikampf.

RADSPORT

Olympiasieger Schmidtke nun völlig am Ende?

sid/dpa, **München**

Sein Abgang war deprimierend. Nur 23 Minuten lang hielt Fredy Schmidtke der Anstrengung stand, dann stieg er entnervt und atemlos vom Rad. Noch im letzten Sommer, nach dem Olympiasieg in Los Angeles, hatten sie ihn „Fast Fredy" genannt – jetzt konnte er beim Sechstagerennen in München nicht einmal mehr dem mäßigen Tempo von Amateuren folgen. Und das in einem Wettbewerb, der unter Radfahrern als Kirmesrennen bezeichnet wurde, seil er den meisten Fahrern nur zum Ausrollen diente. Allein „Fast Fredy" machte schlapp.

In den Katakomben der Münchner Olympiahalle scheint jetzt eine Karriere ihr endgültiges Ende gefunden zu haben, die im olympischen Velodrom von Los Angeles noch Anlaß zu großen Zukunftshoffnungen gab. Doch der Olympiasieger im 1000-m-Zeitfahren war offenbar bereits der Anfang vom Ende. Seitdem fährt Fredy Schmidtke seiner Vergangenheit hinterher. 1979 wurde er Doppel-Weltmeister der Junioren, 1982 Amateur-Weltmeister im 1000-m-Zeitfahren, 1984 in derselben Disziplin Olympiasieger. Seitdem stehen die Räder still. Im Juli wurde Schmidtke nur *Zehnter bei der deutschen Meisterschaft* in Mannheim, wurde für die Weltmeisterschaft im italienischen Bassano del Grappa erst gar nicht nominiert. Trotzdem hielten die verantwortlichen Trainer zu ihm, glaubten seinen Entschuldigungen und Beteuerungen.

Doch jetzt hat Schmidtke den Vertrauensvorschuß, den ihm vor allem Bundestrainer Udo Hempel und Heimtrainer Bohumil Pavlicek entgegengebracht hatten, verspielt. Die beiden Trainer hatten Pläne für ihn ausgearbeitet, ein Trainingslager in Spanien organisiert und wollten beim Münchner Sechstagerennen seine Frühform nach der ersten Aufbauphase überprüfen. Schmidtke hat sie enttäuscht. Nur aufgrund massiven Drucks der Verantwortlichen hat er sich überhaupt in München aufs Rad geschwungen, ein nicht zu übersehender Bauchansatz zeugte eher von spanischen Urlaubsfreuden denn von absolvierten Trainingseinheiten. Die Kritiker, die ihn schon im Juli in Mannheim als „Fat Fredy" bezeichnet hatten, sahen sich bestätigt. „Er möchte von der subjektiven Meinung her sicher noch einmal vorne mitfahren, aber er hat einfach nicht mehr den unbedingten inneren Willen, sich *dafür zu quälen*", *erklärte* Udo Hempel, der aus Schmidtkes blamabler Vorstellung die Konsequenzen zog und ihn endgültig aus dem Natio*nalkader ausschloß.*

15 Monate nach seinem Olympiasieg steht Fredy Schmidtke jetzt praktisch vor dem Nichts. Sein Sportgeschäft läuft nicht wie erhofft. Die Existenz, die er sich damit aufbauen wollte und in die er 300 000 Mark investiert hat, scheint ihn nicht er*nähren zu können. Seine Situation* spitzt sich zu, deshalb hält Udo Hempel ihm noch eine Hintertür offen: „Wenn wir ihn jetzt fallenlassen, wird er daran zerbrechen." Bei entsprechenden Leistungen will Hempel ihn wieder ins Nationalteam aufnehmen.

TURNEN / Weltmeisterschaften in Montreal

Präsident Titow befahl den sowjetischen Sieg

sid/dpa, **Montreal**

Ein neues Husarenstück des Moskauer Präsidenten des Internationa*len Turn-Verbandes* (FIG), Juri Titow, hat dazu beigetragen, daß die Sowjetunion mit vier Titelgewinnen in der Mannschaft und im Einzel-Mehrkampf schon vor Abschluß der Weltmeisterschaften als großer Sieger feststand. Wieder einmal befahl der Chef, und alle mußten parieren. Entgegen dem Reglement nominierte *er mit Elena Schuschunowa und* Oksana Omeljantschik zwei für das 36er Finale nicht qualifizierte sowjetische Turnerinnen. Beide setzten sich mit jeweils 78,663 Punkten nicht nur gegen die viermalige rumänische Olympiasiegerin Ecaterina Szabo (Fünfte mit 78,075) durch, sondern auch gegen die von Titow ungeliebte sowjetische Titelverteidigerin Natalia Jurtschenko (Sechste mit 77,875).

So wurde es eine gelungene Olympiarevanche der sowjetischen Kunstturn-Spezialisten. Sie gewannen nicht nur beide Mannschafts-Wettbewerbe – die Turner zum fünften, die Turnerinnen zum neunten Mal seit 1954 –, *sondern mit Juri Koroljew* anstelle des verletzten vielfachen Europa- und Weltmeisters Dimitri Bilosertschew auch den Mehrkampf-Titel bei den Herren.

Erst hatte Titow versucht, den schweren Autounfall von Bilosertschew zu verheimlichen. Der raste vor vier Wochen in Moskau mit drei weiteren Turnern im Auto gegen einen Baum, erlitt einen komplizierten Unterschenkelbruch und wird wahrscheinlich nach Paris zu einem dort lebenden sowjetischen Spezialisten geflogen, der das Bein retten soll. Dann legte Titow das Reglement nach seinem Willen aus. „Er hat uns im technischen Komitee einfach übergangen", sagte dessen Präsidentin Ellen Berger („DDR"), die vor allem die Art und Weise beklagte, mit *der sich „der Präsident einfach in* nationale wie in unsere TK-Angelegenheiten einmischte".

Titows Trick: Er erklärte die in der *Einzelwertung nach Mannschafts*pflicht und Kür an dritter und vierter Stelle liegenden Olga Mostepanowa und Irina Baraksanowa für verletzt und ließ sie durch Oksana Omeljantschik und Elena Schuschunowa ersetzen, die an sechster und siebter Stelle plaziert waren und damit eigentlich nicht qualifiziert gewesen sind.

„Wir haben uns von Titows Beschluß distanziert und nur im Interesse der Turnerinnen heute keinen Aufstand geprobt", sagte Ellen Berger nach einer einstündigen Krisensitzung. Trotzdem wird die „Einmischung des Präsidenten" (Ellen Berger) bei der nächsten Exekutivsitzung im März 1986 auf die Tagesordnung kommen. „Wir können uns nicht bieten lassen, daß uns der Präsident vorwirft, wir hätten die falschen *Listen aufgestellt", zeigten sich Ellen* Berger und ihre TK-Mitglieder verärgert. Denn: Titow hatte zuvor erklärt, daß die besten Turnerinnen der Welt zum 36er Finale zugelassen werden müßten. „Und wer die besten sind, entscheide ich."

Der frühere deutsche Weltmeister und jetzige internationale Kampfrichter Eberhard Gienger kritisierte: „Daß eine Turnnation wie China seine Pflicht morgens um zehn, der schärfste Konkurrent UdSSR aber erst um 21 Uhr absolvieren muß, kann niemanden befriedigen. Ich werde mich dafür einsetzen, die stärksten Riegen grundsätzlich abends zur Pflicht antreten zu lassen, um somit gleiche Bedingungen zu schaffen. Eine Aufteilung in A- und B-Weltmeisterschaften halte ich für *undurchführbar. Wer will schon eine* B-WM ausrichten?"

Bei allen Auseinandersetzungen blieb unbestritten, daß die Leistungen der Sowjets an den Geräten hervorragend waren. Der viermalige Welt- und Europameister Koroljew, als Landesmeisterschafts-Siebter nicht direkt für die WM-Riege qualifiziert, distanzierte mit 117,850:117,550 seinen Landsmann Wladimir Artemow und Sylvio Kroll aus der „DDR" *(117,300) und sorgte damit für den* vierten UdSSR-Doppelsieg seit 1954, 1958 und 1981. Die beiden Europameisterinnen Elena Schuschunowa und Oksana Omeljantschik verwiesen Dagmar Kerstin („DDR"/78,325) auf den dritten Platz. Die führende Rumänin Ecaterina Szabo büßte ihre Chance durch einen unfreiwilligen Abgang vom Schwebebalken ein.

Gienger: „Ein weiter Weg"

Eberhard Gienger sagte es, der ehemalige Weltmeister: „Mit einer derart guten Plazierung für unsere Männer habe ich selbst im Traum nicht gerechnet. Auch wenn ich stärker auf die Jugend gesetzt hätte: Der Erfolg hat dem scheidenden Cheftrainer Philipp Fürst recht gegeben. Die Leistungen der Mädchen sind im Rahmen der Erwartungen geblieben. Für die kommenden Jahre verspreche ich mir von ihnen einiges mehr."

Die deutschen Turner bereits in die Weltklasse einzureihen, wäre hingegen trügerisch. Gienger: „In Wahrheit ist es bis dahin noch ein weiter Weg. Man darf auch nicht übersehen, daß Nationen wie Kuba, Italien und Spanien uns nähergekommen sind."

Bei den Einzelentscheidungen hatten die Aktiven des Deutschen Turnerbundes (DTB) keine Chance. Im Achtkampf der Frauen wurde Anja Wilhelm 23., Alexandra Lang 35. vor Stefanie Tautz. Im Zwölfkampf der Männer gelang Bernhard Simmelbauer der 18., Andreas Japtok der 26. und Daniel Winkler der 30. Platz.

Die Bitte von Philipp Fürst um Entbindung vom Cheftrainer-Posten soll bei einer DTB-Sondersitzung behandelt werden. Der frühere finnische Meisterturner Mauro Nissinen (38) hat nach Gesprächen mit Bundessportwart Zacharias inzwischen sein Interesse bekundet.

VOLLEYBALL

HSV nervös, aber in Portugal doch noch erfolgreich

dpa/sid, **Hamburg**

In souveräner Manier haben sich Meister Hamburger SV sowie VBC Paderborn und VdS Berlin für die erste Hauptrunde im Volleyball-Europapokal der Herren qualifiziert. Im Pokal der Meister gewann der HSV auch das Rückspiel beim portugiesischen Titelträger SC Espinho. Dem 3:0 vom Hamburg folgte ein 3:1. Nach über zehnstündiger Anreise und einer Partie vor 12 000 Zuschauern war Trainer Zarzycki dennoch unzufrieden: „Meine Mannschaft war nervös und hat zu sehr auf Sicherheit gespielt."

Im CEV-Pokal (vergleichbar dem UEFA-Cup im Fußball) behielt Vize-Meister VBC Paderborn gegen die türkische Mannschaft Oyakr Reno Bursa vor 5000 Zuschauern kühlen Kopf und gewann nach dem 3:1 im Hinspiel diesmal 3:0. Bester Spieler war der aus Belgien zurückgekehrte Frank Winkler. VdS Berlin machte es *spannender: Das Treffen gegen Ha*poel Kyryat Ata (Israel) im CEV-Pokal endete wieder nur 3:2.

Damit stehen sieben deutsche *Mannschaften in den drei europäi*schen Pokal-Wettbewerben. Auf den HSV wartet mit Europacup-Verteidiger Santal Parma (Italien) eine ebenso schwierige Aufgabe wie auf Damen-Meister Augsburg mit „DDR"-Titelträger Dynamo Ost-Berlin. Neben den Herren aus Paderborn, Berlin und Leverkusen greifen bei den Damen noch Lohhof und Feuerbach in die Wettbewerbe ein.

BOXEN / 37 Jahre alter Hussing siegt weiter

Mutter sprang zu ihrem Sohn in den Ring...

dpa/sid/UPI, **Bochum**

Peter Hussing hat auch die letzte Probe vor den Deutschen Amateurbox-Meisterschaften vom 20. bis 23. November in Mainz bestanden. Der Superschwergewichtler sicherte sich in Bochum mit einem Abbruchsieg in der ersten Runde gegen Wolfgang Milling (Dormagen) die westdeutsche Meisterschaft.

„Mein junger Gegner war zu stürmisch", sagte Hussing, der wegen Erreichens der Altersgrenze von 37 Jahren mit Abschluß des Jahres die Amateurlaufbahn beenden muß. Nun will Hussing seinen 16. nationalen Einzeltitel gewinnen und ältester deutscher Amateurmeister werden.

Mittelgewichtsmeister der Profis wurde in Düsseldorf Graciano Rocchigiani. Der 21jährige Berliner gewann den vakanten Titel nach technischem K. o. in der dritten Runde über den Düsseldorfer Rüdiger Bitterling.

Doch die Voraussetzungen für diesen *Kampf warfen auf die Branche* kein gutes Licht. Meister Georg Steinherr (München) war als Folge einer Verurteilung durch ein ordentliches Gericht wegen einer Straftat der Titel aberkannt worden. Doch Europameister Georg Steinherr rangiert derzeit in der Weltrangliste des Halbmittelgewichts auf Platz neun – der 33jährige könnte somit sogar einen offiziellen WM-Kampf bestreiten. Steinherr wird am 30. November in Genf seinen EM-Titel gegen den Schweizer Scacchia verteidigen.

Die Profiboxer im Zwielicht: Die Mutter des Herausforderers Loris Stecca (Italien) sprang nach der sechsten Runde des Weltmeisterschaftskampfes im Superbantamgewicht in den Ring und verlangte den Abbruch. Titelverteidiger Victor Callejas (Puerto Rico) hatte in Rimini ihren Sohn mehrfach schwer getroffen. Der Ringarzt *stoppte schließlich den Kampf* nach der sechsten Runde; Callejas blieb Weltmeister. Bei Stecca stellten die Ärzte neben schweren Augenbrauenverletzungen einen Jochbeinbruch fest.

Der von seinem amerikanischen Landsmann Michael Spinks als Schwergewichts-Weltmeister (IBF-Version) entthronte Larry Holmes will seinen Titel zurückholen. Der 36jährige hat seinen Rücktritt zum zweiten Mal widerrufen und ist wieder auf *Platz eins der Weltrangliste* gesetzt worden. Spinks will seinen Titel aber zuerst gegen Gerry Cooney verteidigen, der nicht mehr in der Rangliste geführt wird. Würde Spinks das tun, würde ihm der Titel aberkannt werden.

Nur ein guter weißer Boxer könnte nach Ansicht von Ex-Weltmeister Muhammad Ali dem Profi-Boxen wieder zur Popularität verhelfen. Ali: „Als Schmeling boxte, waren alle Deutschen begeisterte Fans. Die Leute wollten ihren eigenen Champion sehen und sich mit ihm identifizieren. Doch derzeit sind fast alle Weltmeister und Herausforderer schwarz. Dabei sind die Weißen die reichen Leute und füllen die Arenen."

GOLF

Langer schwach, Europa unterlag im Finale den USA

dpa, **Kapalua/Hawaii**

Drei Tage lang sahen die Europa-Auswahl und ihr Kapitän Bernhard Langer (Anhausen) bei der ersten Team-Weltmeisterschaft wie die sicheren Sieger aus – dann wurden sie doch noch abgefangen. Den ersten Titel in diesem Prestigekampf der großen Golf-Blöcke der Welt und damit die durch sechs Mann geteilte Siegprämie von 300 000 Dollar sicherte sich in Kapalua auf Hawaii doch noch die USA, der mit 5:1 Einzelerfolgen (10:2 Punkte) *gegen Europa die* Revanche für die Vorrunden-Niederlage gelang. Auch Japan war in der Entscheidung beim 9:3 im Kampf um den dritten Platz der Kombination Australien/Neuseeland überlegen.

Das Pech der europäischen Mannschaft war es, daß nach drei großartigen Tagen auf dem 6200 Meter langen Kurs (par 72) das voraufgegangene 10:2 gegen die USA ebenso ersatzlos gestrichen wurde wie das 9:3 über Japan und das 6:6 gegen das Team vom fünften Kontinent. Im Finale gelang nur dem British Open-Sieger Sandy Lyle mit 64 Schlägen eine sehr gute Runde, mit der er sich auch die 50 000 Mark-Einzelprämie sicherte. Langer verlor mit mäßigen 73 Schlägen nicht nur gegen Lanny Wadkins (71), er verspielte damit auch nach Runden von zuvor 67, 67 und 65 Schlägen sein Einzelpreisgeld. Vor ihm landeten der Amerikaner Curtis Strange und gemeinsam mit dem Japaner Tateo Ozaki (beide 271) der Waliser Ian Woosnam.

Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . .

FUSSBALL

„DDR"-Oberliga, 10. Spieltag: Karl-Marx-Stadt – Aue 3:2, Magdeburg – UnionBerlin 2:1, Rostock – Riesa 2:1, Lok Leipzig – Jena 2:0, Dresden – Frankfurt 1:1, Dynamo Berlin – Zwikkau 4:1, Brandenburg – Erfurt 2:0. – Tabellenspitze: 1. Dynamo Berlin 17:3, 2. Dresden 15:5, 3. Jena 12:8, 4. Brandenburg 11:9. – **Erste englische Division,** 16. Spieltag: Birmingham – Newcastle 0:0, Chelsea – Nottingham 4:2, Coventry – Liverpool 0:3, Everton – Arsenal 6:1, Leicester – Southampton 2:2, Manchester City – Ipswich 1:1, Oxford – West Ham 1:2, Sheffield – Manchester United 1:0, Tottenham – Luton 1:3, Watford – Aston 1:1, Bromwich – Queens Park 0:1. – Tabellenspitze: 1. Manchester United 35:7 Tore/41 Punkte, 2. Liverpool 35:16/34, 3. Sheffield 25:23/31, 4. Chelsea 25:17/30. – **Amateur-Länderspiel:** Niederrhein – Baden 5:2, Württemberg- Rheinland 1:4, Württemberg – Baden 0:2, Niederrhein – Rheinland 1:0. – Bei Punkt- und Torgleichheit entschied der direkte Vergleich (1:0) für den Niederrhein gegenüber dem Rheinland. – Niederrhein für die Endrunde qualifiziert. – Südbaden – Saarland 1:3, Hamburg – Westfalen 1:3, Südbaden – Westfalen 0:0, Hamburg – Saarland 4:0. – Westfalen für die Endrunde qualifiziert. – Bremen – Bayern 0:4, Berlin – Hessen 2:2, Bremen – Hessen 0:2, Berlin – Bayern 0:1. – Hessen für die Endrunde qualifiziert.

HANDBALL

Bundesliga, Männer, 9. Spieltag: Weiche-Handewitt – Günzburg 25:19. – **Frauen,** 5. Spieltag: Leverkusen – Auerbach 23:17, Nürnberg – Hannover 22:14, Lützellinden – Oldenburg 22:20.

BASKETBALL

Bundesliga, Herren, 11. Spieltag: Gießen – Osnabrück 74:71, Bayreuth – Langen 97:64, Charlottenburg – TSV Hagen 104:88, SSV Hagen – Göttingen 88:75, Oldenburg – Köln 73:93, Leverkusen – Bamberg 90/70. – **Damen,** 8. Spieltag: Porz/Hennef – Osterfeld 56:77, Leverkusen – München 46:71, Düsseldorf – Köln 94:62, Heidenheim – Barmen 61:89.

EISHOCKEY

Bundesliga, 14. Spieltag: Iserlohn – Schwenningen 2:1, Landshut – Kaufbeuren 3:3, Köln – Düsseldorf 5:7, Rießersee – Rosenheim 2:7, Bayreuth – Mannheim 6:8.

RINGEN

Bundesliga, 13. Kampftag, Gruppe West: Goldbach – Köllerbach 30,5:8,5, Aldenhoven – Witten 10:28,5, Bonn-Duisdorf – Mömbris-Königshofen 19,5:19,5, Schifferstadt – Aschaffenburg-Damm 27,5:11,5. – Gruppe Süd: Bad Reichenhall – Wiesental 1,5:36,5, Freiburg-St. Georgen – Aalen 18,5:20, Urloffen – Freiburg-Haslach 20:18, Reilingen – Nürnberg 21:17.

TISCHTENNIS

DTTB-Pokal, Herren, 1. Hauptrunde: Heusenstamm – Altena 1:5, Grenzau – Reutlingen 5:4. – Viertelfinale: Bremen – Jülich 5:4. – **Europapokal,** Herren, Viertelfinale: Saarbrücken – Söderhamn (Schweden) 5:2. – **ETTU-Pokal,** Herren, Achtelfinale: Steinhagen – Nizza 4:5. – **Damen:** Saarbrücken – Zagreb 5:3 (damit beide Mannschaften im Halbfinale).

VOLLEYBALL

Bundesliga, Damen: Münster – Lohhof 3:2, Oythe – Lohhof 0:3, Stuttgart – Rüsselsheim 0:3, Berlin – Ettlingen 3:1, Augsburg – Feuerbach 3:2. – **Qualifikation für CEV-Pokal,** erste Runde, Rückspiel: Berlin – Hapoel Kiryat Ata (Israel) 3:2 (Hinspiel 3:2, damit Berlin für die erste Runde qualifiziert), Bursa (Türkei) – Paderborn 0:3 (Hinspiel 1:3, damit Paderborn in der 1. Runde).

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in Stockholm, Halbfinale: McEnroe (USA) – Edberg (Schweden) 6:3, 7:6, Jarryd – Nystroem (beide Schweden) 6:3, 7:6. – Finale: McEnroe – Jarryd 6:1, 6:2. – Doppel: Forget/Gomez (Frankreich/Ecuador) – Casal/Sanchez (Spanien) 7:6, 6:3, Depalmer/Donelly (USA) – Edberg/Jarryd 6:4, 3:6, 7:6.

JUDO

Mannschafts-EM, Damen in Brüssel, Finale: Deutschland – Frankreich 3:4; bis 48 kg: Friedrich unterl. Colignon; bis 52 kg: Börner unterl. Doyer; bis 56 kg: Philips unterl. Rodriguez; bis 61 kg: Ritschel schlägt Geraud; bis 66 kg: Wahnsiedler schlägt Deydier; bis 72 kg: Claßen unterl. Lupino; über 72 kg: Sigmund schlägt Raque.

BOXEN

Internationaler Berufsbox-Kampftag in Düsseldorf: Schwer: Claßen (Deutschland) PS – Radanovic (Jugoslawien); Super-Welter: Heiber (Deutschland) PS – Decaestecker (Belgien, DM im Mittel: G. Rocchigiani (Düsseldorf) t.K.o. 3. Rd. – Bitterling (Düsseldorf); Halbschwer: Jassmann (Korbach) PS – Yildirim (Berlin).

TURNEN

23. Kunstturn-WM in Montreal, olympischer Zwölfkampf, Herren: 1. Koroljew 117,850 Punkte, 2. Artemow (beide UdSSR) 117,550, 3. Kroll („DDR") 117,300, 4. Zhiqiang 117,250, 5. Ning (beide China) 117,175, 6. Mogilnyi (UdSSR) 117,100, ...18. Simmelbauer 114,425, ...26. Japtok 113,500, ...30. Winkler (alle Deutschland) 112,950. – **Achtkampf,** Damen, Endstand: 1. Schuschunowa und Omeljantschik (beide UdSSR) 78,663 Punkte, 3. Kersten („DDR") 78,325, ...23. Wilhelm 75,725, ...35. Lang 74,075, 36. Tautz (alle Deutschland) 73,550.

GOLF

1. Mannschafts-Weltcup in Kapalua/Hawai, Finale: USA – Europa 10:2. – Einzel: Wadkins – Langer (Deutschland) 71:73 Schläge, Pavin – Torrance (Schottland) 71:74, Strange – Woosnam (Wales), O'Heara – Lyle (Schottland) 69:64, Floyd – Brand jr. (Schottland) 71:72, Peete – Clark (England) 68:72. – *Spiel um Platz drei: Japan – Australien/Neuseeland 9:3.*

REITEN

CSI in Paderborn, Springprüfung Klasse S: 1. Fuchs (Schweiz) Safety X 0 fehler/31,46 Sek., 2. Frühmann (Österreich) Miß G. 0/32,08, 3. Gillespie (England) Lucky 0/42,71, 4. Genn (Deutschland) Idalgo 8/32,44, alle im zweiten Stechen.

GALOPP

Rennen in Krefeld: 1. R.: 1. Neigo (Frl. S. Wirt), 2. Don Diego, 3. Ticklish Lady, Toto: 36/13, 18, 22, ZW: 140, DW: 1432, 2. R.: 1. Preußenkrone (Frl. V. Furler), 2. Banderio, 3. Santiago, Toto: 28/14, 22, 30, ZW: 196, DW: 1536, 3. [illegible] La Gioconda (Chr. Gräfin v. Kageneck), 2. Asmodi, 3. Aliseda, Toto: 84/22, 17, 26, ZW: 716, DW: 6892, 4. R.: 1. Nimara (Frl. P. Faulstich), 2. Shardik, 3. Lycosa, Toto: 524/66, 14, 19, ZW: 1736, DW: 22 088, 5. R.: 1. Ocotal (A. Tylicki), 2. Shelby, 3. Sinfonie, Toto: 14/12, 15, 28, ZW: 64, DW: 704, 6. R.: 1. Filou Dancer's (Frl. M. Blasczyk), 2. Birko, 3. Prospekt, Toto: 100/17, 14, 13, ZW: 236, DW: 988, 7. R.: 1. Galahad (St. Wegner), 2. Around, 3. Fernandel, Toto: 68/18, 14, 13, ZW: 440, DW: 1700, 8. R.: 1. Apatchi (Frl. G. Germann), 2. Nigritto, 3. Obelix, Toto: 428/78, 16, 26, ZW: 3032, DW: 28 768, 9. R.: 1. Windfalke (M. Hofer), 2. Santa Daisy, 3. Anemone, Toto: 20/12, 50, 22, ZW: 346, DW: 1716, 10. R.: 1. Rhianos (J. Piontek), 2. Die Vogelwelt, 3. Grand Latour, Toto: 52/20, 20, 22, ZW: 436, DW: 2972.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 3, 14, 19, 20, 36, 46, Zusatzzahl: 24. – **Spiel 77:** 0 7 8 1 4 1 9. – **Toto, Elferwette:** 2, 1, 1, 1, 1, 2, 1, 1, 0, 2, 1. – **Rennquintett:** Rennen A: 4, 3, 11. – Rennen B: 23, 22, 25. – **Glücksspirale:** Endziffern: 1, 02, 190, 3156, 49363, 095123. – Los-Nummer: 3493922, 5401587, 8222609. – Prämienziehung: 215387, 685507, 304433. (Ohne Gewähr).

Pankraz, die Askese und der junge Törless

Ziemlich donnernd, nämlich unter dem Titel „Der asketische Imperativ", kommt das neue Heft der „herder-initiative" daher. Genauere Beschäftigung mit dem Produkt aus dem Hause Kaltenbrunner bringt freilich an den Tag, daß wir es eher mit einem Lexikon denn mit einer Kadettenanstalt, eher mit einem hübschen Kramladen denn mit einem finsteren Zuchthaus zu tun haben. Diverse Autoren teilen mit, was es alles zum Komplex „Askese" zu sagen gibt, und ihre Palette reicht von den christlichen Säulenheiligen bis zu Boris Becker, von den Schimpansen der Primatenstation auf Teneriffa bis zum Bundespräsidialamt in Bonn.

Die Askese, so lernen wir, gehört zum menschlichen Leben wie Essen und Trinken. Sie ist kein Sollen, sondern ein Sein. Wo man auch hinkommt, immer trifft man auf einen, der sich (scheinbar) für nichts und wieder nichts „abrackert", der sich in Konsumverzicht oder Triebunterdrückung übt, der einen „Hiatus" aufreißt zwischen Begehren *und Wunscherfüllung*. Nicht *die* „Selbstverwirklichung", sondern die Selbstbeherrschung ist das Normale. Eine Gesellschaft, die nur noch *die* „Selbstverwirklichung" hochleben läßt und die Selbstbeherrschung für überflüssig erklärt, sie gar verketzert oder lächerlich macht, ist krank und letztlich zum Untergang verurteilt.

Insofern markierte die aus marxistischen und freudianischen Quellen gespeiste Kulturrevolution der sechziger Jahre keinen Aufbruch zu neuen Ufern, sondern eine Dekadenz, einen Verfallsprozeß, der im Sozialkörper tiefe Wunden geschlagen hat. Einer der Aufsätze in der neuen „herder-initiative", der des Freiburger Philosophen und Mythenforschers Franz Vonessen, meint sogar, die Wunden seien unheilbar und der letale Ausgang vorprogrammiert. Die übrigen sehen glücklicherweise noch Chancen und versuchen, das Glied wiedereinzurenken, indem sie zeitgenössische Strategien der Selbstbeherrschung entwerfen.

So etwas kann heute nur auf ein Training für Führungskräfte hinauslaufen. Das hedonistische Credo der Kulturrevolution ist ja bis tief nach unten durchgetropft, die Massen haben es nur allzu gern aufgenommen. „Selbstverwirklichung" ist eine Angelegenheit für Hinz und Kunz geworden. Die Mär, daß Triebverzicht bloße Verinnerlichung kapitalistischer Ausbeutung sei und daß es deshalb darauf ankomme, nicht länger zu warten und jetzt und hier „sofort alles" zu fordern, hat sich wie Rost im allgemeinen Bewußtsein festgesetzt. Um das zu korrigieren, bedarf es neuer Leitfiguren, die vom Ethos der Selbstbeherrschung geprägt sind und dies auch vorzuleben wissen.

Pankraz fragt sich allerdings, ob dabei das Reden von einem „*asketischen Imperativ" in* irgendeiner Form hilfreich sein kann. Zwar heißt „Askese" im ursprünglichen Wortsinn nichts weiter als „*Übung*", „*Training*", aber der Begriff ist durch die Exzesse der christlichen und buddhistischen Säulenheiligen und Fakire seit langem doch allzu negativ besetzt; man assoziiert mit ihm Abtötung, Selbstgeißelung, extreme Aussteigerei – Praktiken also, die höchstens für das individuelle Seelenheil einiger weniger belangvoll sind, niemals aber für eine Führungselite oder für eine Gesellschaft insgesamt.

Nicht auf lebensfeindliche Exerzitien kommt es an, sondern im Gegenteil auf die Einübung höchster Lebendigkeit, auf promptes und genaues Reagieren angesichts schwieriger Situationen, auf Entschlossenheit und Mut, aber auch auf die Kunst des Abwartens und Geduldhabens, des Überzeugens und Sich-Durchsetzens, kurzum, auf den kompletten Kanon dessen, was man völlig zu Recht „Führungsqualitäten" nennt. Daß diese nicht ohne ein gerütteltes Maß an Selbstbeherrschung zu haben sind, ja, daß die Selbstbeherrschung der Urquell und die notwendige Voraussetzung aller Führungsqualitäten ist, steht auf einem anderen Blatt.

Jede Form von Erziehung, die sich ernst nimmt, kreist jedenfalls ganz entscheidend um das Problem der Selbstbeherrschung. Der Lernprozeß ist an sich schon ein Training in Selbstbeherrschung. Man speichert eine Menge Fakten, die man nicht unmittelbar, sondern – vielleicht – später einmal im Leben „anwenden" kann. Nicht anders steht es mit der sogenannten Sozialisation: Wer zum Mitglied der Gemeinschaft werden will, der *muß* Rücksicht auf den anderen und auf das Ganze nehmen, d. h. er muß lernen, seine Triebe zu kontrollieren und die dadurch möglicherweise eintretenden inneren Verspannungen auszuhalten.

Je anspruchsvoller die Erziehung, umso härter das Selbstbeherrschungs-Training, bis hin zu jenen oft geradezu erbarmungslosen Abhärtungs-Ritualen in Eliteschulen vom Schlage Etons, Rugbys oder Schulpfortas. Das Ethos solcher Schulen wird heute meist nur noch durch das Okular einer prononcierten Anti-Literatur wahrgenommen, die – siehe Robert Musils „Junger Törless" oder Thomas Hughes' „Tom Brown's Schooldays" – die hohen psychologischen Kosten bei den Zöglingen bejammert und polemisch von „Herrschaftsschulen" spricht, in denen sich die Grausamkeit der Herrschenden gegenüber den von ihnen Beherrschten abbilde.

Was dabei geflissentlich übersehen wird: Die Zöglinge sind ja selber die (künftigen) Herrscher. Herrschaft bedeutet in der Optik der Eliteschulen also in buchstäblich erster Linie Sich-selbst-Beherrschen, und es sind demnach gerade die Unbeherrschten (oder genauer: diejenigen, die sich nicht selbst beherrschen können), die beherrscht werden müssen.

Diese schöne Paradoxie, von dem mutlosen Franz Vonessen in seinem *Aufsatz in der „herder-initiative"* vorgeführt, widerlegt nach Pankraz Meinung ganze Bibliotheken mit neumodischer Permissiv-Pädagogik. *Denn von hier aus bis zu der* Einsicht, daß Herrschaft minimiert werden kann, wenn sich die Menschen nur selbst beherrschen lernen, *ist* es *nur noch ein kleiner* Schritt.

Pankraz

Hürlimanns „Stichtag" am Schauspielhaus Zürich

Da gackern die Hühner

Nun hat das Schauspielhaus Zürich den in der vergangenen Saison in Stuttgart und Düsseldorf simultan durchgefallenen „Stichtag", das zweite Theaterstück des nicht mehr ganz so jungen Schweizers Thomas Hürlimann, herausgebracht. Angeblich handelt es sich nach Zusammenarbeit *mit* dem Regisseur Matthias Langhoff um eine stark veränderte Version, also um eine „heimliche Uraufführung". Der Vergleich der Texte stützt diese Behauptung nicht.

Worum geht es? Der Besitzer einer Hühnerfarm erkrankt an Krebs. Durch die langwierige Behandlung, die Unsummen verschlingt, geht sein Unternehmen pleite. Die ihn liebende Frau muß es Stück für Stück verkaufen, wofür sie heftige Vorwürfe, ja Verwünschungen über sich ergehen lassen muß. Zum Schluß eine Art Wiederauferstehung sowohl des Mannes als auch der Frau unter einer Dusche, wo sie beide gewissermaßen symbolisch – versteht sich – reingewaschen werden. Das alles wird in salopper *Umgangssprache, teils* in Prosa – einiges davon sehr schön, vieles eher banal – vorgetragen. Aber auf das Stück kommt es ja gar nicht an, nur auf den *Regisseur Matthias Langhoff*, der einen wahren Zirkus veranstaltet.

Zuerst einmal legt er einen Laufsteg von der Bühne quer durch den Zuschauerraum. Der Grund: Dieses Stück habe keinen „Ausgang", also dürfe es keinen Ausgang von der Bühne aus geben. Die Bühne selbst ist heillos verbaut. Sie besteht im wesentlichen aus einer Schräge, auf der der Patient herumkrabbeln muß.

Langhoff inszeniert nicht das Stück, das in bescheidenem Rahmen hätte ablaufen können, sondern sich selbst. Er läßt die Schauspieler teils auf dem fatalen Steg, teils auf der Bühne herumhuschen. Sie müssen fast ständig sich und eine völlig überflüssige überlaute Musik überschreien, was selten gelingt. Alle sind auf einen Ton getrimmt. Kaum einer darf einen natürlichen Ton von sich geben. Eine Lichtreklame die ständig aufleuchtet, Hühner elektrisch beleuchtet zeigend, um dann, wie eben Lichtreklamen es tun, wieder zu verlöschen, bringt überflüssige Unruhe indas Geschehen, ohne etwas zu bewirken.

Norbert Schuwientek, der den Krebskranken spielt, bietet, wann immer die Regie es zuläßt, eine sehr interessante Leistung. Babett Arens, die schuldlos-schuldige Frau, muß stets schreien, muß ihre Beichte, warum sie den Laden verkauft hat, mit gesenktem Gesicht, so daß man um Gottes Willen keine Bewegung erkennt, im Rekordtempo herunterhaspeln, was alles schwer verständlich macht. Das ist gewiß eine sportliche, keine schauspielerische Leistung, und wird als solche spontan beklatscht. *Später muß sie sich bis* auf die rote Reizwäsche ausziehen, ohne jeden Grund, zuletzt auch diese abstreifen. Sie kann es sich leisten. Aber warum?

Hühner gackern, der sterbende Held grölt glücklich Kikeriki. Das alles ist ebenso peinlich wie überflüssig. Der Rest ist Langeweile. Trotzdem: Beifallsstürme nach Ende der zähen pausenlosen zwei Stunden.

CURT RIESS

Mit dem Pinsel statt mit dem Stift: Die „Dritte Internationale Triennale der Zeichnung" in Nürnberg

Wie ein Fels taucht der Leviathan auf

Was ist eine Zeichnung? Die Antwort, die die „3. Internationale Triennale der Zeichnung" in Nürnberg (in der Kunsthalle, der Norishalle und im Germanischen Nationalmuseum) gibt, heißt: Alles, was nicht Gemälde, nicht Druckgraphik oder Plastik ist. Das ist eine höchst unbefriedigende Definition, wie die ganze Ausstellung höchst unbefriedigend ist.

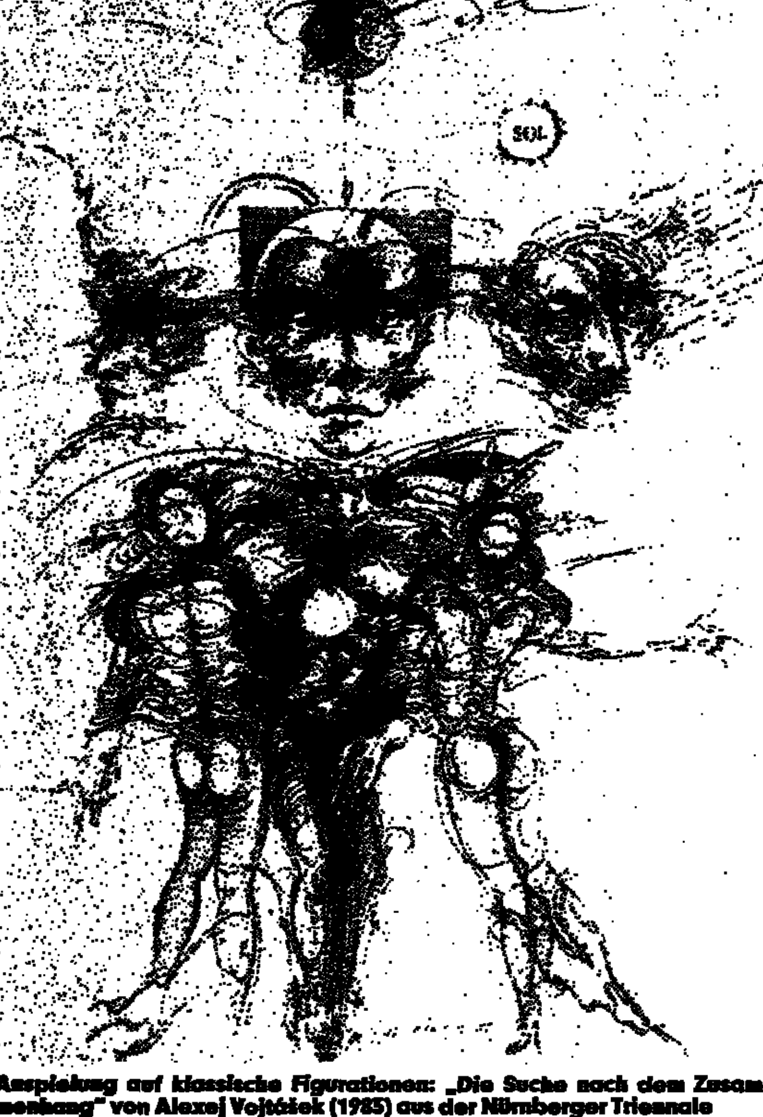
Man findet in Nürnberg vereint, was der Kunsthandel gern als „Arbeiten auf Papier" bezeichnet. Erinnerungen an die Zeichnungen alter Meister – was in der Dürer-Stadt naheliegen könnte – sind da nicht angebracht. Zum Silberstift greift keiner der Künstler, und selbst der Bleistift ist ein rares Werkzeug. Nicht zufällig läßt sich einer dieser Artisten im Katalog mit einem breiten Pinsel in der Hand abbilden.

Während sich die beiden vorhergehenden Veranstaltungen 1979 und 1982 noch „Jugend-Triennalen" nannten, hat man jetzt auf diese Einschränkung im Titel verzichtet. Aber nur im Titel, denn das Alterslimit von 35 Jahren wurde beibehalten. Die Begleitausstellung, bisher jeweils vier „Meistern der Zeichnung" vorbehalten, beschränkt sich diesmal auf „Bildhauerzeichnungen". Dazu wurden Magdalena Abakanowicz aus Warschau, Eduardo Chillida aus San Sebastian, Richard Serra aus New York und Jean Tinguely aus Neyruz eingeladen. In dieser Auswahl deuten sich die Möglichkeiten und Grenzen des Genres recht drastisch durch die Gegenüberstellung von plastischem Werk und Zeichnung an.

Bei Tinguely ist noch eine Beziehung zu seiner polternden Maschine „Hannibal II" (1967) gegeben. Es sind Blätter mit Skizzen, Ideen-Notaten und technischen Angaben, aber auch mit spielerischen Verfremdungen, wenn dem Zeichner einmal das technisch Mögliche entgleitet. Diese Entwürfe gewinnen kein Eigenleben unabhängig von den Kunstmaschinen.

Bei Chillida lenken die Zeichnungen von Akten und Händen in sehr karger Linienführung zu den Halbbögen über, die ein Charakteristikum seiner Plastiken sind. Bei Magdalena Abakanowicz vermitteln die aus dicht übereinanderliegenden kreisenden Linien gezeichneten Körper und Köpfe nur dieselbe Atmosphäre der Bedrückung wie ihre in Jute abgeformten Gesichter und Körper, die, *im Detail zwar unterschiedlich*, stets als eine scheinbar monotone Gruppe auftreten. Und Richard Serra steuert als „Zeichnungen" zwei metergroße Bögen bei, die *bis auf* eine Ecke oder den unteren Rand mit Ölkreide gleichmäßig geschwärzt werden.

In diese Fußstapfen – oder sind es *die von Ad Reinhardt?* – tritt der Schweizer Stéphane Brunner. Auch er hat drei Bögen, 140 x 150 cm groß, mit Tusche schwarz eingefärbt und *durch Schablonen oder Unterlagen* ein wenig strukturiert. Das ist alles. Das soll eine Zeichnung sein?



Anspielung auf klassische Figurationen: „Die Suche nach dem Zusammenhang" von Alexej Vojtášek (1985) aus der Nürnberger Triennale
FOTO: KATALOG

Aber Brunner ist nicht der einzige, der beim Betrachter Zweifel auslöst. Seine Landsmännin Barbara Hee setzt auf ein 74 x 111 cm großes Blatt mit schwarzer Ölfarbe einen dicken und einen dünnen Winkel sowie eine Ellipse, die jeweils die Enden der Schenkel berührt. „Gesänge an den *toten Tiger*" wurde es betitelt. Und da hängt es nun an der Wand und wartet auf Interpreten, die darin Kunst, Schönheit oder einen Sinn zu erkennen vermögen. Demgegenüber wirken die doppelt so großen Papierbahnen, denen die Münchnerin Regine von Chossy – in mühsamer Kleinarbeit *vermutlich* – *mit Kohle*, Kreide und Graphit zu ausgefransten großen schwarzen Flecken verhalf, wenigstens noch dekorativ. Trotzdem *drängt sich bei dieser Triennale der* Eindruck auf, daß viele der Künstler zwar nichts zu sagen haben, das aber laut auf Quadratmetern von Papier *herausschreien*.

Der Mangel an Maßstäben und an den einfachsten handwerklichen Techniken ist nicht zu übersehen. Vieles von dem, was hier als fertiges Kunstwerk vorgeführt wird, galt einst am Bauhaus im Vorkurs nur als Fingerübung. Es wäre sicherlich zu viel verlangt, hier lauter künftige Dürers oder Goyas entdecken zu wollen, aber warum findet sich nicht wenigstens *die Andeutung eines Schiele, der ja* nicht einmal das Alter erreichte, das viele hier schon überschritten haben, oder eines Doré, jenes genialischen Autodidakten – und Eklektizisten – der Zeichenkunst?

Ein wenig Akademismus, das pedantische Abzeichnen von Gipsköpfen und Akten, könnte weiß Gott nicht schaden. Das zeigen die Beiträge der osteuropäischen Staaten, die Clownszenen mit ihrer Mischung aus realistischen Details und verlaufend aquarellierten Randfiguren von Hana Cápová aus Prag etwa oder die aus schwungvollen Linien aufgebauten Figuren und Gesichter mit klassischen Anspielungen und Zitaten alter Meister von Alexej Vojtášek aus Preßburg.

Akademisches auch bei den Ungarn. Eva Sebök läßt ihren „Leviathan" in feinem Blei wie einen Fels aus dem Meer emportauchen. Sándor Ruttkay deutet mit einem Gespinst von blauen und roten Kugelschreiberlinien (akzentuiert durch knallrote Tusche) einen verhängnisvollen „Unfall" an. Bei Peter Balázs Kovács schließlich entstehen aus einem Gewirr von farbigen Strichen auf kariertem Papier eigenartige Gesichter.

Daß der Akademismus natürlich auch zum realistischen Kitsch führen kann, demonstriert Sergej Prisekin aus Moskau mit dem Triptychon „Menschen der Kriegsjahre". Nicht zufällig greift er dabei – wie seine westlichen Koproduzenten des abstrakten Kitsches – zum Riesenformat von jeweils 150 x 260 cm.

Brasilien deutet mit seinen Beispielen – den grotesken Überzeichnungen alltäglicher Situationen mit bunten Stiften von dem Autodidakten Hildebrando de Castro oder den dichten Kugelschreiberzeichnungen von Mario Zavagli mit ihren assoziativ verbundenen realistischen Szenen – an, daß die Illustration für Bücher und vor allem für Zeitschriften ein wichtiges Feld der Zeichenkunst sein kann. Die europäischen Kommissare, die jeweils einen Länderbeitrag auszuwählen hatten, verschmähen es jedoch, die – gern als kommerziell beiseite geschobene – Gebrauchsgraphik eines Blickes zu würdigen.

Stattdessen präsentieren sie Männer und Frauen, die aus Angst vor dem Epigonentum jegliches Vorbild zu verschmähen scheinen. Die Folge ist eine Novitätssucht, die sich mit formalen Gags begnügt, statt auf Bilder mit neuen Ideen – mögen sie sich dazu auch traditioneller Mittel bedienen – zu zielen. Einen Rembrandt oder einen Kubin nachzuzeichnen oder aus ihrem Stil und ihrem Geist neue Bilder zu erfinden, traut man sich offenbar nicht mehr zu. Dabei wäre das immerhin ein erster Schritt zum eigenen Bild mit eigenen Mitteln aus eigenem Geist. (Bis 16. Febr.; Katalog, 2 Bd., 35 Mark.)

PETER DITTMAR

Paris zeigt Victor Hugo als Dichter und als Maler

Hell-Dunkel, dämonisch

Es war am 1. Juni 1885. Der mächtige Katafalk mit dem Sarg Victor Hugos berührt fast die Kassettendekke des Triumphbogens. Hunderttausende begleiten anschließend den Leichenzug Hugos durch Paris zur Beisetzung im Pantheon. Das sind Bilder, die eindrucksvoll bezeugen, welche bedeutende Rolle Victor Hugo im öffentlichen Leben Frankreichs und in der Vorstellungswelt der Franzosen gespielt hat.

Im 100. Todesjahr ist der „Institution" Victor Hugo nun eine umfangreiche Ausstellung im Pariser Grand Palais gewidmet, die mit fast tausend Exponaten in wahrhaft enzyklopädischer Breite das Leben und Nachleben dieses politischen Dichters dokumentiert. Das reicht von der ersten Erwähnung des gerade 20jährigen in einem „Lexikon der Jugend" bis zu seinem Konterfei auf den Geldscheinen und Briefmarken unserer Tage.

„Ich allein bin eine Zukunft für einen Buchhändler", hatte Hugo schon 1854 prophezeit. Er sollte damit recht behalten. Nach Balzac ist er noch immer der meistverlegte und -verkaufte Autor in Frankreich.

Eindrucksvoll wird gezeigt, wie sich aus dem vielfältigen Œuvre Hugos mit der Zeit einzelne Bilder herauslösten, sich verselbständigten und zu Klischees verfestigten. So erscheint Victor Hugo als der intellektuelle Übermensch, dessen Genialität vor allem in der von der Karikatur noch überhöhten Stirn zum Ausdruck kommt. Auch sah man in ihm den inspirierten romantischen Dichter par excellence, wie er, umstrahlt wie von einem Heiligenschein, auf einem Felsen seines Exils in Jersey steht – ein Sehender am Rand der Unendlichkeit. Anschaulich zeigt die Ausstellung, wie das Hugo-Bild in der Exilzeit nach 1851 allmählich sich dem Großvatertyp nähert. Als Hugo sich 1861 den weißen Bart wachsen ließ, wurde er ein Idol auch für kleine Leute, „halb Moses und halb Weihnachtsmann".

Dem so facettenreichen medialen Kunstprodukt Hugo steht im Obergeschoß der Ausstellung ein Rückblick *auf die richtungsweisenden Inszenierungen* seiner Dramen gegenüber. Bühnenskizzen, Szenenfotos und Kostüme von Aufführungen des „Hernani" und anderen Stücken Hugos dokumentieren zugleich mehr als hundert Jahre Pariser Theatergeschichte.

Überreich sind die Illustrationen zu Hugos Romanen mit ihren berühmten Figuren wie Gavroche, Cosette, Esmeralda oder Quasimodo zusammengetragen worden. Und auf weichen Polstern ausruhend kann man Hugos Einfluß auf die Musik – von Donizettis „Lucrezia Borgia" bis zu den Chansons von Georges Brassens – lauschen. Zum Nachlesen und Vertiefen bietet der Katalog mit seinen 3,8 Kilo Gewicht eine nahezu unerschöpfliche Quelle.

Nur drei Schritte entfernt zeigt das Petit Palais ein Juwel: Die Manuskripte und die Skizzen, die Hugo auf seinen Reisen an den Rhein, in die Pyrenäen und anderswo anfertigte. Es sind wunderbare Tuschezeichnungen mit dämonischen Hell-Dunkel-Effekten oder bissige Karikaturen von Advokaten und Nonnen, von Militärs und Politikern. Dieser weitgehend unbekannte Hugo erscheint moderner und uns in vielem näher als der Dichter des 19. Jahrhunderts. („La gloire de Victor Hugo": bis 6. Jan. '86, Kataloge 250 Franc, kleiner Führer 5 Franc. „Soleil d'encre": bis 5. Jan.; Katalog 140 Franc, kleiner Führer 8 Franc.)

MICHAEL SIEBERT



„Außerdem ist er der düsterste aller ernsten Männer": Hugo-Karikatur von Daumier (1849)
FOTO: KATALOG

Gasteig-Eröffnung mit dem Bundespräsidenten

Ein Herz für München

Gegen Novembertrübsal und Regenschauer feiert selbst ein Festakt nur ziemlich mühselig an. Der Jubel um die Eröffnung des Gasteig-Kulturzentrums fand dann auch nicht rund um den Riesenbau frohgemut durch die Münchner statt, sondern eher vornehm gedämpft im Prachtsaal der neueröffneten Philharmonie vor den mit würdigen Herren besetzten Rängen. Damen schienen nur in Ausnahmefällen zugelassen. Tennisschuh- und Pulloverjugend fehlte ganz. Die Festversammlung glich von fern einem Witwertreffen der Industrie- und Handelskammer. Von den vielfach heraufbeschworenen Kommunikationsmöglichkeiten des Kulturzentrums war bei der Eröffnung in Wirklichkeit keine Rede.

Dabei hatte Oberbürgermeister Kronawitter in seiner Begrüßungsansprache ausgeführt, das Lebensgefühl der Menschen hänge von der kulturellen Atmosphäre einer Stadt ab, von dieser Gutnachbarlichkeit von Hochkultur, Volkskultur und Volksbildung, die sich im neuerbauten *Zentrum aufs vielversprechendste* herstelle. Charakter und Unverwechselbarkeit, sagte Kronawitter, verleihe nun einmal besonders die Kunst *jedem Stadtgebilde, und München* sei geradezu die „steingewordene Kulturgeschichte" schlechthin. Das Gasteig-Kulturzentrum sei die Antwort auf die „kulturpolitischen Defizite der Nachkriegszeit". Wenn dem so ist, dann ist diese Antwort unüberhörbar und mit mächtigem Ziegelschall ausgefallen.

Der Bundespräsident brachte die Lacher sehr schnell auf seine Seite. Er stiftete dem Bau wie im Vorübergehen, was ihm architektonisch fehlt: Esprit, Heiterkeit, Eleganz und Geist. Wo der Bundespräsident spricht, da wächst um ihn tatsächlich das Kulturzentrum auf, von dem andere mehr oder minder geschwollen nur reden. „Ich wünsche dem Kulturzentrum, daß es nach seiner Eröffnung ebenso interessant bleiben möge wie vorher," merkte er an. Und zugleich nannte er den Streit der Geister um das Zentrum „unentscheidbar und daher schön". Er forderte die Bürger nachhaltig zu Aktivitäten im Widerstreit der Meinungen um die großen Projekte auf; gleichzeitig bat er alle Außenstehenden, sich aus den Debatten herauszuhalten. Er redete heiter der Vernunft das Wort und der Chance zu „zusammenwirkender Kreativität", die Gasteig reichlich biete.

„Das Herz des Kulturzentrums hat zu schlagen begonnen", sagte Weizsäcker mit Blick auf die Philharmonie, und an Sergiu Celibidache und den Münchner Philharmonikern war es, diesen Herzschlag im Werk der bayerischen Meister Richard Strauss *und Carl Orff, aber auch* bei Pfitzner und Wagner vernehmbar zu machen.

Die Herzspezialisten unter den Musikfreunden werden allerdings ihre Hoffnungen auf eine ausgereifte Akustik herabschrauben müssen. Der ideale Mischklang der Gruppen schien sich nicht einzustellen. Die Streicher blieben deutlich benachteiligt, von Celli und Kontrabässen war wenig zu hören. Auch die Holzbläser kamen nicht nachdrücklich in klarer Zeichnung zu Wort. Der Chor löschte überdies an die hundert spielende Musiker einstweilen noch mit Leichtigkeit aus.

KLAUS GEITEL

KULTURNOTIZEN

Der Dom von Esztergom, die größte ungarische Kirche, ist renovierungsbedürftig; er bleibt mitsamt seiner Schatzkammer jedoch weiterhin für Gottesdienste und Besichtigungen geöffnet.

***Eine ungarn-deutsche* Bibliographie** erscheint im Verlag der Budapester Gorki-Bibliothek. Die bereits vorliegenden Bände I und II (1945–1975) *dokumentieren auch die* Vertreibung.

Der Glasmaler Professor Georg Meistermann will der Stadt Bonn die Entwürfe für sieben Fenster einer Friedhofskapelle zur Verfügung stellen, wenn die Stadt die Kosten für die Ausführung übernimmt.

Otmar Alts Variationen über Themen von Heinrich Hoffmann zeigt das Frankfurter Struwwelpeter-Museum bis zum 30. November.

Zum neuen Generalmusikdirektor der Wuppertaler Oper und des Städtischen *Orchesters ist der aus der* „DDR" in den Westen übergesiedelte Dirigent Dr. Peter Gülke ernannt worden.

JOURNAL

PEN-Zentrum erinnert an verfolgte Autoren

dpa, **Darmstadt**

Auf das Schicksal inhaftierter Schriftsteller und Journalisten will das PEN-Zentrum der Bundesrepublik beim „Internationalen Tag der verfolgten Autoren" am 15. November aufmerksam machen. Der Anfang der 80er Jahre erstmals vom Londoner PEN-Club ausgerufene Gedenktag soll an politische Repressionen und oft lebenslange Haftstrafen zahlreicher Autoren erinnern. Einen Tag vor dem Gedenktag will das deutsche PEN-Zentrum zum ersten Mal die neugestiftete Hermann-Kesten-Medaille verleihen. Die Auszeichnung für besondere Verdienste um verfolgte Autoren soll künftig alle zwei Jahre zum 15. November vergeben werden.

Franz Willnauer wird neuer Generalsekretär

dpa. **Salzburg**

Das Kuratorium der Salzburger Festspiele hat Franz Willnauer zum Nachfolger des Ende August 1986 ausscheidenden Generalsekretärs Otto Sertl *gewählt. Willnauer*, gebürtiger Linzer, war jahrelang Leiter des Kulturprogramms der Bayer-Werke in Leverkusen und ist *seit kurzem Professor am Institut* für kulturelles Management der Hochschule für Musik und darstellende Kunst in Wien. Er hat außer*dem reiche Erfahrungen im Kon*zertmanagement.

Kurt Schwitters in London und Hannover

dpa, **London**

In Londons Tate Gallery ist bis zum 5. *Januar eine umfassende* Ausstellung von Werken des deutschen Dadaisten Kurt Schwitters (1887–1948) zu sehen. Gezeigt wer*den Gemälde, Collagen und* die berühmten Merzbilder aus allen Schaffensperioden. Außerdem werden mehrere Schwitters-Skulptu*ren vorgestellt, die erst kürzlich* entdeckt worden waren. Die Übersicht übernimmt anschließend vom 4. Februar bis 20. April das Sprengel-Mu*seum in Hannover*.

Druon wird Sekretär der Académie Française

AFP, **Paris**

Der Schriftsteller und Politiker Maurice Druon ist in Paris zum ständigen Sekretär der Académie Française ernannt worden. Der 67jährige folgt Jean Mistler, der aus Gesundheitsgründen zurücktrat. Druon, *1973/74* Kulturminister, ist durch seine großen Romane „Les Grandes Familles" (Prix-Goncourt 1948) und „Les Rois Maudits" bekannt geworden.

Proust-Symposium über Kunst und Psyche

DW. **Berlin**

Das Symposium 1985 der Marcel Proust Gesellschaft findet am 22. und 23. November in Berlin statt. Es steht unter dem Motto „Kunst und Psyche". Die Teilnehmer werden sich mit Übersetzungsproblemen und „der Verwandlung der Welt in Kunst" bei Proust befassen. Rudolf Schottlaender, der als erster Prousts „Recherche" („Auf den Spuren der verlorenen Zeit") ins Deutsche übertragen hat, liest aus seiner Übersetzung von 1925.

Arzt und Bäuerin als Mundartforscher

dpa, **Limburg**

Ein pensionierter Arzt aus Limburg und eine Bäuerin aus Irmtraut im Westerwald haben in mehr als 20jähriger Forschungsarbeit etwa 2300 Mundartwörter gesammelt, die im mittleren Westerwald gesprochen wurden und werden. In ihrem Buch „Mundart im Wandel" haben sie auch Wörter festgehalten, die in den vergangenen 200 Jahren verlorengegangen sind. Den beiden Autoren geht es um die Erhaltung des Dialektes, der von der jungen Generation kaum noch gesprochen wird. Das Buch kostet bei der Kreisverwaltung Limburg 10 Mark.

Bernhard Heiliger 70

Unter den deutschen Bildhauern seiner Generation hat sich der in Stettin geborene, in Berlin lebende Bernhard Heiliger, der heute siebzig Jahre alt wird, bereits frühzeitig international einen Namen gemacht. Seine prägnanten abstrakten Porträtköpfe von Karl Hofer und Ernst Reuter, sein preisgekrönter Entwurf für das Denkmal des unbekannten politischen Gefangenen und sein Figurenbaum vor dem deutschen Pavillon der Brüsseler Weltausstellung sind Marksteine einer eigenständigen Entwicklung vom Figurativen zum Abstrakten. Die bronzene „Flamme" am Ernst-Reuter-Platz in Berlin, ein Wahrzeichen der Freiheit, gehört gewiß zu den bedeutendsten Plastiken der Nachkriegszeit. Aber Heiliger hat *sich weiterentwickelt*. Die Eisenskulpturen des Spätwerks zeugen von dem Einklang zwischen Kontinuität und Wandlung. Das dokumentierte die Retrospektive im Duisburger Lehmbruck-Museum (s. WELT v. 14. 9.).

H.T.F.

Belgien zittert vor den „Killern aus Brabant“

Sieben Tote bei Raubüberfall auf Supermarkt

HELMUT HETZEL, Aalst

Drei maskierte, wild um sich schießende Gangster haben in Belgien erneut bei einem Raubüberfall auf einen Supermarkt der Delhaize-Kette im flämischen Aalst ein Blutbad angerichtet. Dabei kamen sieben Menschen im Kugelhagel der Verbrecher um, drei wurden schwer verletzt, einer von ihnen schwebt noch immer in Lebensgefahr. Unter den Toten und Schwerverletzten befindet sich auch eine Familie, von der nur der 9jährige Sohn überlebte. Sein Vater, seine Mutter und seine 14jährige Schwester starben noch am Tatort.

Es war 19.43 Uhr, kurz bevor der Aalster Supermarkt am Samstag abend seine Kassen schließen wollte, als plötzlich ein Golf GTI vorfuhr. Ein Augenzeuge schildert die dramatischen Sekunden: „Ich habe mich hinter einer Mauer versteckt und konnte alles beobachten. Einer der Gangster schleppte etwas sehr Schweres aus dem Supermarkt. Ein anderer hatte ein Jagdgewehr und schoß damit ununterbrochen auf alles, was sich bewegte, selbst auf Plakate, die im Wind flatterten. Dann fuhr ein Polizeiwagen auf den Parkplatz. Es kam daraufhin zu einem Feuergefecht zwischen den Gangstern und der Polizei. Dann war es für einige Minuten still. Plötzlich raste der metallgraue Golf davon. Der Kofferraum des Wagens war geöffnet. Darin saß ein Mann, der schoß.“

Nach Angaben der Polizei verfeuerten die Gangster innerhalb von vier Minuten 40 Patronen. Die Beute, so gab ein Sprecher des Delhaize-Supermarktes bekannt, betrage lediglich 250 000 Belgische Franken (etwa 12 500 Mark).

Justizminister kündigt schärfere Überwachung an

Mit derselben Brutalität fanden erst Ende September zwei Raubüberfälle auf Supermärkte in Belgien statt, bei denen damals acht Menschen ihr Leben lassen mußten. Jean Gol, belgischer Justizminister, sagte in einer ersten Stellungnahme zu dieser Gewalttat im Belgischen Fernsehen: „Ich bin davon überzeugt, daß es sich um ein und dieselbe Bande handelt. Sie können davon ausgehen, daß wir die Supermärkte in unserem Land künftig noch schärfer bewachen werden.“ Mit der Bande meinte Gol die in Belgien berüchtigte „Bende van Nijvel“, der bereits die beiden letzten Raubüberfälle Ende September zugeschrieben werden und auf deren Verbrechenskonto, so meint man in Belgien, auch zahlreiche andere Raubmorde der letzten beiden Jahre gehen, bei denen insgesamt 20 Menschen ihr Leben lassen mußten.

Wagen mit Jacken und Patronenhülsen gefunden

Inzwischen verfolgt die Polizei die ersten Spuren der Täter. Auf einem Friedhofparkplatz in Strombeek-Bewer fand die Polizei einen der Beschreibung des Tatwagens entsprechenden Golf GTI. In dem Wagen lagen Patronenhülsen, Jacken und Hüte. Fest steht allerdings noch nicht, ob es sich dabei tatsächlich um das Fahrzeug der Supermarktmörder handelt und ob die dort gefundenen Patronen mit denen aus der Tatwaffe abgefeuerten identisch sind.

Das PS-starke Fluchtfahrzeug machte dem Gangster-Trio ein Entkommen erst möglich. Da die Polizei die Verfolgung mit einem Ford-Transitbus aufnahm, hatte sie keine Chance, die mit hoher Geschwindigkeit davonjagenden Täter einzuholen.

Unterdessen scheint sich in Belgien so etwas wie eine Angstpsychose auszubreiten. Denn über die Nijvel-Bande, deren Motive und deren Hintergrund liegen bisher so gut wie keinerlei Erkenntnisse bei der Polizei vor. „Wir sind machtlos und Opfer dieser skrupellosen Kriminellen“, sagte der Geschäftsführer des Delhaize-Supermarktes in Aalst in einer ersten Stellungnahme und sichtlich noch unter dem Eindruck des Geschehens im Belgischen Fernsehen. Und ein Aalster Bürger meinte gegenüber der WELT: „Was wir jetzt brauchen, ist so eine Sondereinheit, wie Sie sie in Deutschland beim Bundesgrenzschutz haben.“

In Belgien, wo nicht nur diese Raubüberfälle, sondern auch die von der terroristischen Organisation „Kämpfende Kommunistische Zellen“ seit einem Jahr verübten Bombenanschläge das Land erzittern lassen, ist der Staat durch diesen kriminellen Terror inzwischen herausgefordert. Die innere Sicherheit, so scheint es, steht jetzt auf dem Spiel.

Der Besuch des deutschen Segelschulschiffes „Gorch Fock“ in Sevilla wurde zum politischen Ereignis

An der Wiege der christlichen Seefahrt

ROLF GÖRTZ, Sevilla

Der sozialistische Bürgermeister von Sevilla, Manuel de Valle, demonstrierte am Wochenende auf seine Art deutsch-spanische Verbundenheit. Er lud die gesamte Freiwache der „Gorch Fock“ ein, die Hauptstadt Andalusiens kennenzulernen. Das Segelschulschiff der Bundesmarine liegt zur Zeit im Hafen von Sevilla.

Zuvor hatten die Deutschen zu sich gebeten. Der Kommandant des Windjammers, Kapitän zur See Nickels Hinrichsen aus Föhr, konnte den Bürgermeister und den Zivilgouverneur als Vertreter der Madrider Regierung an Bord begrüßen. Zum gleichen Empfang kamen der Befehlshaber der spanischen Marine, Admiral Salas, der Inspekteur der Bundesmarine, Vizeadmiral Wellershoff sowie die spanischen Regionalbefehlshaber der drei Streitkräfte und weitere deutsche Admirale und Generale. Aus dem Routinebesuch des deutschen Schulschiffes wurde damit unversehens ein politisches Ereignis.

In wenigen Monaten nämlich sollen die Spanier in einer Volksabstimmung über den Verbleib des Landes in der NATO entscheiden. Und just am vergangenen Freitag zeigte Ministerpräsident Felipe Gonzalez vor einem katalanischen Forum Flagge: „Ich habe meine Meinung in den Jah*ren der Regierungsverantwortung* geändert. Unsere Integration in die Europäische Gemeinschaft ist eng an den Verbleib Spaniens in der NATO verknüpft. Ich glaube ehrlich, daß ich die spanischen Interessen besser verteidige, wenn ich sage: Spanien muß in der NATO bleiben.“

Im heißen Sevilla sieht die Bevölkerung in den Tagen der jetzt offen geführten Kampagne um die NATO-Mitgliedschaft (die Kommunisten und Linkssozialisten sind dagegen) deshalb mit ganz anderen Augen auf die Seekadetten aus Deutschland. Aber die „Botschafter in den Farben Blau und Weiß“ machen das einzig Richtige: Sie genießen den schönen Sommer in der Stadt der Palmen, Kathedralen und glutäugigen andalusischen Mädchen, bevor sie wieder nach Kiel absegeln.

Bei günstiger Großwetterlage wird die „Gorch Fock“ ihren Kurs „außen rum“ nehmen, das heißt westlich um England und Irland. Kapitän Hinrichsen freut sich darauf. „Natürlich geht es bei der ganzen Geschichte nicht ums Segeln“, sagt er. Heute schon kann der Chef eines Verbandes oder ein Admiral an Land von einem fahrenden Schiff aus eine Rakete abfeuern und in ihr Ziel lenken, ohne daß die Besatzung einen Finger *krümmt. „Dennoch muß die* Besatzung dieses Schiffes vorher die unumgängliche Seemannschaft buchstäblich er-fahren haben, und das geht am besten auf einem Segler.“

Der Bürgermeister von Sevilla tat recht, den Kadetten seine Stadt zu zeigen, denn Sevilla beherbergt die älteste nautische Schule der Welt im Sinne eines klassischen Unterrichtes. Im Jahre 1552 wies Kaiser Karl V., zugleich Spaniens König, in einem Dekret den „Piloto Mayor“ an, als Leiter der neuen Seefahrtsschule in die „Casa de las Contraciones“ zu ziehen. Bisher unterrichtete er die Kapitäne und Steuerleute zu Hause.

Einen „Piloto Mayor“ gab es schon seit 50 Jahren. Mit ihm bezogen auch die anderen Professoren der Astronomie und der Kosmographie die neue Schule, in der jeder Kapitän sein Astrolabium zur Standortbestimmung sowie seine Seekarten vorzeigen und nach einem Lehrgang eine Prüfung ablegen mußte, bevor er mit einem Schiff in die neu entdeckte Welt auf der anderen Seite des Atlantik segeln durfte.

Die neuere Geschichtsforschung weiß, daß die berühmte „Schule“, die der portugiesische Infant „Heinrich der Seefahrer“ ein Jahrhundert vorher in Sagres gründete, mehr ein sporadisches Treffen von Mathematikern, Kapitänen, Kartographen und Schiffbauern war. 50 Jahre dauerte es, bis nach der ersten Umrundung des Kap Bojador an der westafrikanischen Küste und nach einem buchstäblichen Kampf von Kap zu Kap endlich Vasco da Gama das „Kap der Stürme“ heute „Kap der Guten Hoffnung“ umrundete und weiter nach Indien segelte. Dieses Land suchte 1492 Kolumbus über einen westlichen Weg zu finden, von Sevilla aus, genau gesagt von der Mündung des Guadalquivir. (SAD)



Unter vollen Segeln nach Sevilla: die „Gorch Fock“, das Schulschiff der Bundesmarine FOTO: WOLFRAM PFEIFFER/DPA

Nach Schlägerei an Bord mußte Jumbo notlanden

SAD/DW. London

Wegen Handgreiflichkeiten zwischen Passagieren an Bord mußte ein Jumbo-Jet der amerikanischen Fluggesellschaft TWA am Freitagabend eine nicht vorgesehene Zwischenlandung in London-Heathrow einlegen. In der Nichtraucherzone der Maschine, die sich auf dem Flug von Athen nach New York befand, hatte sich ein 52jähriger Amerikaner eine Zigarre angezündet. Als er auf den Protest anderer Passagiere nicht reagierte, kam es zu einem heftigen Streit, der schließlich in schwere Tätlichkeiten ausartete. Da alle Schlichtungsversuche der Besatzung erfolglos blieben, entschloß sich der Pilot aus Sicherheitsgründen zu der Zwischenlandung, die aufgrund schwerer Böen erst beim zweiten Anflug glückte. Der Amerikaner mußte die Nacht in der Ausnüchterungszelle verbringen. Auf ihn kommt eine Lawine von Kosten zu: für die Zwischenlandung, die Ersatz-Crew der TWA-Maschine, den zusätzlichen Treibstoff und für die Bewirtung der 400 übrigen Passagiere, die erst am Samstagmorgen ihre Reise fortsetzen konnten.

Erdbeben in Griechenland

dpa, Athen

Ein heftiger Erdstoß hat in der Nacht zum Sonntag den Norden Griechenlands erschüttert. Nach Berechnungen des seismologischen Instituts der Athener Sternwarte erreichte das Beben um 1.30 Uhr Ortszeit (0.30 MEZ) eine Stärke von 5,4 auf der Richterskala. Menschen kamen nach den bisher vorliegenden Berichten nicht zu Schaden. Besonders heftig wurde das Beben in den Provinzstädten Drama und Serres sowie in der Hafenstadt Kavala wahrgenommen.

Lehrer erhängte sich

dpa, Maubeuge

Ein 38jähriger Berufsschullehrer hat sich unter einer Brücke in Hautmont (Nordfrankreich) erhängt, weil er sich bei seinen 16- bis 17jährigen Schülern nicht durchsetzen konnte. In einem Abschiedsbrief an seine Frau begründet er damit den Selbstmord. Der Vater von zwei Kindern war nach langer Arbeitslosigkeit erst seit zwei Monaten an der Schule tätig. Sein Unterricht wurde ständig von gewalttätigen Heranwachsenden gestört, die ihn auch bedrohten.

Radfahren verboten

dpa, Schleswig/Husum

Wer besonders oft durch Trunkenheitsdelikte im Straßenverkehr aufgefallen ist, muß damit rechnen, daß ihm auch das Mofa- und Fahrradfahren verboten wird. Das entschied das Schleswig-Holsteinische Verwaltungsgericht in Schleswig in einem am Samstag veröffentlichten Urteil (Az.: 3 A 103/85). Vor dem Verwaltungsgericht hatte ein 59jähriger Mann aus Nordfriesland geklagt, der zwar keinen Führerschein besitzt, aber seit 1954 insgesamt 18mal wegen Verstoßen gegen die Straßenverkehrsordnung bestraft worden war. Dabei hatte er nach Angaben des Gerichts in neun Fällen unter Alkoholeinfluß ein Fahrzeug gesteuert. Nachdem er zum bisher letzten Mal betrunken auf einem Mofa erwischt worden war, hatte die nordfriesische Kreisverwaltung ihm auch das Führen von „erlaubnisfreien“ Fahrzeugen wie Fahrrad und Mofa untersagt.

Auf freiem Fuß

Mit Tänzen und Blumen begrüßten Anhänger des indischen Sektenführers **Shree Rajneesh** ihren bärtigen Guru im US-Bundesstaat Oregon, wo er am Wochenende nach fast zweiwöchiger Haft gegen Zahlung einer hohen Kaution wieder auf freien Fuß gesetzt worden war. Für die Haftverschonung bis zu seinem Prozeß wegen mehrfacher Verletzung der amerikanischen Einwanderungsbestimmungen zahlte der „Erleuchtete“ eine Kaution von umgerechnet 1,3 Millionen Mark.

Mit Rang und Namen

„An den Preis habe ich mich zwei Jahre lang gewöhnen müssen“, meinte **Willy Millowitsch,** 1983 erster Preisträger des „Telestar“, zu **Hans-Joachim Kulenkampff** (im Foto links). Er meinte damit die etwas eigenwillige Gestaltung der Skulptur, die eine Sängerin mit Mikrophon vor einem altertümlich gestalteten Fernsehapparat darstellt. Mehr als 300 Gäste waren am Freitagabend zu einer Gala geladen. Der WDR als größte Sendeanstalt der ARD verlieh zusammen mit dem ZDF den deutschen Fernsehunterhaltungspreis an den beliebten Entertainer „Kuli“, dem sie bescheinigten, „das Zeitgefühl seiner Zuschauer aller Generationen aufzunehmen und im besten Wortsinne unterhaltend umzusetzen“. Als Fern-

LEUTE HEUTE



seh-Autor wurde **Curth Flatow** („Ich heirate eine Familie“) ausgezeichnet. **Uschi Glas** überreichte Urkunde und Preis. **Ekkehard Böhmer** habe die „genuinen Formen der Fernsehunterhaltung mitentwickelt“, verlas **Max Schautzer** die Begründung der Jury zur Auszeichnung des Regisseurs. **Sabine Sauer** (ZDF-Hitparade), die den Abend moderierte, und **Bruno Jonas** (Kabarettist bei der „Lach- und Schießgesellschaft“) erhielten die mit 10 000 Mark dotierten Förderpreise für Nachwuchskünstler. In der Meier-Halle in Köln-Bocklemünd, wo **Alfred Biolek** seine Sendungen „Mensch Meier“ aufzeichnet, tummelte sich an diesem Abend alles, was im Fernsehen Rang und Namen hat. Als „Dienststellenleiter“ stellte sich **Friedrich Nowottny,** Intendant des WDR und Gastgeber des Abends vor. Intendant **Dieter Stolte** repräsentierte das Zweite Deutsche Fernsehen. Kleinliches Konkurrenzdenken blieb an diesem Abend außen vor. So wurde der Gala-Abend denn auch schnell zur gemütlichen Familienfeier. **Harald Juhnke** und **Freddy Quinn** begrüßten sich als alte Showrecken, die schon seit 30 Jahren im Geschäft sind. **Carlo von Tiedemann,** der früher die „Aktuelle Schaubude“ in Hamburg moderierte, und **Rudi Carell** litten wie die vielen anderen Raucher unter dem Rauchverbot, das – keiner weiß warum – erst um 22.20 Uhr aufgehoben wurde.

gh.

Lebenslänglich für Fußballrowdy

dpa, London

Eine lebenslängliche Haftstrafe für einen britischen Fußball-Rowdy hat Fans in London am Samstag abend nicht von weiteren Gewaltakten abgehalten. Nur einen Tag nach der schwersten Strafe, die jemals in Großbritannien gegen einen Fußball-Gewalttäter verhängt worden war, lieferten sich 500 Zuschauer bei einem Zweitliga-Spiel zwischen Millwall (London) und Leeds United eine heftige Schlacht mit der Polizei. Vier Beamte wurden verletzt, einer von ihnen erlitt tiefe Schnittwunden im Gesicht.

Am Freitag hatte ein Londoner Richter den 25jährigen Kevin Whitton zu lebenslänglicher Haft verurteilt, weil er an Gewaltakten bei einem Spiel zwischen Chelsea (London) und Manchester am 29. Dezember vergangenen Jahres beteiligt war. Er war führendes Mitglied einer Bande, die nach dem Spiel einen Pub verwüstet und den Kneipenwirt mit einer abgeschlagenen Flasche lebensgefährlich im Gesicht verletzt hatte.

Der englische Fußball-Verband hatte das Urteil begrüßt und gemeint, es könne als Abschreckung dienen und „Schockwellen für potentielle Störenfriede“ auslösen.

Temperatursturz begleitet von Stürmen und Regen

DW. Bonn

Eiskalte Polarluft vertreibt überall in Deutschland den Herbst mit seinen frühlingshaften Temperaturen. Die Meteorologen erwarten Schnee in den Mittelgebirgen, im Flachland Schneeregen. Herbststürme mit Windgeschwindigkeiten bis zu 95 Stundenkilometern fegten am Wochenende über Deutschland.

Starker Regen und schwere Windböen bestimmten das Wetter in Norddeutschland am Sonntag, nachdem am Samstag strahlender Sonnenschein für frühlingshaftes Wetter gesorgt hatte. Waren die Temperaturen am Samstag nachmittag noch auf 14 Grad geklettert, fielen sie am Sonntag *nachmittag deutlich*. Nach der Vorhersage der Meteorologen sollten Regenschauer mit Schnee vermischt und gefrierende Nässe in der Nacht zum Montag für Straßenglätte sorgen. Das Deutsche Hydrographische Institut gab angesichts des starken West-Nordwest-Windes Sturmflutwarnung für die Deutsche Bucht.

Über Berlin tobten sich in der Nacht von Samstag auf Sonntag, von gelegentlichen Schauern begleitet, heftige Sturmböen aus. In Niedersachsen war es nach dem kalten Wetter in der vergangenen Woche mit Schnee und Frost im Oberharz am Wochenende teils sonnig, teils bewölkt bei Temperaturen um elf Grad.

In Baden-Württemberg werden in den nächsten Tagen die Vorboten des Winters erwartet. Nachdem noch am Wochenende auch in den Höhenlagen des Schwarzwaldes bei Regenschauern und böigem Wind Temperaturen über zehn Grad gemessen worden waren, soll es ab heute nicht nur am Feldberg schneien, mit 1498 Metern höchster Berg des Landes.

In Bayern gab es gestern in weiten Teilen Dauerregen. Die Temperaturen lagen im Flachland bei zwölf Grad Wärme. Die Zugspitze meldete zwei Grad Kälte und eine Schneehöhe von 40 Zentimetern. Über den Alpengipfeln tobte ein Südsturm. Nach Mitteilung des ADAC in München vom Sonntag sind bereits 15 Alpenpässe gesperrt.

Der direkte Zuzug der Polarluft dürfte so manchem auch an die Gesundheit gehen. Stöhnten am Samstag noch viele Menschen über das für die Jahreszeit viel zu warme Wetter, so erwartet sie jetzt ein Schnupfen. Denn es wird nicht nur kalt, sondern auch naß.

WETTER: Kalt

Lage: Ein Sturmtief über Schweden lenkt kalte Meeresluft nach Deutschland.

Vorhersage für Montag: Im Süden bedeckt und andauernder Niederschlag. Temperaturen tagsüber wenig über null, nachts um minus 3 Grad. Mäßiger bis frischer Wind aus West bis Nordwest. Im übrigen Bundesgebiet starke Bewölkung mit einzelnen Schauern, im Flachland mit Schnee und Graupel vermischt. Tagestemperaturen nahe 5, nachts Abkühlung auf minus 2 bis minus 7 Grad. Frischer, in Böen starker, an der Küste stürmischer Wind aus Nordwest.

Weitere Aussichten: Weiterhin kalt, ab Mittwoch nachlassende Niederschläge und abnehmender Wind.

Sonnenaufgang am Dienstag: 7.34 Uhr*, Untergang: 16.38 Uhr; **Mondaufgang:** 7.17 Uhr, Untergang: 16.24 Uhr (* in MEZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 11. Nov., 7 Uhr

H Hochdruckzentrum
T Tiefdruckzentrum
wolkenlos
heiter
halb bedeckt
wolkig
bedeckt
Windstille
Nordwind 10 km/h
Ostwind 20 km/h
Südwind 30 km/h
Westwind 40 km/h
Nebel
Nieseln
Regen
Schnee
Schauer
Gewitter
Niederschlagsgebiet
Temperaturen in °C
Warmfront
Okklusion
Kaltfront am Boden
Kaltfront in der Höhe
Luftströmung warm
Luftströmung kalt
Isobaren

Reykjavik, Haparanda, Stockholm, Hamburg, Berlin, London, Frankfurt, Wien, Paris, München, Dubrovnik, Nizza, Rom, Madrid, Lissabon, Malaga, Palma, Tunis

Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Sonntag, 12 Uhr (MEZ):

Deutschland:		
Berlin	11	Rs
Bielefeld	9	bw
Braunlage	6	bw
Bremen	9	bw
Dortmund	9	bw
Dresden	12	he
Düsseldorf	11	Rs
Erfurt	11	bw
Essen	9	bw
Feldberg/S.	2	Sr
Flensburg	5	R
Frankfurt/M.	12	bd
Freiburg	11	bd
Garmisch	9	R
Greifswald	10	bw
Hamburg	10	bd
Hannover	10	bd
Kahler Asten	5	bw
Kassel	11	bw
Kempten	8	R
Kiel	7	R
Koblenz	11	bw
Köln-Bonn	11	bd
Konstanz	8	R
Leipzig	12	bd
List/Sylt	11	bw
Lübeck	9	bd
Mannheim	13	bw
München	8	R
Münster	10	bw
Norderney	9	bw
Nürnberg	9	R
Oberstdorf	8	R
Passau	11	R
Saarbrücken	11	bw
Stuttgart	9	bd
Trier	10	bw
Zugspitze	-2	S
Ausland:		
Algier	21	wl
Amsterdam	6	bw
Athen	18	wl
Barcelona	24	wl
Belgrad	17	he
Bordeaux	12	R
Bozen	14	bw
Brüssel	6	R
Budapest	17	he
Bukarest	11	bw
Casablanca	18	wl
Dublin	9	bw
Dubrovnik	17	he
Edinburgh	5	he
Faro	22	he
Florenz	16	bw
Genf	10	bd
Helsinki	7	R
Hongkong	26	bw
Innsbruck	10	R
Istanbul	14	he
Kairo	23	he
Klagenfurt	7	bd
Konstanza	12	wl
Kopenhagen	7	R
Korfu	21	he
Las Palmas	26	he
Leningrad	2	bd
Lissabon	17	bd
Locarno	13	bw
London	5	he
Los Angeles	15	bw
Luxemburg	9	bw
Madrid	17	bw
Mailand	10	Sp
Malaga	24	wl
Mallorca	24	wl
Moskau	1	wl
Neapel	20	be
New York	14	bd
Nizza	17	he
Oslo	4	bw
Ostende	6	bw
Palermo	18	he
Paris	8	he
Peking	8	he
Prag	11	bd
Rhodos	21	wl
Rom	21	he
Salzburg	11	bw
Singapur	30	bw
Split	19	he
Stockholm	7	bd
Straßburg	8	bw
Tel Aviv	21	bw
Tokio	18	bd
Tunis	25	wl
Valencia	24	wl
Varna	11	he
Venedig	13	he
Warschau	10	bw
Wien	11	bd
Zürich	10	R

[illegible]

Der Geist des Mittelalters kehrt zurück

Im Kloster Eberbach wird „Der Name der Rose“ verfilmt / Sean Connery in der Hauptrolle

AP, Kloster Eberbach

Der Geist des Mittelalters kehrt in das Kloster Eberbach im Rheingau zurück. Der Sprung ins 14. Jahrhundert vollzieht sich allerdings nur vor den Kameras: Von heute an ist das Kloster Schauplatz der Dreharbeiten für den Film „Der Name der Rose“.

45,9 Millionen Mark kostet die Produktion des Filmes nach dem gleichnamigen Roman von Umberto Eco durch die Neue Constantin Film Produktion in München. Bernd Eichinger, bekannt durch „Das Boot“, ist Produzent, die Regie führt Jean-Jacques Annaud.

„Der Name der Rose“ spielt im Jahre 1327. Pater William von Baskerville, dargestellt von Sean Connery, und sein junger Novize Adso von Melk (Christian Slater), versuchen, die Hintergründe des Todes mehrerer Mönche eines Klosters aufzudecken. Auch ein Mordanschlag gegen ihn selbst hält den Pater nicht von seinen Nachforschungen ab. Bernardo Gui (F. Murray Abraham), der gefürchtete Inquisitor, ist dabei Pater Williams Gegenspieler, und Helmut Qualtinger spielt den Remigio.

Fünf bis sechs Wochen lang wollen Annaud und Eichinger im Kloster Eberbach sowie im Kloster Maulbronn beim württembergischen Mühlacker arbeiten. In Deutschland werden nur die Innenaufnahmen gedreht. Für die Außenaufnahmen wurde in der Nähe von Rom eine Klosterkulisse errichtet. Eichinger rechnet damit, daß der Film im Oktober 1986 in deutsche Kinos kommt.

Kloster Eberbach wurde im Jahre 1116 als Chorherrenstift der Augustiner gegründet. Die Klostersäle sind in den vergangenen Wochen für die Dreharbeiten vorbereitet worden. Die Weinfässer wurden aus den Kellern geholt und im Hof aufgereiht. Im Hospitalkeller üben die „Mönche“, unter ihnen neben den Berufsschauspielern auch viele Laien, den langsamen und gemächlichen Gang, mit dem sie sich zum Essen begeben. 250 bis 300 Rollen werden in „Der Name der Rose“ von Berufsschauspielern besetzt.

Hinzu kommen nach Aussage Eichingers mehr als 100 Statisten. Diejenigen unter ihnen, die sich bereitfänden, als Mönch mitzuwirken, konnten einen Sonderzuschlag von 200 Mark kassieren – wenn sie damit einverstanden waren, sich eine Tonsur schneiden zu lassen.

Schlüpften für den Film „Der Name der Rose“ in die Mönchskutte: drei Komparsen vor der Kapelle des Klosters Eberbach bei Rüdesheim FOTO: AP

ZU GUTER LETZT

„Dringend gesucht: Reife, zuverlässige Person für Mitarbeit an einem Roman aus dem 11. Jahrhundert“. Anzeige im „South Wales Argus“